

Entwicklungsperspektiven 99

Gesellschaftliche Bündnisse zur
Rückgewinnung des Naturbezuges

20 Jahre Klima-Bündnis

Heidi Feldt, Clarita Müller-Plantenberg (Hrsg.)

**Gesellschaftliche Bündnisse zur
Rückgewinnung des Naturbezuges**

20 Jahre Klima-Bündnis

Heidi Feldt, Clarita Müller-Plantenberg (Hrsg.)

Kassel 2010

Entwicklungsperspektiven Nr. 99

Kassel 2010

kassel university press GmbH

www.upress.uni-kassel.de

ISBN print: 978-3-89958-788-3

ISBN online: 978-3-89958-789-0

URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0002-7892>

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Titelfoto: Organización Indígena de Antioquia (OIA)

Umschlaggestaltung: Kassel university press GmbH, Kassel

Universität Kassel

FB 05

Nora-Platiel-Str. 5

34127 Kassel

Tel.: 0049 561 804 3152

Fax: 0049 561 804 3464

<http://www.uni-kassel.de/fb5/soziologie/sel/>

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

Heidi Feldt, Clarita Müller-Plantenberg

Nur jenes Erinnern ist fruchtbar, das zugleich erinnert, was noch zu tun ist 7

Teil 1: Gesellschaftliche Werte

José Luis González

Um auf diesem Planeten als indigene Völker weiter existieren zu können 17

Abadio Green Stócel

Die Bildung basierend auf der Mutter Erde: Eine Verpflichtung für die Menschheit 21

Marcus Hawel

Resurrektion der Natur Das Eingedenken in die Natur als Subjekt 35

Georg Grünberg

Wie eine andere Welt möglich ist: Nachrichten aus Amazonien 47

Teil 2: Zerstörung und Rückgewinnung des Naturbezuges

Öl

Alberto Acosta, Eduardo Gudynas, Esperanza Martínez, Joseph Vogel

Das Erdöl im Boden lassen oder die Suche nach dem verlorenen Paradies 57

Erdölinteressen und Regenwaldschutz 81

Klaus Rummenhoeller

Hintergrundinformationen zum Fall der Reserva Comunal Amarakaeri (Peru) 83

Paula Letts

Das Kommunale Reservat Amarakaeri, das Harakmbut Volk und das Unternehmen Hunt Oil 93

Erklärung Zum Kommunalen Reservat Amarakaeri 103

Schutzgesuch FENAMAD 105

Milton Santacruz, Liliana Castaño, María del Pilar Valencia 109

Die Mutter Erde ist bloßgelegt

Kupfer

Auseinandersetzungen um Kupferbergbau 133

Guadalupe Rodríguez

Indigene Gemeinschaften der Embera verteidigen ihr Leben gegen das Bergbauprojekt 135

Herausforderungen

Mac Chapin

Große Feinde und kleine Freunde: Herausforderungen für die indigenen Völker Lateinamerikas 147

Martin Glöckle
Rettet REDD die Welt – oder zumindest den Wald?..... 175

Solidarische Ketten

Thomas Siepelmeyer

Fairer Handel mit Kleinbergbauprodukten 187

Teil 3: Klima-Bündnis

Heidi Feldt

Zusammenarbeit zwischen den indigenen Organisationen der Regenwälder und europäischen Kommunen Eine Bestandsaufnahme des Erreichten im Klima-Bündnis 197

Angenda 21, Nord-Süd-Forum München

Regenwald – schön und gefährdet 205

Silvia Hesse

Kinderwald Hannover im Klima-Bündnis 209

Dietmar Mirkes, Klima-Bündnis Luxemburg /ASTM

Klima-Bündnis unterstützt Yasuní-Vorschlag zur Rettung des Regenwaldes in Ecuador 215

Dietmar Mirkes / ASTM

Lasst das Öl im Boden! Klima-Bündnis Luxemburg unterstützt den Vorschlag Ecuadors..... 217

Theodor Rathgeber

Klimawandel, biologische Vielfalt und indigene Völker..... 223

Clarita Müller-Plantenberg

Möglichkeiten des Klima-Bündnisses als Projekt kommunaler Nachhaltigkeit? 235

Dokument von Imshausen..... 243

Anhang

Der Caura: von Wissenschaftlern in Guayana/ Venezuela für das Land 247

Survival International

Die Regierung bereitet sich darauf vor, „Amazoniens Tiananmen“ zu untersuchen..... 251

Leah Temper, Joan Martínez Alier

Das Öl soll in der Erde bleiben 253

Ute Koczy

Ecuadors ITT-Initiative zum Schutz des Regenwaldes vor dem Aus?* 259

Gerhard Dilger

Geld für den Förderstopp – Kein Erdöl aus dem Regenwald 261

Europäisches Attac Netzwerk Kopenhagen

Verändert das System nicht das Klima 263

<i>Kumi Naidoo / Greenpeace</i>	
Lehren aus dem gescheiterten Klimagipfel	267
<i>Mac Chapin</i>	
"Das ist denen zu politisch"	270
Die Autoren	274

Einleitung

Nur jenes Erinnern ist fruchtbar, das zugleich erinnert, was noch zu tun ist

Allmenden global und lokal: Gefährdung der Erdatmosphäre

Meeresspiegel steigen, Gewässerqualität ist gefährdet, Wasserspeicherkapazität der Böden nimmt mit Entwaldung ab, Böden erodieren, Wüsten dehnen sich aus. Emissionen aus fossilen Energieträgern erwärmen die Atmosphäre. Gegenüber der Gefährdung der globalen Allmende – der von allen Bewohnern des Planeten genutzten Atmosphäre – gewinnt der gesellschaftliche Naturbezug erneut eine strategische Bedeutung. Warum?

Gemeinsam wahrte man in unserer nordhessischen Region die Seen, Weiden, Wälder, diese Allmenden waren und sind heute in geringerem Maße als früher Unterpfand des gemeinschaftlichen Lebens. Gesellschaftliches Wissen der Hirten, Bäuerinnen und Bauern wurde und wird zum Teil noch für den Erhalt der Gesundheit von Mensch und Vieh eingesetzt.

Dort, wo heute vor Ort und anderswo Allmenden lokal existieren, geraten sie mit ihren Gemeinschaften und deren gemeinsamem Eigentum unter Druck der großen Unternehmen, die Kapital durch einseitige Ausbeutung von natürlichen Ressourcen akkumulieren und schnelle Profite machen wollen.

Wir vertreten die These, dass gegenüber der permanenten Zerstörung der Naturbezüge indigener Völker in tropischen Regenwäldern, durch verheerende Folgen des Großbergbaus, der Ölförderung und Energiegewinnung aus Wasserkraft nicht nur der Stopp dieser zum Teil irreversiblen Naturzerstörung erforderlich ist, sondern auch die systematische Erlernung des Naturbezuges durch Bündnisse, die uns die Wege der Umkehr lehren.

Schutz der Erdatmosphäre:

Rückgewinnung des gesellschaftlichen Naturbezuges

Nach 20 Jahren Klima-Bündnis zum Schutz der Erdatmosphäre zwischen den Subjekten der Regionen, in denen ein Großteil der Emissionen produziert wird – inzwischen über 1.500 europäischen Städten¹ und Organisationen der indigenen Völker der Regenwälder der Erde – wollten wir uns vergewissern, was durch das Bündnis erreicht wurde und was noch zu erreichen ist.

¹ Begonnen wurde es von Volker Hauff, dem heutigen Vorsitzenden des Nationalen Nachhaltigkeitsrates der Bundesrepublik Deutschland im Juli 1989 in seiner Zeit als damaliger Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt – vertreten durch Tom Königs – mit Vertretern der Koordination der Organisation indigener Völker des Amazonasbeckens (COICA) – vertreten durch Evaristo Nukuag Ikaanaan. (Die C.O.I.C.A. für die Zukunft Amazoniens Entwicklungsperspektiven Nr. 38, Kassel 1989).

Wir fragten: welche Bündnisse waren in diesem interkulturellen, internationalen Lernprozess erfolgreich? Daher luden wir Vertreter der indigenen Organisationen des Amazonasgebietes und Vertreter einiger Städte, die im Bündnis aktiv sind, zu einem internationalen Seminar der Universität Kassel im Januar 09 in die Stiftung Adam von Trott Imshausen e.V. ein². Studenten und Umweltorganisationen begleiteten die Debatte um Zerstörung und Bedingungen der Rückgewinnung des Naturbezuges zum Erhalt der Erdatmosphäre.

Die Skepsis gegenüber den herrschenden kommerziellen Ansätzen einer Politik zum Erhalt des Klimas ist Teil dieses Suchens, das eine Veränderung des Naturbezuges hier und dort durch einen intensiven interkulturellen Austausch zwischen den Gesellschaften als einzigen Weg betrachtet, auf dem jetzt wesentliche Schritte anstehen.

Vor diesem Hintergrund wurden auf dem internationalen Seminar unterschiedliche Zugänge vorgestellt und diskutiert. Sie sind in diesem Band dokumentiert.

Einen breiten Raum nahm die Auseinandersetzung um Naturparks und den ihnen zugrundeliegenden Schutzgedanken ein. An mehreren Beispielen wurde deutlich, dass Überlagerungen von indigenen Territorien und Parks sich immer negativ auf das Selbstbestimmungsrecht der indigenen Völker ausgewirkt haben und traditionelle Nutzungsmethoden kriminalisiert wurden. Aber konkrete Erfahrungen zeigen auch, dass dort, wo indigene Völker selber die Verwaltung ihrer Territorien übernommen haben, ihre heiligen Stätten geschützt und traditionelle Nutzungsmethoden weiterentwickelt werden.

Solidarisches Leben und Wirtschaften in tropischen Wäldern

In tropischen Regenwäldern mit ihren komplexen Ökosystemen setzen menschliche Eingriffe in die Natur viel Wissen voraus, wenn die Natur nicht nachhaltig geschädigt werden soll. Dort hat sich die lokale Allmende in Form des gemeinsamen Territoriums erhalten. Es können sich dadurch keine Abhängigkeiten zwischen Eigentümern und Nicht-Eigentümern herausbilden, alle sind Teil der Gemeinschaft. Auf internationaler Ebene wird ihnen das Recht auf Territorium zugesprochen (z.B. in der Konvention 169 der IAO von 1989 und in der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der Indigenen Völker von 2007) und in vielen Ländern der Amazonasregion, wurde dieses bereits legalisiert. Soweit der Kulturaufprall noch nicht zur Zerstörung der indigenen Gemeinden des Amazonastieflandes geführt hat, basiert die Macht der Anführer von Gemeinschaften auf ihrem großen Wissen über Anbau, Fischfang und Jagd welches sie für das Wohl der Gemeinschaft einsetzen.

Die Weitergabe des Wissens und die Einübung der Fertigkeiten an die junge Generation sind von großer Bedeutung. Gleichzeitig ist ein ständiger Prozess der Erkundung über die Optimierung des Naturbezuges im Gange. Man sucht

² <http://www.uni-kassel.de/fb5/soziologie/sel/naturbezug/index.html>, www.stiftung-adam-von-trott.de.

die Böden für die Waldgärten aus, lernt den Lebenszyklus der Fische, um Laichzeiten für den Fischfang zu tabuisieren und je nach Fischart spezifische Fangvorrichtungen zu bauen, um den Verlust der dünnen Humusschicht durch Regen und Sonneneinstrahlung nach dem Fällen der Bäume für einen Waldgarten zu vermeiden, indem man sofort Pflanzen mit schützenden Blättern anpflanzt etc. Für diese im zeitlichen und räumlichen Zusammenhang gezielten menschlichen Eingriffe in ihre fragilen Ökosysteme ist ein umfassendes Wissen über Lebenszyklen und jahreszeitliche Rhythmen – eine Kosmologie – erforderlich, das nicht immer vorhanden ist.

Daher ist hier wie bei uns ein permanentes Lernen über die endogenen Potentiale der eigenen Region erforderlich. Die nachhaltige Nutzung von Flora und Fauna – unterstützt von technologischen Optimierungen der Anpassung an diese Potentiale der natürlichen Ökosysteme – ist langfristig der einzige Weg für einen lebendigen gesellschaftlichen Naturbezug, der eine relative Autonomie, Selbstbestimmung und Selbstverwaltung in einem Territorium garantieren kann³.

Auf internationaler Ebene hat die Staatengemeinschaft dies bereits anerkannt. In dem Übereinkommen zur biologischen Vielfalt, der ILO Konvention 169 und der UN Erklärung über die Rechte indigener Völker sind die Rechte indigener Völker, die Anerkennung ihres traditionellen Wissens und die Notwendigkeit, die biologische Vielfalt des Planeten erhalten zu müssen, als *soft law* anerkannt. Das große Manko liegt auf der nationalstaatlichen Umsetzung und der fehlenden Entschlossenheit der internationalen Staatengemeinschaft, das *soft law* zu einem einklagbaren Recht auszubauen.

Eine andere Klimapolitik existiert schon: Klima-Bündnis

Lernprozesse zwischen Gesellschaften für das Gute Leben - Rechte von Mensch und Natur vor Profit

Seitdem das Klima-Bündnis vor 20 Jahren nach der Ermordung von Chico Mendes, dem Führer der Kautschukzapfer, ins Leben gerufen wurde, wurden viele Indigene vertrieben. Viele Indigene und auch ihre Unterstützer verloren ihr Leben in der Auseinandersetzung mit Großprojekten, Landkonflikten und Landraub.

In dieser Zeit haben wir verstanden, dass diese Bündnispartner im Klima-Bündnis gleichzeitig eine sehr verletzte und eine strategische Gruppe für unsere Zukunft sind, indem sie lebenswichtige Ökosysteme erhalten. Der Konflikt wird noch verschärft, da bisher eine Revision der Ressourcensicherungsstrategie unserer Länder ausgeblieben ist. Die jetzige Strategie ist nicht mehr tragbar so-

³ Vgl. u. a. Reichel Dolmatoff: *Cosmology as ecological analysis*, in: *Man* Nr. 11, Darrell Posey and Graham Dutfield: *Beyond Intellectual Property: Toward Traditional Resource Rights for Indigenous Peoples and Local Communities*, Ottawa 1996; D. Posey: *Indigenous Knowledge and Ethics*, New York 2004 Mac Chapin und Georg Grünberg in diesem Band etc.

lange nicht die Rechte von Menschen und Natur gesichert sind. So wird von entwicklungspolitischen NRO⁴ die deutsche und europäische Rohstoffstrategie kritisiert, die klare menschenrechtliche Standards vermissen lasse.

Wir halten es für notwendig, dass auch in den Städten Lernprozesse, wie in den hier aufgeführten Leuchtturmbeispielen, beginnen, von denen wir lernen können, wie vorzugehen ist. Es geht um Menschenrechte und um das „Gute Leben“ wie es in der indigenen Bewegung heißt, nicht um mehr „Wachstum“, das für sie allzu oft gleichbedeutend mit „todbringender Entwicklung“ ist.

Es geht auch um das Recht der Natur, wie es kürzlich in der neuen Verfassung Ecuadors festgeschrieben wurde, auf das wir lernen, dass die Mensch-Natur-Beziehung eine Beziehung zwischen Subjekten ist. Für all dies und für die strategische Option eines globalen gesellschaftlichen Bündnisses, das eine andere Welt möglich macht, kann uns dieses Buch ein hilfreiches Instrument sein, indem es uns zeigt, dass eine andere Klimapolitik bereits existiert und von uns ausgebaut werden kann.

Wer sind heute die Akteure? Wie sieht ihr Naturbezug aus?

In diesem Band können wir an Hand einer Reihe von Aufsätzen feststellen, dass die bewusste indigene Bewegung nicht nur auf Probleme hinweist, die ihre Territorien bedrängen, sondern darüber hinaus – differenzierter als dies in unserer Kultur geschieht – darauf hinweist, wie ihre Verbindung mit der Mutter Erde aussieht.

Einleitend geht Abadio Green, aus dem Kuna Volk, Linguist sowie Pädagoge und ehemaliger Vorsitzender der nationalen kolumbianischen Indianerorganisation auf die motivierenden Werte der Kuna ein und wie sie sich in ihrer Sprache widerspiegeln. Die Wertschätzung der Mutter Erde zeigt sich in ihrer Kosmologie, die sich auch in ihrer Sprache ausdrückt. Sie ist auf diese Weise in ihrem täglichen Denken und Trachten verwurzelt. Bestätigt wird dies auch in dem einführenden Block „Gesellschaftliche Werte“ im Beitrag des Anthropologen Georg Grünberg, der – in beiden Kulturen zu Hause – eben diesen engen Naturbezug indigener Völker in einer anderen Region des Amazonastieflandes in Brasilien wiedergibt.

Den Bezug zu der Natur erläutert Marcus Havel anhand von Texten von einflussreichen Philosophen, Politökonomen und Soziologen, die überwiegend aus Europa stammen und bei uns Einfluss gewonnen haben.

Anschließend geht es im zentralen Teil des Buches um konkrete Zerstörung und Rückgewinnung des Naturbezuges. Hier kommen indigene Führer und Organisationen sowie ihre Unterstützer – Vertreter von Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen sowie Vertreter von Klima-Bündnis-Städten zu Wort. Ein strategischer Denker und über lange Zeit Präsident des Klima-Bündnisses euro-

⁴ http://www.bicc.de/uploads/pdf/press/2010/PE_SiKo_fin_logos.pdf (01.12.2008).

päischer Städte mit den Organisationen der indigenen Völker der Regenwälder zum Erhalt der Erdatmosphäre ist der Pemon José Luis Gonzalez.

Als Vorsitzender einer regionalen indigenen Organisation in Venezuela und Abgeordneter in der verfassungsgebenden Versammlung wie im Parlament versteht er es darzulegen, was es für die indigenen Völker bedeutet, in einer nationalen Gesellschaft, die ungebrochen auf Rohstoffausbeute setzt, ihren tief verwurzelten Naturbezug gegen alle Interessen und Widerstände aufrecht zu erhalten und gegen die zunehmende Zerstörung zu verteidigen.

Das Beispiel der indigenen Völker Perus, die sich gemeinsam für die Etablierung eines kommunalen Reservats „Amarakaeri“ einsetzen, ist lebender Beweis für den Versuch – im Rahmen der nationalen Gesellschaften – strategisch vorzugehen und durch den Schutz des Waldes an den Oberläufen ihrer Flüsse den regionalen Wasserhaushalt und damit das Leben von Tausenden zu garantieren. In diesem Fall erreichten sie die Legalisierung des Kommunalen Reservats Amakaraeri und können dieses Gebiet gemeinsam bewirtschaften. Doch diese Errungenschaften sind durch Ölkonzerne bedroht, deren Einfluss auf die Zentralregierung in Peru größer erscheint als das verbriefte Recht der Völker. Dies belegen die blutigen Zusammenstöße der indigenen Bewegung mit der Polizei Perus, die vom UN Beauftragten für indigene Rechte, Anaya, scharf verurteilt wurden (siehe Anhang). Hier folgt der Kampf der indigenen Völker – trotz militärischer Aktionen der Regierung gegen ihre Aktionen – dem strategischen Interesse, ihre Natur, den Wald und das von ihm gespeicherte Wasser als Lebensgrundlage zu erhalten.

Auch in Ecuador steht das Interesse der Erdölkonzerne gegen das der Tieflandindianer, für die die Flussverunreinigungen durch Öl verheerende Auswirkungen haben. Doch in Ecuador wurde eine neue Verfassung verabschiedet, in der die Rechte der Ureinwohner gestärkt und die Rechte der Natur erstmalig in einer Verfassung festgeschrieben und damit zu einer Frage der staatlichen Politik erklärt wurden. Weltweit beispielhaft ist die Initiative „Lasst das Öl im Boden“ – auch als ITT-Yasuni-Initiative bekannt –, die weltweit bis hin zur UNO – die bereit war, hierfür einen Kompensationsfond zu führen – große Beachtung aber auch Rückschläge erfahren hat. Alberto Acosta und andere machen in ihrem Artikel deutlich, dass diese Initiative Beginn eines Lernprozesses der nationalen Gesellschaft ist, der hier zum Ausgangspunkt einer Reflexion darüber wird, dass eine andere Welt durch die Rückgewinnung des Naturbezuges weit über das Land hinaus möglich ist. Aufgegriffen wurde diese Initiative von einer ganzen Reihe von Ländern, und auch von den Klima-Bündnisstädten Luxemburgs, was wir in diesem Band dokumentieren.

Im Kleinen, auf dem eigenen Territorium der Kuna in Caiman Nuevo/ Kolumbien, können wir sehen, wie das intensive Bemühen um das intakte Ökosystem – das geweihte Land – durch die Anpassung der indigenen Verwaltung angesichts neuer Herausforderungen ausgesehen hat. Dieser Prozess wird im Auftrag der Indigenen Organisation Antioquiens von einem interkulturellen und in-

terdisziplinären Team – Milton Santa Cruz, einem Kuna-Kenner der Umweltfragen, einer kolumbianischen Juristin und einer kolumbianischen Biologin – analysiert.

Hier geht es um die Wiederinstandsetzung ihres Ökosystems, eines Wassereinzugsgebietes, das von Siedlern degradiert, dann aber als indigenes Territorium legalisiert worden war. Wir sehen die sozialen Beziehungen, Strukturen und Prozesse, die hinter einer systematischen, strategischen Rückgewinnung des gesellschaftlichen Naturbezuges stehen, die jedoch darüber hinaus Rahmenbedingungen des Landes voraussetzen, wenn sie dauerhaft sein sollen.

Der Kampf der Embera für den Erhalt ihrer heiligen Stätten gegen den nordamerikanischen Konzern Muriel Mining ist eine weiterer strategische Auseinandersetzung um Wald, Wasser und Leben, bei der ein ungleiches Kräfteverhältnis dringend einer nationalen und internationalen Solidarität bedarf. Legalisiertes Indianerterritorium wird von den Embera gegen einen transnationalen Konzern, dem die Regierung keinen Einhalt gebietet, verteidigt.

Nach wie vor fehlt bei diesen Konflikten die gesellschaftliche Sensibilität dafür, dass es bei der Auseinandersetzung um die Territorien um Fragen der Lebensbedingungen auf diesem Planeten geht.

Einzelne Auswege aus Rohstoffraubbau werden bereits gesucht und gefunden von Initiativen wie der, die Thomas Siepelmeyer zum Fairen Handel mit Kleinbergbauprodukten beschreibt. Aber die Präsenz der Bündnispartner ist jetzt auch in den Auseinandersetzungen gefordert. Massiver denn je greifen die Transnationalen Konzerne nach Rohstoffen, die endlich sind. Die Rohstoffgier macht nicht Halt vor Menschenrechten und Rechten der Natur. Ja, sie macht auch nicht Halt vor den irreversiblen klimatischen Schäden. Die heutige Klimapolitik hat diese Konflikte noch nicht im Blick. Natürlich ist die Reduktion der klimaschädigenden Gase äußerst relevant. Der Erhalt der Erdatmosphäre und der sich anbahnenden Klimakatastrophe wird jedoch inadäquat begegnet, wenn nur kommerziell unter dem quantitativen Blick auf die Emissionen gehandelt wird, aber Ross und Reiter der Naturzerstörung ungenannt bleiben.

Daher fragen wir uns nach 20 Jahren Klima-Bündnis, wie die Bewusstwerdung über diese Konflikte, die Partnerschaft mit strategischen Akteuren im Klima-Bündnis in den über 1500 Klima-Bündnisstädten Europas verbreitert werden könnte.

Klima-Bündnis – Prozess des gegenseitigen Lernens?

Seit zwanzig Jahren sind wir in dem Prozess des Lernens durch Bündnisse für die Wahrung der Erdatmosphäre. Die Subjekte im Bündnis verpflichten sich gegenseitig, sich bei der Wahrung des Klimas zu unterstützen: Indigene Völker, die ihre tropischen Regenwälder erhalten und Bürger der europäischen Städte, die den ökologischen Stadtumbau aktiv vorantreiben wollen in dem Bewusstsein, dass ihr Ziel weit über ihre einzelne Stadt hinaus geht und nur global im Bündnis erreicht werden kann. Heidi Feldt stellt die wichtigen Errungenschaften des Klima-Bündnisses e.V. vor und benennt Fragen, die anzugehen sind. Mac Chaplin warnt vor Abhängigkeiten und ruft zu gesellschaftlichen Bündnissen auf, die selbstbestimmt – gemäß den Klima-Bündnis-Zielen – definiert und gemeinsam realisiert werden können. Drei Klima-Bündnisse – Luxemburgische Städte vertreten durch Dietmar Mirkes, Hannover vertreten durch Sylvia Hesse und München vertreten durch das Nord Süd Forum München sowie die Agenda 21 Koordination mit Heinz Schulze – stellen ihre basisnahen Bündnisse vor, die in diesem Sinne richtungweisend sind. Theodor Rathgeber erläutert die strategische Rolle der indigenen Völker für den Klimaerhalt und die gravierenden Verletzungen der Rechte indigener Völker. Clarita Müller-Plantenberg sieht daher die Städte und Organisationen der Völker als zukunftsweisendes interkulturelles gesellschaftliches Bündnis zur Rückgewinnung des Naturbezuges. Konkrete Schritte, die in diesem Sinne für das Klima-Bündnis anstehen, wurden in einer Reflektion nach 20 Jahren Klima-Bündnis von Teilnehmern des internationalen Seminars zur Rückgewinnung des gesellschaftlichen Naturbezuges⁵ in einem Dokument zusammengefasst, das wir abschließend hier abdrucken.

Heidi Feld, Clarita Müller-Plantenberg

⁵ In Kooperation mit dem Klima-Bündnis geplant und von der Universität Kassel in Kooperation mit Heidi Feldt durchgeführt Januar 2009 in der Stiftung Adam von Trott Imshausen e.V.

Teil 1

Gesellschaftliche Werte

Um auf diesem Planeten als indigene Völker weiter existieren zu können

José Luis González

Wir indigenen Völker haben immer gesagt, dass unser Kampf sich grundsätzlich von anderen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen wie dem Kampf der Klassen unterscheidet. Unsere Forderungen beziehen sich auf die Natur, auf die Ressourcen, auf unsere Existenz. Unsere Forderungen sind holistisch, um auf diesem Planeten als indigene Völker weiterexistieren zu können. Von daher sind wir Allianzen mit der Arbeiterbewegung, Umweltgruppen und anderen sozialen Bewegungen eingegangen. Auf dem Weg haben wir gemeinsame Interessen aber auch Divergenzen festgestellt.

Ich komme aus dem Bundesstaat Bolívar. Die indigene Bevölkerung des Bundesstaates Bolívar ist die drittgrößte des Landes. Hier leben 17 Völker. Laut Erhebung von 1992 zählen 46.000 Menschen dazu, die sich auf 613 Dorfgemeinschaften verteilen. Wir sind mit diesen Zahlen nicht einverstanden, weil wir denken, dass wir mehr sind. Wir machen 3,5% der Gesamtbevölkerung des Bundesstaates aus.

Wir unterscheiden uns von der nationalen Gesellschaft in der Interpretation der Welt

In der Geschichte Venezuelas und auch noch in der Verfassung von 1961 kommen wir als Gesellschaft, die sich von der Mehrheitsgesellschaft unterscheidet, nicht vor. Wir unterscheiden uns von der dominierenden Gesellschaft in der Interpretation der Welt und nicht etwa darin, dass wir merkwürdig oder anders wären. Es sind unsere unterschiedlichen Visionen, durch die wir uns unterscheiden. Es war ziemlich traurig, auf internationalen Foren Vertreter unseres Landes zu treffen, die die Existenz der Indigenen in Venezuela negierten. Dank der internationalen indigenen Bewegung, in diesem Fall der COICA (Koordination der indigenen Völker des Amazonasbeckens), der Amazonasallianz und speziell des Klima-Bündnis haben wir, die indigenen Völker Venezuelas, Unterstützung gefunden.

Ab 1998 führten wir in Europa und in Lateinamerika eine Kampagne durch. Wir suchten das Gespräch mit Vertretern der Regierung im internationalen Kontext. Zu dieser Zeit, im Wahlkampf 1998 kandidierte Hugo Chávez für das Präsidentenamt. Wir hatten ein Treffen mit ihm als Kandidat und er unterzeichnete ein Dokument, in dem er sich verpflichtete, die Schuld, die die Repub-

lik gegenüber den Indigenen des Landes hatte, zu begleichen. Nach dem er die Wahlen gewonnen hatte und die verfassungsgebende Versammlung für die Erstellung einer neuen Verfassung plante, unterbreiteten wir ihm unser Anliegen, dass die indigenen Völker in der verfassungsgebenden Versammlung präsent sein sollten und es wurde vereinbart, dass die indigenen Völker drei Repräsentanten in die Versammlung wählen sollten.

Rechte indigener Völker in der Verfassung

Wir hatten bereits vorher in mehreren Jahren der Diskussion einen Vorschlag erarbeitet, den wir der verfassungsgebenden Versammlung unterbreiteten. Wir hatten konkret zehn Vorschläge, von denen neun in dem Kapitel über Indigene aufgenommen wurden. Das war nicht leicht, aber die indigenen Völker übten drei Monate lang Druck aus, damit die Rechte indigener Völker in der Verfassung festgeschrieben werden. Seitdem sind zehn Jahre vergangen. Wir haben ein eigenes Kapitel in der Verfassung ebenso wie die Verankerung der indigenen Frage als Querschnittsthema in anderen Artikeln der Verfassung erreicht. So entstand ein neues Rechtssystem in unserem Land.

Nach der Verfassung wurden die entsprechenden Normen verfasst, die u.a. festlegen, dass es eine politische Beteiligung der indigenen Völker gibt und dass die indigenen Organisationen drei Abgeordnete in die Nationalversammlung schicken. Wir drei Repräsentanten haben mit den indigenen Völkern gearbeitet, ihre Vorschläge aufgegriffen und verschiedene Gesetzesvorlagen entwickelt. Eine zentrale Forderung der indigenen Völker war die Anerkennung und der rechtliche Titel über die Territorien. So konnten wir das Gesetz zur Demarkierung der indigenen Gebiete durchsetzen. Außerdem wurde eine Norm zur Regulierung der Identifizierung der Indigenen erlassen. Manche sagen, dass dies diskriminierend sei, aber es war die Entscheidung der indigenen Völker, dass in ihrem Ausweis auch der Name ihres Volkes aufgeführt wird. Das kann ein Vorteil für die Jugendlichen sein, weil z.B. bei der Vergabe von Stipendien Indigene manchmal bevorzugt werden.

Später wurde dann das Gesetz über die indigenen Völker und Gemeinschaften verabschiedet. In den Diskussionen gab es zum Teil heftigen Widerstand, u.a. von Experten, die eine andere Denkweise haben und auch von Teilen der traditionellen Linken, deren Prinzipien mit den Forderungen der Indigenen kollidieren. So sind viele aus diesem Spektrum gegen die Forderung nach indigenen Territorien, weil sie meinen, dass man auf diesem Weg nicht zum Sozialismus kommt, Privateigentum schafft und die Indigenen zu Großgrundbesitzern werden.

Wir haben außerdem die Ratifizierung der Konvention 169 erreicht, die Jahrzehnte in Schreibtischschubladen vermoderte. Zudem gibt es mittlerweile eine Norm für indigene Sprachen. Dieses Gesetz offizialisiert die indigenen Sprachen und verpflichtet die Institutionen, Unterricht in Spanisch und der je-

weiligen indigenen Sprache zu geben. Vor kurzem wurde das Gesetz zum kulturellen Erbe der Indigenen mit Bestimmungen zu heiligen Orten, Universitäten usw. erlassen. Diese Gesetze sind für uns sehr wichtig und waren zum Teil sehr umkämpft wie z.B. die Landfrage im Indigenengesetz. Man wollte den Begriff „Territorium“ nicht akzeptieren. Der Kompromiss war dann der Begriff „Habitat“, komplementär zu „Land“, dem Recht auf nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen und die rechtliche Anerkennung unserer Organisationen. Interessant ist, dass einige Indigene – aus welchen Gründen auch immer – nicht wollen, dass die indigenen Organisationen anerkannt werden.

Anerkennung unserer legitimen Autoritäten

Eine andere wichtige Errungenschaft für uns ist die Anerkennung unserer legitimen Autoritäten, die Leitung unserer (Dorf-) Gemeinschaften. Unter der politischen Beteiligung sind drei Abgeordnete in der Nationalversammlung, ein Abgeordneter in den Bundesstaaten mit indigener Bevölkerung sowie Stadträte in den Kommunen mit der Möglichkeit, Allianzen zu bilden, vorgesehen. Die Verfassung schreibt mindestens einen Vertreter auf kommunaler Ebene (mit indigener Bevölkerung) vor, aber es können natürlich auch mehr sein. Zurzeit gibt es vier indigene Abgeordnete in der Nationalversammlung, drei über die Verfassung und einer über eine Partei. Mittlerweile wird das Recht auf eine eigene Bildung und die Ausübung traditioneller Medizin anerkannt. Früher durfte diese in den Krankenhäusern nicht ausgeübt werden, weil man es als Hexerei ansah.

Heute können wir über unser eigenes Modell der wirtschaftlichen Entwicklung entscheiden und an der nationalen Ökonomie teilnehmen. Wir haben das Recht, Entschädigungen für Schäden zu erhalten, die Entwicklungsprojekte auf unseren Territorien verursachen. Ebenso besitzen wir nun eine spezielle indigene Rechtsprechung, d.h. unser eigenes System der Rechtsprechung. Und das Recht auf frühzeitige und informierte Konsultierung haben wir erkämpft. All dies ist Teil einer Phase des Prozesses, eine rechtliche Plattform, die den weiteren Weg vorgibt. Aber das Schwierigste ist, diese rechtlichen Erfolge in die Praxis umzusetzen.

Von diesen anerkannten Rechten werden einige angewandt, wie z.B. das Recht auf Beteiligung. Es wurde die nationale Kommission zur Demarkierung der Habitate und Ländereien indigener Völker und Gemeinschaften mit der Verpflichtung geschaffen, indigene Territorien zu vermessen. Einige Landrechtstitel sind vergeben worden, allerdings keiner im Bundesstaat Bolívar. Das Amazonasgebiet war außerdem für die Techniker schwer zu bearbeiten.

Es gibt ein Ministerium für indigene Völker, das zur Zeit von einer Ministerin geleitet wird, es gibt ein nationales Programm für Gesundheit der Indigenen, die Teilnahme im Parlament (Nationalversammlung), die Bundesstaaten haben autonome indigene Institute für die Entwicklung von Projekten für indigene Völker eingerichtet. Die nationale Abteilung für zweisprachige interkulturelle Bildung wurde verstärkt. Wir verfügen über Vertreter beim Ombudsmann

und diskutieren, ob eine spezielle Institution (Ombudsmann) für indigene Völker eingerichtet werden soll.

In den verschiedenen sozialen Missionen des Landes gibt es eine Beteiligung der indigenen Völker wie z.B. in der Mission „barrio adentro“, ein Gesundheitsprogramm, sowie in den Programmen zur Bereitstellung von Nahrungsmitteln, Bildung, durch das viele indigene Jugendliche jetzt an den Universitäten studieren. Wie gesagt, dies ist lediglich der juristische Teil, aber darin befindet sich auch das Ökonomische, Soziale und Kulturelle. Auf Grundlage dieser neuen Rechtsordnung für indigene Völker suchen wir nach neuen Mechanismen, um diese Rechte auch in die Praxis umzusetzen.

Dabei gibt es zwei Alternativen: die Konfrontation oder die Mitarbeit in der Regierung. Präsident Chávez hat uns bisher immer die Hand gereicht und dank ihm sind wir an der Regierung beteiligt, daher haben wir uns dafür entschieden, die Allianz mit der sozialistischen Partei von Chávez zu stärken. Wir denken, dass es besser ist, von innen heraus zu wirken oder auch Druck auszuüben, weil es immer noch einige gibt, die sich gegen die Demarkierung von unserem Land aussprechen.

Die indigenen Völker und ihre Organisationen – in diesem Fall die indigene Föderation des Bundesstaates Bolívar diskutieren zurzeit, wie diese Allianz zu gestalten sei und wie wir unsere Ziele erreichen können.

Rechte konsolidieren – Stärkung unserer Kultur: Kosmvision und Naturbezug

Unsere Herausforderung ist, die Rechte zu konsolidieren, für ihre Umsetzung zu arbeiten und in den Dorfgemeinschaften zu verbreiten, damit diese sie als die ihren aufnehmen und verteidigen.

Wir wissen, dass die Aufnahme eines indigenen Kapitels in die Verfassung und eine Reihe von Normen in unserer spezifischen Kultur begründet liegen. Wenn wir aufhören, Indigene zu sein, unsere Kosmvision verlieren, unsere Beziehung zur Natur, dann gibt es auch keine juristische Basis. Das heißt, für die Organisation ist die Stärkung unserer Kultur eine wichtige Herausforderung. Es ist kein Widerspruch, sich an der Regierung zu beteiligen, die Technologie zu nutzen, und gleichzeitig die indigene Identität zu wahren. Es ist nicht leicht, aber es sind Aufgaben, denen wir uns stellen. Vorher hatten wir keine rechtliche Basis dafür, jetzt haben wir die Normen und unsere Vision, unsere Pläne, unsere Projekte sind darin enthalten. Alles was wir machen, bewegt sich im Rahmen der Verfassung.

Aus dem Spanischen von Heidi Feldt

Die Bildung basierend auf der Mutter Erde: Eine Verpflichtung für die Menschheit

Abadio Green Stócel

*„Meine Brüder, meine Schwestern:
Hören wir zu den Stimmen der Alten,
der Stimme der Berge,
der Stimme der Flüsse,
der Stimme der Wolken,
der Stimme der Pflanzen,
der Stimme der Schöpfer, aber vor allem
der Stimme deiner kämpferischen Erinnerung
der Stimme deines Bewusstseins der Zugehörigkeit zu einem Volk;
Wenn wir das nicht tun, erwartet uns der Tod.“*
(Saila Manuel Santacruz Lemus
aus der comunidad Ipkikuntiwala – Caimán Antioquia)¹

Lernen anzuerkennen, wer wir sind: die indigene Bewegung Kolumbiens seit den 1970er Jahren

Zu Beginn der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts entstand in Kolumbien ein Panorama indigener Organisationen, das es vorher im Land nicht gab. Die Völker des Cauca entwarfen eine neuen Sicht auf das Land: das Land sei nicht nur ökonomisches Produktionsmittel sondern etwas Seiendes, dass das Leben in allen Belangen der familiären und kollektiven Existenz versorgt. Das Land ist Person, ist unsere Mutter, die uns schützt, uns Freude schenkt in der Kunst, der Musik, den Ritualen und in der Trauer, die uns das Leben beschert – so sagten die indigenen Führer auf dem Kongress der *Asociación Nacional de Usuarios Campesinos*, ANUC, 1971.

Diese Art das Land zu sehen, markierte zu der Zeit einen grundlegenden Unterschied zu den anderen sozialen Bewegungen (Bauern, Gewerkschaften, Organisationen der Linken), die ebenfalls das Recht auf Land einforderten. Der Unterschied bestand darin, dass diese in dem Land lediglich einen Arbeitsgegenstand sahen, der das Leben ermöglicht, eine ökonomische Notwendigkeit.

Im Gegensatz dazu stand die indigene Vision, deren Konzeption eine andere war: das Land sei nicht nur zum Bearbeiten da und es ist viel mehr als ein ökonomisches Gut, man muss mit dem Land eine gleichberechtigte Beziehung eingeben, weil wir Teil von ihm sind.

¹ Weiser der Tule in einem Interview in der Sprache Kuna Dule geführt von Abadio Green am 8.5.1991.

Dieser Unterschied zur Bauernbewegung verlangte eine neue Organisationsform, auf der Basis der Einheit als einziger Weg, um Lösungen für die Probleme, die die verschiedenen indigenen Völker Kolumbiens betrafen, zu suchen. Es ist hier wichtig, daran zu erinnern, dass in Kolumbien das Wort „indígena“ nicht die Vielfalt der Kulturen und Sprachen, der verschiedenen Völker und Kulturen des Landes², ausdrückt.

Bald erkannten die Alten (mayores), dass die Einheit allein nicht ausreichte, um die traditionelle Rechte einzufordern, sondern dass wir von der Bedeutung der Kultur ausgehen müssten, weil sie die Kohäsion des Lebens der Gemeinschaften, die einzige Möglichkeit des starken Zusammenschlusses bietet, weil die Identität die Grundlage bildet, die unsere Körper und unseren Geist mit unseren Ahnen und unserer Muttersprache, die bereits auf Tausende von Jahren vor Ankunft der Spanier zurückgeht, verbindet.

Die Einheit und die Kultur benötigen einen Raum, die unsere Großväter und Großmütter uns als Geschenk der Götter hinterlassen haben, um die Tradition und die Geschichte weiterzuführen: Dieser Raum ist das Territorium. Es ist die Verteidigung dieses Raums, durch den die Führer jener Zeit sich über die Identität und Würde der Völker bewusst wurden, über den Sinn ihres historischen Kampfes für das Land, das ihre Geburt sah, es ist jener Raum, ohne den die Wiedererschaffung des Lebens undenkbar wäre. Daher war die Wiedererlangung des traditionellen Raums, der von Generation zu Generation ging – von den ersten Eroberern bis zu den Großgrundbesitzern des zwanzigsten Jahrhunderts –, ein historischer Kampf vor allem im andinen Raum, wo die Kolonisation sehr stark war und wo nicht nur traditionelles Land besetzt wurde, sondern auch die Menschen in die Knechtschaft gezwungen wurden, die bis in die 1960er Jahre anhielt³.

Die indigene Bewegung, allen voran die nationale Organisation der Indigenen Kolumbiens (ONIC) und die regionalen Organisationen des Landes, betonten, dass die Autonomie ein notwendiges Recht sei, da es darum geht, die eigenen Territorien zu regieren. Es wurde daher gefordert, dass die unterschiedlichen Rechtssysteme der Gemeinschaften und Völker anerkannt werden. Es war nicht nur eine politische und administrative Angelegenheit, sondern auch eine Form, der Regierung zu zeigen, dass andere Konzepte über den politischen Raum existieren, die sich nicht nur auf den territorialen Raum beziehen sondern darüber hinaus gehen:

„Unsere Gesetze beziehen die Verantwortung für alle Völker der Welt mit ein. Es ist ein Recht von uns und für uns, es sind keine unterirdischen Gesetze sondern sie kommen aus dem Zentrum der Erde, was etwas sehr anderes ist. Es sind keine kleinen Gesetze, sondern solche, die die Tiere, die wehrlosen Pflan-

² 84 Völker, 65 Sprachen

³ Muelas Hurtado, Lorenzo (2005) La fuerza de la gente: juntando recuerdos sobre la terrajería en Guambía, Colombia. Bogotá: Instituto Colombiano de Antropología e Historia.

zen einbeziehen. Es sind Gesetze für das Leben und für die Zeit nach dem Leben, weil es auch Pflichten und Rechte der Toten und für die Toten gibt.“⁴

Die Einheit, die Kultur, das Territorium und die Autonomie wurden zu den zentralen Säulen der indigenen Bewegung, nicht nur in politischer Hinsicht sondern auch als ein Weg, um neuen indigenen Generationen die Zukunft zu weisen und sie aus dieser neuen Perspektive heraus zu orientieren – tief verwurzelt in ihrer eigenen Geschichte und der der anderen indigenen Völker, von Abya Yala (Amerika) und der Welt.

Auf der Suche nach unseren Bildungsvorstellungen

Die ersten Vorschläge, die von der indigenen Bewegung Anfang der 1970er Jahre gemacht wurden, kamen aus der kulturellen Perspektive, die zu dem Zeitpunkt „zweisprachige bi-kulturelle Bildung“ genannt wurde. Die zweisprachige, bi-kulturelle Bildung war der Gegenvorschlag zum politischen Bildungssystem des kolumbianischen Staates, das dieser seit Ende des 19. Jahrhunderts durchsetzte, als die Bildung der indigenen Völker – durch die Unterzeichnung des Konkordats – der römisch-katholischen Kirche übertragen wurde, damit die Indigenen zivilisiert, evangelisiert und hispanisiert werden.

Nach den vielen Jahren der Evangelisierung setzte sich eine einzige Sichtweise durch: dass die einzige Kultur mit Wert genau jene war, die die katholische Kirche lehrte, die aus Spanien, dem Land der Herrschenden kam, die Kultur des Todes, während unsere Kultur keinen Wert vor dem Unterdrückergott der Christen besaß. Von daher wurde dieser erste Vorschlag vor dem Hintergrund der Bi-Kulturalität gedacht, da man von der Beziehung zu einer einzigen Kultur – der herrschenden – ausging. Zu dem Zeitpunkt dachte man noch nicht, dass wir auch von den anderen indigenen Kulturen Kolumbiens lernen könnten. Die Idee der Interkulturalität gab es noch nicht.

Erst danach begann sich allmählich der Vorschlag einer zweisprachigen interkulturellen Bildung durchzusetzen, die zu einer der Säulen der indigenen Bewegung wurde. Nach und nach haben wir in dem Organisationsprozess gelernt, dass jede unserer Kulturen die gleiche Bedeutung hat, dass wir mit jeder in einen Dialog treten müssen, dass wir von jeder viel zu lernen hätten (ihre Kosmvisionen und Kosmogonie, verschiedene Formen der Beziehung zur Natur, der Art und Weise Jungen und Mädchen aufzuziehen, der Liebe in der Familie, das Leben wiederzuschaffen). 1978 erlässt das Bildungsministerium das Dekret 1142. Damit gibt es zum ersten Mal einen rechtlichen Rahmen, damit die indigenen Völker eine zweisprachige, interkulturelle Ausbildung erhalten können. Allerdings liegt diese immer noch in den Händen der katholischen Kirche. Man musste ein weiteres Jahrzehnt warten, bis das Recht auf eine eigene Bildung – jetzt mit Verfassungsmandat – verankert wurde:

⁴ Green, Abadio (1997) *Acerca de Leyes de Vida..y Leyes de Muerte*. Vortrag als Präsident der ONIC auf dem Seminar über Indigene Rechtssprechung, Popayán, CRIC, Defensoría del Pueblo.

„Der Staat erkennt die ethnische und kulturelle Diversität der kolumbianischen Nation an und schützt sie. Die Bildung ist ein Recht der Person und eine öffentliche Dienstleistung, die eine soziale Funktion hat; durch sie wird der Zugang zu Wissen, zur Wissenschaft, zur Technik und weiteren Gütern und Werten der Kultur gesucht. Die Mitglieder der ethnischen Gruppen haben das Recht auf eine Bildung, die ihre kulturelle Identität respektiert und entwickelt.“ (Artikel 7,67 und 68 der kolumbianischen Verfassung von 1991, siehe auch Artikel 8,10,19 und 72)

Diese Rechte wurden im Kapitel III des Gesetzes 115/94 und in dem Dekret 804/95 des nationalen Erziehungsministeriums, das es unter dem Begriff Programm der *ethnoeducación* fasste, geregelt.

Es ist wichtig festzuhalten, dass all diese Rechte – in diesem Fall im Bereich der Bildung – durch den Druck der indigenen Organisationen und der Gemeinschaften erreicht wurden. Dies ist nicht nur ein politischer sondern auch ein pädagogischer Prozess, da wir auf alle Weigerungen der Regierung mit neuen Alternativen geantwortet haben. Schließlich musste der kolumbianische Staat viele Vorschläge der indigenen Völker akzeptieren und verschiedene Abkommen unterzeichnen, die akzeptierten, dass die Bildung von den Traditionen und Kosmvisionen der indigenen Völker ausgehen muss. Trotzdem negierte der Staat in seiner integrationistischen Politik auch weiterhin den Reichtum der Kulturen und Gedankenwelt der Völker Kolumbiens und des Kontinents. Von daher gab es an diversen runden Tischen Streit mit den Funktionären der Regierung bis sie schließlich auch rechtlich die *ethnoeducación* anerkannten. Wenn es nicht die Unterstützung der Organisationen und die Teilnahme an unzähligen Sitzungen, Treffen und Demonstrationen von Tausenden Indigenen gegeben hätte, hätten wir die Festschreibung der Rechte in der Verfassung und einiger Gesetze und Normen nicht erreicht. Auch wenn dies wichtige Erfolge sind, fehlen doch noch viele Jahre des Kampfes für eine wirkliche Autonomie. Der Druck, das offizielle Curriculum zu erfüllen, überlagert noch die eigenen Anstrengungen im Bildungsbereich, die von unseren Kosmvisionen ausgehen.

Seit meiner Teilnahme an dem politischen und kulturellen Leben der indigenen Bewegung Kolumbiens Ende der siebziger Jahre reifte nach und nach die Vision, dass, um mit größerer Klarheit und Entschiedenheit weiterkommen zu können, unsere Kämpfe und Forderungen Hand in Hand mit einer eigenen Vorstellung von Bildung einhergehen müssen und so ein neues Netz – gewebt aus den verschiedenen Fasern der Wälder, der Weisheit, geknüpft im Dialog mit den verschiedenen Weisen der indigenen Gemeinschaften des Landes – entsteht. Von ihnen lernte ich die Bedeutung des Wortes und des Zuhörens, um auf die unterschiedlichen Realitäten der Indigenen Antworten finden zu können. Die Sprache ist das zentrale Medium, um die Gegenwart mit der Vergangenheit in Beziehung zu setzen und um mit einem Konzept von Zeit in die Zukunft zu bli-

cken, dass nicht lineal, sondern konzentrisch ist und die Mutter Erde umarmt, die uns das Leben gibt.

Die Mutter Erde als das Epizentrum der Bildung

In dem Maße wie ich die Tiefe der Kenntnisse unserer Großväter und Großmütter verstand und anderen Stimmen der verschiedenen Völker Abya Yalas zuhörte und nach einem Dialog mit anderen Völkern der Welt, fand ich, dass alle indigenen Völker der Welt, alle absolut alle, sagen, dass die Erde unsere Mutter ist und alle Wesen auf ihr ihre Söhne und Töchter sind. Dies ist so, weil wir von ihr in jedem Augenblick unseres Lebens abhängig sind, weil die Struktur unserer Körper die gleiche ist wie die der Erde. Unsere Leber, unsere Lungen, das Blut, das durch unsere Adern fließt, sind wie die Schluchten, die Berge, die unterschiedlichen Ökosysteme, die es auf der Mutter Erde gibt. Deshalb muss man sie schützen, weil sie in unserem eigenen Körper genauso ist wie in der Luft, die wir atmen, in dem Wasser, das wir trinken, in der Sonne, die uns wärmt und den Pflanzen und Tieren, die uns ernähren.

Von daher beschreiben viele Völker die enge Beziehung, die zwischen der Menschheit und der Erde besteht, wie es z.B. das Volk der U'wa sehr gut ausdrückt:

„Von der Mitte des Herzens, von der Mitte der Welt wird alles gelenkt; aber das ist weder abbaubar noch verletzbar; im Caño Limón – Coveñas hat man es schon gemacht – sie wissen nicht zu schützen....Deshalb sind die Flüsse wütend, sie respektieren weder Hängematten noch Brücken; die Regierung ist nicht in der Lage, dies aufzuhalten; man nimmt uns viel von unserer Autonomie und viel von unserem Geist; heute müssen wir es sichern, ..das Erdöl ist die Mutter aller heiligen Seen.... Es arbeitet; die Smaragde, das Gold, die Kohle – all diese Ressourcen darf man nicht abbauen, sondern muss sie in der Erde lassen, sie leben, sie arbeiten....Vor der Kolonisation war es anders, heute ist es als hätte man Feuer gelegt, der ganze Körper brennt; arme Welt, sie leidet, niemand unterstützt und schützt sie; die Welt schreit, um Mitternacht spricht sie.....“⁵

In all diesen Jahren des Kampfes für unsere Rechte habe ich gelernt, dass wir uns nicht nur auf die politischen Forderungen beschränken dürfen sondern sie in neue pädagogische Wege übertragen müssen, damit auch unsere künftigen Generationen unser Haus verteidigen können, dass uns unsere Vorfahren hinterlassen haben: das muss aus dem Wissen der Jahrtausende alten Traditionen heraus erfolgen. Das offizielle Bildungssystem hat nicht nur das Wissen und die Beziehung zur Erde ignoriert, sondern hat sein Wissen über die Weisheit der Ureinwohner gestellt. Es schmerzt sie, die Weisheit unserer Völker des *Abya*

⁵ Mitschrift des Beitrags von Berito Cabarúa, Präsident der Asociación de Cabildos y Autoridades Tradicionales U'wa während der Konsultation über die Erdölförderung auf dem Gebiet der U'wa, Cubará-Boyacá. Referenz: Green, A. (2001) El otro ¿Soy yo? Alma Mater, Agenda Cultural, Extension Cultural, Universidad de Antioquia (69), 2-5.

Yala anzuerkennen. Immer haben sie versucht, uns unser Gedächtnis zu nehmen, wie sie versucht haben, uns die Mutter Erde zu nehmen, die das Fundament unserer Spiritualität ist. Damit wollen sie mit der Plünderung der natürlichen und kulturellen Ressourcen, die viele Völker sorgfältig für das Wohl der Menschheit gehütet haben, fortfahren.

Eine Bildung ausgehend von der Mutter Erde bedeutet daher, uns darauf vorzubereiten, sie zu retten, damit wir gemeinsam für ihren permanenten Schutz und Erhalt arbeiten.

Die Sprache – Mittel der Existenz der Völker

Damit die Weisheit der Völker sich in pädagogisches Handeln umsetzen kann, brauchen wir ein Bewusstsein darüber, was wir täglich sagen und um – ausgehend von unseren Worten – ein tiefes Verständnis darüber zu erlangen, was wir sprechen, brauchen wir das feine Gehör eines Delfins, den Geruchssinn eines Condors, das Auge des Adlers. Unsere Schöpfer, *Nana* und *Baba*, sprechen zu uns die ganze Zeit über die Schaffung der Erde und des Kosmos, weil es Spuren von Ihm und von Ihr sind – Sie und Er sind die Autoren dieses Wunders. Es hängt von unserer Fähigkeit ab, die Geschichte in Worten zu interpretieren, ob wir die ganze Herrlichkeit erahnen können.⁶

Aber wir müssen bedenken, dass das offizielle Bildungssystem uns unser Gedächtnis geraubt hat, weil die spanische Sprache uns andere Augen, andere Gefühle, andere Vorlieben, einen anderen Geruchssinn aufgezwungen hat und uns dazu brachte, aus einer anderen Realität, aus der Sicht der anderen Kultur zu sehen. Aus dieser Perspektive haben die indigenen Sprachen keinen Wert für die Pädagogik, weil die indigenen Sprachen nicht als Sprachen anerkannt sind und viele Akademiker und Pädagogen verbreiten noch heute in den Aulen der Universitäten und Schulen, dass die indigenen Sprachen Dialekte sind.

Jetzt möchte ich Ihnen mitteilen, wie eine nicht-indigene Wissenschaft, die Linguistik, über die verschiedenen Studien meiner Kultur zu meinem Volk den Kuna Dule kam. Mit der Zeit wurde die Linguistik für uns zu einem Mittel, das uns erlaubte, die Größe der Weisheit unserer Gemeinschaften zu verstehen, weil es uns ermöglichte, die Tiefen der Bedeutung der Worte von ihrem Ursprung her zu erfassen. So haben wir begonnen, eine Etymologie zu entwickeln, um uns so der erstgeborenen Welt zu nähern: Wie war die erste Welt als die Tiere noch menschlich waren und warum gehorchten die ersten Männer und Frauen nicht den Geboten ihrer Schöpfer? Wie kann man mit dem Herzen die Planeten, die heute aufpassen, um ihre Mutter Erde zu schützen, wahrnehmen? Es waren sie, die ersten Menschen, die die Liebkosungen des Windes fühlten, die ersten, die ihre Körper in den Flüssen nässten und in den Schluchten der gerade geborenen

⁶ „Baba rief aus: ¡Oloitirdili! Und Nana rief ebenfalls ¡Maniitirdili! Und so wurde die Mutter Erde geboren. Baba formte die Fundamente aus Gold der Mutter Erde, Nana jene aus Silber. Nana und Baba zusammen stellten das gekrümmte Haus: das Firmament.“ Doktor Aiban Wagua eine der qualifiziertesten Weisen der Comarca Kuna Yala in Panama zitierend, den Weisen Igwanabiginya (Horacio Méndez, 1897-1989).

Mutter Erde gingen; es waren die ersten, die den Bogen spannten, damit die Jagd den Gaumen erfreut, es waren die ersten, die das Gesicht ihrer Mutter, *Nana Gabayai*, erblickten. Und es waren sie, die uns das Wissen und die Gebote hinterließen, wie unsere Beziehung zur Erde sein sollte. Das war genau das, was wir suchten: das Gedächtnis unserer Weisheit und die Etymologie, als Weg die Spuren unserer Großväter und Großmütter zu entdecken und zu verfolgen, so dass wir sie heute noch von den vielen Geschichten und Gesängen in unserer ersten Sprache sprechen hören, von denen unsere Schöpfer: die Großväter Planeten, die Großmütter Sterne und unsere Mutter Erde unter dem Vollmond sprachen.

Jedes Volk hat seine eigene Vorstellung von der Mutter Erde, die sich in den dafür gebrauchten Worten manifestiert. Aber um die Bedeutung der Worte zu erfassen, müssen wir die Struktur der Sprache kennen. Die indigenen Sprachen haben ihr eigenes Bedeutungssystem – durch die Segmentierung oder Elision⁷ von Vokalen oder Silben in einem Wort. Das liegt daran, dass sie ursprüngliche Sprachen sind, so dass man nicht auf andere Sprache zurückgreifen muss, um Herkunft und Bedeutung der Worte zu verstehen. Andere Sprachen – wie zum Beispiel Spanisch – müssen auf andere Sprachen wie Griechisch, Latein oder Arabisch zurückgreifen, um die Etymologie der Worte zu erkennen.

Im Fall der Sprache Kuna Dule gibt es keine zwei Konsonanten nebeneinander in einem Wort, ein Wort kann auch nicht mit einem Konsonanten enden. Wenn dies passiert, bedeutet es, dass eine Elision von Vokalen oder Silben vorliegt. Diese Erklärung ist sehr wichtig für mich, denn unter dieser Voraussetzung können wir die Bedeutung des Wortes Mutter Erde erläutern um ihre Bedeutung für uns, die indigenen Völker besser zu verstehen.

Worte in Kuna Dule		Worte im Spanischen	
Nabba		Tierra	
Na b (a)	(na) ba	Totuma	Totuma
Nana		Madre	

Das Wort Nappa (Erde) kommt von dem Wort Na oder Napa (Totuma), das die Mutterschaft, die Fruchtbarkeit und das Leben symbolisiert. Außerdem symbolisiert es die Form der Erde. Aus *Totuma* formt man außerdem die *Maracas*⁸, die für Wiegenlieder und während der Rituale der Mädchen genutzt und nur von Spezialisten gespielt werden. Wenn etwas der *Maraca* zustößt, weil sie fällt, weil sie zerbricht, dann wird der Schuldige bestraft. Zusammenfassend: die Bedeutung der Erde ist Fruchtbarkeit, ist Mutter, ist Schöpferin und wenn die beiden Worte: **Na + Na** sich vereinen bedeutet es **Mutter**.

⁷ Weglassen einer oder mehrerer Laute.

⁸ Ein Rythmusinstrument (Kugeln).

Wenn wir Kuna Dule von der Schöpferin und dem Schöpfer sprechen, dann geschieht dies im Sinne des Komplementären, denn das Universum wurde von einer Parität der Kräfte gemeinsam geschaffen: Mann /Frau, weiblich / männlich. Dieses Komplementäre hat immer existiert. Seit Beginn des Lebens gab es zwei Kräfte: Baba (Vater) und Nana (Mutter). Wie wir bereits aufgeführt haben, kommt das Wort Nana von Na, was *Totuma* (Fruchtbarkeit, Leben) bedeutet, das Wort Ba kommt von pa(li), das bedeutet „der an der Seite geht“. An der Seite von wem, fragen wir uns. Und sagen, er geht an der Seite der Mutter.

Die Weisen unserer Gemeinschaften sagen, dass die Erde die Mutter alles Lebens ist, wir sind von ihr abhängig, sie ist die Frau, die uns beschützt. Von daher gibt es seit der Schaffung der Welt ein Gebot, dem wir Männer und Frauen gehorchen müssen, um zu schützen, zu lieben und auf sie aufzupassen. Wir wurden für diese Aufgabe ausgesucht. Die Erde ist keine Handelsware, sondern es ist eine Person mit einem großen Herzen, die uns alles gibt und der man immer danken muss. So danken viele Völker der Erde. So haben z.B. die Brüder der Sierra Nevada von Santa Marta, das Volk der Ika die Zeremonie des „Bezahlens“. Diese Zeremonie üben sie an unterschiedlichen Stellen aus, weil wir Teil von der Mutter Erde sind, weil wir aus ihr kommen und zu ihr zurückgehen.

Im alltäglichen Leben ist die Erde allgegenwärtig, sie verlässt uns nicht einen Augenblick, wie es z.B. das Wort der Kuna Dule für „gehen“ (caminar) ausdrückt.

Wort in Kuna Dule			Wort in Spanisch		
Nanae			Caminar		
Na	na	e	Totuma	Totuma	3. Person Singular Präsens
Nana		e	La Madre		Die mit einer anderen Person geht

Wie man sieht, ist *Totuma* als Ausdruck der Mutter in der Präsensform des Verbs caminar / gehen vorhanden. Das besagt, dass die Erde als Mutter immer mit uns ist, uns beobachtet. Sie ist die erste Zeugin, wenn wir die ersten Schritte gehen. So wird in der Struktur der Sprache Kuna Dule, das Subjekt (in diesem Fall das Wort Mutter) zu einem Verb, es wird zu einer Aktion (gehen).

Das Wort Nana finden wir auch in den Gruß- und Abschiedsworten:

Wort in Kuna Dule			Wort in Spanisch		
Anna			Hola		
A	N(a)	Na	3. Person Sing. Einer nicht anwesenden Person	Totuma	Totuma
A	Nana		Hervorrufen, heraufbeschwören	Der Mutter	

Das Gleiche passiert, wenn wir uns verabschieden. Wir sagen: „An nade“

Wort in Kuna Dule				Wort in Spanisch			
An nade				Me fui (ich ging)			
A	N(a)	Na	de	3. Person Sing. Einer nicht anwesenden Person	Totuma	Totuma	Der aus dem Zentrum geht
A	Nana		de	Estoy partiendo de la madre (ich gehe aus der Mutter heraus)			

Jedes Mal wenn wir uns begrüßen und verabschieden, tun wir es unter Berufung auf die Mutter. Mit anderen Worten: aus ihr kommen alle Dinge, alles Leben, dass auf ihr lebt: kleines, großes, hässliches, schönes, dickes, winziges. Sie ist das Leben, von ihr sind wir immer abhängig: vor unserer Geburt, während unserer Geburt, auf der Erde und nach dem Tod, sie nimmt uns wieder auf für das Leben.

In dem Wort für die Zahl „eins“ steckt das Wort Sagga, was Schwiegervater oder Schwiegermutter bedeutet:

Wort in Kuna Dule		Wort in Spanisch	
Sagla (Saila)		Cacique, Gobernador (Regierender)	
Sag (ga)	I(a)ele	Suegro (Schwiegervater)	Sabiduría (Weisheit)
		Die Weisheit ist in der Person, die regiert / leitet	

Warum erscheint in der Zahl eins das Wort Schwiegervater? Weil in der Nummer eins die Autorität der Gemeinschaft liegt. Mir ist es hier wichtig, da-

rauf hinzuweisen, was uns die Kuna Kultur in Bezug auf ihr Konzept von Demokratie und gute Regierende vermittelt: die Demokratie beginnt im Haus, in der Familie, denn in unserer Kultur sind wir matrilocal, die Ehemänner der Töchter ziehen in das Haus des Schwiegervaters. Der Mann zieht aus dem Haus seiner biologischen Eltern aus, um in das Haus der Eltern seiner Frau einzutreten. Von daher ruht die Weisheit in der Schwiegermutter oder dem Schwiegervater, weil man von ihnen lernt, eine Familie, den Haushalt zu verwalten sowie alles, was das Sein einer Familie ausmacht. Um Regierender (*Sakla*) zu sein, muss man erst *Sagga* (Schwiegervater/-mutter) sein. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist, dass man aus der Mutterschaft der Mutter Natur heraus regieren muss. Dies zeigt uns die Zahl eins, in der Mutter und Schwiegervater gleichzeitig erscheinen.

Um meinen Beitrag zu beenden, möchte ich zwei weitere Beispiele aus anderen Sprachen aufzeigen mit dem Ziel, die Anwendbarkeit der Etymologie auf andere Sprachen zu verdeutlichen und zu zeigen, dass nicht nur die Worte des Kuna Dule die enge Beziehung zur Mutter herstellen sondern auch andere Sprachen.

In Sprache der Wayuu⁹ wird der Schöpfer *Maleiwa* genannt. In dem Gedicht „*Aqui surgió*“ des Poeten Mercado Epiyú übersetzt er dies mit „Gott“.¹⁰ Ich hatte die Möglichkeit mit ihm zu sprechen und fragte ihn, ob es nicht andere Bedeutungen geben könnte. Mittels der Etymologie versuchte ich, dem auf den Grund zu gehen und stellte mit ihm folgende Überlegung auf der Grundlage der Zerlegung des Wortes an:

Wort in Wayuunaiki			Worte im Spanischen		
Maleiwa					
Ma	lei	wa	Tierra (Erde)	Origen (Herkunft)	Observa (Beobachtung)
			La Tierra que observa su creación Die Erde, die ihre Entstehung beobachtet		

Diejenige, die die Entstehung der Erde beobachtet ist die Erde und die Erde ist, wie wir aus ihrer Kosmvision und ihrem praktischen Leben wissen, Mutter bei den Wayuu. Die Wayuu sind matrilinear. Der Poet war erstaunt und erkannte die Möglichkeit an, dass das heilige Wort *Maleiwa* Göttin und nicht Gott bedeuten könnte. Er war begeistert von der Möglichkeit durch das Aufschlüsseln der Worte mehr über die Herkunft seines Volkes zu entdecken. Leider haben durch die Ankunft der katholischen Kirche alle unseren Sprachen ihre authentische Bedeutung verloren und die Worte mit Bezug zur Kosmogonie wurden auf die

⁹ Die Wayuu leben in der Guajira, Kolumbien.

¹⁰ Mercado Epiayú, Rafael (2003) Poemas Nativos. Barranquilla, Antillas, S.17.

Vision eines männlichen Gottes reduziert, weil es schwierig war und ist, dass die katholische Kirche die Existenz einer Göttin akzeptiert.

Als ich meine Brüder und Schwestern aus anderen Kulturen fragte, fand ich den Fall der Sprache der Curripacos, die an den Flussläufen des Guainía, Inírida und Guaviare leben, die ebenfalls den Schöpfer „Gott“ nennen. Auch dort haben wir das Wort in seine Bestandteile zerlegt:

Worte in Curripaco			Worte in Spanisch		
Miyaca					
Mi	ya	ca	Vida (Leben)	Permanente	Única (einzig)
			La única vida permante		

Sie erklärten mir, dass in der Kultur Curripaco die einzige Person, die permanent das Leben der Gemeinschaft und alles Leben auf der Erde schützt, eine Frau ist, die Mutter der Lebewesen. Die Erde ist ebenfalls Mutter und sie liebt uns alle gleich. Von daher war die Übersetzung nicht adäquat, weil man sie aus der westlichen Vision heraus, die glaubt, dass Gott männlich sei, vornahm.

Die Rettung unseres Gedächtnisses zur Verteidigung der Mutter Erde – eine Botschaft für die Menschheit

Mit den genannten Beispielen möchte ich aufzeigen, dass in den Worten das Lernen der indigenen Gemeinschaften zu Tage tritt. Es ist das Studium der Sprachen, durch das wir unsere Gesichter, unsere Überlieferungen, unser originäres Wissen wieder erkennen können. Es ist eine dringende Aufgabe, weil man uns mittels der (Schul-) Bildung eingetrichtert hat, dass die Kultur aus Spanien (und heute die angelsächsische) die allumfassendste, die fortschrittlichste, die Wahre ist. Damit hat man versucht, unser Gedächtnis und unser Jahrtausende altes Wissen auszuradieren. Dies ist neben dem bewaffneten Konflikt und der Vertreibung auch eine Form der Gewalt gegen unsere Menschen. Es ist die epistemische Gewalt, von der wir kaum sprechen und die sehr schrecklich ist, weil heute viele unserer Brüder und Schwestern ihre Geschichte und ihr Vermächtnis verneinen – sie sind lebend tot und das ist das Schrecklichste, was einem Jahrtausende alten Volk passieren kann.

Es ist unsere Aufgabe als Pädagogen durch die Lebenserfahrung in unseren Gemeinschaften zu lernen: wir müssen unser Wissen entkolonialisieren, weil die Kolonisierung uns großen Schaden zugefügt hat – nicht nur den indigenen Völkern sondern auch ihren eigenen Söhnen und Töchtern, den Mestizinnen und Mestizen dieses Kontinents, denen sie ihre „indigene Mutter“, ihre „schwarze Mutter“ und ihren „arabischen Großvater“ verweigerte und diese Gesellschaft auf einem patriarchalen, machistischen, katholischen und individualistischen

Modell der Spanier aufbaute. Viele Jahrhunderte sind vergangen, und viele Völker sind mit ihren Kulturen und Sprachen vom Antlitz der Erde verschwunden. Und wir, die wir geblieben sind, können weiter von den Wundern, die in dem Geist der Weisen unserer Gemeinschaften existieren, berichten.

Wir, die wir in Verteidigung der Rechte der Völker arbeiten, in der Bildung unserer Leute und die wir – Merkwürdigkeit des Lebens – akademisch arbeiten, haben die Pflicht, die Wissenschaft, die immer von den Mächtigen besetzt war, zurückzugewinnen. Wir sind verantwortlich, dass die Wissenschaft der Menschheit dient, den einfachen Menschen, die an den Frieden und die Zukunft der Völker der Welt denken.

Mehr denn je haben heute die Botschaften der alten Völker Gültigkeit, weil jetzt das Leben des Planeten und aller Lebewesen durch die unzähligen Mega-Projekte, die die Länder der „ersten Welt“ durchführen, in Gefahr ist. Deshalb wollen heute die indigenen Völker zur Welt sprechen, um die Botschaft zu bringen, dass wir alle von der Erde abhängig sind: die Tiere, die Luft, die Planeten. Es ist gut Proteststimmen zur Verteidigung der Erde zu hören, die Stimmen auch von Nicht-Indigenen, Weisen, die ebenfalls über den Kurs, den das Leben auf der Erde nimmt, besorgt sind und einen Sandkorn zum Frieden beitragen wollen.

Alles, was hier bisher gesagt wurde, spricht dafür, die Bildung zu ändern, die bisher ein repressiver Apparat war, der die Weisheit der Völker verneint hat, weswegen wir heute in *Abya Yala* Völker vorfinden, die sich ihrer Identität, ihrer Traditionen, ihrer Sprache schämen, weil alles was in den Schulen übermittelt wird, fern ihrer Traditionen ist. Die heutige Schule vermittelt nichts von der Schönheit des Lebens, der Harmonie unter den Lebenden, von der Gemeinsamkeit. Bis heute werden die Mädchen und Jungen wie Objekte behandelt, weil ihre Methoden lediglich in der Informationsweitergabe besteht. Wissen wird nicht erneuert und mit Freude vermittelt, weil die Curricula auf den Arbeitsanforderungen einer Wirtschaft beruhen, die nur an den Gewinn und nicht an die Lebensqualität der Menschen denkt. Die Weisheit der Alten lehrt uns, dass das Zentrum der Bildung die Erde sein muss, heute mehr denn je, weil sie in Gefahr ist zu sterben.

Von daher nennt die Organisation der Indigenen von Antioquia ihr Bildungsmodell „Strategie zur Verteidigung der Mutter Erde“. In diesem Sinne muss sich die Pädagogik um sie drehen, weil wir nur so verstehen, dass wir Teil der Schöpfung sind – wie die Planeten, die Sterne, die Tiere, die Bäume, die Luft, der Regen, dass sie die beschützende Frau aller ist.

Wie kann man die Liebe zu ihr erlangen? Damit die Welt ihr wieder das Gesicht zuwendet und wir alle sie schützen und erhalten können, müssen wir das Markt- und Konsumdenken gegen ein nachhaltiges, langfristiges und gerechtes Denken eintauschen. Wir schlagen daher eine Pädagogik, die von der Mutter Erde ausgeht, vor. Dies ist nicht ein Vorschlag indigener Völker für in-

digene Völker sondern für alle Völker der Welt. Wie kann man anfangen, von dieser Perspektive aus zu arbeiten? Wir müssen einen breit angelegten und ehrlichen Dialog in unseren Völkern und mit unseren Nachbarn führen und ihn dann ausweiten, bis daraus eine weltweite Bewegung zur Verteidigung der Erde wird. Und eine wichtige Art, dies zu tun, ist die Entschlüsselung der Bedeutung der Worte als eine kreative Methode der Pädagogik, die es den neuen Generationen erlaubt, die Welt mit anderen Augen zu sehen. Auf diese Weise können wir unser Denken entkolonialisieren, um unsere Wurzeln, unser Bildnis und unsere Spuren auf der Grundlage des Wissens der Vorfahren zu entdecken.

Das bedeutet für mich, die Erde zu verteidigen: der Identität und der Geschichte der Völker, die ihr Augenmerk auf den Schutz der Erde richten, eine Stimme geben. Es ist eine politische Position ausgehend von der Mutter Erde, die in den weltweiten Debatten bisher fehlt.

Ich glaube, dass dieser politische Vorschlag dazu beitragen kann, die Politik des Todes vieler Völker zu bremsen und dass viele Persönlichkeiten die Tiefe unserer Vorstellungen verstehen. Unsere Völker und ihre Organisationen haben immer gefordert und dafür gekämpft, dass ihnen ihre Territorien zurückgegeben werden, weil wir ihre ursprünglichen Beschützer sind. Die Antwort war die Ermordung vieler führender Persönlichkeiten.

Wir sind uns bewusst, dass die Geschichte sich nicht ändert, aber wir sind uns auch bewusst, dass die Geschichte der Forderungen mit unseren Kindern und Enkeln weitergeht, weil unsere Regierungen die Worte Leben, Harmonie, gut leben, Gemeinsamkeit nicht verstehen; für sie klingt es nach Zurückgebliebenheit, Ignoranz, nach a-historischen Denken, eben wild. Das ist der Unterschied, den wir mitteilen wollen: dass unsere Art und Weise zu Denken nicht nur die einer kleinen Gruppe von Führungspersönlichkeiten und Weisen ist sondern die einer Jahrtausende alten Weisheit, die in den Worten zum Ausdruck kommt. Durch sie verstehen wir unsere Aufgabe in der Gesellschaft, weil wir verstehen, dass das Wissen unserer Vorfahren und unsere Geschichte sehr nah sind: sie sind in den Worten, die wir aussprechen, in dem was ich aus dem Herzen heraus erzählt habe. Damit ein ums andere mal die Mächtigen der Welt, die die Natur als Feind betrachten, verstehen, dass wir sie als etwas Schönes sehen, dass uns alle ohne Unterschied beherbergt und liebt – Pflanzen, Tiere und Menschen, alles was geboren wird, lebt und stirbt.

Aus dem Spanischen von Heidi Feldt

Resurrektion der Natur Das Eingedenken in die Natur als Subjekt

Marcus Hawel

*„Die vergesellschaftete Menschheit im Bund
mit einer ihr vermittelten Natur
ist der Umbau der Welt zur Heimat.“*

Ernst Bloch¹

Prinzip Hoffnung

Im Jahr 1917 beendete Ernst Bloch in Locarno sein Werk „Geist der Utopie“, das gleichsam die Vorarbeit des im amerikanischen Exil (1938-1947) entstandenen Hauptwerks „Das Prinzip Hoffnung“ ist. Damit ist der historische Kontext umrissen, in dessen Rahmen zu begreifen ist, welche Erfahrungen in das Blochsche Werk eingeschrieben sind: Es ist die Epoche des Untergangs der bürgerlichen Gesellschaft, der totalen Zerstörung durch zwei Weltkriege, des Faschismus, der barbarischen Massenvernichtung und des Neubeginns. Eric Hobsbawm nennt diese Epoche das „Zeitalter der Extreme“, in dem Nihilismus und Untergang neben Pathos und Revolution stehen.

Blochs Begriffe, die er entwirft, sind alle nach vorwärts gerichtet. Er orientiert sich nach dem „vordersten Abschnitt der Zeit“, den er „Front“ nennt, weil dort das Neue latent sich anbahnt, dem zur Geburt verholfen wird und das sich durchkämpfen muss. Im unmittelbaren Zentrum dieser an Zukunft orientierten Welt steht der Begriff der konkreten Utopie und des antizipierenden Bewusstseins. Den utopischen Vorrat als Antizipation der Zukunft eines Noch-Nicht und dem „Träumen nach vorwärts“ spürt Bloch in sämtlichen Überlieferungen und menschlichen Regungen auf: zum Beispiel in Tagträumen, Alltagshandlungen und Märchen. Er spricht vom Unabgegoltenen und von einem utopischen Überschuss im Menschen, das im gesellschaftlichen Sein nicht aufgeht (Nochnicht-Sein) und nach Realisierung, das heißt: über sich hinaus drängt.

Bloch ist der Tradition des westlichen Marxismus zuzuordnen. Das Verhältnis zur Natur ist für Bloch eines der wesentlichen neuralgischen Schnittstellen, wenn nicht *der* „archimedische Punkt“ für eine humanisierte Welt.² Das gilt nicht nur für Bloch, sondern insgesamt für den westlichen Marxismus dieser

¹ Ernst Bloch: *Das Prinzip Hoffnung*, 1. Bd., Frankfurt am Main 1959, S. 334.

² Vgl. ebd., S. 333.

Zeit – insbesondere auch für die kritische Theorie von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, zu der Bloch ein kritisch-solidarisches, zuweilen bissiges Konkurrenzverhältnis pflegte. Darum werde ich hier das Thema etwas großzügiger angehen, um zu zeigen, wo die Unterschiede und Gemeinsamkeiten liegen. Im wesentlichen kann man sagen, dass Bloch viel stärker die 11. Feuerbachthese von Marx verinnerlicht hat, wonach – in Blochs Worten – die Theorie der Schlüssel und die Praxis der Hebel ist,³ um die Welt interpretierend zu verändern. In der kritischen Theorie Adornos und Horkheimers erhält man diese optimistische Gewissheit, die ins Gelingen verliebt ist, nicht. Im Gegenteil: Für Adorno ist nach Auschwitz die Theorie eher schon Schlüssel und Hebel zugleich, d.h. zwischen Theorie und Praxis existiert nunmehr ein gestörtes, von Skepsis erfülltes Verhältnis: kein Hebel nirgends und nur zuweilen ein abgebrochener Schlüssel mit einem nicht vollständig zu deutenden Hinweis, zu welchem Schloss das Schlüsselfragment gehört. – Bloch spöttelte in Bezug auf die Frankfurter, sie lebten in einem „Grandhotel Abgrund“.

Naturbeherrschung als Verhängnis

Der Mensch pflegt seit jeher ein ambivalentes Verhältnis zur Natur. „Die Idee des Menschen in der europäischen Geschichte“, schreiben Horkheimer und Adorno in der *Dialektik der Aufklärung*, „drückt sich in der Unterscheidung vom Tier aus“⁴. In dieser Abgrenzung zum Tier, mutatis mutandis zur Natur, kommt eine fatale Zivilisationsgeschichte zum Ausdruck, hinter der eine mörderische, instrumentelle Vernunft steht. Das Verhältnis zur Natur ist von Angst und Feindschaft bestimmt. Die Natur ist der Menschheit das Nicht-Begriffliche, das sie im Bann hält und ihre Existenz bedroht. Angst und Feindschaft schreiben sich in das westliche Zivilisationsparadigma und mithin in die Naturwissenschaften ein. In der Folge wird das westliche Fortschrittsdenken in Europa gegen die Natur in Anschlag gebracht. Auch Kant löst sich davon nicht. Bei Hegel kulminiert dieses Denken.

Natur – das war für Hegel das vom Geist Unberührte, Nicht-Begriffliche; es galt ihm als abstraktes, unmittelbares, nicht in sich reflektiertes Erscheinen überhaupt. Als solches stellte es die Unfreiheit des Geistes dar: das Böse als Stand des Tieres.⁵ Komme Natur mit dem Geist in Berührung, werde sie durch den Begriff aufgehoben. Der Begriff der Natur sei die Freiheit von der Natur, weil nur der Begriff vom Naturzwang befreie. Wer die Natur begriffen habe, wisse sich vor ihr adäquat zu schützen.

Bloch resümiert in Bezug auf Hegels Naturbegriff: „Bei Hegel wird die Natur, ‚ein bacchantischer Gott, der sich selbst nicht zügelt und fasst‘, durchaus

³ Vgl. ebd.

⁴ Max Horkheimer, Theodor W. Adorno: *Dialektik der Aufklärung*, Frankfurt am Main 1969, S. 262.

⁵ Vgl. G.W.F. Hegel: *Vorlesungen über die Philosophie der Religion*, Bd. II, Werke Bd. 17, Frankfurt am Main 1969, S. 253.

bereits in der vorhandenen Geschichte gezügelt, gefasst und aufgehoben, dergestalt, dass in ihr keinerlei substantieller Rest bleibt.“⁶

Diese Form der inneren und äußeren Naturbeherrschung gerät bei Adorno, Horkheimer und Herbert Marcuse ins Zentrum ihrer kritischen Theorie. In der 1948 erscheinenden *Dialektik der Aufklärung* formulieren Horkheimer und Adorno eine radikale Vernunftkritik und diagnostizieren ein grundlegendes Versagen der Aufklärung in der Moderne, dessen Ursprung in der Verstrickung mit instrumenteller Vernunft von Anbeginn angelegt gewesen sei. Die Vernunft sei nunmehr radikal instrumentell geworden; sie steht nicht im Dienste der Menschheit, sondern hat sich als Instrument der Herrschaft angedient, um die Natur des Menschen zu unterdrücken.

Auch wenn Bloch, Adorno, Horkheimer und Marcuse unterschiedliche Akzente setzen, stimmen sie in ihren Grundannahmen überein, dass Schutz ein Urphänomen von Herrschaft ist. Technik ist die Antwort auf das Bedürfnis nach Schutz, das der Mensch mit jedem Lebewesen teilt, aber er allein ist aufgrund seiner intelligiblen Fähigkeiten imstande, im Verhalten der Natur Gesetze zu erkennen und auf Basis des Wissens über die Natur Techniken zu entwickeln, um sich aus der Natur herauszunehmen. Technik und Naturwissenschaft haben mithin den Zweck der Beherrschung von Natur. Während die Technik das Mittel zur Unterwerfung ist, leitet die Naturwissenschaft als Herrschaftslogos die Technik an. Wer über sie verfügt, kann legitimen Anspruch auf Herrschaft erheben, insofern er mit ihrer Hilfe den Schutz aller oder wenigstens der Mehrheit garantieren kann. Denn Herrschaft beruht auf Anerkennung.

Naturwissenschaft und Technik sind allerdings keine neutralen Ansich-Begriffe. Sie fügen sich in das gesellschaftliche Ganze ein und werden bestimmt durch das Vergesellschaftungsprinzip, das vorherrschend ist. Im Kapitalismus haben sie eine dem Kapitalismus dienliche Aufgabe zu erfüllen. Das Primat des von Profit und Verwertung bestimmten Nutzens leitet sie an und macht aus ihnen eine bestimmte, d.h. kapitalistische Naturwissenschaft und Technik. Die Natur verkommt im kapitalistischen Verwertungssystem vollends zur Ausbeutungsressource, und der profitliche Nutzen kommt wenigen zugute, während allen zunehmend die natürlichen Lebensgrundlagen auf Dauer zerstört werden.

Die Zweckrationalität der Naturwissenschaft und Technik ist längst unter den Kategorien kapitalistischer Ausbeutung entfesselt, verselbständigt und radikal geworden. Die verabsolutierte instrumentelle Vernunft bedroht das Antlitz der Welt und offenbart ihre unermesslichen Destruktionspotentiale. Theodor W. Adorno beschreibt deshalb den Verlauf der Geschichte als ein Verhängnis, dessen Ausmaß von der Steinschleuder bis zur Megabombe reicht.⁷

Die destruktiven Energien, die der Mensch mit Hilfe der Technik freigesetzt hat, seien aber, so Marcuse, weder der Natur des Menschens noch der

⁶ Bloch, a.a.O., S. 806.

⁷ Vgl. Theodor W. Adorno: *Negative Dialektik*, Frankfurt am Main 1966, S. 314.

Technik anzulasten. Technik ist genauso wenig böse, wie sie gut ist. Es kommt darauf an, wie, von wem und für was sie eingesetzt wird. „Ist es immer noch nötig zu betonen“, fragt Marcuse, „dass nicht die Technologie, nicht die Technik und nicht die Maschine Hebel der Unterdrückung sind, sondern die ihnen inwohnende Gegenwart der Herren, die ihre Zahl, ihre Lebensdauer, ihre Macht, ihren Platz im Leben und das Bedürfnis nach ihnen bestimmt. Ist es immer noch nötig zu wiederholen, dass Wissenschaft und Technologie die großen Vehikel der Befreiung sind und dass es nur ihr Gebrauch und ihre Restriktion in der repressiven Gesellschaft sind, die sie zu einem Vehikel der Herrschaft machen.“⁸

Bloch allerdings vertritt im Gegensatz zu Marcuse die Ansicht, dass sich der herrschaftliche, kapitalistische Logos in die Technik charakterlich einschreibt: „Die bürgerliche Technik war insgesamt ein Überlister-Typ (...).“⁹

„Allianztechnik“ und „hypothetisches Natursubjekt“

Wir müssen uns also fragen, wie wir uns eine unbeschwerte Welt und freie Gesellschaft vorstellen, die Gebrauch von der Technik als „Vehikel der Befreiung“ macht, und was wir an der Technik verändern müssen, damit sie ihren Überlister-Typus abstreift. Bloch hat in diesem Kontext den Begriff der „konkreten Allianztechnik“¹⁰ entfaltet, mit welchem Natur und Technik produktiv in ein harmonisches Miteinander-Verhältnis gesetzt werden. Der Begriff ist konkrete Utopie. Denn im Kapitalismus steht der Umgang mit der Natur noch unter dem Zwang des Profitprinzips. Aber auch im Staatssozialismus ist die Natur eine reine Ausbeutungsressource gewesen.¹¹ Unter diesen herrschenden Bedingungen lässt sich kaum ein harmonischer Naturbezug zurückgewinnen: „Erfindung hat erst dann wieder wirkliche Utopie im Leibe, wenn Bedarfswirtschaft statt Profitwirtschaft betrieben wird. Wenn endlich das Gesetz des Sozialismus: maximale Bedarfsdeckung auf dem Stand der höchsten Technik, das Gesetz des Kapitalismus: maximalen Profit, abgelöst hat. Wenn der Konsum imstande ist, alle Produkte aufzunehmen, und die Technik, ohne Rücksicht auf Risiko und private Rentabilität, wieder zur Kühnheit, ohne alle imperialistisch beförderte Dämonie, beauftragt wird.“¹²

Allianztechnik ist das Resultat eines von Grund auf geänderten Verhältnisses des Menschen zur Natur. Es geht darum, die Natur in ihrer Seinsweise zu achten, ihre Gesetzmäßigkeiten zu respektieren, sie vor allem nicht als abgeschlossen – als *natura naturata* – zu betrachten, sondern als sich stets verändernd Produzierende (*natura naturans*). Wir müssen also eine Technik entwickeln, die diese Seinsweise der Natur und ihre Gesetzmäßigkeiten nicht nur bewahrt und nicht zerstört, sondern die sich auf die stetige gestalterische Verände-

⁸ Herbert Marcuse: *Versuch über die Befreiung*, Frankfurt am Main 1969, S. 28.

⁹ Bloch, a.a.O., S. 784.

¹⁰ Vgl. ebd., S. 802ff.

¹¹ Vgl. Joachim Perels: »Demokratie und Ökologie – Theoretische und historische Bemerkungen«, in: Gert Gröning, Joachim Wolschke-Bulmahn (Hg.): *Naturschutz und Demokratie?!*, München 2006, S. 43-49.

¹² Bloch, a.a.O., S. 771.

rung („Mitproduktivität der Natur“¹³) einstellen kann, die gleichsam sich selbst wandeln kann: „Technik ohne Vergewaltigung“¹⁴. Bloch fügt hinzu: „Marxismus der Technik, wenn er einmal durchdacht sein wird, ist keine Philanthropie für misshandelte Metalle, wohl aber das Ende der naiven Übertragung des Ausbeuter- und Tierbändigerstandpunktes auf die Natur.“¹⁵ Und: „Die endgültig manifestierte Natur liegt nicht anders wie die endgültig manifestierte Geschichte im Horizont der Zukunft, und nur auf diesen Horizont laufen auch die künftig wohlherwartbaren Vermittlungskategorien konkreter Technik zu. Je mehr gerade statt der äußerlichen eine Allianztechnik möglich werden sollte, eine mit der Mitproduktivität der Natur vermittelte, desto sicherer werden die Bildekräfte einer gefrorenen Natur erneut freigesetzt. Natur ist kein Vorbei, sondern der noch gar nicht geräumte Bauplatz, das noch gar nicht adäquat vorhandene Bauzeug für das noch gar nicht adäquat vorhandene menschliche Haus.“¹⁶

Solche Allianztechnik kann sich aber erst realisieren, wenn die Gesellschaften von ihren kapitalistischen Zwängen befreit sind, so dass die Menschheit imstande ist, Gegenwart und Zukunft frei und vernünftig zu gestalten. In Blochs Worten: „erst wenn das Subjekt der Geschichte: der arbeitende Mensch, sich als Hersteller der Geschichte erfasst, folglich das Schicksal in der Geschichte aufgehoben hat, könnte er auch dem Produktionsherd in der Naturwelt näher treten.“¹⁷

Konkret ist diese Utopie der Allianztechnik, weil ihre Realisierung nicht erst mit einer Revolution beginnt. Sie beginnt bereits mit einer sensibilisierten Betrachtungsweise, in der die Natur gleichsam als ein "hypothetisches Subjekt"¹⁸ wahrgenommen wird und wir in uns selbst das Naturhafte wieder entdecken und auferstehen lassen („Resurrektion der Natur“¹⁹).

Diese beiden Sichtweisen sind dialektisch bedingt. Denn die Natur kann selbst dem „Verhängnis nicht durch Erkennen Einhalt gebieten“²⁰. Die Natur ist begriffslos. Sie kann nicht zu Bewusstsein gelangen, ohne sich von sich selbst zu entfremden, d.h. gleichsam sich von Natur entgegenzusetzen. Die Natur ist kein handelndes Subjekt, so dass sie sich selbst befreien könnte. Sie kann mithin nur befreit werden. Horkheimer hatte zwar von der „Revolte der Natur“ gesprochen. Damit meinte er aber eine unbewusste ressentimentgeladene Revolte der unterdrückten Leidenschaften des Vernunftwesens Mensch, die in die Barbarei führt.²¹

¹³ Ebd., S. 805.

¹⁴ Ebd., S. 807.

¹⁵ Ebd., S. 813.

¹⁶ Ebd., S. 807.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Ebd., S. 807.

¹⁹ Vgl. Karl Marx: *Ökonomisch-philosophische Manuskripte*.

²⁰ Horkheimer, Adorno: *Dialektik der Aufklärung*, a.a.O., Aph.: Mensch und Tier, S. 263f.

²¹ Vgl. Max Horkheimer: *Zur Kritik der instrumentellen Vernunft*, Frankfurt am Main 1985, S. 93ff.

Wenn wir die Identität von Mensch und Natur im Bewusstsein (wieder) herstellen, werden wir imstande sein, mit Natur anders umzugehen. Das impliziert also diese beiden dialektisch bedingten Sichtweisen: Das „Eingedenken der Natur im Subjekt“ (Horkheimer/Adorno) sowie das Eingedenken des Subjekts in der Natur (Bloch). Man kann das durchaus als erweiterten kategorischen Imperativ mit und gegen Kant auch moralisch formulieren: Wir müssen nicht nur die Menschheit in der Person achten, sondern allgemein das Leben als Identität von Natur und Kultur.

Vernichtungsfähigkeit und Prinzip Verantwortung

In die Richtung einer neuen notwendigen Ethik argumentiert Hans Jonas im 1979 erschienenen „Das Prinzip Verantwortung“. Er rückt Verantwortung ins Zentrum dieser neuen Ethik, da „die Verheißung der modernen Technik in Drohung umgeschlagen ist“²². Jonas schreibt: „Die dem Menschenglück zgedachte Unterwerfung der Natur hat im Übermaß ihres Erfolges, der sich nun auch auf die Natur des Menschen selbst erstreckt, zur größten Herausforderung geführt, die je dem menschlichen Sein aus eigenem Tun erwachsen ist.“²³ Für die Begründung einer Ethik der kausalen Reichweite in die Zukunft, also einer Ethik, die Verantwortung ins Zentrum rückt, stellt er die radikale Frage, die es zu beantworten gilt: „warum überhaupt Menschen in der Welt sein sollen: warum also der unbedingte Imperativ gilt, ihre Existenz für die Zukunft zu sichern.“²⁴

Jonas argumentiert im Gegensatz zu Bloch defensiv, gleichsam konservativ, sachlich, weder melancholisch noch pathetisch. Er kritisiert Blochs „marxistischen Utopismus“ als Wagnis und „säkularisierte Eschatologie“²⁵. Während Bloch gerade die schöpferische Kraft einer unterdrückten Utopie-Kraftquelle freilegt und dabei sehr optimistisch, geradezu ontologisch vorgeht, präsentiert sich Jonas realistischer, mit leichtem Hang zum Pessimismus: „Furcht und Ehrfurcht gebieten: dem Menschen in der verbleibenden Zweideutigkeit seiner Freiheit, die keine Änderung der Umstände je aufheben kann, die Unversehrtheit seiner Welt und seines Wesens gegen die Übergriffe seiner Macht zu bewahren.“²⁶ Haben wir es also in ökologischer Hinsicht mit dem Ende des utopischen Zeitalters zu tun?

Wir müssen uns allerdings auch weiterhin darüber im Klaren werden, dass es allgemein um unser Verhältnis zur Natur, zum Leben geht, von dem wir uns selbst zu emanzipieren haben, weil wir darin eine ungeheuerliche Destruktionskraft entdecken, die uns selbst die Existenzgrundlage entzieht. Einhegung und Bändigung durch Verantwortungsethik ist zu wenig. Wir müssen uns von unserem destruktiven Umgang mit der Natur befreien, und dieser Befreiung steckt

²² Hans Jonas: *Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation*, Frankfurt am Main 1984, S. 7.

²³ Ebd.

²⁴ Ebd., S. 8.

²⁵ Ebd., S. 313.

²⁶ Ebd., S. 9.

der Kapitalismus wie ein Fahl im Fleische. Dennoch ist Jonas Kritik am Machbarkeitswahn richtig: Nicht alles, was wir können, dürfen oder sollten wir auch tun. Bloch etwa – radikal kritisch gegenüber der kapitalistischen Technik, die wie eine »Besatzungsarmee im Feindesland«²⁷ stehe und die Natur ausbeute – wird euphorisch mit Blick auf die Möglichkeiten *derselben* Technik im Dienste des Sozialismus; er ist scheinbar bereit, „das äußerste Wagnis der Technologie [zu] versuchen, um“, wie Jonas kritisiert, „entweder höchsten Segen oder höchste Katastrophe zu ernten“²⁸.

Zu hart sollte man mit folgender euphorischer Entgleisung im Blochschen Werk allerdings nicht ins Gericht gehen, wenn Bloch mit Hilfe der Atomenergie Wüste in Fruchmland zu verwandeln gedenkt: „Wie die Kettenreaktion auf der Sonne uns Wärme, Licht und Leben bringen, so schafft die Atomenergie, in anderer Maschine als der der Bombe, in der blauen Atmosphäre des Friedens, aus Wüste Fruchmland, aus Eis Frühling. Einige hundert Pfund Uranium und Thorium würden ausreichen, die Sahara und die Wüste Gobi verschwinden zu lassen, Sibirien und Nordkanada, Grönland und die Antarktis zur Riviera zu verwandeln. Sie würden ausreichen, um der Menschheit die Energie, die sonst in Millionen von Arbeitsstunden gewonnen werden müssten, in schmalen Büchsen, höchst konzentriert, zum Gebrauch fertig darzubieten.“²⁹

Wir müssen Bloch zugestehen, dass er Tschernobyl nicht mehr erlebt hat und dass er vermutlich seine Ansichten zur Atomkraft, d.h. einer Technik, die wir nicht beherrschen können, weil sie so viele unkalkulierbare Risiken und Potentiale der Selbstvernichtung in sich birgt, revidiert hätte. Jonas formuliert eine scharfe Kritik am Marxismus und stellt den Blochschen Utopismus als avanciertesten Protagonisten heraus: „die *eine* schon existierende Ethik mit globaler Zukunftssicht, der *Marxismus*, hat eben im Bunde mit der Technik die Utopie zum ausdrücklichen Ziel erhoben. Dies nötigt zu einer eingehenden Kritik des utopischen Ideals. Da es älteste Menschheitsträume für sich hat und nun in der Technik auch die Mittel zu besitzen scheint, den Traum in ein Unternehmen umzusetzen, ist der vormals müßige Utopismus zur gefährlichsten – gerade weil idealistischen – Versuchung der heutigen Menschheit geworden.“³⁰ Diese Kritik trifft aber vor allem auf den so genannten real existierenden Sozialismus zu.³¹ Blochs Einlassungen zur Atomkraft passen selbst nicht zu seiner Technikkritik, seinem Naturbegriff und seinem utopischen Begriff der Allianztechnik.

Jonas „Heuristik der Furcht“³², welche eine defensive Ethik der Ehrfurcht und Verantwortung auf den Plan ruft, korrespondiert durchaus mit zentralen Blochschen Überlegungen. Horkheimer und Adorno sind allerdings in gewisser Hinsicht viel näher an Jonas Gedanken. Sie hatten im Gegensatz zu Bloch zur

²⁷ Bloch, a.a.O., S. 814.

²⁸ Jonas, a.a.O., S. 324.

²⁹ Bloch, a.a.O., S. 775.

³⁰ Jonas, a.a.O., S. 9.

³¹ Vgl., Perels, a.a.O.

³² Jonas, a.a.O., S. 8.

Technik nur kritisches zu schreiben und eine anti-euphorische, d.h. pessimistische Einstellung eingenommen. Allerdings für den Preis der Retrospektive, die melancholisch in die Zukunft verlängert wird, während Blochs Blickrichtung nach vorne gerichtet ist („antizipierendes Bewusstsein“, „Dämmerung nach vorwärts“, „Noch-Nicht-Bewußtsein“³³). Horkheimer und Adorno formulieren stattdessen: „Eine philosophische Konstruktion der Weltgeschichte hätte zu zeigen, wie sich trotz aller Umwege und Widerstände die konsequente Naturherrschaft immer entschiedener durchsetzt und alles Innermenschliche integriert. (...) Soviel ist in der Tat am Anthropomorphismus richtig, dass die Naturgeschichte gleichsam mit dem glücklichen Wurf, der ihr im Menschen gelungen ist, nicht gerechnet hat. Seine Vernichtungsfähigkeit verspricht so groß zu werden, dass – wenn diese Art sich einmal erschöpft hat – tabula rasa gemacht ist. Entweder zerfleischt sie sich selbst, oder sie reißt die gesamte Fauna und Flora der Erde mit hinab, und wenn die Erde dann noch jung genug ist, muss – um ein berühmtes Wort zu variieren – auf einer viel tieferen Stufe die ganze Chose noch einmal anfangen.“³⁴

Konkrete Empfehlungen für eine Ethik und Praxis, die das drohende Verhängnis abwendet, sucht man bei Horkheimer und Adorno vergeblich. Man findet sie stattdessen – in ihrer je eigentypischen Form mit einem Überhang an Idealismus – bei Bloch und Jonas.³⁵

Ökonomie als Komplize

Am Prinzip Hoffnung können wir uns erwärmen und Kraft schöpfen. Am Prinzip Verantwortung können wir uns gegenseitig ermahnen und mäßigen. Aber was müsste geschehen, damit dem Prinzip der Vernichtung, das sich als Selbstvernichtung geriert, Einhalt geboten wird, wenn der bloße Appell an die Vernunft verhallt und die Insurrektion der Natur oder die Revolution der Menschheit ewig auf sich warten lassen?

Vielleicht zu Recht kritisiert Jonas am „Prinzip Hoffnung“, dass es von Bloch falsch adressiert sei, da es „Sache einer Splitter-Elite radikaler Idealisten aus den privilegierten Schichten geworden ist und ironischerweise innerhalb der

³³ Bloch, a.a.O., Bd. 1, S. 129ff. – Das Noch-Nicht-Bewusste ist von Jetztzeit erfüllte antizipierte Zukunft, während das Unbewusste verdrängte Vergangenheit ist.

³⁴ Horkheimer, Adorno: *Dialektik der Aufklärung*, a.a.O., S. 235f.

³⁵ Die Apostrophierung als idealistisch grenze ich allerdings entschieden von der Kritik von Helmut Schelsky ab, der den szientifisch-technischen Naturbegriff mit dem Argument des »Zwangs der Sachgesetzlichkeiten« verteidigt. So besehen erscheinen dann die »Hoffnungen Blochs« als Träumerei, die an den realen Zwängen vorbeigeht. Idealistisch versteht sich das Prinzip Hoffnung vielmehr von selbst, da Hoffnung eine Geisteskraft ist, die erst zur materiellen Gewalt wird, wenn sie von den Massen ergriffen wird. Darauf zu hoffen, ist auch meine Herzensangelegenheit. Hier allerdings hat Jonas recht, wenn er feststellt, dass die arbeitenden Klassen des Westens »weithin zu Kandidaten für die Revolution ungeeignet gemacht [sind].« – Jonas, a.a.O., S. 318. – Jonas schreibt ferner: »Mangels unterdrückter Klasse findet die Revolution nicht statt.« – Ebd. – Allerdings ist auch das Prinzip Verantwortung ohne materielle Basis ein hoffnungsloser Appell an das Verantwortungsbewusstsein und die Vernunft von Menschen, die unter dem kapitalistischen Primat zu betriebswirtschaftlich rationalem, aber vom Ganzen her betrachtet unvernünftigen Verhalten gezwungen sind.

Gesamtgesellschaft den geringsten Widerhall bei den gemeinten Objekten ihrer Mission findet.“³⁶ Die „Verdamnten dieser Erde“ befinden sich heute als Gesamtheit einer Bevölkerung in der Peripherie des Südens. – Als Basistext für die Verdamnten der Peripherie taugt allerdings Blochs Werk weniger. Es fehlt heute ein solcher Basistext, wenn man es auf eine Insurrektion anlegt. Das könnte bereits eine erweiterte Neuauflage von Frantz Fanons Buch „Die Verdamnten dieser Erde“ sein. An der Peripherie kommt alles zusammen: Die größte Armut als Erbschaft des Kolonialismus und das größte Ausmaß der Umweltzerstörung. Jonas erkennt frühzeitig die Gefahr einer Koalition der „aufständischen Armutsvölker“³⁷, aus der „neuartige Formen von internationalem Terrorismus (ohne feststellbare nationale Verantwortlichkeit) zur Erpressung wirtschaftlicher Tribute von den Überfluss- an die Mangelländer“³⁸ hervorgehen könnten.

Wenn die Befreiungspraxis von durchschlagendem Erfolg sein soll, bedarf es also entweder einer Insurrektion der „Verdamnten dieser Erde“, die von der Peripherie ins Zentrum gelangt, oder einer Transformation des Kapitalismus, die sich konzentrisch vom Zentrum in die Peripherie ausbreitet und von einem existentiellen egoistischen Interesse für die gesamte Menschheit getragen wird, dem sich die ökonomische Rationalität (Vernunft) nicht verschließen kann.

Letzteres führt zu einem Zusammenhang, in dem in der höchsten Not die Ökonomie zu einem mächtigen und rettenden Komplizen werden kann. „Wenn die Not am höchsten ist, ist die Rettung am nächsten“, heißt es bei Bertolt Brecht. Dass humane Ideen nur wirkmächtig werden können, wenn die Macht, Gewalt, Ökonomie mit ihnen ist, ist das „Verhängnis, das Vernunft allein nicht wenden kann“³⁹. – Das Verhängnis besteht darin, dass die Idee, die (kapitalistische) Ökonomie und Gewalt sei Schuld am Zusammenhang und müsse demzufolge überwunden werden, nicht oder jedenfalls noch lange nicht in eben dieser Ökonomie ihren Komplizen (movens) zur Durchsetzung findet. Der Kapitalismus erweist sich als hartnäckiges Stehaufmännchen und integrierte noch jede Idee, auch die seiner Abschaffung, in sein System und stützte ihr die Flügel.

„Indem Geschichtsphilosophie die humanen Ideen als wirkende Mächte in die Geschichte selbst verlegte und diese mit deren Triumph endigen ließ, wurden sie der Arglosigkeit beraubt, die zu ihrem Inhalt gehört. Der Hohn, dass sie sich immer blamiert hätten, wenn die Ökonomie, das heißt, die Gewalt nicht mit ihnen war, ist der Hohn gegenüber allem Schwachen (...).“⁴⁰ Der Arglosigkeit ist wieder zu ihrem Recht zu verhelfen, – aber ohne dem Utopismus das Wort zu reden. Theorie hat keinen Anlass, resignativ oder nihilistisch zu sein. Man tut

³⁶ Jonas, a.a.O., S. 318.

³⁷ Ebd., S. 321.

³⁸ Ebd.

³⁹ Horkheimer / Adorno: Dialektik der Aufklärung, a.a.O., S. 237.

⁴⁰ Ebd., S. 236.

auch der Macht Unrecht, wenn man sie einseitig mit einseitiger Vernunft beurteilt.⁴¹ Das Gute, das die Macht schafft, darf nicht unterschlagen werden.

Berechnung ist zur zweiten Natur des Menschen geworden. Der Menschheit werden im Zuge der „Nachhaltigkeit“ Rechnungen präsentiert, die allerdings nicht so offenherzig ausfallen wie noch bei Lothar Zenetti, einem deutschen Theologen und Schriftsteller,⁴² sondern radikal buchhalterisch: Die Schäden an der Natur werden zunehmend in Wirtschaftsbilanzen einbezogen, d.h. die Kosten für die Wiederinstandsetzung zerstörter Natur gegengerechnet. Das trübt massiv die kapitalistische Bilanz.

Solche erweiterte Grundlage der nachhaltigen Berechnung scheint sich im Bewusstsein der Krise durchzusetzen, wie man etwa an den Rechnungen des CO₂-Ausstoßes erkennen kann. Man beginnt jedenfalls in die ökonomische Buchhaltung ökologische Fragen einzubeziehen und im gleichen Atemzuge allerdings ökologische Fragen der so genannten Nachhaltigkeit radikal buchhalterisch zu beantworten. Das alles ist noch systemimmanent, d.h. auf der Grundlage der kapitalistischen Ausbeutungslogik und deshalb dem Verhängnis noch nicht entronnen. Es muss sich erst noch zeigen, inwieweit auf diese Weise in Zeiten höchster Not sich ein qualitativer Sprung im Umgang mit der Natur anbahnt, der sich als das Rettende erweist.

Elmar Altvater scheint allerdings etwas zuversichtlicher zu sein. In seinem Buch „Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen“ zeigt er auf, dass die Dynamik der modernen, kapitalistischen Gesellschaften unter anderem durch die bisher ungehemmte ursprüngliche Ausbeutung der Natur, insbesondere der fossilen Energien bestimmt ist. Dass nun diese fossilen Energien begrenzt sind, komme nunmehr zu Bewusstsein. Dieser „äußere Anstoß von besonderer Heftigkeit“ führe dazu, dass über glaubwürdige Alternativen nachgedacht wird und diese sogar Gehör finden. So gerate zwar nicht der Kapitalismus insgesamt, aber zumindest derjenige, den wir kennen, an sein Ende. Ein Paradigmenwechsel im Umgang mit der Natur sei unausweichlich.⁴³ – Die Ökonomie wäre in diesem Fall auf der Seite einer humanen Idee der „Nachhaltigkeit“. Inwieweit sich hier allerdings eine grundlegende Änderung im Verhältnis Mensch-Natur anbahnt, bleibt fraglich, wenn damit nicht auch ein Ende des Kapitalismus überhaupt eingeleitet wäre.

Der Paradigmenwechsel wäre aber schon ein Fortschritt, wenn durch ihn wir uns von der Prämisse der Naturbeherrschung verabschieden und der Frage

⁴¹ Vgl. ebd., S. 229.

⁴² „Einmal wird uns gewiss die Rechnung präsentiert / für den Sonnenschein und das Rauschen der Blätter, / die sanften Maiglöckchen und die dunklen Tannen, / für den Schnee und den Wind, den Vogelflug und das Gras / und die Schmetterlinge, für die Luft, die wir geatmet haben / und den Blick auf die Sterne und für alle die Tage, / die Abende und die Nächte. // Einmal wird es Zeit, dass wir aufbrechen und bezahlen, / bitte die Rechnung. / Doch wir haben sie ohne den Wirt gemacht: / Ich habe Euch eingeladen, sagt der und lacht, / soweit die Erde reicht: Es war mir ein Vergnügen!“ - L. Zenetti: „Einmal“, in: Sieben Farben hat das Licht (1975), S. 293.

⁴³ Vgl. Elmar Altvater: *Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik*, Münster 2005.

zuwenden, wie wir unsere produktiven und destruktiven Verhältnisse im Umgang mit der Natur kontrollieren können. Das muss Ziel menschlicher Emanzipation sein.⁴⁴

Wenn auch die Realisierung humaner Ideen davon abhängt, dass die Ökonomie mit ihnen ist, so heißt das keineswegs, dass emanzipative Praxis damit hinfällig wird oder sich resignativ verhalten – oder gar kapitalistische Ökonomie affirmieren müsste. Geschichte wird von Menschen, nicht vermöge eines immanenten Gesetzes oder durch den Weltgeist gemacht. Es bedarf der Empörung und des Anstoßes.

Postskriptum

Anstöße für eine emanzipative Praxis können etwa seitens der indigenen Völker auf dem lateinamerikanischen Kontinent erhalten werden und zu einer „solidarischen Ökonomie“ führen. Dabei kann es nicht darum gehen, in der westlichen Zivilisation den weitgehend noch intakten Naturbezug der Indigenen zu übernehmen. Das wäre schlechterdings nicht möglich und entspräche naiven Vorstellungen eines romantisierten „Zurück zur Natur“. Die westliche Zivilisation hat anders als die indigenen Völker naturreligiösen Animismus und Naturmystizismus hinter sich gelassen und kann nicht, ohne einen großen Preis dafür zu zahlen, dahinter zurück. Der Fortschritt der westlichen, säkularisierten Zivilisation beruht auf einer Trennung von Subjekt und Objekt (Kultur und Natur, Ich und Welt, Ratio und Emotio usw.). Wenn auch diese Trennung im Ergebnis dazu geführt hat, dass die westliche Zivilisation ihren gesellschaftlichen Naturbezug verloren hat und in ein ausbeuterisches und feindliches Verhältnis zur Natur übergegangen ist, so liegt in dieser Trennung für uns auch der Verlauf des Fortschritts begründet. Allerdings ist es unübersehbar für den Fortbestand dieser Welt notwendig geworden, dass die westliche Zivilisation ihren gesellschaftlichen Naturbezug wieder zurückerlangt. Ansonsten ist der Preis, den die Menschheit zu zahlen hat noch verheerender, als wenn sie der fortgeschrittenen Zivilisation komplett entsagt. Negatives „antizipierendes Bewusstsein“ vermag vorauszusehen, in welche Katastrophe ungeahnten Ausmaßes wir noch geraten werden, wenn wir die Einbahnstraße der Zivilisationsentwicklung nicht verlassen. Von den indigenen Völkern an der Peripherie können wir lernen, wie man schonend und ehrfürchtig mit Natur umgeht. Es gibt hierzu keine Alternative.

Aus westlicher Perspektive geht es um die Wiederezusammenführung von Subjekt und Objekt als einer dialektischen Einheit: als Identität von Identität und Nicht-Identität. Mit anderen Worten: Wir müssen wissen, dass die Trennung von Subjekt und Objekt beide als beschädigte Bereiche zurückgelassen hat und dass diese Trennung für uns unwiderrufbar ist. Wenn wir aber hypothetisch

⁴⁴ Vgl. Christoph Görg: »Kein Kommunismus jenseits der Natur«, in: Marcus Hawel, Gregor Kritidis (Hg.): *Aufschrei der Utopie. Möglichkeiten einer anderen Welt*, Hannover 2006, S. 208-223.

die Natur als Subjekt annehmen, statt als Objekt zu behandeln, können wir den schonenden und ehrfürchtigen Umgang mit der Natur von den Indigenen übernehmen und müssen nicht zugleich auf die positiven Errungenschaften der westlichen Zivilisation, die auf der Trennung von Subjekt und Objekt beruhen, verzichten. So wäre es auch nur möglich, eine „Allianztechnik“ im Sinne Blochs und eine solidarische Ökonomie weltweit zu verwirklichen.

Für die Indigenen stellt sich die Perspektive etwas anders dar: Ihnen steht womöglich die Trennung von Subjekt und Objekt, gleichsam der Verlust ihres Naturbezugs erst noch bevor. Als Konfrontation nehmen sie das westliche Zivilisationsparadigma wahr, das sich konzentrisch in der Welt ausgebreitet hat und die indigene Lebensweise an die Peripherie der Peripherie gedrängt hat. Dort erweisen sie sich als Schutzpatrone der planetarischen Umwelt, weil die Natur die Lebensweise der Indigenen schützt. Das Zivilisationsparadigma des Westens ist aber aggressiv und imperialistisch. Indigene Völker sind vor die Frage gestellt, ob und wie sie ihren Naturbezug und damit sich selbst behaupten können. Wo die Trennung von Subjekt und Objekt nicht stattgefunden hat, muss sie auch nicht als eine dialektische Einheit wieder zusammengefügt werden.

Blochs „Prinzip Hoffnung“ endet mit Heimat. Als Heimat bezeichnet Bloch die gelungene dialektische Einheit von Subjekt und Objekt, zu der in diesem Kontext auch die Auflösung von Peripherie und Zentrum gehört, damit die Welt zur Heimat der Menschheit sowie einer wieder auferstandenen Natur werden kann.

Wie eine andere Welt möglich ist: Nachrichten aus Amazonien

Georg Grünberg

Als ich im November 1992 an der Tagung der indigenen Organisationen der Amazonasländer in Manaus teilnehmen konnte, lernte ich die Föderation der Indigenen Organisationen des Rio Negro¹ (FOIRN) erstmals kennen. Zu diesem Zeitpunkt diskutierten wir Formen der Zusammenarbeit und fanden beim Begriff „Klima-Bündnis“ einen Anhaltspunkt. Bündnis heißt ja, gemeinsam etwas zu wollen, sich handlungsorientiert auszurichten. Wir haben uns gefragt, was bedeutet für uns Europäer „Klima“ und was bedeutet das für indigene Völker des Oberen Rio Negro. Wir fanden einige Gemeinsamkeiten und Handlungsperspektiven, die wir zusammen mit der FOIRN und dem Instituto Socioambiental (ISA) aus São Paulo ab 1994 zu einem Programm gestalten konnten, bei dem Menschen und „Natur“ im selben Kontext begriffen werden².

In der ersten Phase dieses Programms einer regionalen Kooperation mit den Völkern des Oberen Rio Negro habe ich drei Jahre lang in diesem Gebiet gearbeitet. Ich führte im Wesentlichen eine Bestandsaufnahme der Daten von etwa 500 indianischen Gemeinden durch und so hatte ich auch die Gelegenheit, in sehr vielen wochenlangen Reisen und sehr oberflächlich ein Riesengebiet kennen zu lernen, nämlich sämtliche Flusssysteme des brasilianischen Teils der Region, ein Gebiet von der Größe meiner eigenen Heimat Österreich. Dies war Voraussetzung für die Legalisierung von fünf zusammenhängenden „Terras Indígenas“ mit einer Gesamtoberfläche von über 106.000 km², die dann auch im Jahre 1998 gelungen ist und seither gehalten hat. Auf diesen Reisen, immer gemeinsam mit indianischen Freunden und Kollegen aus der jeweiligen Region, hatte ich oft Gelegenheit, mit Menschen einer anderen Naturauffassung in einen grundsätzlichen Dialog zu treten. So musste ich mir die Frage stellen, wie weit es auch für uns möglich wäre, eine andere Begrifflichkeit von „Natur“ in Anspruch zu nehmen. Wir können zwar nicht wie die Indigenen denken, aber wir können mit den Indigenen denken. Das Entscheidende daran ist nicht der Indigene als solcher, denn er steht nur als Beispiel für die Möglichkeit, mit anderen Menschen anderer Einsichten, anderer Weltbilder, in einen sinnvollen Dialog zu treten, um gemeinsame Handlungsperspektiven zu finden. Entscheidend war die zunehmende Einsicht, dass eine von unserer Weltsicht unterschiedliche Perspek-

¹ Federação de Organizações Indígenas do Rio Negro.

² Zur Lebenswelt und zum Regionalprogramm ISA-FOIRN am Rio Negro siehe www.socioambiental.org, Cabalzar & Ricardo (2003) und Grünberg & Cabalzar (2003).

tive erforderlich ist, um gemeinsam handeln zu können. Das ist der eigentliche Kern des Programms am Rio Negro.

Ich habe bereits erwähnt, dass es ein Problem war, zu erklären, was mit Klima eigentlich gemeint sei. Für Amazonas-Indigene gibt es dafür kein Äquivalent, auch nicht für Natur. Es gibt keinen Naturbegriff, der deckungsgleich wäre mit dem, was wir seit der Aufklärung im westlichen Europa definiert haben und seither ständig anwenden.

Klima kann man verstehen als eine Metapher für Luft, Wind, Regen, Gewitter. Das sind Erscheinungen, die man ständig vor Augen hat und die für alle Menschen Bedeutung haben, auch im biblischen Kontext. Denn es hat auch etwas zu tun mit dem Heiligen Geist, "... der da weht wo er will". D. h. Beweglichkeit grenzenlos. Klima kann nicht verortet werden, kann nicht nationalstaatlich abgepackt und vereinnahmt werden. Klima bedeutet eigentlich, die Möglichkeit für ein Bündnis für ein gegenseitiges Verständnis mit Handlungsperspektiven, das eine Anerkennung des gemeinsamen Weltlebens darstellt. Das ist Wasser, das ist Wind, das ist Leben. Das ist das, was sich bewegt, was von Menschen nicht begrenzt werden kann und das einen Zusammenhang herstellt, der Leben bedeutet und der für Menschen (aber eben nicht nur für Menschen) entscheidend wichtig ist.

Diesen Begriff des Weltlebenszusammenhangs als Grundlage für ein Bündnis zu nehmen, war auch für Indigene vernünftig. Ein Bündnis mit Menschen, von denen sie eigentlich nicht wissen, wie sie leben und woher sie kommen und vor allen Dingen, warum sie ausgerechnet mit den Bewohnern des Oberen Rio Negro in ein Bündnis eintreten wollen.

Die CO₂-Verminderung als langfristiges Ziel einer Umweltpolitik ist den meisten Menschen auf unserer Erde nicht verständlich zu machen und bleibt daher sinnlos. Klima als Weltlebenszusammenhang ist demgegenüber vermittelbar und kann gemeinsam angegangen werden. Der obere Rio Negro ist eine Region, in der schon in vorkolonialer Zeit regionales Wissen und regionale Zusammenarbeit besonders wichtig waren. Das hat damit zu tun, dass in diesem Teil der Welt Stammesexogamie vorherrscht, d.h. dass regelmäßig Frauen, Wissen, Dinge und Kunst aus der ganzen Region zirkulär ausgetauscht werden. Insofern ist so ein Denken in Kategorien wie: "Mein Volk, mein Dorf, das ist alles was ich brauche", von vornherein unmöglich, denn das Wichtigste, was ich in meinem Dorf brauche, sind Ehefrauen. Und diese kommen alle von anderen Dörfern, von anderen Völkern. Die Regel der Stammesexogamie macht natürlich die Bündnisfähigkeit in dieser Gesellschaft hervorstechend wichtig und notwendig. Dieses zirkuläre Austauschen von Wissen, sehr oft mit Frauen verbunden, mit den Heiratspartnerinnen, die in das Dorf integriert werden, bedeutet, dass hier das Wissen immer in Form von Austausch und Bündnis verstanden wird. Insofern fanden wir in diesem Dialog immer offene Türen.

Mit zur Stammenexogamie gehört, dass alle mehrsprachig sind. Jeder Bewohner und jede Bewohnerin dieses Gebietes spricht die gemeinsame Vatersprache, das ist zugleich die Sprache, die ihnen die ethnische Identität gibt, an der ja alle Männer aus dem Dorf teilhaben. Dazu kommt noch die Muttersprache, also die Sprache einer Frau, die aus einem anderen Dorf gekommen ist, die aber sehr darauf achtet, dass ihre Kinder auch ihre eigene Sprache erlernen. Jeder und jede lernt also eine Vater- und eine Muttersprache und dazu in der Schule Portugiesisch, d.h. das Minimum ist 3-Sprachigkeit. Viele lernen noch andere Sprachen dazu, so dass Mehrsprachigkeit die absolute Norm ist.

Interessant ist es auch, dass für die Völker im Oberen Rio Negro-Gebiet die Vorstellung der Verwandlung von geschenkten Dingen in Natur im Zentrum ihrer Vorstellungen über den Ursprung der menschlichen Kultur steht. Demgegenüber ist in unserer Weltanschauung zentral, dass eine göttliche Instanz schrittweise in sieben Tagen die Welt geschaffen hatte, beginnend mit dem Einfachsten bis hin zum – wie wir meinen – aller Großartigsten, nämlich uns Menschen.

In der Schöpfungsgeschichte der Völker des Rio Negro ist es eigentlich umgekehrt. Im Verlauf einer Reise eines Wesens, das zugleich Schlange und Boot ist, in einem Fluss, der Milch und auch Wasser ist, beginnend von der Mündung bis hinauf zu den Quellen der einzelnen Zuflüsse, werden kulturell wichtige Dinge als Geschenke verteilt. Und zwar geschieht dies an den "Orten der Verwandlungen", aus denen auch später die Völker entstehen. So verwandeln sich die geschenkten Dinge in Natur, nämlich in alles das, was zum sozialen Kosmos der Natur gehört, wobei der Mensch nur ein Teil dieses Kosmos ist und sich als Subjekt begreift, aber allen anderen auch die Qualität des Subjekts zumisst.

Ich möchte dieses Weltbild etwas genauer erklären und lehne mich da stark an die Gedanken von Eduardo Viveiros de Castro³ an, einen brasilianischen Anthropologen, der in Amazonien forscht und mit dem wir im Rahmen des ISA oft über das erkenntnistheoretische Dilemma eines radikal anderen Naturverständnisses diskutiert haben. Er vertritt am Museu Nacional in Rio de Janeiro eine Linie des „Perspektivismus“, bei der er versucht, Wissenssysteme, die nicht auf europäischen Kategorien beruhen, in einem dialektischen Zusammenhang verständlich zu machen. Dabei übte er ziemlich heftige Kritik an dem Interesse der europäisch geschulten Wissenschaftler am so genannten traditionellen Wissen der Indigenen. Er meinte, dass die Ansicht, sie wären „Naturvölker“ und lebten in einer diffusen und unbewussten Übereinstimmung mit der Natur, so dass man deshalb von ihnen lernen könne, weil in ihnen die Natur ja offensichtlicher und gut erkennbar sei, grundfalsch wäre. Diese Sicht, dass die Anderen „Naturvölker“ seien und wir nicht, sei genau so unrichtig, wie die, zu meinen, die Amazonas-Völker würden Geheimnisse besitzen, die der westlichen Wissen-

³ Siehe Viveiros de Castro (2008).

schaft nicht zugänglich wären, weil diese ja “Völker des Waldes” wären, die im kognitiven Bereich geradezu übernatürliche Fähigkeiten und Wahrnehmungsmöglichkeiten hätten. Beides sei blanker Unsinn. Er sieht den wesentlichen Unterschied der Wahrnehmung dessen, was wir Natur bezeichnen, im Folgenden:

Die Wahrnehmung bei den indigenen Völkern Amazoniens ist wesentlich gesellschaftlich bestimmt, spezifisch für jede einzelne Gesellschaft, und alles was sie an der Natur für wichtig halten, ist Teil der Sozialbeziehungen in einem sozialen Kosmos, der dadurch bestimmt ist, dass alles, was lebt, nur im Austausch von Geben und Nehmen überhaupt kommunizieren und sein Leben fortsetzen kann.

Das, was wir als Gesellschaft bezeichnen, schließt bei den Amazonas-Indigenen die ganze Natur ein. Deswegen auch die große Schwierigkeit, mit ihnen über Natur als ein äußeres Phänomen zu sprechen, weil eben Natur ein Teil der eigenen Gesellschaft ist. Wenn z.B. ein Indigener sagt „eigentlich sind die Pekaris unsere Verwandten“, heißt das nicht, dass er den Unterschied zwischen einem Nagetier und einem Menschen nicht genauso wahrnimmt wie wir, sondern das bedeutet, dass der Begriff Verwandtschaft viel weiter gefasst wird als bei uns und deshalb kann eben auch ein Pekari ein Verwandter sein. Und das macht Sinn. Das ist nicht fehlende Kenntnis oder fehlende abstrakte Begabung, sondern das ist die Grundanschauung, dass alles was geschaffen, beseelt und mit Leben versehen ist, in einem gesellschaftlichen Zusammenhang existiert. Und damit erübrigt sich die Frage, wer Subjekt und was Objekt ist. Für einen Indigenen am Tiquié gibt es nur Subjekte im lebendigen Zusammenhang des Kosmos.

Die Natur ist nicht wie für uns passiv, objektiv, messbar, neutral und stumm, sondern sie besteht aus Subjekten, die agieren können, die wissen und mit denen man kommunizieren kann. Es ist für sie selbstverständlich, dass man beim Fischen mit den Fischen spricht. Fischen ist auch nicht der richtige Ausdruck, in dem Fall werden die Fische mit Pfeil und Bogen gejagt oder in Reusen gefangen. Eine sehr komplizierte Fangtechnologie oder sehr geschicktes Jagen, welches durch die Lichtbrechung im Wasser erschwert wird, weil man Fische anders jagen muss, als Landtiere, denn man muss die Brechung im Wasser immer mit einberechnen, sonst kann man den Fisch ja nie treffen.

Ein Baniwa-Freund, der die Mission noch als Jugendlicher erlebt hatte, erklärte mir lachend: „Bei den “Zivilisierten” heißt es statt leben, produzieren“. So wurde das zumindest von den italienischen Salesianer-Missionaren am Rio Negro als Grundsatz der praktischen Anwendung der Bibel übermittelt: Das produktive Verändern der Umwelt ist Gott gefällig, bringt uns in einen höheren menschlichen Zustand und damit näher zu Gott. Das war die missionarische Doktrin in den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts und das war für die Indigenen dort ganz unglaublich; sie konnten es wirklich nicht verstehen, denn Arbeit als heroische Leistung gibt es im Weltbild der Rio Negro-Indigenen sicher nicht. Metaphern wie “die Materie überwinden”, “Entwicklung durch Wachstum” usw. stoßen auf ein umfassendes Unverständnis. Denn der zentrale

Begriff am Oberen Rio Negro für das Ziel der Interaktion mit anderen Subjekten wird im großen Tauschfest ausgedrückt, dem Dabakurí. D.h. für sie sind die Grundregeln der Gegenseitigkeit wie Reziprozität und Geschenkaustausch auch für die Interaktion zwischen Mensch und Natur, also allen anderen Lebewesen, gültig, von denen einige immer auch den Status von Verwandten haben. Das ist das Prinzip des Wohlstandsschaffens, nicht die "Aneignung und produktive Veränderung der Natur".

Es gibt außerdem Spezialisten, die in der Lage sind, unter bestimmten Bedingungen eine direkte Kommunikation mit anderen, nicht menschlichen Wesen herzustellen. Im Prinzip und als Möglichkeit ist jeder Akteur der Schöpfung nicht nur in der Lage, sich zu äußern, sondern auch eine Meinung, eine Mitteilung aufzunehmen. Das ist eine Verallgemeinerung der Kategorie des Subjekts über den Menschen hinaus, die auch uns zum Nachdenken anregen soll.

Denn ich glaube, das ist die eigentliche Herausforderung: wir können nicht den Anspruch stellen, uns ein fremdes Weltbild anzueignen, nur weil wir glauben, das wäre sehr nützlich für uns. Es wäre wirklich wunderbar und praktisch, wenn wir heute das Amazonasweltbild zumindest in einigen Bereichen übernehmen könnten, weil das sozusagen eine Grundvoraussetzung für ein ökologisch richtiges Verhalten wäre. Natürlich geht das nicht so, aber wir können mit Menschen anderer Weltbilder, eines anderen Naturverständnisses in einen Dialog treten und damit auch den Weltlebenszusammenhang anders begreifen. Nicht als eine thermodynamische Kausalkette von Energieaustausch, sondern als ein gesellschaftliches System, das eben auch Tiere, Pflanzen, Erde, Wasser und Wind (also die Natur) als Akteure einbezieht und nicht nur menschliche Subjekte. Das könnte man dann auch "Klima-Bündnis" nennen, das wäre eine schöne Metapher.

Klima-Bündnis könnte also aus dem Blickpunkt der Rio Negro-Indigenen verstanden werden, als eine Neuorientierung des Verständnisses des Gemeinsamen, des gemeinsamen Lebenszusammenhangs, der auch der Natur den Status von Akteuren einräumen, auch wenn wir das einstweilen nur so "als ob" begreifen können. Wir können in unserem Weltbild nicht 1000 oder auch nur 500 Jahre zurückgreifen, aber wir können andere Weltbilder als Dialogpartner akzeptieren und wir können versuchsweise mit ihnen gemeinsam das gesellschaftliche System so ausdehnen, dass eben auch Natur darin einen Platz hat und dass damit wieder gemeinsame Handlungsperspektiven möglich werden, und zwar mit Völkern, mit Gesellschaften, für die das bereits die Grundlage ihres Handelns ist.

Es ist ja nicht so, als hätten die Amazonas-Indigenen eine besondere Vorliebe für Harmonie oder für Gleichgewicht, oder zumindest nicht mehr als alle Menschen, die in Frieden leben und auch in Frieden sterben wollen. Aber wenn wir "Gesellschaft" so weit ausdehnen, dass Natur darin einen Platz hat, dann bedeutet es auch für uns etwas Neues. Da müssen dann wir nicht mehr die Natur schützen, sondern wir können mit der Natur so agieren, dass wir in Frieden le-

ben können, eben auch mit den Teilen der Natur, die wir objektiviert haben, von denen wir immer angenommen haben, sie seien entweder unsere bevorzugten Freunde oder unsere Feinde, oder Objekte, die wir einvernehmen müssen, um unser Leben überhaupt gestalten zu können. Ich glaube, das wäre eine reale Möglichkeit. Und das ist auch die Nachricht aus Amazonien: eine andere Welt ist nicht nur möglich, sie existiert bereits.

Literatur

- Cabalzar, Aloisio e Carlos Alberto Ricardo (ed.), 2003: *Povos Indígenas do Alto e Médio Rio Negro. Uma introdução à diversidade cultural e ambiental do noroeste da Amazônia brasileira*. FOIRN & I-SA; São Paulo
- Grünberg, Georg e Aloisio Cabalzar, 2003: *Processos de autonomia e desenvolvimento sustentável na Região do Alto e Médio Rio Negro, Amazonas, Brasil*. Informe para ISA / Projeto Latautonomy; S.Paulo
- Viveiros de Castro, Eduardo, 2008: *Perspectivismo Indígena*. Em: *Visões do Rio Negro*, p.84 – 92. ISA; São Paulo

Teil 2

Zerstörung und Rückgewinnung des Naturbezuges

ÖI

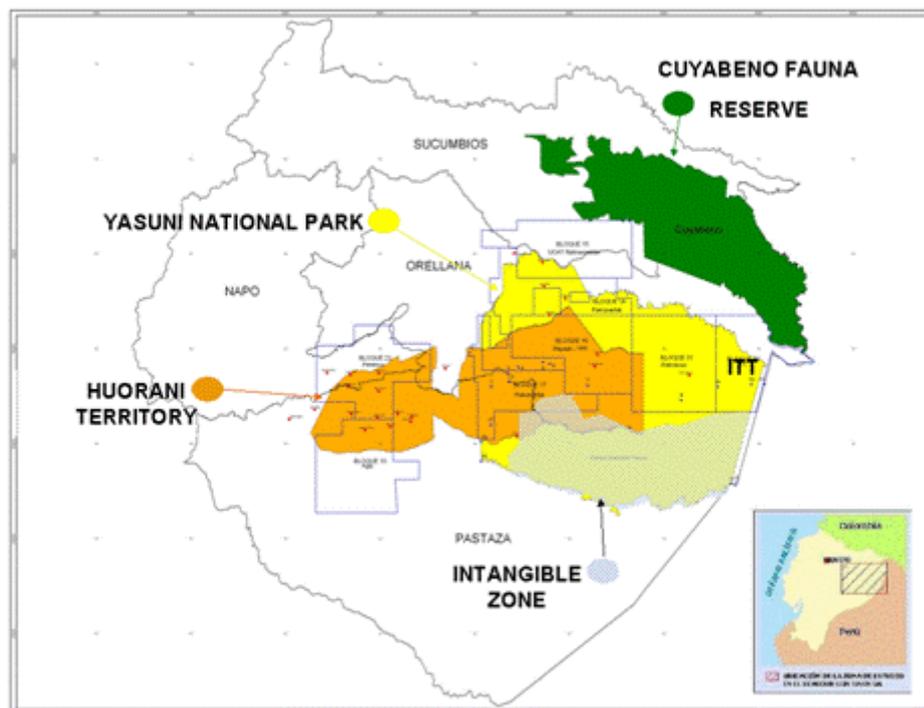
Das Erdöl im Boden lassen oder die Suche nach dem verlorenen Paradies

Politische und ökonomische Aspekte zur Unterstützung der Initiative, das Erdöl im Yasuní Nationalpark nicht zu fördern

Alberto Acosta, Eduardo Gudynas, Esperanza Martínez,
Joseph Vogel

Im Jahr 2007 präsentierte das Energie- und Bergbauministerium Ecuadors öffentlich den Vorschlag, dass Erdöl im Nationalpark Yasuní nicht zu fördern. Die Initiative ist zum einen ein grundlegender Beitrag zum Schutz der Umwelt und seiner Bewohner, zum anderen bietet sie eine neue Dimension auf der Suche nach Alternativen zu einer Entwicklung, die auf dem Abbau und dem Export von Primärprodukten basiert.

Der Vorschlag, auch nach den Namen der betroffenen Erdölfelder Ishingo-Tambococha-Tiputini ITT-Initiative genannt, erreichte sehr schnell internationale Aufmerksamkeit und stieß eine breite Debatte über die Möglichkeit ihrer Konkretisierung an. Es war klar, dass für die Realisierung des Vorschlags Geld benötigt wird und so wird auch diskutiert, woher dies kommen könnte.



Courtesy: Alberto Acosta, Minister of Energy & Mines, Ecuador. "Yasuní, forjando el camino hacia lo imposible. Dejar el crudo en el subsuelo." University of Maryland video conference, May 23, 2007.

Die Initiative umfasst unterschiedliche Aspekte: sie bedeutet den Bruch mit der Umweltgeschichte des Landes und birgt die Möglichkeit, sich zu einer Maßnahme gegen die Erderwärmung zu entwickeln, weil sie die Etappe des Diskurses ohne effektive Vorschläge überwindet. Es ist ein radikaler Schritt, der die Logik der Entwicklung auf der Grundlage von Extraktion in Frage stellt und es ist eine Option um global das *Gute Leben* aufzubauen. Das Projekt baut auf dem Respekt vor der Natur und vor den Kulturen der indigenen Völker, die in der Region in freiwilliger Selbstisolation leben, auf.

Der Vorschlag hat zu einer Reihe von Polemiken geführt. Aber die ökonomische Krise von 2008 hat klar die Widersprüche des herkömmlichen Entwicklungsstils und die Verletzbarkeit von Gesellschaften wie der ecuadorianischen aufgezeigt sowie die Notwendigkeit, nach Alternativen suchen zu müssen, verdeutlicht. Der ITT-Vorschlag öffnet die Türen für den gemeinsamen Aufbau einer Post- Erdölzeit, eine Aufgabe die bereits vor Jahren in Ecuador begonnen wurde.

Die Initiative ITT will den Abbau von fossilen Brennstoffen in Regionen mit großer biologischer und kultureller Diversität verhindern. Von daher ist sie eine Maßnahme zum Schutz der biologischen Vielfalt des Amazonas. Gleichzeitig will man den aktuellen internationalen Kontext nutzen, in denen über neue Maßnahmen zu Energie und Umwelt diskutiert wird. Es ist möglich, dass Ecuador eine politische Führungsrolle in dem Bereich auf internationaler Ebene übernehmen kann.

Seit der öffentlichen Vorstellung des Vorschlags sind mehr als zwei Jahre vergangen und die Instrumente und Maßnahmen zu seiner Konkretisierung sind immer noch nicht geklärt und abgestimmt. Wir wollen durch Reflexion und Analyse zur Klärung beitragen. Dieser Text ist das Produkt von mehreren Personen, die, obwohl sie nicht in allem einer Meinung sind, darin übereinstimmen, dass die Initiative weiterdiskutiert werden muss und schlagen mehr oder minder abgestimmte Ideen vor. Dieses gemeinsame Dokument ist ein Beispiel dafür, dass eine Umweltpolitik auf der Basis unterschiedlicher Werte möglich ist.

Die Autoren dieses Beitrages gehen davon aus, dass es gute Argumente für den ITT-Vorschlag gibt:

- den Schutz der Menschen, die in der Region leben,
- die große biologische Vielfalt und sich daraus ergebende besondere ökologische Relevanz der Region ,
- sein Beitrag zum globalen Klimaschutz und

- die Möglichkeit für einen Weg in eine post – materielle Entwicklung, die das Land aus der Abhängigkeit von den extraktiven Tätigkeiten löst.

Wir stellen fest, dass die ecuadorianische Verfassung von 2008 die Bedeutung der Initiative unterstreicht, vor allem die Vorgaben zu dem Recht der Umwelt und dem *buen vivir*, dem Guten Leben. In der Konsequenz heißt es, dass die Initiative als staatliche Politik mit klaren politischen Inhalten gehandhabt werden muss.

Die Umsetzung der Initiative erfordert finanzielle Unterstützung. In diesem Dokument werden verschiedene Möglichkeiten aufgezeigt. Es gibt verschiedene Optionen, die jeweils unterschiedlichen Vorstellungen von der Bedeutung des finanziellen Beitrages entsprechen. Von daher gibt es auch mehr als einen Weg auf der Suche nach finanzieller Unterstützung. Die Gelder sollten als Hilfe für die Initiative verstanden werden und nicht als ihr Ziel. Wir gehen davon aus, dass das Design dieser Mechanismen und die Verteidigung der Initiative einen neuen und größeren Protagonismus der Regierung auf nationaler und internationaler Ebene bedürfen.

Die ITT-Initiative: Stand der Debatte

Die Erdölvorkommen des ITT befinden sich im Nordosten des Yasuní Parks. Die letzten Schätzungen gehen von 846 Millionen förderbarem schwerem Erdöl (14,7° API) aus. Die Fördermenge würde ab dem 5. Jahr 107.000 Barrel pro Tag betragen und die Förderdauer insgesamt ca. 13 Jahre umfassen. Im Falle der Aufnahme der Erdölproduktion sind außerdem eine Raffinerie und eine thermoelektrische Anlage geplant.

Der Yasuní Park wurde 1979 gegründet, seitdem wurden mehrmals seine Grenzen verschoben. Zurzeit umfasst er 982.000 ha (Fontaine, Narváez, 2007). Der aktuelle Zustand des Parks ist schlecht, da er von den ecuadorianischen Parks bezogen auf die Fläche die geringste finanzielle Unterstützung erhält und mit wenig Personal ausgestattet ist.

Seit der ersten öffentlichen Vorstellung der Initiative hat sie vielfache Unterstützung erfahren, aber auch viele zweifelnde oder verständnislose Kommentare erhalten. Mitte 2008 erklärte das deutsche Parlament formal seine Unterstützung und forderte andere europäische Parlamente auf, ähnliches zu tun. Dies war die bisher größte Zustimmung. Die deutsche Regierung hat mittlerweile einen finanziellen Beitrag zur Konkretisierung der Initiative zugesagt. Auch wenn es noch nicht gelungen ist, die Unterstützung der norwegischen Regierung, die den größten europäischen Fonds zur Reduzierung von Emissionen aus der Waldzerstörung und -schädigung finanziert, zu erhalten, so sind doch mehrere politische und gesellschaftliche Sektoren des Landes an der Unterstützung der Initiative interessiert.

Die Initiative ist darüber hinaus von Mitgliedern des Europäischen Parlaments ebenso wie von nordamerikanischen Institutionen, multilateralen Organisationen und internationalen Nichtregierungsorganisationen begeistert begrüßt worden. Der Enthusiasmus auf der internationalen Ebene steht im Widerspruch zu der doch eher verhaltenen Zustimmung in Ecuador. Eine Erklärung dafür wäre die begrenzte Werbung für die Idee im Land selber.

Der Präsident der Republik, Rafael Correa, stellte die Idee 2007 im Rahmen der Vereinten Nationen vor: Man würde das schwere Erdöl im Boden lassen, wenn die internationale Gemeinschaft sich verpflichtet, Ecuador die Hälfte der verlorengegangenen Gewinne zu ersetzen. In dem Augenblick hatte man noch nicht darüber nachgedacht, wie schwierig es sein würde, diesen Betrag zu definieren. Aber der Vorschlag geht in die Richtung einer gemeinsamen Verantwortlichkeit von Ecuador und dem Ausland.

Die Initiative erfuhr auf nationaler Ebene eine (indirekte) Unterstützung als die ecuadorianische Gesellschaft am 28.9.2008 für die Verfassung stimmte. Der Kern der Verfassung ist das Konzept des „Guten Lebens“ (*buen vivir* oder *sumak kawsay*) und die Anerkennung der Rechte der Natur.

Die ITT Initiative ist Teil dieser neuen Entwicklungsvision für Ecuador und wird von anderen Vorschlägen des Präsidenten Correa begleitet. So schlug er zum Beispiel im Rahmen der Organisation der erdölexportierenden Länder (OPEC) im November 2008 vor, eine Steuer auf den Export von Erdöl zu erheben, um so den Kampf gegen die Armut zu führen und alternative Energiequellen als Mittel des Klimaschutzes zu fördern. Auch der Vorschlag, die Auslandsschulden nicht zu zahlen, trägt dazu bei, grundsätzlich die internationalen Verhandlungen zu verändern und Fortschritte in Richtung einer globalen Gerechtigkeit zu machen.

Leider hat die Regierung bisher noch keine klare Strategie definiert – trotz der verschiedenen und immer begeisterten Präsentationen der Initiative durch Präsident Correa im Ausland. Es gibt verschiedene inkonsistente und widersprüchliche Positionen der Regierung, die die Initiative in Frage stellen. Zwar wirkt der Vorschlag gelegentlich wie ein gordischer Knoten, doch bedrohen Ambivalenzen der Regierung diese wirklich revolutionäre Initiative.

Zwei Jahre sind seit der öffentlichen Formulierung der Initiative vergangen, aber die Instrumente mittels derer sie konkretisiert werden soll, stehen immer noch nicht fest. So ist weder klar, wie die notwendigen finanziellen Mittel gesichert werden sollen, noch welche politischen Schritte unternommen werden müssen, um Ecuador in eine Post-Erdölförderzeit zu führen. Auch ist auf internationaler Ebene unklar, auf welchen Pfeilern eine globale Politik des Zusammenlebens, die auf Umweltgerechtigkeit basiert, aufgebaut werden soll.

Kernelemente des Konzeptes

Im Folgenden werden die Kernelemente des Konzeptes der ITT-Initiative analysiert und kommentiert.

Der Rahmen durch die neue Verfassung

Die neue Verfassung Ecuadors greift verschiedene Ideen, Konzepte und Forderungen auf, die direkt mit der ITT-Initiative verbunden sind. Der Text der Verfassung ist ein starkes Mandat für soziale Gerechtigkeit und die Verteidigung der Natur. Dies drückt sich in der Anerkennung der Rechte der Natur aus und in der Verbindung des Naturschutzes mit einer Entwicklung, die sich am *buen vivir* orientiert.

Die ITT-Initiative basiert auf sozialer und Umweltgerechtigkeit. Der Schutz der Region beruht auf der Bedeutung seiner reichen biologischen Vielfalt, der Bedeutung für die dort lebenden Menschen und den hohen sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Kosten eines solchen Unternehmens. Die Vielfalt der Werte ist der neue Ausgangspunkt für die Entwicklung und Diskussion einer Politik, in der die klassische Ökonomie der Kosten - Nutzen Analyse basierend auf den Werten des Marktes, nicht mehr der allein bestimmende Faktor sein kann. Die Umweltdimension kann nicht mehr losgelöst von der sozialen gesehen werden. Sehr viele Werte sind nicht messbar. In Übereinstimmung mit der neuen Verfassung muss das „Gute Leben“ auf den Menschenrechten und den Rechten der Natur basieren.

Die Anerkennung der Vielfalt der Werte (religiöse, kulturelle, ökologische) erlaubt auch die Einbeziehung der eigenen Rechte der Natur – wie es die ecuadorianische Verfassung vorsieht. Dadurch wird eine Entscheidungsfindung als politischer Prozess möglich und nicht als eine technische Lösung, die auf der Kosten / Nutzen Analyse basiert.

Darüber hinaus gibt die ITT-Initiative Antworten auf das Prinzip der gemeinsamen aber unterschiedlich ausgeprägten Verantwortung im Rahmen des Klimaschutzes, dem Schutz der biologischen Vielfalt, der Umweltzerstörung im Allgemeinen und der globalen Finanzkrise.

Die Initiative basiert auf einer Strategie für eine post-materielle Entwicklung mit einer post-extraktiven Komponente aus der Sicht eines Landes, das von Erdölexporten abhängig ist. Dies verlangt innovative Vorschläge: wie kann man revolutionäre Ideen in die Praxis umsetzen, die neue Finanzierungsmechanismen benötigen und wie kann man Ideen nutzen, die über viele Jahre verworfen wurden und in der Aktualität immens wichtig werden.

Eine innovative Idee wie diese braucht auch neue Instrumente. Im Folgenden sollen einige diskutiert werden.

Ausgehend von dem neuen verfassungsrechtlichen Rahmen ist es möglich, den Vorschlag auf drei Säulen aufzubauen:

a. Nationale Gründe

Auf nationaler Ebene sprechen mehrere Gründe dafür, das Erdöl im Boden des Yasuní zu lassen:

Zuallererst würde das Verschwinden der Gemeinschaften der Tagaeri, Taromenane und Oñamenane, die zum Volk der Huaorani gehören, verhindert. Ihre Subsistenz hängt von der Jagd, dem Sammeln und dem Ackerbau ab. Die Huaorani haben die Belagerung durch andere Kulturen und der westlichen Zivilisation überlebt, in dem sie sich in Gebiete wie den Yasuní zurückgezogen haben. Trotzdem hat die ständige und expansive Nutzung der Wälder und die Erdölaktivitäten das Leben vieler Huaoraní irreversibel beeinflusst. Daher haben die Tagaeri, Taromenane und Oñamenane entschieden, sich in freiwilliger Isolation in das Schutzgebiet des Yasuní zurückzuziehen.

Die ökologische Bedeutung der Region ist unumstritten. Die Vorräte des ITT befinden sich im Untergrund einer Region mit der größten Vielfalt des Planeten, die nicht weniger als 165 Säugetier-, 110 Amphibien-, 72 Reptilien-, 630 Vogel- und 1130 Baumarten sowie 280 verschiedene Lianen beherbergt. Die Bedeutung des Gebietes ist so groß, dass die UNESCO sie 1989 zum Biosphärenreservat erklärt hat.

Die nationale Gesetzgebung verlangt sowohl den Schutz der Menschen wie den Erhalt der Ökosysteme. Dies umfasst auch die Normen über kollektive Rechte indigener Völker, die Gesetze und Ausführungsbestimmungen zum Umweltschutz, aber auch die Rechte der Natur. Die geltende Verfassung verstärkt und vertieft diese Aspekte.

Zurzeit ist die Situation besorgniserregend. Das Schutzmodell für den Yasuní läuft Gefahr zu scheitern, da der Staat seine Verantwortung zum Schutz nicht effektiv umsetzt, weil es Spannungen und Konflikte sowie rechtliche Unsicherheiten und mangelnde Umsetzung der existierenden Normen gibt. Dies liegt zu einem großen Teil an dem Druck, den die Erdölindustrie erzeugt. Die ITT Initiative hätte den großen Vorteil, diesen Druck vom Yasuní zu nehmen.

Die Öffnung des Parks für die Erdölindustrie würde dieselben Auswirkungen wie in anderen Teilen Amazoniens haben: Verschmutzung, Zerstörung der Subsistenzbasis der indigenen Bevölkerung. Nach den Erdölunternehmen kämen andere Akteure, wie die illegalen Holzfäller oder Siedler, die nicht angepasste Landwirtschaft betreiben.

Auf der nationalen Ebene ist klar, dass die wirtschaftlichen Kosten der sozialen, ökologischen und produktiven Auswirkungen der Erdölproduktion die potenziellen Einnahmen aufwiegen.

b. Regionale Gründe

Der Yasuní ist Teil der großen Bioregion Amazonas, die sich die Länder Ecuador, Brasilien, Bolivien, Kolumbien, Peru, Venezuela, Guyana sowie Surinam und das Territorium von Französisch Guayana teilen. Daher steht sein Schicksal, sei es nun der Erhalt oder die Zerstörung, in unmittelbarer Beziehung zu den Ökosystemen des tropischen Waldes des Amazonas. Als Teil des Ganzen ist der Yasuní für die regionale biologische Vielfalt, das Klima, die Wasserzyklen, für die Fauna und Flora von Bedeutung.

Im Rahmen der *Comunidad Andina* hat Ecuador zusammen mit den anderen Ländern die „Regionale Strategie für biologische Vielfalt der tropischen Andenländer“ (Decisión 523, 7.7.2002) verabschiedet. Diese Strategie, die mehrere Ziele für den Erhalt der biologischen Vielfalt setzt, hat aufgrund seiner Konzentration auf Marktmechanismen noch viele Beschränkungen. Von daher müsste sie vor der Umsetzung noch mal überdacht werden.

Ecuador könnte auf regionaler Ebene die Führung übernehmen, in dem es den Amazonas schützt und die anderen Staaten der Region zu ähnlichen Handlungen animiert.

c. Globale Gründe

Auf globaler Ebene würde ‚Erdöl im Boden lassen‘ bedeuten, dass man das Erdöl des ITT nicht verbrennen könnte. Mit anderen Worten: man würde die Emission von 400 Mio. t CO₂ vermeiden. Auch der Verlust von Wald ist ein bekannter Grund für die Produktion von Treibhausgasen. In dem der Entwaldung Einhalt geboten wird, werden direkt Emissionen reduziert.

Diese Argumente sind im Einklang mit den internationalen Verpflichtungen des Landes, vor allem bezüglich der Klimarahmenkonvention wie der Konvention über die biologische Vielfalt.

Die ITT-Initiative als staatliche Politik

Wir gehen davon aus, dass aufgrund der Bedeutung des Vorschlags und des verfassungsrechtlichen Kontextes die ITT-Initiative als staatliche Politik verstanden werden muss. Das impliziert, dass ihr der gleiche Stellenwert wie z.B. der Gesundheits- oder Bildungspolitik zukommt. Die Initiative darf nicht auf das Ökologische beschränkt werden, da sie – wie bereits erwähnt – auch soziale und ökonomische Dimensionen umfasst.

Auch wenn die Regierung von Rafael Correa die Betonung auf die Frage der Kompensation für das im Boden gelassene Erdöl legt, so ist der Vorschlag doch in erster Linie politisch und muss auch auf dieser Ebene verteidigt werden.

In der orthodoxen Wirtschaftslehre werden zwar Effizienz und Gleichheit berücksichtigt, aber meist nur zweitrangig behandelt. Die ITT-Initiative zeigt, dass Effizienz dadurch erreicht werden kann, wenn man zuerst an Gleichheit denkt. Es gilt daher ausgehend von dem Vorschlag ein Modell zu entwickeln, das es erlaubt, aus der Schwäche des Dollars, die ihr inhärent ist, und aus der Abhängigkeit vom Erdöl zu fliehen und das *sumak kawsay* (Gute Leben) aufzubauen. Diese Strategie ist vor allem national, es braucht zwar internationale Komponenten, aber seine Motive und Ziele sind national.

Aus der politischen Sichtweise mag die Initiative als realitätsfern betrachtet werden – als radikal oder naiv. Es gab verschiedene Äußerungen in diese Richtung und es ist sinnvoll, sie auf der konzeptionellen Ebene zu diskutieren. Als Beispiel mag die Haltung von G. Fontaine (2007) gelten, da sie am besten formuliert ist. Er stimmt mit uns überein, dass es um eine politische Option geht, aber er sieht einen Widerspruch zwischen einem „utopischen Ökologismus“ und einer „nationalen Erdölpolitik“.

Die IT-Initiative kann aus mehreren Gründen nicht als „utopischer Ökologismus“ bezeichnet werden:

1. Zwar ist die Forderung nach einem Schutz der Region eine Forderung der Umweltbewegung als Bürgerbewegung, aber es ist auch die Aufgabe des Staates selber, festgelegt in der aktuellen Gesetzgebung und in der neuen Verfassung, die durch die ecuadorianische Bevölkerung verabschiedet wurde. Die Bewertung mit dem Zusatz „utopisch“ als etwas unrealistisches oder fantastisches ist angesichts der weltweiten Krise des Erdölsektors, der zunehmende Verknappung der Ressource und den wachsenden sozio-ökologischen Kosten des Abbaus und des Klimawandels nicht gerechtfertigt. Es ist daher „realistisch“, diese Probleme anzuerkennen, sie aufzugreifen und produktive Alternativen zum Erdöl zu suchen. Die Bezeichnung „utopisch“ verstanden als Horizont, zu dem man strebt, um die Grenzen der aktuellen Ideologie zu sprengen, ist daher opportun.
2. Der Vorschlag ist keine Opposition gegen eine „nationale Erdölpolitik“. Im Gegenteil: durch die Yasuní Initiative wird die Kontrolle über die Ressourcen zurückgewonnen und in die Hände Ecuadors gegeben - ohne das Risiko, sich transnationalen Erdölkonzernen beugen zu müssen. Außerdem ist es nicht nationalistisch, die Verschmutzung der Region und Übergriffe auf Indigene zu erlauben.

Aus unserer Sicht ist die Yasuní Initiative nicht nur Teil einer nationalen Umweltpolitik sondern auch Bestandteil einer anderen nationalen Energiepolitik, die den Erdölsektor nicht ausschließt, sondern ihn in einen anderen Kontext stellt, in dem die Energiequellen diversifiziert werden (siehe Acosta, 2009).

Die Grenzen der Natur

Es ist notwendig einige Anmerkungen zu den ökologischen Grenzen zu machen. Die Natur hat Grenzen, die die Ökonomie nicht überschreiten kann oder darf. Diese zeigen sich auf lokaler Ebene (z.B. das Aussterben von Arten im Amazonas, die Verschmutzung durch Rohöl, wie sie in vielen Fällen u.a. durch Texaco belegt sind, Berinstain et al, 2009), auf regionaler Ebene (z.B. Veränderungen der Klimadynamik im Amazonas, Veränderung der Regenzeiten und -dauer) und auf internationaler Ebene (der Klimawandel).

Der konventionelle Ansatz beschränkt sich darauf, aus den Gütern und Leistungen durch die Zuweisung von Eigentumsrechten handelbare Elemente zumachen, aber er greift die Vorstellung der Begrenzung nicht auf. Allerdings gibt es mittlerweile viele Informationen über die Konsequenzen der Übernutzung der natürlichen Ressourcen und der Kapazitäten des Ökosystems und des Planeten, deren Auswirkungen zu verkraften. Diese Situation resultiert aus der Generalisierung eines egoistischen Verhaltens, das unfähig ist, die Grenzen einer Ressource anzuerkennen.

Einige ökonomisch-ökologische Anmerkungen

a. Die Grenzen der konventionellen Ökonomie

Ein Problem der Marktwirtschaft ist, dass sie in ihren Berechnungen weder die externen Effekte noch die Interessen künftiger Generationen oder anderer Arten einbezieht. Nach wie vor existiert eine große Unkenntnis über den Wert (was nicht gleichbedeutend mit dem Preis ist), man ignoriert die Vielfalt der Werte und die komplexe Beziehung zwischen den Ökosystemen und den Arten. In diesem Kontext ist die Kosten-Nutzen-Analyse nicht anwendbar, da sie das, was man nicht weiß, mit null bewertet oder Ressourcen, die genutzt werden können, nach dem Gebrauchswert bemisst. Außerdem ist es in der Kosten-Nutzen-Analyse schwierig den richtigen Diskontsatz zu berechnen oder zu entscheiden, welche Zeitstufen berücksichtigt werden müssen. Diese Analyse angewandt auf einen Hotspot der biologischen Vielfalt, kann sich zu einer der größten Gefahren für diesen entwickeln. So hat Fander Falconí (2004) für Ecuador herausgefunden, dass einige Schäden, die durch die Erdölaktivitäten verursacht wurden, ökonomisch gemessen und von daher kompensiert werden können, während andere Schäden nicht messbar sind.

Schließlich wird immer mehr akzeptiert, dass, wenn man Umweltleistungen in einen Markt einführt, dies bedeutet, einem asymmetrischen Markt Verteilungsaspekte über die Nutzung der Umweltressource zu übertragen. Dies kann zu einer Konzentration dieser Ressourcen führen und damit zu einem Souveränitätsverlust der Personen, die dieses Ökosystem nutzen.

b. Grenzen und Möglichkeiten der ökonomischen Kompensation

Ein Großteil der jüngsten Debatte über die ITT-Initiative drehte sich um die Notwendigkeit, für die Nichtförderung des Erdöls eine ökonomische Kompensation zu erhalten. Diese von einer wichtigen zu einer unabdingbaren Kondition zu erheben, hat sowohl positive wie negative Aspekte. Zu den Positiven gehört zweifellos, dass Gelder in die Kassen des Staates fließen, die für die Umsetzung sozialer Maßnahmen oder von Umweltpolitik sehr nützlich sein können. Außerdem würde es die Opposition zum Schweigen bringen, die in dem Vorschlag nur eine Abkehr von der Rentabilität des Erdöls sehen.

Aber es gibt auch negative Aspekte. So ist nicht gesichert, dass diese Kompensation direkt an lokale Gemeinschaften fließen beziehungsweise an den Schutz oder der Wiederherstellung von beschädigten Gebieten gebunden sein wird. Mit anderen Worten: Es können große Summen auf internationaler Ebene zusammengetragen werden, ohne dass diese in eine effektive Umwelt- und Sozialpolitik für die Amazonasregion mündet. Das Argument für die Kompensation hängt von dem Vertrauen in die Regierung ab, ihre Versprechen zur Entwicklung der am stärksten verwundbaren Bevölkerung des Landes umzusetzen.

Wenn alles auf die mögliche Kompensation aus dem Ausland reduziert wird, geraten darüber die anderen Gründe für die Initiative in Vergessenheit. Es ist als würde man andere Aufgaben der Verfassung nicht ohne eine gewisse Kompensation oder internationale Hilfe umsetzen. Diese Haltung schwächt den Staat, da seine Aktionsfähigkeit vom Erhalt internationaler Fonds abhängen würde. Trotzdem wird angesichts der hohen Armutsrate des Landes national wie international die Forderung nach Kompensation positiv aufgenommen. Viele würden die Philosophie teilen, dass die Ethik den Zustand, in dem sich das System befindet, reflektieren muss.

Der Erhalt des ITT ist an sich wichtig – unabhängig von der Stimmung und der Bereitschaft der internationalen Gemeinschaft zu zahlen. Die Forderung nach einer internationalen ökonomischen Kompensation darf daher nicht als Entschuldigung für die eigene Inaktivität dienen, sondern muss als Ansporn, national und international aktiv zu werden, gesehen werden. Der eventuelle fehlende Beitrag der internationalen Kooperation zur nachhaltigen Entwicklung Ecuadors muss als Soll in die ökologische Schuld gerechnet werden. So kann man z. B. bemessen, wie viel weniger an internationaler Investition durch den Erhalt des Yasuní aufzubringen ist und wie viel weniger CO₂ emittiert wird – die Summe dieser Werte wäre die Basis für die Kalkulation der Schuld.

Wenn man dieser Gedankenführung weiter folgt, dann ist die internationale ökonomische Kompensation so etwas wie ein Hilfsmittel aber kein Ziel in sich. Die letztendliche Verantwortung liegt beim ecuadorianischen Staat und nicht in den Händen der internationalen Gemeinschaft. Die Regierung kann den Schutz

der Region nicht mit dem Argument aufheben, dass die internationale Kooperation schlecht oder unsensibel oder knauserig in Bezug auf eine finanzielle Unterstützung ist, sondern muss das Projekt trotzdem fortführen, in dem sie die zentralen Themen der Ungleichheit sowie der Umwelt- und Klimagerechtigkeit in die politische Arena trägt. Sie darf nicht nur Kritik äußern sondern muss einen konkreten Vorschlag präsentieren.

Das heißt nicht, dass die Autoren dieses Beitrags die Bedeutung der internationalen finanziellen Unterstützung negieren, aber sie wollen klarstellen, dass der ITT-Vorschlag des Schutzes der Yasuní Region einer nationalen Politik entspringt, die mit der internationalen Politik der CO₂ Reduktion koinzidiert. Daher müssen die internationalen Verhandlungen und die Instrumente zur Ausschöpfung der finanziellen Möglichkeiten diesem politischen Mandat untergeordnet sein und nicht andersherum.

c. Klimawandel und Emissionshandel

Unter den verschiedenen Möglichkeiten, Gelder zu erhalten, wurde auch überlegt, den CO₂ Markt, der im Rahmen der Maßnahmen gegen den Klimawandel entstanden ist, zu nutzen. Die Idee, die dem CO₂ Handel zugrunde liegt, basiert auf der Vorstellung, dass man auf globaler Ebene Treibhausgasemissionen, die in Industrieländern entstehen, reduzieren kann, in dem man bestimmte kompensatorische Aktivitäten in Ländern des Südens kauft. Um zum Beispiel die Auswirkungen der Gase, die eine neue Fabrik in Holland produziert, zu kompensieren, werden Wiederaufforstungsmaßnahmen in einem Land des Südens finanziert. Diese Maßnahme müsste eine Flächendeckung erreichen, die es erlaubt, CO₂ in der Menge zu binden wie sie die Fabrik in Holland emittiert. Diese Reduzierungen werden von den Industrieländern genutzt, um ihre Ziele im Kyoto Protokoll zu erreichen.

Man könnte davon ausgehen, dass, wenn man das Erdöl im Boden lässt, eine bestimmte Menge von Treibhausgasen nicht emittiert wird und von daher könnte Ecuador einen Teil der Kompensation beantragen. Dies ist allerdings in den bestehenden Mechanismen des Kyoto Protokolls nicht vorgesehen. Außerdem hängt das Volumen des gebundenen CO₂ von der Oberfläche des Waldes ab und diese wäre im Falle des Yasuní begrenzt, da das Erdöl, das nicht verbrannt wird, nicht in die Kalkulation einbezogen wird.

Um auf diesem Gebiet weiterzukommen, muss man mehrere Probleme der Verhandlungen über die CO₂ Bindung betrachten. Seine Effektivität ist Gegenstand vieler Kontroversen, da es keine gesicherten Beweise dafür gibt, dass dies tatsächlich zu einer Reduktion von Emissionen beiträgt. So ist nicht klar, wie hoch die Reduktion wäre, wenn es sie denn gäbe (siehe z.B. Schneider 2007, Ward/Viktor 2008). Außerdem gibt es die Möglichkeit, dass gegenteilige Effekte produziert werden (sogenannte *leakages* in der Terminologie des Kyoto Proto-

kolls oder *second best* Wirkungen in der Sprache der mathematischen Mikroökonomie). Zum Beispiel: Einen Primärwald zu roden und zu verbrennen, um danach Eukalyptus anzupflanzen, war ursprünglich nicht im Protokoll vorgesehen. Dieser CO₂ Markt, gedacht als ein Ausweg aus den Konflikten um den Klimawandel, ist in Wahrheit ein neues Geschäft mit Klimadesastern. Es gibt nach wie vor verschmutzende Industrien und die Mittelsmänner machen Milliongewinne, ohne dass substantielle Fortschritte gemacht worden wären.

Der freiwillige Markt mit CO₂ ist sogar noch gefährlicher als der im Kyoto Protokoll etablierte, da dort zumindest eine Quote pro Land und damit für die jeweilige Industrie festgelegt wird. Aber der freiwillige Markt wächst ohne irgendwelche Regulierungen, was die Chancen, Emissionsgrenzen für die einzelnen Länder zu setzen, unterminiert. Er verhindert dadurch die Entwicklung adäquater Umweltpolitiken, die immer dringender zur Lösung der wachsenden ökologischen Probleme benötigt werden.

Der aktuelle internationale Rahmen enthält eine Bedingung, die seine Anwendung auf den Yasuní Park nahezu unmöglich macht. Die CO₂ Märkte sind dazu geschaffen, die CO₂ Emissionen der Industrie- und Transformationsländer auszugleichen, aber er bezieht sich nicht auf den Ursprung der Treibstoffe, die dort verbrannt werden. Sowie das Erdöl in Ecuador gefördert wurde, kann es danach irgendwo auf der Welt verbraucht werden. Von daher kann nicht angegeben werden, ob durch die ITT Initiative in einem bestimmten Land weniger CO₂ produziert würde. Die aktuellen Instrumente beziehen sich auf spezifische Vorhaben wie Fabriken oder Deponien. Es gibt weder eine globale (Ver-) Rechnung über den Verbrauch von Treibstoffen noch werden Grenzen dafür als Möglichkeit, den Klimawandel zu bekämpfen, diskutiert.

Neben diesen Beschränkungen gibt es aber trotzdem in den internationalen Verhandlungen - vor allem zum Klimaschutz – einige Möglichkeiten, die im Folgenden diskutiert werden sollen.

Mögliche Wege zur Umsetzung der Initiative

Wie bisher dargelegt, muss die ITT Initiative zum einen Teil der staatlichen Politik sein, zum anderen aber muss man die Instrumente und Mittel identifizieren, die ihre Umsetzung erleichtern. Auf dem Weg der Umsetzung gibt es viele Optionen und diese Vielfalt ist kein Problem, da sie die Abhängigkeit von einem einzigen Instrument vermeidet. Die Herausforderung liegt eher darin, dass diese Instrumente funktional sein müssen, sich gegenseitig ergänzen oder verstärken und dass, wenn eines missglückt, die anderen die Fortentwicklung der Initiative erlauben.

Im Folgenden werden die wichtigsten Instrumente und Finanzmechanismen kurz skizziert.

a. Normative Mechanismen

Die neue Verfassung Ecuadors stellt klar, dass der Schutz des Yasuní Gebietes Verfassungsauftrag ist und somit Teil der staatlichen Politik. Dies erfordert die Anpassung der alten Gesetzgebung an die neue Verfassung und das Füllen bestehender gesetzlicher Lücken. Das nächste Umweltgesetz muss den Erhalt des Yasuní Parks ermöglichen und fördern.

b. Finanzielle Unterstützung

Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung werden hier als unterstützende Mechanismen gesehen, die durch das politische Mandat definiert sind. Hier gibt es unterschiedliche Möglichkeiten, die untereinander komplementär sind:

- Gründung eines staatlichen Fonds speziell für den Schutz des Gebietes, der nach den gleichen Vorgaben wie andere staatliche Haushaltstitel für Gesundheit oder Bildung funktioniert.
- Außerordentliche Fonds, die unter der Prämisse, den Verlust Ecuadors durch die entgangenen Erdöleinnahmen abzufedern, aufgelegt werden.
- Fonds, die von der internationalen bi- und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit oder anderen Institutionen wie Personen zur Verfügung gestellt werden.
-

c. Neue Positionen bei den internationalen Verhandlungen

Dies ist ein notwendiges Kapitel zur Stärkung des Vorschlags und die Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten braucht internationale Unterstützung. Dieser Aspekt wird später noch vertieft. Aber es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass Aktivitäten im Rahmen des Amazonaspaktes, auf südamerikanischer Ebene und global im Rahmen der Klimaverhandlungen notwendig sind. Diese müssten darauf abzielen, die finanzielle Unterstützung für das Moratorium im Kontext einer globalen Rechnung zu operationalisieren – dies findet zurzeit nicht statt. Dieser Schritt erfordert die Koordination mit den anderen lateinamerikanischen Ländern und höchstwahrscheinlich schwierige Verhandlungen mit den G77 plus China Ländern.

Struktur und Optionen der Finanzierung

Mit diesem Vorschlag soll versucht werden, eine politische Übereinstimmung über den Aufbau eines oder mehrerer Fonds für das geplante Ziel zu erreichen. Die Möglichkeiten, die hier aufgezeigt sind, schöpfen nicht alle vorhandenen Optionen aus und neue können aus der zu führenden Debatte entstehen.

a. Auf der Ebene der Verwaltung

Der Staat wird die Fonds für die ITT Initiative verhandeln und verwalten, um das Erdöl im Boden zu lassen. Die Verantwortung für den Schutz wird nicht an private nationale oder ausländische Institutionen delegiert ebenso wenig wie die Formulierung der entsprechenden Politik oder die Verwaltung des Schutzgebietes.

Von Beginn an muss klar sein, dass die ITT Initiative eine ecuadorianische ist, die die indigenen Völker, die in freiwilliger Selbstisolation leben, und die biologische Vielfalt der Region schützen will. Nichtsdestoweniger ist es auch gleichzeitig eine Frage von internationaler Bedeutung – vor allem vor dem Hintergrund der Mitverantwortung der reichen Staaten, Verursacher der meisten ökologischen Probleme.

b. Finanzierungsquellen

Der Fonds könnte aus unterschiedlichen Quellen gespeist werden:

1. Fonds außerhalb Ecuadors

- Beiträge aus dem System der Vereinten Nationen und der multilateralen Entwicklungsbanken wie z.B. der *Global Environmental Facility* (GEF).
- Beiträge der bi- und multilateralen Zusammenarbeit. Dies könnten Geldmittel sein, die einzelne Regierungen (Deutschland hat z.B. seine Bereitschaft bereits geäußert) oder andere Ländergruppen bereitstellen.
- Beiträge von Personen, Organisationen, Unternehmen etc., die eigenverantwortlich handeln.
- Fonds, die unter der Ägide eines zukünftigen Klimaprotokolls, welches das Kyoto Protokoll ersetzen wird, mit dem Ziel der CO₂ Reduktion aufgelegt werden. Dieser Fond könnte der größte sein, da er sowohl das nicht genutzte Erdölvorkommen als auch den erhaltenen Wald in Rechnung stellen könnte.

2. Fonds in einem globalen Steuersystem

- Ökosteuern

3. Mittel aus Ecuador

- Restrukturierung der Auslandsschulen mittels der Ausgaben von speziellen Boni oder Schuldscheinen

- Ausgabe von „Sucres¹“ gestützt durch das Erdöl des ITT.

Darüber hinaus könnten unterstützende Maßnahmen für die Finanzierungsmechanismen gefunden werden. So könnten z.B. die Bürgerinnen und Bürger der reichen Länder, die zum ITT Fonds beitragen, dies von ihren Steuern in ihren Ländern absetzen.

Hervorzuheben ist, dass die verschiedenen Optionen für einen Fonds zur Unterstützung der ITT Initiative sich nicht gegenseitig ausschließen, sondern eher komplementär sind.

c. Mechanismen und Garantien

Der ecuadorianische Staat würde nicht verhandelbare Zertifikate ausgeben, in denen er auf die Ausbeutung der Erdölreserven im Yasuní verzichtet, in denen Garantien für den Fall eingeschlossen sind, dass der Staat seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Um die Gelder zu verwalten könnte ein Treuhandfonds gebildet werden, bis nationale Investitionen für nachhaltige Entwicklung im nationalen Haushalt verankert sind.

Hier muss klargestellt werden, dass allen natürlichen wie juristischen Personen, die zu dem ITT-Fonds beitragen, die adäquate Nutzung der Gelder zugesichert wird. Alle Beitragenden müssen die Sicherheit haben, dass sie ihr Geld zurück erhalten, falls der ecuadorianische Staat seine Verpflichtungen nicht einhält. In dem Fall müssen die Sanktionen greifen, die in den Garantien formuliert wurden. Falls eine zukünftige ecuadorianische Regierung das Erdöl fördern sollte, so müssen mit den Einnahmen zuerst die erhaltenen Gelder zurückgezahlt werden. Die Zahlungen für nicht produzierte CO₂ Emissionen würden von zukünftigen Regierungen erfolgen und wären ein starker Anreiz, um die Garantien zu respektieren.

Die Verwaltung muss außerdem die Beteiligung von Vertretern der Amazonasgemeinschaften, vor allem der von Erdölaktivitäten betroffenen, und zivilgesellschaftlichen Organisationen vorsehen.

Die Verwendung der Fonds müsste in erster Linie für den ökologischen und sozialen Schutz des Yasuní Gebietes erfolgen. An zweiter Stelle käme die Unterstützung und Förderung von nachhaltigen Vorhaben in anderen Amazonasregionen inklusive der Ausbesserung von Schäden, die durch die Erdölaktivitäten entstanden sind.

Dieser Fonds darf die Fehler, die Ineffizienz und fehlende Transparenz des FEIREP (*Fondo de Estabilización, Inversión Social y Producción, y Reducción*

¹ Hier handelt es sich um ein Wortspiel. Gemeint ist das *Sistema Unitario de Compensación Regional*, der Sucres war aber auch die Währung Ecuadors vor der Dollarisierung (Anm. Hrsg.).

del Endeudamiento – Fonds zur Stabilisierung, für soziale und produktive Investitionen und zur Reduzierung der Verschuldung), der in finanziellen Spekulationen endete und im Endeffekt nur externe und interne Schulden bediente, nicht wiederholen (Falconí und Ponce, 2005).

d. Höhe des Fonds

Der Umfang der Gelder, die der (oder die) Fonds verwalten sollen, bedarf einiger Kommentare. Man kann mindestens drei unterschiedliche Szenarien unterscheiden:

- Der Betrag definiert sich durch die notwendige Geldmenge, um den Schutz der Umwelt und das Überleben der lokalen Gemeinschaften zu garantieren.
- Der Betrag entspricht dem Gewinn, der dem Staat durch die Nichtnutzung des Erdöls verloren geht. Diese Option wird von einigen als „Kompensation“ betrachtet.
- Schließlich könnte man an einen breit angelegten Fonds denken, der Mittel zur Verfügung stellt, um die Infrastruktur des Landes zu verbessern, bis zu dem Punkt, dass man Ecuador zu einem Land der ersten Kategorie gemäß dem Index für menschliche Entwicklung der Vereinten Nationen erklären könnte.

Die erste Option ist relativ einfach, da sie lediglich die Gelder vorsieht, um das Schutzgebiet, die Parkwächter etc. zu erhalten und die Basisbedürfnisse der lokalen Gemeinschaften zu befriedigen.

Die zweite Option ist sehr viel komplexer. Einerseits kann man diskutieren, wie hoch der Anteil für den Fonds sein müsste: Die Hälfte der zu erwartenden Gewinne für den Staat? Mehr als 50%? Oder ein geringerer Beitrag? Welches sind die Kriterien um 50% der zu erwartenden Gewinne zu fordern und nicht z. B. 75% oder 25%?

Die dritte Option ist die realistischste, um eine Garantie dafür zu erhalten, dass der Yasuní und seine Erdölvorräte niemals ausgebeutet werden.

Die Kalkulation des Referenzwertes für die zu erwartenden Gewinne ist überaus schwierig und kann zu unterschiedlichen Ergebnissen führen. So ist es notwendig zu bestimmen, ob lediglich die Gewinne der potenziellen Einnahmen aus dem Verkauf des Erdöls genommen werden oder ob auch die notwendigen Investitionen für die Erdölförderung und die Konstruktion der Infrastruktur in die Kalkulation einbezogen werden. Unklar ist auch, welcher Referenzpreis für das Erdöl genommen wird.

So muss man in Rechnung stellen, dass der Verfall des Erdöls auf den internationalen Märkten zu einer Verringerung der zu erwartenden Einnahmen um

elf Milliarden US \$ (847 Mio. jährlich) führen würde. Dieser Aspekt ist ein weiteres Argument dafür, die Initiative nicht auf die ökonomischen Dimension basierend auf den zu erwartenden Gewinnen zu reduzieren. Im Falle einer zu starken Anbindung an den internationalen Erdölpreis könnte diese Initiative selber zu einem Spielball von Spekulationen werden. Im Folgenden sollen die einzelnen Optionen der Finanzierung detaillierter diskutiert werden.

Restrukturierung der Auslandsverschuldung durch die Ausgabe eines speziellen Bonus.

Hierbei handelt es sich um einen Mechanismus der Restrukturierung der Auslandsverschuldung, die in einen speziellen Bonus überführt wird. Ein gewisser Betrag der Auslandsverschuldung wird ausgesetzt solange der ecuadorianische Staat das Erdöl im Boden lässt. Im Falle, dass eine zukünftige Regierung das Erdöl doch fördert, würde sich dieser Spezialbonus wieder in eine klassische Auslandsschuld umwandeln. Dieser Vorschlag wäre Gegenstand einer politischen Verhandlung auf internationaler Ebene und würde den bestehenden Beschluss der Regierung fortführen, den nicht legitimierten Anteil der Auslandsverschuldung nicht zu bezahlen und den Rest anzuerkennen.

Dieser Mechanismus könnte sehr schnell umgesetzt werden und viel Geld für den ITT-Fonds mobilisieren, da Gelder aus dem Staatshaushalt frei würden, die vorher für den Schuldendienst vorgesehen waren und jetzt für die Umsetzung des Vorschlages genutzt werden könnten.

Die Terms der Restrukturierung der Schuld müssen mit sehr großer Sorgfalt diskutiert werden. So würde man mit der Schuldenumwandlung z.B. die Legitimität der Auslandsschuld anerkennen.

Wenn der Mechanismus greift, könnte er Wegbereiter für noch weitergehende Übereinkünfte sein. Komplementär zur ITT-Initiative könnte man eine Übereinkunft mit den bi- und multilateralen Gläubigern Ecuadors mit dem Ziel verhandeln, die Schulden auszusetzen, um ein Moratorium für sämtliche Erdölvorhaben im ganzen Land umzusetzen.

Ökosteuern

Präsident Rafael Correa hat den Mitgliedern der OPEC (Organisation der erdöl-exportierenden Länder) die Einführung einer Steuer auf jeden exportierten Barrel Erdöl vorgeschlagen. Hierdurch soll ein Fonds aufgebaut werden, um die energetische Umwandlung dieser Länder zu finanzieren und um die Erdölförderung in ökologisch sensiblen Gebieten zu verhindern. Dieses Konzept wäre auch für den Erhalt des Ysauní-Parks anwendbar. Diese Abgabe wurde nach ihren Initiatoren Daly-Correa-Steuer genannt. Mit einer ähnlichen Zielsetzung hat der Umweltminister von Brasilien (Carlos Minc) im April 2009 den G 8 Staaten vorgeschlagen, eine zehnpromtente Steuer auf die Gewinne aus der Erdölindust-

rie zu erheben, damit Entwicklungsländer ihren Kampf gegen den Klimawandel verstärken können.

Durch diese Steuer würden zusätzliche Kosten auf die großen erdölimportierenden Länder zukommen, die die Hauptverantwortlichen für den Klimawandel sind. Man kann davon ausgehen, dass ohne die Kartellbildung im Erdölsektor in den 60er Jahren und die darauf folgende Verminderung der Nachfrage der Klimawandel sehr viel weiter fortgeschritten wäre. Unerwartet und ironischerweise hat die OPEC ökologischen Zielen gedient. Der Fonds würde eigenständig durch die Mitgliedstaaten der OPEC verwaltet. Mit diesen Geldern könnten Projekte armer Länder ohne Erdölreserven im Rahmen einer allgemeinen solidarischen Energiepolitik unterstützt werden. Der Beitrag, den Ecuador erhalten würde, könnte direkt der ITT-Initiative zugeführt werden.

Dieser Vorteil könnte aber gering ausfallen, wenn die OPEC den Erdölpreis der Elastizität der globalen Erdölnachfrage anpasst, was dazu führen könnte, dass ein Teil dieser Steuer von den erdölexportierenden Staaten selber aufgebracht werden müsste. Dies würde die Akzeptanz dieser Steuer innerhalb der OPEC verringern. Daher liegt die Umsetzbarkeit dieser Steuer nicht nur bei den exportierenden Ländern sondern auch bei den importierenden (vor allem den großen wie Japan, EU und USA), die akzeptieren müssten, dass ein Teil des (höheren) Endpreises für Rohöl zur Finanzierung von Initiativen wie dem ITT verwendet werden.

Ausgabe von Sucres zur Unterstützung des ITT

Im Rahmen der Bildung der Bank des Südens und eines Fonds zur Stabilisierung des Südens wurde auch der Aufbau eines einheitlichen Systems zur regionalen Kompensation (*Sistema Unitario de Compensación Regional* - SUCRE) diskutiert. SUCRE soll den regionalen Handel erleichtern und die Entdollarisierung der Handels- und Finanzbeziehungen zwischen den Regionen fördern. Diese Initiative könnte eine Vorstufe für ein regionales Geld- und Finanzsystem mit einem eigenen Finanzkodex sein.

Im Falle von Ecuador könnte das Erdöl im Untergrund des Yasuní als Garantie genutzt werden. Diese Reserven würden dann eine ähnliche Rolle wie in der Vergangenheit das Gold als Deckung für die nationale Währung spielen. In diesem Fall muss darauf hingewiesen werden, dass damit keine Förderungsabsicht der Reserven verbunden ist.

Internationale Verhandlungen

Viele der unterschiedlichen Facetten, die wichtig für die ITT-Initiative sind, benötigen eine starke Anwaltschaft durch Ecuador bei den internationalen Ver-

handlungen. Unserer Meinung nach ist die internationale Komponente für die ITT-Initiative unabdingbar.

Da die Initiative das Ökosystem des Amazonas schützen will, braucht sie die Unterstützung der Unterzeichnerstaaten des Amazonasvertrags (*Tratado de Cooperación Amazonica*). Der Amazonasvertrag ist eine der wenigen regionalen Übereinkünfte mit einem expliziten Mandat zum Schutz der biologischen Vielfalt und der natürlichen Ressourcen der Region.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, das Beispiel des PPG 7 (Pilotprogramm zum Schutz der tropischen Wälder) zwischen der Regierung Brasiliens und den Industrieländern der G7 auszuwerten. Das Programm wurde 1992 begonnen und von unterschiedlichen Ländern (vor allem Deutschland) und der Weltbank unterstützt. Es ist ein Beispiel für die internationale Koordination zum Schutz der Umwelt in einem wichtigen Ökosystem für Brasilien aber auch für die ganze Welt (siehe auch Andrade Abdala, 2008). Ausgehend von diesen Beispielen könnte man verschiedene Optionen für den ITT entwickeln, z. B. ein analoges Programm für den ecuadorianischen Amazonas oder für die ganze Region. Im andinen Bereich ist der Beschluss von 2002 der *Comunidad Andina* zum Erhalt der biologischen Vielfalt eine wesentliche Grundlage, um Unterstützung zu verhandeln. Auf kontinentaler Ebene ist es sinnvoll, die Initiative in der *Union de Naciones Suramericanas* (UNASUR) zu präsentieren, weil dies ein politisches Forum ist, das speziell Themen der Energieversorgung behandelt. Es ist klar, dass es für den Schutz der natürlichen Ressourcen mehr Verbündete gibt als das Umfeld der erdölexportierenden Länder, die z.T. divergierende Interessen in dem Handel mit Rohöl vertreten oder deren nationalen Erdölunternehmen Interesse an der Erdölförderung im Yasuní haben. Wir sind uns klar, dass es eine Reihe von Spannungen und Unterschieden gibt, aber vor allem möchten wir unterstreichen, dass diese Initiative sehr viel mehr Erfolg haben wird, wenn sie die Unterstützung der lateinamerikanischen Nachbarn erhält.

Auf globaler Ebene bieten sich in erster Linie die Verhandlungen in der Klimarahmenkonvention an. Zurzeit finden angespannte Verhandlungen über die Formulierung eines Nachfolgeprotokolls für das Kyoto Protokoll statt. Wie bereits oben beschrieben sind die zurzeit gültigen Mechanismen für die Umsetzung der ITT-Initiative nur schwer anwendbar, da die Reduktionsziele sich auf die Industrie- und Transformationsländer beziehen. Außerdem gibt es keinen Mechanismus, der die Reduzierung von Emissionen aus dem Nicht-Fördern von Erdöl anerkennt.

Auch wenn diese und andere Aspekte schwierig sind, so stimmt es doch auch, dass sich die politische Stimmung bei diesen Verhandlungen geändert hat. Es gibt zunehmend Druck, weitreichendere Ziele zu beschließen. Außerdem beginnt man, viele alternative Mechanismen zu diskutieren. So hat man begonnen, eine Übereinkunft zur Reduzierung der Entwaldung zu diskutieren und die Grundlinien haben durchaus einige Ähnlichkeiten mit der ITT-Initiative. So

könnten die Emissionen, die nicht produziert werden, be- und angerechnet werden. Es ist in jedem Fall wichtig, dass Ecuador beginnt, formale Vorschläge bei den internationalen Verhandlungen zu unterbreiten. Dazu ist in jedem Fall eine Änderung der Verhandlungshaltung des Landes notwendig. Es ist nicht ratsam, einen Vorschlag mit dieser Reichweite mit der Forderung der Kompensationszahlung als zentrales Thema zu verknüpfen oder das Land mit einer Opferhaltung zu präsentieren. Diese Haltung ist kontraproduktiv, da sich viele Menschen fragen, warum es notwendig ist, ein Land zu kompensieren, das bereits die Relevanz und Dringlichkeit des ökologischen Schutzes und der indigenen Gruppen anerkannt hat. Mit anderen Worten, es ist nicht die internationale Gemeinschaft, die eine zusätzliche oder außerordentliche Anstrengung verlangt, sondern das Land hat selber in seinen Gesetzen die außerordentliche Bedeutung der Yasuní-Region anerkannt. Darüber hinaus verstärkt diese Haltung das wachsende Image, dass die Staaten des Südens nur Maßnahmen gegen den Klimawandel ergreifen wollen, wenn die Industrienationen sie dafür zahlen.

Das Land hat die Möglichkeit, eine Führungsrolle bei den internationalen Verhandlungen zu übernehmen. Aber um diese ausüben zu können, muss es die alten Diskurse und Praktiken verlassen.

Im Augenblick ist es möglich, neue Verpflichtungen und Übereinkünfte zu erzielen, um internationale Obligationen einzuhalten. Dies erfordert eine sehr viel aktivere Rolle der ecuadorianischen Diplomatie. Sie müsste Konzepte und Szenarien der Umsetzung entwickeln und mit Energie und Ausdauer in den internationalen Verhandlungen über Klimaschutz intervenieren. Die ecuadorianische Regierung müsste hier ihre Anstrengungen verdoppeln und das Außenministerium müsste die Verantwortung für die Präsentation der ITT-Initiative übernehmen.

Vor allem in den Verhandlungen für den Klimagipfel könnte Ecuador einen globalen Focus und nationale Ziele für Nachhaltigkeit mit einer substantiellen Reduzierung der Gasemissionen einbringen. Das Ziel müsste sein, eine CO₂ neutrale Emissionsbalance zu erhalten. Die internationale Diskussion über den ITT-Vorschlag könnte ein Beispiel für andere Staaten zur Überwindung der Abhängigkeit sein und Bedingungen zur Finanzierung ähnlicher Vorschläge ermöglichen.

Schlussbetrachtung

Das vorliegende Dokument will die Diskussion über ITT beleben und vertiefen, damit das Erdöl des Yasuní Parks im Boden bleibt.

Wir halten die Initiative, die als Teil staatlicher Politik verstanden werden muss, für umsetzbar. Die ökologische und soziale Bedeutung wurde aus unterschiedlichen Gesichtspunkten verdeutlicht und die nationale Gesetzgebung und vor allem die neue Verfassung machen aus dem Schutz dieser Region einen na-

tionalen Imperativ. Die Diskussion dreht sich daher um die Frage, wie dieses Mandat in die Praxis umgesetzt werden kann.

Auf nationaler Ebene sehen wir in der Initiative einen Beitrag zur Entwicklung des Konzeptes des „Guten Lebens“. Aber die Initiative ist auch auf regionaler und globaler Ebene wegen ihrer Auswirkungen auf den Klimaschutz und den Erhalt der biologischen Vielfalt sehr wichtig.

Die wirtschaftlichen Aspekte der Initiative wurden aus unterschiedlichen Blickwinkeln analysiert und die Spannungen, die in der Frage der ökonomischen In-Wertsetzung liegen, hervorgehoben. Die Bereitstellung von finanziellen Mitteln würde die Möglichkeiten der Umsetzung der Initiative stärken, aber als Teil der staatlichen Politik können die finanziellen Fragen keine Entschuldigung für Inaktivität sein.

Die Notwendigkeit, die Region zu erhalten, wurde mehr als einmal von Regierungsmitgliedern bestätigt. Von daher muss die Forderung nach internationaler Kompensation vor allem im Kontext der Diskussion um Klimagerechtigkeit gestellt werden, da der Staat den Schutz der Region bereits in seiner Gesetzgebung anerkannt hat. Auf jeden Fall ist es wichtig, dass Ecuador die Notwendigkeit internationaler Aktivitäten zur Lösung globaler Probleme aufgreift und praktische Schritte im Rahmen der differenzierten aber gemeinsamen Verantwortung unternimmt.

Die meisten Anstrengungen müssen in das Aufzeigen verschiedener politischer und ökonomischer Optionen fließen, um einen oder mehrere Fonds aus unterschiedlichen aber komplementären Quellen zu bilden und um internationale Übereinkünfte zu erzielen, die zur Entwicklung des *sumak kawsai* und einer Post-Erdölökonomie in Ecuador beitragen. Von daher müssen konkrete Aktivitäten angestoßen werden, um die Tür für politische und auch finanzielle Optionen zu öffnen.

Dazu ist eine aktive Rolle der ecuadorianischen Regierung bei internationalen Verhandlungen auf lateinamerikanischer Ebene und bei den Klimaverhandlungen unablässig. Es gibt regionale Erfahrungen, die berücksichtigt werden müssen, die Koordination mit anderen Ländern ist notwendig und vor allem muss Ecuador bereit sein, eine Führungsrolle zu übernehmen.

Literatur

- Acosta, Alberto. 2009. *La maldición de la abundancia. ¿Del petróleo a la minería a gran escala?*, Quito (im Druck)
- Andrade Abdala, F. de. 2008. *Governança global sobre florestas: estudo exploratório sobre o caso do programa piloto para proteção das florestas tropicais do Brasil (1992-2006)*, pp 253-268, En: "Ajedrez ambiental. Manejo de recursos naturales, comunidades, conflictos y cooperación" (J.S. Weiss y T. Bustamante, eds). FLACSO y Ministerio de Cultura de Ecuador, Quito.
- Berinstain, Carlos Martín, Páez Rovira, Fernández, Itziar. 2009. *Las palabras de la selva - Estudio psicosocial del impacto de las explotaciones petroleras de Texaco en las comunidades amazónicas del Ecuador*. HEGOA, Bilbao.
http://pdf2.hegoa.efaber.net/entry/content/442/Las_palabras_de_la_selva.pdf
- Comunidad Andina. 2002. *Estrategia regional de biodiversidad para los países del trópico andino*. Resolución 523, Consejo Andino de Relaciones Exteriores, Lima.
- Falconí B., F. 2004. *Los pasivos de la industria petrolera. A propósito del juicio a la Texaco*, pp 27-25, En: "Petróleo y desarrollo sostenible en Ecuador. 2. Las apuestas" (G. Fontaine, ed). FLACSO, Quito.
- Falconí B., F. y J. Ponce J. 2005. *¿Influyen los precios del petróleo en el alza de los Global 12? Una reflexión de coyuntura sobre el endeudamiento externo ecuatoriano*. Iconos, FLACSO Quito, 23: 9-15.
- Fontaine, G. 2007. *Entre ecologismo utópico y nacionalismo pragmático: el proyecto Ishpingo, Tambococha y Tiputini (ITT) y la gobernanza energética en el Ecuador*. Observatorio Socioambiental, FLACSO, Documento de Trabajo No 1, diciembre 2007, Quito.
- Fontaine, G. y Narváez, I. 2007. *Problemas de la gobernanza ambiental en el Ecuador*, pp 13-31, En: "Yasuní en el siglo XXI. El estado ecuatoriano y la conservación de la Amazonía" (G. Fontaine e I. Narváez, coord.). FLACSO, Quito.
- GeoAmazonia. 2008. *Perspectivas del Medio Ambiente en la Amazonía*. GeoAmazonia. OTCA, PNUMA y Universidad del Pacífico, Lima.
- Martínez, Esperanza (2009); *Yasuní: dejar el crudo en tierra, un reto a la coherencia*, en *Revista La Tendencia* N° 9, ILDIS, Quito, marzo-abril.
- Narváez, I. (2007). *La política ambiental del Estado: ¿Hacia el colapso del modelo de conservación?* Pp 33-73, En: "Yasuní en el siglo XXI. El

Estado ecuatoriano y la conservación de la Amazonía” (G. Fontaine e I. Narváez, coords.). FLACSO, Quito.

Narvaéz, I. 2009. *Petróleo y poder: el colapso de un lugar singular Yasuní*. FLACSO – GTZ, Quito.

Schneider, L. 2007. *Is the CDM fulfilling its environmental and sustainable development objectives? An evaluation of the CDM and options for improvement. Report prepared for WWF, Institute for Applied Ecology, Berlin, 5 November 2007.*

Vogel, Joseph. 2009. *The Economics of the Yasuní ITT Initiative* (mimeo).

Wara, M.W. y D.G. Victor. 2008. *A realistic policy on international carbon offsets. Program on Energy and Sustainable Development, Stanford University, Working Paper #74, 2008.*

Aus dem Spanischen von Heidi Feldt

Erdölinteressen und Regenwaldschutz

In der Auseinandersetzung der indigenen Völker in Peru geht es um die Einrichtung und schützende Nutzung eines kommunalen Reservats. Da in diesem Land indigene Territorien nur an (Dorf-)Gemeinschaften und nicht wie in anderen Ländern nach den Lebensräumen der indigenen Völker – vergeben werden, sind hier die Probleme der Bevölkerungsentwicklung in einem zu klein vermessenen Territorium besonders früh zu spüren. Im vorliegenden Beispiel erläutert Klaus Rummenhoeller diesen Konflikt vor dem Hintergrund der Rechtsprechung und Politik. Paula Letts erläutert den Konflikt und seine Austragung vor Ort. Eine Erklärung der Leiter der Verwaltung¹ des Kommunalen Reservats Amarakaeri (ECA) und das Schutzgesuch der Indigenen Föderation des Madre de Dios Flusses und seiner Nebenflüsse, FENAMAD, geben einen Einblick, welche Instrumente den Völkern zur Verfügung stehen und weshalb sie oftmals in den Grenzen ihres Landes kein Gehör finden und deshalb internationale Bündnisse suchen.

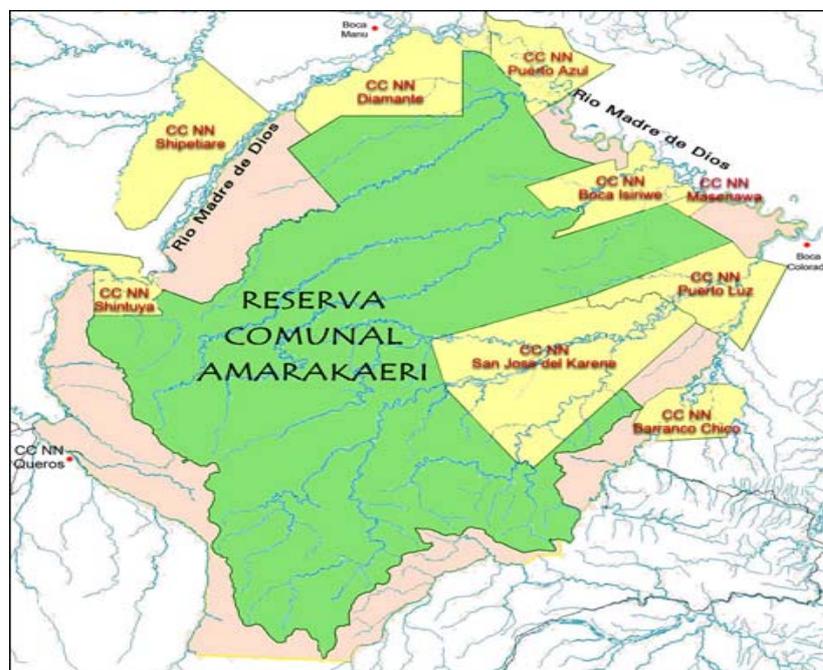
Die indigenenfeindliche Politik des peruanischen Präsidenten, Alain Garcia, zugunsten der Ölkonzerne wird auch in dem Bericht des UN Beauftragten für indigene Völker, S. James Anaya, anlässlich des Konfliktes, der im Juni 09 zu einer blutigen Konfrontation der Polizei mit Indigenen führte, beschrieben. Survival International beschreibt diesen Konflikt als „Tiannamen des Amazonas“ (siehe Anhang).

¹ Ejecutor de Contrato de Administración (ECA).

Hintergrundinformationen zum Fall der Reserva Comunal Amarakaeri (Peru)

Klaus Rummenhoeller

Die Reserva Comunal Amarakaeri (RCA) ist ein Naturschutzgebiet im Departament Madre de Dios, das auf einer Fläche von 402.335,62 ha sechs unterschiedliche Regenwaldformationen in Höhenstufen von 300 bis 2.700 m beherbergt. In den andinen Hochlagen der Reserva entspringen siebzehn Flüsse, die in den Río Madre de Dios und Río Karene (Colorado) entwässern. Der letztere ist ein bedeutender Nebenfluss des Madre de Dios. Bislang wurde die Biodiversität der Reserva nicht grundlegend erforscht. Der Masterplan (INRENA 2009) enthält eine Liste von 53 Säugetier-, 213 Vogel-, 20 Reptilen-, 9 Amphibien- und 21 Fischarten. Die Wälder am Ostabhang der Anden gelten als Regionen mit der höchsten Vielfalt an Tier- und Pflanzenarten.



Die RCA erstreckt sich über das Kernterritorium der Harakmbut-Völker. Es gibt kaum einen Wasserlauf oder eine andere markante geographische Position in diesem Gebiet, die nicht in der Harakmbutsprache identifizierbar ist. Die Ursprungsmythen der Harakmbut sind mit der Topographie der RCA verknüpft, desgleichen ihr Geisterglaube. Auch für die Subsistenzproduktion der

Harakmbut ist das Gebiet von großer Bedeutung, vor allem für die Jagd- und Sammelwirtschaft.

Die Harakmbut bauen im Brandrodungsfeldbau auch heute noch zahlreiche Pflanzen an.¹ In früheren Zeiten waren sie auf den Ananasanbau spezialisiert. Sie klassifizierten mindestens 25 verschiedene Ananassorten, die sich durch Form, Geschmack und Reifezeit unterscheiden (Macedo, Quentehuari, Smith 1998). Es liegen keine wissenschaftlichen Untersuchungen über den Ananasanbau der Harakmbut vor. Heute bauen die Harakmbut nur noch wenige Sorten an. An alten Siedlungsorten innerhalb der Reserva lassen sich tradierte Ananassorten, zusammen mit anderen heute kaum mehr benutzten Kulturpflanzen, noch auffinden. Die Reserva ist somit auch ein Genreservoir ihrer Kultur.

„Harakmbut“ ist die Selbstbezeichnung mehrerer indigener Völker und bedeutet soviel wie „Menschen“ oder „Landsleute“. Die Harakmbut-Volksgruppen können sich – trotz markant unterschiedlicher Dialekte – untereinander verständigen. Die Harakmbut-Sprache gilt als eigenständige Sprachfamilie, die keine strukturellen Bezüge zu den benachbarten Sprachfamilien Pano, Tacana, Arawak und Quechua aufweist.

Über die Geschichte der Harakmbut ist in Ermangelung archäologischer Funde und schriftlicher Quellen wenig bekannt. Die Harakmbut waren unmittelbare Nachbarn des Inkareiches, sie wurden jedoch nie von diesen unterworfen oder in ein Vasallentum gezwungen. In den schwer zugänglichen Tälern des östlichen Andenabfalles, innerhalb der heutigen Reserva Comunal gelegen, existieren nach Berichten indigener Informanten archäologische Stätten aus inkaischer Zeit, die vermutlich Grenzsicherungsanlagen waren. In der Mythologie der Harakmbut finden sich Bezugspunkte, die auf Kontakte mit der Kultur des Inkareiches hindeuten. In schriftlichen Quellen der Kolonialzeit und frühen republikanischen Zeit werden vor allem zwei Harakmbut-Völker erwähnt, die Huachipaeri und Toyoeri. Beide Volksgruppen, die am Alto Madre de Dios und Manu lebten, verhinderten über Jahrhunderte erfolgreich Geländegewinne spanischer und später republikanischer Haciendabesitzer über bereits in der Inkazeit realisierte Siedlungsgrenzen hinaus. Ende des 19. Jahrhundert wurden die Harakmbut-Völker, die entlang der schiffbaren Flüsse wie Madre de Dios, Alto Madre de Dios, Manu und Inambari lebten, von Kautschukhändlern gezielt angegriffen und ermordet. Die Harakmbut, für die in der Kautschukzeit (ca. 1893-1918) der Sammelbegriff „*mashcos*“ verwendet wurde, galten für die Sklavenarbeit in der Kautschukgewinnung als nicht sozialisierbare Volksgruppe. Überlebende Harakmbut flüchteten in diesem Zeitraum in Rückzugsgebiete an den Flussoberläufen, darunter auch in das Gebiet der heutigen Reserva Comunal, wo sie in Konflikt mit anderen Harakmbut-Volksgruppen gerieten, die nicht unmittelbar vom Genozid der Kautschukhändler betroffen waren. Spanische Domini-

¹ Moore (2003) registrierte in den 1970er Jahren noch 78 verschiedene Anbaupflanzen; eigene Untersuchungen im Jahr 1983 ergaben über 60 Anbaupflanzen (Rummehoeller 1987).

kaner unternahmen seit den 1940er Jahren Expeditionen, um die „mashcos“ zu befrieden und aus ihrer Isolation gegenüber der Nationalgesellschaft zu befreien. Als Nebeneffekt war beabsichtigt, das Harakmbut-Territorium für die wirtschaftliche Nutzung der Holz- und Goldressourcen zu öffnen. Anfang der 1950er-Jahre gelang den Dominikanern die friedliche Kontaktaufnahme zu den Amarakaeri², die als letztes isoliertes Harakmbutvolk im Gebiet der heutigen Reserva Comunal lebten.

Mit der Kontaktaufnahme verloren die Harakmbut ihre politische Autonomie und die Kontrolle über ihr zentrales Territorium, die sie seit vorinkaischen Zeiten ausgeübt hatten. In den nachfolgenden Jahren starb ein grosser Teil der Harakmbut an eingeschleppten epidemischen Krankheiten, gegen die ihr Immunsystem schutzlos war. Die spanischen Dominikaner richteten für die Harakmbut Misionsstationen ein, von denen noch heute die Mission Shintuya am Alto Madre de Dios übrig geblieben ist, die – ein Unikum – eine Enklave innerhalb der demarkierten Comunidad Nativa Shintuya bildet. Die Strategie der Missionare setzte auf eine schnelle Akkulturation der Harakmbut, ein Prozess, der durch die in den 1960er-Jahren einsetzende Goldausbeute am Río Karene (Colorado) und seinen Nebenflüssen, die infrastrukturelle Erschliessung des Kosñipata-Tales durch Strassenbau (Anbindung an Cusco), massiven Holzeinschlag, Rinderzuchtprojekte, Kolonisation andiner Armutsmigranten und Erdöl-suche beschleunigt wurde. In den 1960er und 1970er Jahren konstituierten sich die meisten Harakmbut in den leichter zugänglichen Randgebieten der heutigen RCA an den Flüssen Karene (Colorado), Pukiri, Alto Madre de Dios und Madre de Dios in neuen Dorfgemeinschaften. Das Gebiet der heutigen Reserva Comunal wurde nicht unmittelbar besiedelt, aber weiterhin für die Subsistenzwirtschaft genutzt.

Ende der 1980er Jahren wurden die Harakmbut-Dorfgemeinschaften auf Drängen der 1982 gegründeten Federación Nativa del Rio Madre de Dios y Afluentes (FENAMAD) vom Staat als *comunidades nativas* anerkannt und demarkiert. Die peruanische Gesetzgebung von 1978 gestattete nicht die Demarkierung indigener Territorien, sondern lediglich die von Dorfgemeinschaften (*comunidades nativas*). Da es nicht gelang, das Kerngebiet der Harakmbut-Kultur in die Demarkation der angrenzenden Comunidades Nativas zu integrieren, entwickelte die FENAMAD ab 1986 Pläne, die entstandene territoriale Lücke durch die Ausweisung einer *reserva comunal* zu schließen. Nach der da-

² Amarakaeri ist ein Sammelbegriff für mehrere Lokalgruppen der Sprachfamilie Harakmbut, die gegenüber den anderen Harakmbut-Völkern (wie Sapiteri, Huachipaeri, Kisambaeri, Arasaeri) kulturspezifische Differenzen aufweisen, zum Beispiel in Bezug auf Sprache und Verwandtschaftsstrukturen. Die Amarakaeri weisen eine Clanstruktur auf, die bei den übrigen Harakmbut-Völkern nicht mehr vorhanden ist. Da Amarakaeri keine Eigenbezeichnung ist, sondern von den benachbarten Huachipaeri übernommen wurde, bezeichnen sich heute viele Amarakaeri als „Arakmbut“,¹. In Literatur und im regionalen Sprachgebrauch dominiert weiterhin die Bezeichnung „Amarakaeri“.

mals gültigen Rechtslage³ konnte das Agrarministerium unter bestimmten Bedingungen ein nicht besiedeltes Regenwaldgebiet den angrenzenden Dorfgemeinschaften zur ausschließlichen Subsistenznutzung zuweisen. Eine *reserva comunal* war damals weder als indigenes Territorium noch als Naturschutzgebiet konzipiert und sollte unmittelbar von den Nutzungsberechtigten bewirtschaftet werden.

Die verantwortlichen Behörden waren dem Vorschlag der FENAMAD über viele Jahre wenig zugetan. Die regionale Entwicklungsbehörde hatte Pläne in der Schublade, eine Trasse quer durch die RCA zu bauen, die das Kosñipata-Tal an die Goldlagerstätten des oberen Karene anbinden sollte. Abbau der Goldlagerstätten, Holzeinschlag und Gründung neuer Siedlungen waren die politischen Prioritäten, in den 1990er-Jahren kam die Erdölausbeute hinzu. Die US-amerikanische Mobil-Oil führte 1996 - 97 Prospektionsarbeiten in Teilbereichen der heutigen RCA durch, verzichtete aber auf Probebohrungen und zog sich wenig später ganz aus Peru zurück. In Eigeninitiative überwachten die Dorfgemeinschaften den Zugang in die RCA. Durch politischen Druck der indigenen Organisationen und kollektives Handeln der Dorfgemeinschaften gelang es, ein von Goldsuchern, Holzfällern und Armutskolonisten weitgehend unberührtes Territorium zu sichern. Die Harakmbut konnten auf diese Weise die in den 1950er-Jahren verlorene Kontrolle über das Territorium zum großen Teil wiederherstellen, wenngleich ohne gesetzliche Absicherung.

Es dauert fast 13 Jahre bis der Vorschlag der FENAMAD zum Erfolg führte. Im Jahre 2000 wurde das Gebiet als *Zona Reservada Amarakaeri* und 2002 abschließend in den heutigen Grenzen als RCA ausgewiesen. Zwischenzeitlich hatte sich jedoch die Rechtslage geändert. Das Naturschutzgesetz von 1997⁴ definierte die Kategorie *reserva comunal* fortan als Schutzkategorie entsprechend der Kategorie VI auf der internationalen Schutzgebietsskala der UICN.⁵ Im Reglement des Gesetzes (2001) werden bestimmte Rechte indigener Völker an der Bewirtschaftung der *reservas comunales* anerkannt und der Aufbau von Co-Management-Strukturen eingefordert. Die *reservas comunales* sind bis heute die einzige Naturschutzkategorie in Peru, für die ein Co-Management indigener Dorfgemeinschaften mit dem Staat vorgeschrieben ist⁶.

³ Ley Forestal y Vida Silvestre (1975) und Reglamento de Conservación de Flora y Fauna Silvestre, D.S. 168-77-AG (1977).

⁴ Ley de Áreas Naturales Protegidas (1997); die Ausführungsbestimmungen (Reglamento) wurden erst 2001 verabschiedet.

⁵ Kategorie VI weist Schutzgebiete aus, deren Management der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ökosysteme dienen.

⁶ Nach dem Naturschutzgesetz manifestiert sich die Partizipation am Management der Naturschutzgebiete im Rahmen von „Comités de Gestión“. Mitglied in einem solchen „Comité“ können Vertreter der lokalen (meist unmittelbar betroffenen) Bevölkerung werden, aber auch NRO, staatliche Institutionen und sonstige Personen und Institutionen, die ein Interesse am betreffenden Schutzgebiet glaubhaft machen können. Die „Comités de Gestión“ sollen aber bei der Gestaltung der Master-, Jahres- und anderer Bewirtschaftungspläne mitwirken; sie können Vorschläge einbringen und Kritik äußern, ihre Vorschläge sind jedoch für die Schutzbehörde nicht bindend. Siehe Penha/Monteferri 2008.

Naturschutzgebiete werden in der Regel (und nicht nur in Peru) auf Vorschlag von Experten und aufgrund ökologischer Kriterien ausgewiesen, aber sehr selten auf Vorschlag und unter dem massiven Druck der lokalen Bevölkerung. Die gesellschaftliche Zustimmung wird in der Regel im Nachhinein in langwierigen partizipativen Prozessen verhandelt. Seit 2001 ist die Naturschutzbehörde⁷ verpflichtet, nach Ausweisung einer provisorischen Naturschutzeinheit, *zona reservada*, im Rahmen der *categorización* mit der betroffenen lokalen Bevölkerung die Machbarkeit eines Naturschutzgebietes, seine Grenzen und die abschließende Schutzkategorie zu verhandeln.

Die Ausweisung der RCA galt damals als beispielhafte Zusammenwirkung von indigenen und Naturschutzinteressen, bei der letztlich alle Beteiligten gewannen. Für die internationalen Naturschutzorganisationen haben die *reservas comunales* strategische Bedeutung als Pufferzonen von Nationalparks und als Bindeglied länderübergreifender biologischer Korridore, im Fall der RCA für den biologischen Korridor Vilcabamba-Amboró (Bolivien-Peru).

Der Präsidentenerlass⁸ von 2002 begründet die Schaffung der RCA mit der Zielsetzung, „einen Beitrag zum Schutz der Fluss-Systeme Eori/ Madre de Dios und Karene/ Colorado zu leisten und damit die Stabilität der Böden und Wälder zu sichern sowie den Wasserstand, die Wasserqualität, das ökologische Gleichgewicht und eine angemessene Umwelt für die Entwicklung der *comunidades nativas* Harakmbut zu garantieren“. Der Erlass unterschlägt die gesellschaftliche Bedeutung der Reserva für die Harakmbut, stattdessen werden die ökologischen Zielsetzungen in den Vordergrund gestellt. In Anbetracht der durch behördliche Untätigkeit geduldeten gravierenden Umweltzerstörungen durch Holzeinschlag und Goldbergbau in den Pufferzonen der Reserva sind die formulierten Naturschutzmaßnahmen durchaus gerechtfertigt. Die RCA leistet einen wichtigen länderübergreifenden Beitrag für den Hochwasserschutz des Río Madre de Dios-Beni-Madeira-Fluss-Systems sowie die Wasserqualität der genannten Flüsse, die zahlreiche Ortschaften mit Trinkwasser versorgen. Zudem ist der Fischfang eine Haupterwerbsquelle der Flussanlieger.

Erst 2005 verabschiedete die Naturschutzbehörde die Ausführungsbestimmung für das CO₂-Management in den *reservas comunales*. In den sich fast drei Jahre hinziehenden Anhörungen hatten die indigenen Organisationen auf eine stärkere Autonomie und Selbstbestimmung der indigenen Nutzungsberechtigten gedrängt. Die Behörde, aber auch große Naturschutz-NRO, zeigten wenig Bereitschaft, die Entscheidungsbefugnisse und den Verantwortungsbereich des Staates zugunsten der Stärkung indigener Rechte zu reduzieren. Für die Behörde impliziert der Begriff „CO-Management“ im Wesentlichen die

⁷ Bis zur Schaffung des Umweltministeriums (Ministerio de Ambiente) im Jahr 2008 war die Intendencia de Áreas Nacionales Protegidas (IANP) im Instituto Nacional de Recursos Naturales (INRENA) für die Verwaltung der Naturschutzgebiete zuständig, seitdem der Servicio Nacional de Áreas Naturales Protegidas (SERNANP).

⁸ D.S. N° 031-2002-AG.

Übertragung operativer Aufgaben wie Verwaltung, Bewachung und Monitoring an die organisierte indigene Bevölkerung. In einigen Aspekten konnten die indigenen Organisationen ihre Forderungen jedoch durchsetzen. Die Genehmigung von Masterplänen und anderen Bewirtschaftungsinstrumentarien ist zum Beispiel von der Zustimmung der organisierten indigenen Nutzungsberechtigten abhängig.

Dem Regelwerk⁹ entsprechend müssen die Dorfgemeinschaften in einem komplizierten Partizipationsverfahren einen Exekutiv Ausschuss (ECA)¹⁰ wählen, der nach erfolgter Anerkennung durch die Naturschutzbehörde mit derselben den Vertrag über die gemeinsame Bewirtschaftung der Reserva unterzeichnet. Die Laufzeit des Vertrages ist unbegrenzt. Ein ECA konstituiert sich unter den gleichen formaljuristischen Bedingungen, die für NRO gelten, allerdings ist der Konstituierungsprozess wesentlich aufwendiger und kostspieliger, da zum Beispiel wegen der zahlreichen Stimmberechtigten und Abstimmungen eine Vielzahl von Schriftstücken notariell beglaubigt werden muss¹¹. Auch für die Finanzierung ihrer Aktivitäten müssen die ECA selbst aufkommen, zum Beispiel mittels eines Abkommens mit einer großen Naturschutz-NRO, internationalen Entwicklungsagenturen oder regionalen bzw. kommunalen Institutionen.

Für die *reservas comunales* wurde eine Doppelverwaltung konzipiert, die aus der staatlichen Schutzgebietsverwaltung und dem ECA besteht, wobei der Leiter, *jefe*, der Reserva von der Naturschutzbehörde ernannt wird und dieser untersteht. In der Praxis funktioniert das Modell bislang nur in Ansätzen. Insbesondere die Finanzierung bereitet erhebliche Probleme. Die staatliche Gebietsverwaltung der RCA finanzierte sich 2006-2009 ausschließlich aus Mitteln eines Programms zur Förderung umweltstabilisierender Maßnahmen im Einzugsgebiet der sich im Bau befindlichen Straße Interoceánica Sur, die die brasilianische Grenze mit dem Pazifikhafen Ilo verbindet.¹² Mit den Fremdmitteln wurde ein Büro in Puerto Maldonado unterhalten, 17 Angestellte (davon 12 Parkwächter) bezahlt und in Sachmitteln investiert.¹³ Der ECA bekam aus dem Programm keine Zuwendungen, seinen Vertretern wurde nicht einmal die Büronutzung gestattet, da sie, formal gesehen, eine NRO repräsentieren. Der ECA verfügt seit 2006 über keine externe Finanzierung, sondern ist auf die Hilfe der beteiligten *comunidades nativas* und der FENAMAD angewiesen. Die ECA-Vertreter sind *de facto* ehrenamtlich tätig. Unter solchen, ungleichen Bedingungen sind Co-Managementstrukturen nur schwer aufbaubar. Von den sechs in Peru existierenden ECA konnte bislang nur der ECA der Reserva Comunal Purús

⁹ Régimen Especial para La Administración de Reservas Comunales (2005).

¹⁰ Ejecutor de Contrato de Administración.

¹¹ In der Reserva Comunal El Sira in der „Selva Central“ sind die Mitbestimmungsstrukturen besonders komplex: Nutzungsberechtigt sind 67 Comunidades Nativas, die insgesamt 10 indigenen Organisationen angehören. Es sind 4 indigene Völker (Asháninka, Ashéninka, Yanasha und Shipibo) vertreten.

¹² Die Mittel stammen aus dem von der Corporación Andina de Fomento (CAF) finanzierten „Programa para la gestión ambiental y social de los impactos indirectos del Corredor Vial Interoceánica Sur“.

¹³ Pers. Mitteilung von Herrn Héctor Sueyo, Leiter der RCA (November 2009).

(ECOPURÚS) operative Strukturen aufbauen, die seit 2006 über ein Abkommen mit dem WWF finanziert werden¹⁴.

Von 2004-2006 arbeiteten FENAMAD und Naturschutzbehörde zusammen, um mit finanzieller Unterstützung des GEF/PNUD die administrativen und operativen Grundvoraussetzungen für die *reserva comunal* zu schaffen, darunter auch die Ausarbeitung des Masterplan 2008-2012. Der *contrato de administración* zwischen ECA und Naturschutzbehörde wurde 2006 unterschrieben. Als nutzungsberechtigte Mitglieder des ECA wurden acht *comunidades nativas* anerkannt, darunter auch die *comunidades nativas*¹⁵ Diamante (Yine) und Shipetiari (Matsiguenka).¹⁶ Die FENAMAD bestand auf der Einbeziehung aller *comunidades nativas* im Umfeld der RCA, ohne Rücksicht auf ethnische Zugehörigkeiten.

Bereits im Mai 2006 hatte PerúPetro mit der Hunt Oil Company¹⁷ einen Vertrag über die Erdöl- und Erdgasförderung im Konzessionsblock 76 abgeschlossen, der sich weitgehend mit der RCA, aber auch angrenzenden *comunidades nativas* überlappt. Der Vertrag sieht eine Laufzeit von 30 Jahren für die Erdöl- und von 40 Jahren für die Erdgasförderung vor. Hunt Oil reichte Ende 2006 50% seiner Anteile an der Konzession an die spanische Repsol weiter. Bei der Konzessionsvergabe wurden die in der ILO-Konvention 169 festgeschriebenen Konsultations- und Informationspflichten gegenüber betroffenen indigenen Völkern nicht vorgenommen.

Die RCA ist kein Einzelfall: Etwa 70% des peruanischen Amazonasgebietes werden von 81 Erdölkonzessionen überlagert. Die *lotes petroleros* überlagern Naturschutzgebiete (die einzige Ausnahme bilden Nationalparks), demarkierte indigene Territorien und *reservas territoriales*¹⁸, die zum Schutz isoliert lebender indigener Völker ausgewiesen wurden.¹⁹

Der Partizipationsprozess, der zur Formulierung des Masterplans führte, war durch ein außerordentliche Interesse und eine hohe Beteiligung der betroffenen *comunidades nativas* geprägt. Viele Beteiligte hatten sich unter „Co-Management“ mehr Mitbestimmungsrechte für den ECA und eine weitgehende

¹⁴ Bis Ende Dezember 2009 wurden 7 Reservas Comunales ausgewiesen: Amarakari, Yanasha, El Sira, Machiguenga, Purús, Asháninka und Tuntanain. In der RC Tuntanain konstituierte sich bislang kein ECA.

¹⁵ Indigene Gemeinschaften.

¹⁶ INRENA/IANP 2009: 53.

¹⁷ Die Hunt Oil Company ist ein Familienunternehmen, das vom texanischen Milliardär Ray L. Hunt geführt wird. Ray L. Hunt steht auf der Forbes-Liste der weltweit reichsten Personen auf Platz 261 (www.forbes.com/2009/03/11/worlds-richest-people-billionaires-2009-billionaires_land.html). Hunt bekleidete in der Amtszeit von George W. Bush unterschiedliche öffentliche Ämter, unter anderem als Mitglied des President's Foreign Intelligence Advisory Board. Er war während Mitglied des Direktoriums der Halliburton Company, die in den Nachkriegsjahren ohne Ausschreibungen öffentliche Aufträge der Regierung Bush im Wert von ca. Milliarden Dollar erhielt. Er ist des National Petroleum Council und, neben anderen Positionen, ist er derzeit *trustee* der George W. Bush Library und des Center of Strategic and International Studies (Washington, DC).

¹⁸ Territoriale Reservate.

¹⁹ Instituto del Bien Común (Lima), pers. Mitteilung, Oktober 2009.

Bewirtschaftungsautonomie vorgestellt und entsprechend machten sie ihrer Enttäuschung Luft. Die direkte Nutzung der natürlichen Ressourcen, die bis dato für die Harakmbut frei verfügbar waren, unterliegt fortan genehmigungspflichtigen Nutzungsplänen, deren Einhaltung von der Behörde kontrolliert wird. Für familiäre Jagd und Fischfang und geringe Sammeltätigkeiten ist zwar ein einfaches Genehmigungsverfahren vorgesehen, das aber immer noch mit bürokratischem Aufwand verbunden ist.

Bei der Zonierung der RCA in gesetzlich vorgegebene Nutzungskategorien waren sich Dorfgemeinschaften, ECA und FENAMAD einig, die Höhenlagen der RCA unter strengen Naturschutz²⁰ zu stellen, um den Anforderungen der im Präsidialerlass formulierten Zielsetzungen gerecht zu werden und die Schutzbarrieren gegenüber externen wirtschaftlichen Interessengruppen zu erhöhen. Die Naturschutzbehörde verweigerte jedoch im Juli 2008 dem vorgelegten Masterplan ihre Zustimmung und bestand im wesentlichen auf folgenden Änderungen: a) Keine Ausweisung strenger Naturschutzkategorien innerhalb der Reserva; b) Respektierung des Vertrages PeruPetro-Hunt Oil und der von Hunt Oil vorgesehenen Arbeiten; c) Relativierung der potentiellen Bedrohungen für den Bestand der Reserva durch die Erdölausbeute; d) Herausstellung der Chancen, die sich aus einer Zusammenarbeit mit den betreffenden Erdölkonzernen ergeben, vor allem in Bezug auf finanzielle Zuwendungen für die Bewirtschaftung der Reserva; e) keine Bezugnahme auf die Missachtung internationaler Rechtsnormen wie die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation durch PerúPetro und Hunt Oil.

In einer kurzfristig zusammengerufenen Sitzung unter Ausschluss der FENAMAD und der meisten ECA-Vertreter gelang es der Behörde Ende 2008, die Zustimmung des Vorsitzenden des ECA für die modifizierte Fassung des Masterplans zu bekommen. Für Alvarez (2009) waren die Umstände, die zu dieser Entscheidung führten, von Manipulation und Desinformation geprägt. Der ECA-Vorsitzende wurde aufgrund dieser Entscheidung kurze Zeit später von den Basisvertretern aus dem Amt gewählt. Für die Behörde war der Masterplan jedoch formal genehmigt und das Dokument wurde im Juni 2009 veröffentlicht.²¹ Die indigene Basis und die FENAMAD sprechen dem korrigierten Masterplan die Legitimation ab.²²

²⁰ „Protección estricta“

²¹ Siehe INRENA/IANP 2009: 107-108.

²² Ein ähnlicher Fall von Nichteinhaltung eines in einem partizipativen Verfahren beschlossenen Abkommens zwischen Naturschutzbehörde und indigenen Organisationen gab es 2007 bei der „categorización“ der Zona Reservada Santiago Comaina im Norden Perus. Nach 30 Monaten Verhandlungen einigten sich Vertreter der Awajun und Wampi sowie der Naturschutzbehörde über die Ausweisung der Reserva Comunal Tuntanain und des Nationaparks Ichika-Mujja-Cordillera del Condor. Der Präsidentenerlass, der der Ausweisung der neuen Naturschutzgebiete Rechtskraft verlieh, reduzierte jedoch die vorgesehene Fläche des neuen Nationalparks um ca. 40% zugunsten von Bergbaukonzessionen. Die indigene Bevölkerung wurde über die Änderungen nicht informiert.

Die Naturschutzbehörde hat selbst keine rechtlichen Befugnisse, in die Genehmigungsverfahren und Aufsicht von Erdölaktivitäten innerhalb der von ihr verwalteten Schutzgebiete einzugreifen. Die Verantwortlichkeit liegt beim Energie- und Bergbauministerium (Ministerio de Energía y Minas), das mit einem eigenen Arbeitsstab die Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) genehmigt und die Einhaltung der Umweltgesetze überwacht.²³

Die Präsenz der Hunt Oil in der RCA und ihrem Umfeld hat 2009 zu gravierenden sozialen Konflikten geführt, bei denen unterschiedliche Konfliktfelder eine Rolle spielen. Einmal geht es um die Einforderung indigener Rechte, die vom Staat und dem begünstigten Unternehmen grob missachtet werden. Ein zweites Konfliktfeld ergibt sich aus den projektierten Umwelteingriffen und der anvisierten Industrialisierung des Regenwaldes durch den Aufbau von Bohrtürmen, Versorgungsinstallationen und Pipelines, was den gesellschaftlichen Charakter des Gebietes dramatisch verändern würde. Die von der Hunt Oil angebotenen finanziellen Ausgleichszahlungen für Umwelteingriffe in der RCA und in zwei demarkierten *comunidades nativas* (Puerto Luz und Shintuya), aber auch die ins Spiel gebrachten finanziellen Zuwendungen an Schlüsselpersonen, *comunidades*, ECA, Schul- und Gesundheitsprojekte sowie die versprochene Schaffung von zeitlich befristeten Arbeitsplätzen haben Konflikte innerhalb als auch zwischen den *comunidades* hervorgerufen. Die Versprechungen haben Erwartungen geweckt, die zur Bildung von Pro-Hunt Oil- und Contra-Hunt Oil-Fraktionen geführt haben, wenngleich eine klare Mehrheit der Beteiligten dem Lager der Hunt Oil-Gegner angehört. Auch der Staat, vertreten durch die Naturschutzbehörde, beteiligt sich am Spiel der finanziellen Erwartungen und setzt auf Zuwendungen der Hunt Oil zur Stärkung der Schutzgebietsverwaltung. Ungeklärt ist derzeit die Frage nach dem Verbleib einer Entschädigungszahlung von US \$ 386.248,89, die Hunt Oil für die im Rahmen der Prospektionsarbeiten projektierten Umwelteingriffe in der RCA auszahlen wird.²⁴ Der ECA hat angekündigt, das Geld nicht anzunehmen, um den Anschein zu vermeiden, die Prospektionsarbeiten der Hunt Oil nachträglich zu legitimieren bzw. käuflich zu sein. Möglich ist auch, dass das Geld dem ECA nicht zusteht, sondern von der staatlichen Schutzgebietsverwaltung eingefordert wird. Die finanzielle Abhängigkeit einer Schutzgebietsverwaltung von einem Erdölunternehmen, welches für das Ökosystem eben dieses Gebietes eine erhebliche Bedrohung darstellt, würde Fragen nach Transparenz und Glaubwürdigkeit der *gobernanza* des Schutzgebietes hervorrufen. In der Praxis würde das „Co-Management“ der RCA durch einen dritten Akteur (Hunt Oil) erweitert, der im Hintergrund die finanziellen Fäden zieht. Im Fall der RCA stellt sich die Frage nach den Grenzen von Mitbestimmungsmechanismen im Naturschutzmanagement, wenn versucht

²³ Alza Barco/Ipenza Peralta (2007) liefern eine ausführliche Kritik nicht abgestimmter und inkohärenter staatlicher Verantwortungsbereiche bei der Überlappung von Erdölkonzessionen mit Naturschutzgebieten.

²⁴ Pers. Mitteilung von Hern Héctor Sueyo, Schutzgebietsleiter der RCA, November 2009.

wird, diese zur willfährigen Begleitung von außen induzierter wirtschaftlicher Interessen einzusetzen.

Die Konflikte um die Hunt Oil haben dazu geführt, dass das Konzept der *reservas comunales* bei den indigenen Anrainern an Glaubwürdigkeit verloren hat. Es wird als ungerecht empfunden, dass ein Erdölkonzern mit staatlicher Unterstützung großflächige Nutzungsrechte in der Reserva wahrnehmen kann, während die eigentlichen „Nutzungsberechtigten“ seit Gründung der *reserva comunal* (2002) auf wirtschaftliche Vorteile warten. In Ermangelung von Nutzungsplänen, deren Ausarbeitung und Genehmigungsverfahren lange Laufzeiten haben, sind weitere Jahre des Wartens vorprogrammiert.

Literatur

- Álvarez, Alex (2009): “*La Reserva Comunal Amarakaeri entre la vida y la muerte por la operación de un lote petrolero*. Madre de Dios, Perú”, in: *Viajeros*, 8. Juli 2009. Elektronische Version: www.viajerosperu.com/articulo.asp?cod_cat=4&cod_art=1440 (konsultiert am 11/09/2009).
- Alza Barcos, Carlos/Ipenza Peralta, César A. (2007): *La gestión pública inconexa: El caso de la política ambiental a propósito de la superposición de lotes de hidrocarburos en las Áreas Naturales Protegidas*. Lima: APECO
- INSTITUTO NACIONAL DE RECURSOS NACIONALES (INRENA)/IANP (2009): *Reserva Comunal Amarakaeri. Plan Maestro 2008-2012*. Lima.
- Penha, Pablo/Monteferri, Bruno (2008): *Manual explicativo – Legislación sobre Comité de Gestión de ANP del Perú*. Lima: SDPA.

Das Kommunale Reservat Amarakaeri, das Harakmbut Volk und das Unternehmen Hunt Oil

Paula Letts

Das kommunale Reservat Amarakaeri (RCA) liegt in der Madre de Dios Region im peruanischen Südosten. Es hat einige Charakteristika, die es vom Rest des peruanischen Amazonasgebietes unterscheiden. Während in anderen Regionen des peruanischen Regenwaldes bereits einige Jahrhunderte lang Mestizen gelebt haben, sind die Spanier in der Kolonialzeit sehr wenig hier eingedrungen. Nachdem es kurze Zeit das am wenigsten bevölkerte Department war, steigt die Bevölkerungszahl auf Grund der Migration aus Puno und Cuzco sehr stark an. Dies sind Menschen, die vor allem im Goldbergbau arbeiten wollen¹. Auch wurde es als eines der dynamischsten Departments in Bezug auf seine wirtschaftliche Situation beschrieben, da es große Reichtümer von natürlichen Ressourcen und auch in Bezug auf die Asphaltierung der südlichen interozeanischen Straße besitzt, die dieses Gebiet mit Brasilien und Bolivien verbindet. (Álvarez *et al*, 2008).

Um zu verstehen, welche Bedeutung das Kommunale Reservat Amarakaeri für die indigenen Gemeinschaften hat, die die Nutznießer dieses Naturschutzgebietes (ANP) sind, muss man bedenken, dass wir uns auf das Territorium der Vorfäter des Harakmbut Volkes beziehen. Die endgültige Kategorisierung des RCA im Jahr 2002 war das Ergebnis eines mühsamen und langen Kampfes der Organisationen der indigenen Völker, insbesondere der Indigenen Föderation des Madre de Dios Flusses und seiner Nebenflüsse, FENAMAD sowie des Rates der Harakmbut, Yine und Matsigenka, COHARYIMA. Der große Sieg in Bezug auf die legale Anerkennung dieses Reservats wurde auch als ein Hindernis für die wirtschaftlichen Akteure gesehen, insbesondere jener, die Holz und Gold gewinnen wollen (Álvarez *et al*, 2008). Dieser Kontext unterschiedlichen Drucks, hat die RCA in eine bedrohliche Situation gebracht, da sich das Gebiet jetzt fast vollständig in einer Öl und Gas-Konzession befindet (Block Nr. 76), die 2005 vom peruanischen Staat an das Unternehmen Hunt Oil vergeben wurde.

¹ Presentation des Buches "Los pueblos indígenas de Madre de Dios", von Alberto Chirif, das von Alfredo García und Beatriz Huertas herausgegeben wurde.

Geschichte der Kategorisierung des Kommunalen Reservats

Amarakaeri

Das Gebiet des RCA besitzt einen großen biologischen und kulturellen Reichtum und umschließt verschiedene ökologische Zonen des Hoch- und Niedrigwaldes (Alca, 2008). Es liegt im internationalen Schutzkorridor Vilcabamba Arvoró, zusammen mit fünfzehn anderen Schutzgebieten (Plan Maestro de la RCA, 2008 - 2012). Auf Grund seiner Nähe zu der Ostkette der Anden, schützt es Millionen Liter Wasser, die von den Wolken, die vom pazifischen Ozean kommen, aberegnet werden, wenn sie auf die Berge stoßen und sodann dreizehn Flüsse nähren (Álvarez *et al.* 2008).

Es ist wichtig, sich daran zu erinnern, dass die Territorien der Urväter der indigenen Völker Amazoniens, wie im Falle der Harakmbut, sehr große Flächen umfassten. Das Nationale Programm der Eigentumstitelvergabe hat den indigenen Gemeinschaften nicht den Raum gegeben, den sie benötigten. Einige Autoren erläutern dass Kategorien wie die des Kommunalen Reservats das Ziel hatten, „die territorialen Reste zu vereinen und die Kontinuität der großen Räume wieder herzustellen“, und so zu erreichen, dass sie unter legalen Schutz gestellt werden (Chirif *et al.*, 2007, P. 24). Als sie gesehen haben, dass die Funktionäre ihnen nicht erlaubten, ein großes Gebiet mit einem Eigentumstitel für sie zu versehen, haben die Harakmbut nach einer alternativen Art und Weise gesucht, um Zugang zu der Verwaltung² dieses Gebietes zu bekommen, die zwischen den verschiedenen besiedelten Gebieten frei geblieben war. Von Anfang an hat die indigene Bevölkerung versucht, es vor dem Eindringen verschiedener externer Akteure zu schützen, die daran interessiert waren, sich an ihm zu bereichern, wie Holzhändler, Bergbaukonzerne oder Siedler mit landwirtschaftlichen Interessen (Newing und Wahl 2004, zitiert von Álvarez *et al.*, 2008).

Der Vorschlag zur Schaffung des Reservats wurde dem Staat erstmals 1986 während der ersten Regierung des Präsidenten Alan García präsentiert. Dann wurde der Vorschlag formal während des Kongresses der regionalen indigenen Organisation, FENAMAD 1989 eingereicht, sodass die Anführer dabei helfen sollten, dieses Anliegen voranzubringen. Seither begann ein langer Prozess schwieriger Dienstwege, der auch einen Fond der Regionalen Regierung und die Gründung eines Komitees für die Anerkennung und Leitung des RCA einschloss, das aus Delegierten der Gemeinschaften, der FENAMAD und der COHARYIMA bestand. Schließlich nach einem historischen Protestmarsch in Puerto Maldonado an dem Tausende Indigene teilnahmen, wird die RCA 2002 definitiv über ein Decreto Supremo, DS. 031-2002-AG, mit einer Fläche von 402,335.62 ha neben anderen Forderungen der regionalen Amazonasbewegungen anerkannt.

² Persönliche Mitteilung von Casiano Aguirre, Technischer Berater von FENAMAD.

Also können wir sehen, dass das RCA im Unterschied zu anderen Naturschutzgebieten Perus, die Besonderheit hat, dass es von der Basis über ihre indigenen Repräsentanten vorgeschlagen wurde, die seither versuchten, sich stark zu beteiligen. Die jetzigen indigenen Gemeinschaften, die von diesem Schutzgebiet einen Nutzen haben, sind San Miguel de Shintuya, Puerto Luz, San José de Karene, Puerto Azul Mberowe, Masenawa, Barranco Chico (all diese Harakmbut), Boca Ishirihue (Harakmbut und Matsigenka), Shipetiari (Matsigenka), Queros (Huachipaire) und Diamante (Yine). Wir sehen also, dass die Mehrheit der Bevölkerung, auf die wir uns beziehen, zum Volk Harakmbut gehört, später haben sich zwei weitere Gemeinschaften Yine und Matsigenka als Nutzer des RCA dazugesellt. Somit sind es insgesamt zehn Gemeinschaften, die zu drei verschiedenen indigenen Völkern gehören.

Die Umsetzung des Verwaltungsvertrages, ECA-RCA

Die Kategorie Kommunales Reservat ist für direkte Nutzung bestimmt und dort sollen regionale Flora und Fauna zugunsten der indigenen Gemeinschaften geschützt werden. Die Verwaltung des RCA obliegt dem, der den Verwaltungsvertrag umsetzt (ECA) und der durch eine zivile Vereinigung ohne Gewinnstreben wahrgenommen wird, die als Repräsentant der Nutznießer fungiert. Dieses Verwaltungsmodell ist neu in Peru und wurde in der nationalen Rechtsprechung seit 2005³ festgelegt. Zurzeit besteht der Verwaltungsrat des Kommunalen Reservats Amarakaeri aus Delegierten jeder einzelnen der zehn Gemeinschaften, die das Gebiet nutzen und außerdem aus Repräsentanten der indigenen Organisationen FENAMAD y COHARYIMA⁴.

Das Ziel der Zusammensetzung des Verwaltungsrates ECA – RCA ist es, die Teilnahme der Nutzer an der Leitung des Reservats zu sichern sowie den „Schutz der biologischen Vielfalt und den Nutzen für die Mitglieder“⁵. In der Praxis kann man aber beobachten, dass dieses Ziel aus verschiedenen Gründen noch lange nicht erreicht wurde unter anderem weil der Verwaltungsrat des ECA keine hinreichende Ausbildung besitzt. Auch fehlen die Kenntnisse darüber, wie man ein solches Gebiet verwaltet sowie die finanziellen Mittel für die Arbeit. Außerdem besitzen sie kein Team technischer Berater. Auch ist die soziale und kulturelle Realität des Harakmbut Volkes, aus dem sie kommen und in dem die Mitglieder des ECA leben, nicht vorteilhaft für die Erfüllung von einigen bürokratischen Arbeiten, die in diesem Zusammenhang festgelegt wurden; so haben sie beispielsweise Schwierigkeiten – ohne geeignete Kommunikationsmittel - Treffen der Repräsentanten der indigenen Gemeinschaften, die z.T.

³ Spezielle Verwaltungs-Regelung von Kommunalen Reservaten, *reservas comunales*.

⁴ Seitdem die Spezielle Verwaltungs-Regelung von Kommunalen Reservaten genehmigt worden sind, was ein Resultat des organisierten Kampfes der Indigenen war, war es vor kurzem auch möglich, dass die indigenen Organisationen FENAMAD und COHARYIMA als Mitglieder des ECA einbezogen wurden.

⁵ Statuten des ECA – RCA.

einige Tage entfernt wohnen, mit der Leitung des Gebietes, dessen Büro in der weit entfernten Stadt Puerto Maldonado liegt, zu koordinieren. So teilen wir die Besorgnis mit einigen Spezialisten dieses Themas, dass „diese Teilnahme nur auf der Ebene der Diskurse bleiben könnte oder aber im Gegenteil sich effektiv in ein strategisches Instrument verwandeln könnte, das auf einem realen Versuch, die Macht zu teilen basieren könnte“ (Álvarez et al. 2008. S. 2). Zurzeit besteht die wichtigste Unterstützung des ECA durch die FENAMAD, die auch eigene Finanzierungsschwierigkeiten besitzt, weshalb ihr Beitrag bei weitem nicht ausreicht.

Das Kommunale Reservat Amarakaeri (RCA) wird von der Konzession des Blocks Nr. 76 und der Ankunft der Hunt Oil bedroht

Nur drei Jahre nach der Festlegung des Kommunalen Reservats Amarakaeri, stellt eine große Bedrohung die vielen Jahre der Dienstwege zum Schutz des Territoriums der Harakmbut in Frage. Am 06 Oktober 2005, hat die peruanische Regierung mit dem DS N° 035-2005-EM, die Konzession für die Konzession Nr. 76 an die peruanische Tochter des nordamerikanischen Ölkonzern Hunt Oil, über Verhandlungen die von PERUPETRO S.A.⁶ geführt wurden, vergeben. Die Konzession Nr. 76, überlappt mit ihren 1.434,059.869 Hektar fast das gesamte Kommunale Reservat Amarakaeri und seine Pufferzone sowie die Pufferzonen des Manu Nationalparks, des Nationalparks Bahuaja Sonene und das Nationale Reservat Tambopata.⁷ Zurzeit teilt sich die Hunt Oil Company of Peru L.L.C. zu 50% die Aktionen mit dem spanischen Konzern Repsol.

Es ist wichtig zu berücksichtigen, dass der peruanische Staat vor Kurzem - über fünf Monate nachdem die Konzession Nr. 76 vergeben wurde - zum ersten Mal das ECA anerkannt hat, das mit der Bewirtschaftung und Verwaltung des Kommunalen Reservats in Vertretung der indigenen Bevölkerung, die seine Nutznießer sind, beauftragt wurde,

Im Zeitraum des Jahres, vom Zeitpunkt in dem der erste Leitungsrat des ECA im April 2005 zusammentrat bis zu seiner legalen Anerkennung im April 2006, hat der Staat dem Lizenzvertrag für die Erkundung und Ausbeutung von Öl und Gas (Kohlenwasserstoffe) durch den Ölkonzern im Oktober 2005 zugestimmt. Dann erschienen PETROPERU und Hunt Oil Company of Peru L.L.C. am 2. Mai 2006 in Lima nach der Intervention von Hunt Consolidated Inc. (Texas, USA) und der Banco Central de Reserva del Perú.

Die Regierungspolitik hatte von Anfang an eine klare Orientierung. Sie nahm die Interessen der indigenen Bevölkerung nicht wahr und kümmerte sich

⁶ Perupetro ist die peruanische Agentur, die damit beauftragt ist, die Investitionen in Kohlenwasserstoffe (Öl und Gas) zu fördern.

⁷ Der Block 76 ist zwischen den Provinzen Manu und Tambopata des Madre de Dios Departments gelegen, Paucartambo und Quispicanchi des Departments Cusco und Carabaya des Departments Puno.

nicht um ihre Beteiligung bei den Entscheidungen in Bezug auf die Nutzung der RCA. Auswirkung dieser Situation ist, dass die Führer der FENAMAD meinen, dass der Staat und das Unternehmen zusammen arbeiten und wahrnehmen, dass es einen starken Druck der Regierung zugunsten der Arbeitsaufnahme durch den Ölkonzern gibt.

Man muss hier erwähnen, dass der Hunt Oil Konzern auf Betreiben von Pedro Pablo Kuczynski⁸ nach Peru kam, der den Posten als Präsident des Ministerrates der Regierung von Präsident Alejandro Toledo inne hatte als die Konzession vergeben wurde. Dieser Konzern besaß damals schon Beteiligungen an zwei anderen peruanischen Konzessionen (Block 88 und Block 56) und ist bis heute Teil des Konsortiums, das das kontroverse Projekt Camisea⁹ bewirtschaftet, wo Naturgas für den Export gefördert wird.

Einige Argumente, die den Eintritt des Hunt Oil Konzerns in die RCA in Frage stellen

Der erste und wichtigste Kritikpunkt in Bezug auf den Block Nr. 76, auf den unzählige Male von dem Volk der Harakmbut und von der repräsentativen indigenen Organisation FENAMAD hingewiesen wurde, ist, dass dieser als Konzession vergeben wurde, **ohne das Recht auf vorherige Beratung zu respektieren**, das in der Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation sowie in der Politischen Verfassung und in dem Gesetz der Naturschutzgebiete verankert ist¹⁰. Die Konvention Nr. 169 hat bindenden Charakter und wurde vom peruanischen Staat 1993 ratifiziert (1995 trat sie in Kraft)¹¹. Bekanntlich legt diese internationale Konvention fest, dass die Regierungen „die betreffenden indigenen Völker jedes Mal dann über angemessene Vorgehensweisen und insbesondere über ihre repräsentativen Institutionen in Bezug auf legislative oder administrative Maßnahmen, die sie möglicherweise direkt betreffen, befragen sollten.“ Dies ist eine Verpflichtung, die in dem hier beschriebenen Fall von den Verantwortlichen völlig ignoriert worden ist.

Auf der anderen Seite, besteht der Grund für die Schaffung des RCA vor allem darin, zum Schutz der Wasserquellen beizutragen, das heißt der Wassereinzugsgebiete der Flüsse Madre de Dios und Colorado. Somit sollen angemessene Bedingungen für die Entwicklung der indigenen Bevölkerung in dem angren-

⁸ DAMMERT, Manuel, La República Lobbyista, zitiert in “El Manu, Hunt Oil y la Resistencia Indígena”, Roger Rumrill, Diario La Primera, 17 de Agosto 2009.

⁹ Das stark kritisierte Camisea-Projekt, zur Produktion von Naturgas schließt den Bau einer Gaspipeline, eines Polductes und eines Verteilernetzes für den Konsum und für den Export. Die unverantwortliche Art und Weise wie dieses sehr große Projekte bearbeitet wurde, hat zu ernsthaften Fragen von Seiten der indigenen Bevölkerung der Region geführt sowie von verschiedenen Akteuren der zivilen Gesellschaft, auf Grund der schwerwiegenden Auswirkungen der Gasttransportrohre.

¹⁰ FENAMAD: Revista Cartilla Informativa, Puerto Maldonado, octubre de 2008.

¹¹ Bis heute wurde die Konvention 169 der IAO nicht hinlänglich reglementiert in Peru, was als schwerer Fehler betrachtet wird.

zenden Gebiet gesichert werden¹². Dieses Ziel ist im Bewirtschaftungsplan der RCA (Plan Maestro (PM) 2008 - 2012) vermerkt, der das wichtigste Instrument der partizipativen Bewirtschaftung des Gebietes darstellt (Álvarez, in Revisión). Im Zuge der Ausarbeitung dieses Dokumentes, das von der Leitung des Gebietes in Koordination mit dem ECA entwickelt wird, müssen die indigenen Gemeinschaften und anderen an das Reservat angrenzenden Siedlergruppen teilnehmen. Der Anthropologe und Mitarbeiter der FENAMAD Álex Álvarez hat dazu verholfen öffentlich aufzuklären, dass in der ersten Version des Bewirtschaftungsplans des kommunalen Reservats (RCA) festgelegt wurde, dass "die Einrichtung des Ölblocks in dem Naturschutzgebiet die Interessen seines Schutzes gefährde" (Álvarez, 2009); dieses Dokument wurde jedoch auf Betreiben von Regierungsfunktionären über das Amt für Naturschutzgebiete wesentlichen Modifikationen unterzogen, bis schließlich eine letzte Version bestätigt wurde, in der alle Inhalte, die gegen das Hereinkommen des Konzerns sprechen, eliminiert wurden (ebd.). Die wichtigste Veränderung, die am Bewirtschaftungsplan vorgenommen wurde, besteht in der Eliminierung der strikten Schutzzone¹³, die für die Oberläufe der Flüsse vorgeschlagen worden war, in der nur Tätigkeiten der Bewirtschaftung des Gebiets und Überwachung der Umwelt vorgesehen worden waren. Sie wurde von einer Zonierungs-Kategorie mit weniger Restriktion, einer wild wachsenden Region (Zona Silvestre) ersetzt, womit der Schutz der Wasserquellen einem Risiko ausgesetzt wurde. Bis heute löst die Verabschiedung der Endversion dieses Dokumentes Uneinigkeit unter einem großen Teil der betroffenen Bevölkerung aus, was man aus den vielfältigen Meinungen derer, die einen Nutzen vom kommunalen Reservat (RCA) haben, die in den letzten Versammlungen zu hören waren, schließen kann¹⁴. So hat es auch Jaime Corisepa, ein indigener Führer vom Leitungsrat der FENAMAD ausgedrückt:

"Für uns ist die Regierung mit dem Konzern verbündet, da die Regierung die großen Interessen der transnationalen Konzerne verteidigt. Als der Staat zum Beispiel den Bewirtschaftungsplan ausarbeitete, als ECA festlegte, dass die Quellgebiete der Flüsse zu Gebieten des strikten Schutzes gemacht werden müssten, aber der Staat dies nie akzeptierte. Da sie die Macht hatten, behaupteten sie, dass der Bewirtschaftungsplan (Plan Maestro) nie verabschiedet werden würde, und haben ihn dann in eine wilde Zone (Zona Silvestre) umgewandelt".¹⁵

So ist es sehr wichtig festzustellen, dass die Gültigkeit des Vertrages, der der Hunt Oil die Arbeitslizenz in dieser Zone verleiht, sowohl von vielen Spezi-

¹² FENAMAD, Cartilla Informativa, Octubre de 2008.

¹³ Siehe Zonierung der ANP.

¹⁴ Wir beziehen uns auf das Treffen in der Gemeinschaft Diamante am 20. August 2009 und das Treffen, das in dem FENAMAD Büro in Maldonado am 13. September 2009 durchgeführt wurde.

¹⁵ Persönliche Mitteilung, September 2009.

alisten dieses Themas als auch von den indigenen Führern in Frage gestellt wurde. Ihre Argumentation, die auf dem Gesetz der Naturschutzgebiete beruht, besteht darauf, dass niemals eine Verträglichkeit zwischen der Tätigkeit von Öl- und Gas Erkundung und Förderung und den Bedingungen des Kommunalen Reservats Amarakaeri untersucht worden sei,¹⁶ dies sei eine Resolución, die eine **Vorbedingung** für die Einrichtung des Blocks (FENAMAD und Alvarez in Überarbeitung) sowie der übrigen Arbeiten, die der Konzern innerhalb des kommunalen Reservats durchführen wolle, sei. Man darf nicht in den Fehler verfallen, die etablierte Zonierung des Bewirtschaftungsplanes des kommunalen Reservats mit der erwähnten Definition der Vorab-Kompatibilität zu verwechseln.

Ein anderer Faktor, der nicht dazu beiträgt Vertrauen unter den von diesem Konflikt betroffenen Akteuren zu schaffen, ist die wenig seriöse Art wie diese Umwelt- und Sozialverträglichkeitsstudie für die seismische Erkundung 2D auf dem Block 76 erstellt wurde, die von dem Consulting Unternehmen DOMUS, Zubringer von Hunt Oil, entwickelt wurde¹⁷. Dieses Dokument (UVP) stellt eine Reihe von Unregelmäßigkeiten fest, die In-Frage-Stellungen durch die FENAMAD zur Folge hatten, da es leicht ist zu folgern, dass der Großteil des Inhalts von einer anderen Vorabstudie kopiert wurde, die in einer ähnlichen Zone des peruanischen Amazonasgebietes erstellt wurde (FENAMAD). Um einige der vielen Beispiele wiederzugeben wird die indigene Gemeinschaft Puerto Luz, deren Bevölkerung zu dem Harakmbut-Volk gehört, fälschlicherweise den Shipibo-Conibo zugeordnet (FENAMAD); Auch haben die Autoren der UVP keine Skrupel dabei gehabt, als sie Information verschiedener Quellen ohne jegliche Bibliographie zitierten und kopierten.¹⁸

Die Auswirkungen des Hereinkommens der Hunt Oil und die letzten Entscheidungen, die von der ECA - RCA getroffen wurden

Die Realisierung von Aktivitäten auf dem Gebiet der seismischen Prospektion und späteren Erkundung und Ausbeutung von Kohlenwasserstoffen (Öl und Gas) innerhalb des kommunalen Reservats (RCA) setzen das Gebiet schwerwiegenden Risiken aus. Der UVP des Unternehmens DOMUS zufolge wird allein das seismische Projekt eine sehr starke Auswirkung haben, insbesondere wenn das entwaldete Gebiet, das die Anlage von 166 Hubschrauber Landeplätzen mit

¹⁶ Die staatliche Institutino, die damit beauftragt ist diese genannte Kompatibilität zu etablieren ist INRENA, heute Nationaler Dienst für Naturschutzgebiete (SERNANP, Servicio Nacional de Áreas Naturales Protegidas).

¹⁷ Die erwähnte Umweltverträglichkeitsprüfung, EIA, wurde über die Resolución Directorial N° 221-2009-MEM/AAE el 25 de julio del 2009 bestätigt.

¹⁸ Hierauf wurde in den Beobachtungen zu der Umweltverträglichkeitsprüfung (EIA) – Seismographische Erkundung 2D in dem Block 76 – hingewiesen, die von der Abteilung für Umweltfragen des Ministeriums für Energie und Bergbau durchgeführt wurde.

ca. 2400 m²/ Hubschrauber Landeplatz einschließen würde, die Öffnung von 18 seismischen Linien auf einer Fläche von etwa 782.740 km Länge und zwei Metern Breite, die Öffnung von 1.984 Entnahmegebieten, der Bau von 166 fliegenden Camps, sowie auch von einem Basiscamp und einem Unter-Basiscamp. Außerdem ist in der Studie vorgesehen, dass 19.587 Löcher von 15 m Tiefe – jeweils in 40 Meter Entfernung voneinander – gebohrt werden, um dort Explosionen zu tätigen, mit deren Hilfe die seismischen Daten gewonnen werden können.¹⁹

Neben den Umweltauswirkungen – so erklärte der Amazonasexperte Roger Rumrill – werde es auch Auswirkungen auf “das Steigen der Nahrungsmittelpreise geben, die Flucht der Bewohner des Landes, die sich als Arbeiter in der Erkundungsarbeit verdingen wollen, und die Abnahme des Tourismusgeschäfts”²⁰. Außerdem können wir darauf hinweisen, dass die Strategie des Unternehmens offensichtlich ist, sie spaltet die lokale Bevölkerung, behandelt die repräsentativen Organisationen geringschätzig, was man aus der schwierigen und allgemein unangenehmen Misstrauens-Situation entnehmen kann, die zwischen den Mitgliedern der Völker Harakmbut, Yine und Matsigenka, auf verschiedenen Ebenen und Richtungen entstanden ist,²¹ und wo es in ihrer eigenen Macht steht, diese Situation zu überwinden, sich vereint zu halten, ohne untereinander in Konfrontationen zu treten.

Zur Zeit sind die Tätigkeiten des Unternehmens im Stadium der Erkundung; sie arbeitet schon im Centro Poblado de Salvación, wo sie einen ersten Hubschrauber-Landeplatz gebaut hat, und es wurde bestätigt, dass sie auch begonnen hat, innerhalb des kommunalen Reservats Amarakaeri zu arbeiten, im Widerspruch zu der von der ECA am vergangenen 20. August getroffenen Entscheidung bei dem Treffen in der indigenen Gemeinschaft Diamante, wo man überein kam, das Hereinkommen von Hunt Oil und Repsol in das Kommunale Reservat zurückzuweisen. An der Abstimmung über diese Übereinkunft waren Delegierte der Gemeinschaften des RCA, die Mitglieder des Leitungsrates ECA-RCA, der Chef der RCA (SERNANP), die Bürgermeisterin des Fitzcarrald Distriktes, der Leitungsrat der FENAMAD und der Leitungsrat der COHARYIMA und andere Mitglieder der Kommune sowie lokale Autoritäten anwesend.

Der Beginn der Aktivitäten der Hunt Oil innerhalb der RCA, führte kurz darauf dazu, dass der ECA zwei weitere Treffen in der Stadt Maldonado durchführte. Die letzte Übereinkunft, die von den indigenen Gemeinschaften, die Nutznießer des RCA sind, getroffen wurde und die zu den Völkern Harakmbut, Yine und Matsigenka, gehören sowie ihre repräsentativen Organisationen zu

¹⁹ EIA - Lote 76 erstellt von DOMUS.

²⁰ Roger Rumrill, “El Manu, Hunt Oil y la resistencia indígena”, in Diario La Primera, 24 de Agosto de 2009.

²¹ Sei es im Inneren der indigenen Gemeinschaften, zwischen Gemeinschaften oder zwischen oder in Bezug auf die Repräsentanten der Organisationen aber hauptsächlich in Bezug auf die Handlungen, die von dem Konzern und von dem Staat vorangetrieben wurden.

dem ECA-RCA, war erneut eine Zurückweisung der Aktivitäten seismischer Erkundung innerhalb des Gebietes. Aber in dem Fall kam die Entscheidung durch eine Abstimmung **in Anwesenheit** der Repräsentanten des peruanischen Staates und der Hunt Oil zustande, die sie respektieren müssen, obwohl sie es strategisch vermieden, das Protokoll dieser Versammlung zu unterschreiben²². In diesem Zusammenhang hat sich der Präsident der ECA expressis verbis dafür eingesetzt, die indigene Bevölkerung bei der Verteidigung ihres Territoriums vor dieser Bedrohung zu unterstützen.

Die aktuelle Position der Führer der FENAMAD ist die Verteidigung des von den Vorvätern der indigenen Völkern übernommenen Territoriums, und sie haben eine klare ablehnende Haltung in Bezug auf das Eindringen des Konzerns in das Kommunale Reservat Amarakaeri. Daher haben sie am 9. September 2009 ein Hilfsgesuch gegen die Konzerne Hunt Oil und Repsol eingereicht, eine Klage, die die Bedeutung des Reservats als Ort unterstreicht, an dem die sechs Wassereinzugsgebiete entstehen, die die einzigen Wasserquellen für über zehn Tausend Personen dieser Region bereitstellen²³.

Schließlich möchten wir darauf hinweisen, dass sich die indigenen Gemeinschaften bis jetzt einen Termin gesetzt haben, bis zu dem sie hoffen, dass der Konzern seine Tätigkeit in dem RCA einstellt und ihre wiederholt über den ECA getroffene Entscheidung respektiert, von der sie ebenfalls klare Kenntnis haben. Andernfalls ist das wahrscheinlichste, dass sie entscheiden, selbst die Aktivitäten Hunt Oil zu verhindern, durch Räumungsaktionen, die für sie in keinsten Weise attraktiv sind, insbesondere, da sie von den tragischen Konsequenzen der vergangenen Konfrontation in Bagua im Department Amazonas im Juni 2009 gehört haben.²⁴

Auf Grund der verschiedenen so beschriebenen Gründe sehen wir, dass es im beschriebenen sozialen sehr konfliktiven Zusammenhang, dem sich die indigene amazonensische Bevölkerung in der Region Madre de Dios gegenüber sieht, eine Reihe von Hindernissen gibt, die sie dazu bringen, ihre Kampfstrategien zu diversifizieren, um ihren kollektiven Rechten Respekt zu verschaffen. In diesem Prozess bestehen die repräsentativen Organisationen der indigenen Völker Amazoniens, die eine entscheidende Rolle spielen, darauf, dass die Regierung sie nicht als entwicklungshemmend abqualifiziert.

²² Wir beziehen uns auf das Protokoll des Treffens vom 13. September 2009, das in dem Büro von FENAMAD stattfand. Der Konzern wurde von Silvana Lay vertreten, EHS und Arturo Chávez, waren für die Gemeinschaftsbeziehungen anwesend.

²³ "FENAMAD denuncia a empresa petrolera", in Diario Don Jaque, Sábado 12 de setiembre de 2009.

²⁴ Die Tragödie von Bagua, die hätte vermieden werden können, bedeutete den Tod von 34 Peruanern, Indigenen während der Beseitigung der Straßensperre der Straße Fernando Belaunde Terry. Diese Straße wurde von der Amazonasbevölkerung blockiert, als Protestmaßnahme für die Forderung nach der Streichung des kritisierten Paketes von erlassenen Dekreten der Exekutive im Rahmen der Umsetzung des Freihandelspaktes, welches die Rechte der indigenen Völker, so auch u.a. das Recht auf vorherige freie und informierte Beratung verletzt.

Literatur

- Alca, Jamil: “*Estrategias de gestión forestal y Gobernanza local. El caso de la Reserva Comunal Amarakaeri – Perú*”. Pp. 19-40. En: Serna-Mendoza, C.A. R. Álvarez-León y M. Rodríguez-López (eds.). 2008. Desarrollo Sostenible y Medio Ambiente. Memorias 3er Congreso Internacional por el Desarrollo Sostenible y el Medio Ambiente, 27 al 29 Agosto 2008. Manizales (Caldas) Colombia.
- Álvarez, Alex: “*La Reserva Comunal Amarakaeri entre la vida y la muerte por la operación de un lote petrolero. Madre de Dios, Perú*”. En: Viajeros. Vol. 8 de Julio de 2009. Disponible en:
www.viajerosperu.com/articulo.asp?cod_cat=4&cod_art=1440
- Álvarez, Alex: “*El Dilema de la Participación entre la Conservación y la Explotación de un Área Natural Protegida, la Reserva Comunal Amarakaeri (Perú)*”. Artículo actualmente en revisión, colaboración personal del autor.
- Álvarez, Alex, Jamil Alca, Marc Galván y Alfredo García: “*The difficult invention of participation in the Amarakaeri Communal Reserve, Peru*”. En : People, protected areas and global change : participatory conservation in Latin merica, Africa, Asia and Europe. Galván y Haller (eds.), 2008.
- Chirif, Alberto y García Hierro, Pedro: *Marcando Territorio; Progresos y limitaciones de la titulación de territorios indígenas en la Amazonía*, Copenhague, Dinamarca : IWGIA, Grupo. Internacional de Trabajo sobre Asuntos Indígenas, 2007.
- Fenamad: *Revista Cartilla Informativa*, Puerto Maldonado, Octubre de 2008.
- Rumrill, Roger: “*El Manu, Hunt Oil y la resistencia indígena*”. En: Diario La Primera, 24 de Agosto de 2009.
- Zevallos, Arely: “*Poblaciones indígenas amazónicas y su incursión al mercado monetario. El caso de los Harakmbut de Shintuya*”

Aus dem Spanischen von Jutta Borner

Erklärung Zum Kommunalen Reservat Amarakaeri

Die Leiter der Verwaltung¹ (ECA) des Kommunalen Reservats Amarakaeri, vertreten durch ihren Präsidenten Adán Corisepa Neri, die Indigene Föderation des Madre de Dios Flusses und seiner Nebenflüsse (FENAMAD)² vertreten durch ihren Präsidenten Antonio Iviche Quique und der Sekretär Jaime Corisepa Neri, sowie der Rat der Harakmbut Yine Matsiguenka (COHARYIMA) vertreten durch seinen Vizepräsidenten Clemente Irey Kamenó, richten sich an die öffentlichen und privaten Autoritäten und an die nationale und internationale Öffentlichkeit um Folgendes mitzuteilen:

ERSTENS – Die Gemeinschaften, die Nutznießer des Kommunalen Reservats Amarakaeri sind, haben in einer Versammlung, die von ECA am 13 September dieses Jahres einberufen wurde in Anwesenheit der Repräsentanten des Hunt Oil Konzerns, Silvana Lay und dem Verantwortlichen der Gemeinschaftsbeziehungen dieses Konzerns, Arturo Chávez Salazar sowie in Gegenwart des Ingenieurs der SERNAM, Marcos Pastor Rosas, eine **SOUVERÄNE ENTSCHEIDUNG GETROFFEN**, die Invasion des Ölkonzerns Hunt Oil und REPSOL **NICHT ZU AKZEPTIEREN**, die seismographische Arbeiten in dem Kommunalen Reservat Amarakaeri (RCA) durchführen wollen.

ZWEITENS – Die Entscheidung, die von den Gemeinschaften, die Nutznießer des RCA sind, getroffen wurde, die Invasion des Ölkonzerns Hunt Oil und REPSOL in die RCA nicht zu akzeptieren, **WIRD** von dem Konzern und von dem Staat **NICHT RESPEKTIERT**. Dies geschieht in offenem Machtmissbrauch, wobei sie unsere Rechte nicht kennen und keinen Respekt gegenüber den indigenen Völkern zeigen. Sie fahren fort in ihren seismographischen Arbeiten, welche eine Herausforderung darstellen, die man nicht akzeptieren kann.

DRITTENS – Gegenüber dieser Realität stehen wir indigenen Völker von Madre de Dios auf und kämpfen. Wir werden **AKTIONEN DER VERTREIBUNG** gegenüber den seismographischen Arbeiten in dem RCA unternehmen und wenn nötig unter Einsatz unseres Lebens kämpfen um jene zu vertreiben die unsere Rechte nicht respektieren.

VIERTENS – Wir rufen das Volk von Madre de Dios und von ganz Amazonien auf, ebenso wie die öffentlichen und privaten Autoritäten und die internationale Kooperation, **SICH** mit unserem Kampf **ZU SOLIDARISIEREN**, uns zu unter-

¹ Ejecutor de Contrato de Administración (ECA)

² Fededación Nativa del Río Madre de Dios y Afluentes (FENAMAD)

stützen, um zu vermeiden dass die grundlegenden Rechte der indigenen Bevölkerung unserer Region ein weiteres mal verletzt werden.

**FÜR DIE VERTEIDIGUNG UNSERER RECHTE
FÜR DEN SCHUTZ DES TERRITORIUMS UNSERER VORVÄTER UND
DES KOMMUNALEN RESERVATS AMARAKAERI**

Puerto Maldonado, 12. Oktober 2009-11-10

Präsident

Adan Corisepa Neri

Präsident

Antonio Iviche Quique

Vizepräsident von
COHARYIMA

Clemente Ireya Kamenno

Schutzgesuch FENAMAD

Die indigenen Gemeinschaften von Madre de Dios reichen ein Schutzgesuch gegen die Konzerne Hunt Oil Company und Repsol Exploración Perú ein in Verteidigung ihres Kommunalen Reservats Amarakaeri

Die indigenen Gemeinschaften der Amazonasregion Madre de Dios, im Südosten Perus, haben beschlossen über ihre Organisation, die Indigene Föderation des Madre de Dios Flusses und seiner Nebenflüsse, FENAMAD, ein legales Schutzgesuch gegen den peruanischen Ölkonzern Hunt Oil Exploration & Produktion und Repsol Exploración Perú einzureichen.

Diese Schutzmaßnahme entspricht den möglichen Schäden, die den indigenen Gemeinschaften entsteht, die um das Kommunale Reservat Amarakaeri herum leben und über die Ausführenden des Verwaltungsvertrages, ECA, und über die Flussanwohner am Madre de Dios Fluss seine Nutznießer sind. Insofern als die Aktivitäten jener Konzerne in dem Schutzreservat grundlegende Menschenrechte verletzen würden „...eine ausgewogene Umwelt und eine adäquate Entwicklung ihres Lebens zu haben.“

Diese Forderung, die am Mittwoch, den 9. September vor dem gemischten Gericht von Tambopata, eingereicht wurde, beruft sich auf die Tatsache, dass das Kommunale Reservat Amarakaeri eine besondere Bedeutung besitzt, da von diesem Ort sechs Wassereinzugsgebiete ausgehen (Madre de Dios Fluss, Alto Madre de Dios Fluss, Rio Blanco, Rio Azul, Rio Inambari und Rio Colorado), die die einzigen Wasserquellen sind, die über zehn tausend Personen besitzen, Indigene und Siedler.

„Die FENAMAD hofft, dass der Konzern auf Grund dieser legalen Aktion jegliche Aktivitäten im Inneren des Kommunalen Reservats Amarakaeri stoppen wird, weil sie ansonsten die Existenz der indigenen Völker der Madre de Dios Region gefährden würde“, sagte Jaime Corisepa, der Anführer der FENAMAD.

Das Ölförderungsprojekt würde die Qualität der Gewässer jener Flüsse in schwerwiegender Weise gefährden, „deren Schutz und Erhalt das Hauptziel der Schaffung des Kommunalen Reservats Amarakaeri gewesen ist“ im Jahr 2002.

Erinnern wir uns, dass der Hunt Oil Konzern und die Repsol Exploración Peru beide zusammen 2006 die Konzession 76 vom Staat erhielten, um Ölerkundungs- und Ölförderungsaktivitäten in der Madre de Dios Region durchzu-

führen. Diese Konzession überlagert fast vollkommen das Kommunale Reservat Amarakaeri, ein Territorium, das bereits den Vorfahren der indigenen Völker Harakmbut, Yine und Machiguenga gehörte und dessen offizielle Anerkennung nach über zehn Jahren indigener Kämpfe erreicht wurde.

Übereinkunft 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO)

Ein weiterer Punkt der Forderung ist, dass die Regierung die Gemeinschaften, die von diesen legislativen Entscheidungen betroffen sein würden, nicht konsultiert hatte, wie zum Beispiel das legislative Dekret 053-2006 des Ministers für Energie und Bergbau, mit dem die vertragliche Lizenz zur Erkundung und Förderung des Öls der Konzession 76 erfolgt, die sich direkt auf ihr Leben auswirkt, da sie das Schutzgebiet des Kommunalen Reservats Amarakaeri überlappt.

Diese Unterlassung verletzt die Konvention 169 der IAO, die von Peru unterschrieben wurde und die in ihrem Artikel 6 besagt, dass die Regierungen „die interessierten Völker über angemessene Vorgehensweisen konsultieren“ sollten“ und insbesondere über ihre repräsentativen Institutionen, jedes Mal wenn legislative oder administrative Maßnahmen vorgenommen werden, die sie voraussichtlich direkt auf sie auswirken könnten.“.

„Die Politik der Regierung war immer dieselbe: die Verletzung der Rechte indigener Völker. Sie haben uns immer als Bürger dritter Klasse gesehen, die kein Recht auf eigene Meinung haben obwohl es ein Gesetz gibt das es so vorschreibt. Das hat zu großen sozialen Konflikten geführt. Das können wir sehen bei den Konzessionen von Holz, Bergbau und Öl, die ohne Zustimmung der indigenen Gemeinschaften vergeben wurden“, stellt Corisepa fest.

Edgard Sulca
Oficina de Comunicaciones FENAMAD
Móvil +51 01 999135802
Fijo +51 82572499 (Madre de Dios)
RPM *525445

Solidarisches Wirtschaften

Die Mutter Erde ist bloßgelegt¹

Milton Santacruz, Liliana Castaño, María del Pilar Valencia

*“Hier begann das Problem als wir Tule
ein neues Wort lernten, das Wort Vertrag“.
V́ctor Peláez, Saila segundo*

Die Erfahrung der Bewirtschaftung eines Wassereinzugsgebietes, über die dieses Dokument handelt, wurde in einer Tule Gemeinschaft gemacht, in dem Territorium Ipkikuntiwala, ein Name, der von dem Fluss stammt, der in diesem Territorium entspringt und in ihm verendet.

Dieses Dokument fasst einige historische und kulturelle Elemente als erforderlichen Hintergrund zusammen, wenn man die Problematik der natürlichen Ressourcen und die Kontrolle des Wassereinzugsgebietes verstehen will.

Das Thema wird folgendermaßen bearbeitet: historischer Hintergrund, Charakteristika der Gemeinschaft, Nutzung und Kontrolle der natürlichen Ressourcen, schließlich werden Schlussfolgerungen gezogen und Perspektiven aufgezeigt. Der Inhalt dieses Dokumentes enthält die Reflexion, die in den letzten beiden Jahren in regelmäßig veranstalteten gemeinschaftlichen Werkstätten stattfand. Die *sailas* begleiteten diese Treffen.

Historischer Hintergrund

Wenn wir in die Region des antioquenischen Urabá auf der Straße kommen, die von Turbo nach Necoclí zu Meer führt, treffen wir die Indigenen vom Volk der Tule, die allgemein als Cuna bekannt sind; diese Ethnie gehört zu der linguistischen Familie der macrochibcha.

Ihre Geschichte reicht – nach den Aussagen eines *saila* (dem wichtigsten Kaziken) der panamesischen Gemeinschaft – bis zu den Bergabhängen der Sierra Nevada von Santa Marta in Kolumbien, von wo ihre Vorfahren in die Ebenen von Amukadiuar am Atrato auf Grund des Druckes, den ein benachbartes Volk ausübte, auswanderten.

Das Anwachsen dieses Flusses zwang die Bevölkerung, sich in die Berge des Darién auf den Berg Tacarkuna, einen für sie heiligen Berg, zu flüchten.

¹ Erstmals in Spanisch publiziert in: ONIC, CECOIN, GhK (eds.)(1995): Tierra Profanada, Grandes Proyectos en Territorios Indígenas de Colombia, Disloque Editores, Bogota 1995, p. 121ff, sodann in Englisch in: ONIC, CECOIN, GhK (eds.)(1996): Desecrated Land, Large Projects and their Impacts on Indigenous Territories and the Environment, Disloque Editores and Kassel University, Kassel, p.121ff..

Ihr historisches Territorium umfasst die Region des Darién, die den Golf von Urabá, das Wassereinzugsgebiet des Atrato-Flusses und die Inselgruppe San Blas in Panama umfasst. Nach Studien von Patricia Vargas von 1984 „waren die Flussufer der größeren Flüsse Territorien der Cuna, sie stritten um ihr Territorium mit den Chocoes (Embera und Wanana), ein Streit, der Kriege, Heiratsbeziehungen, kulturelle Akquise und Handel einschloss.

„Die mündliche Tradition ruft Konfrontationen der Cuna mit den Wanana an einigen Nebenflüssen des San Juan-Flusses und mit den Embera am Dubasá-Fluß, einem Nebenfluß des Baudó-Flusses, an der Mündung² von Bojayá – einem Cuna Hafen – und am Oberen Sinú in Erinnerung.“³

Seit damals gab es viele und unterschiedliche Auswirkungen, die die Cuna erlitten haben und stets taucht noch ein neuer auf, mit noch verheerenderen Merkmalen als die Vorherigen.

Und die *nele* hatten das durchschaut...

Der *nele* (traditioneller Weiser) Olokanakunkilele sagte: „In einem Kontinent gab es einige Männer, die hatten eine Farbe wie von einem kahlen Stock⁴, in einem anderen Kontinent hatten die Menschen die Farbe eines angeschwollenen Flusses. Es gab noch einen anderen Kontinent, wo Menschen lebten, die eine Farbe wie ein verrottes Holz besaßen. Diese Menschen werden eines Tages an unsere Küste kommen und wir werden die Ruhe verlieren.“⁵

Die Region wurde von Rodrigo de Bastidas entdeckt. Die Spanische Krone verlieh die westliche Küste des Golfes von Urabá an Diego Nicuesa und die östliche an Alonso de Ojeda. Die ersten Kontakte der Spanier mit den Cuna entwickelten sich auf dem Kontinent über die Niederlassung von San Sebastián und Santa María la Antigua del Darién, im Jahr 1510.

Diese Epoche ist durch die Invasionen, die Übergriffe, die Besizenteignungen und die Plünderung der Ressourcen gekennzeichnet, sowie durch das kulturelle Aufoktroieren der Spanier gegen die Indigenen. Die Cuna haben ihrerseits den Eroberern tapfer Widerstand geleistet aufgrund ihres sozialen und politischen Zusammenhalts und mit Hilfe des *sailato* oder Kazikentums und mit Hilfe des Bündnisses, dass sie zwischen englischen und französischen Piraten zugunsten der Verteidigung ihres Territoriums geschlossen hatten.

Die Unabhängigkeit von Spanien markiert eine neue Etappe der Cuna in Urabá: Es beginnt die Befreiung der Sklaven am Atrato und die Auflösung des

² *bocana*

³ Patricia Vargas: Una interpretación sobre las relaciones entre los Emberas y los Cunas, in: Memorias del simposio sobre cultura Embera. Quinto Congreso colombiano de antropología 1989.

⁴ *balso*

⁵ Los Kuna. Vervielfältigtes Dokument Dokumentationszentrum der OIA.

Gemeinderats- und Reservatsregimes, die Schwarzen- und Indigenenbevölkerung begann ihre Wanderschaft entlang des Atrato, um sich in dem Gebiet niederzulassen; dann wurde eine Pockenepidemie von den Schwarzen eingeschleppt, der sehr viele Indigenen erliegen und die die Überlebenden zwingt, sich an die Küsten von San Blas in Panama zu begeben, so dass in Kolumbien nur die kleinen Gemeinschaften von Arquía (Makkilakuntiwala) und Caimán Nuevo (Ipkikuntiwala) bleiben.

Zu Beginn der republikanischen Zeit beginnen die Auseinandersetzungen der Regierungen von Cartagena, Antiquien und Popayan um die Region des Darien, um das jetzige Urabá ihrer Rechtsprechung unterzuordnen.

Schließlich wird ihre Rechtsprechung 1905 dem Department von Antioquien zugeteilt, das eine Politik zur Etablierung ihrer Wirtschaftsmacht und Aktionen wie die Folgende initiiert:

- Die Etablierung von extraktiven Unternehmen zur Rohstoffgewinnung: Die erste wirtschaftliche Tätigkeit größeren Umfangs, die in der Region stattfand, war die Kautschuk Gewinnung; der Boom dauerte auf Grund des Fehlens von Extraktionstechniken wenige Jahre an. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurden andere Ressourcen abgebaut: vegetabilisches Elfenbein, die Brechwurz und die Quinoa.
- Zu Beginn des 20. Jahrhunderts werden die ersten Bananenplantagen gepflanzt, eine Eisenbahn wird gebaut und ein kleiner Hafen, mit Einbruch des ersten Weltkrieges wird das Projekt aufgegeben.⁶
- Der Bau einer Zugangsstraße nach Urabá: die Straße am Meer 1926-1954, mit dem Ziel einen Im- und Exporthafen in dem Golf zu erbauen.
- Wirtschaftliche Unterstützung für die Kolonisierung und Unterstützung der Clarentiner und Carmeliter Missionare, auf die der Staat die Funktionen der Erziehung und Evangelisierung überträgt. Diese Aktionen führen zu weiteren wirtschaftlichen Alternativen und führen zur Mobilität der Bevölkerung und dem Fortschritt der Kolonisierungsprozesse. Während das stattfindet, findet 1925 die letzte große Rebellion der Cuna in Panama die wichtigste Rolle. Die Unabhängigkeit des Tule-Gebietes wird erklärt und der Hauptkongress der Cuna wird installiert.⁷

Regionale sozioökonomische Verhältnisse

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in den 60er Jahren, wird die regionale Wirtschaft von dem Markt des Landeigentums geprägt, der durch die koloni-

⁶ Proyecto Darién. OEA. Estudio para la orientación del desarrollo integral de la región del Darién colombiano. Sept. 1977.

⁷ Carlos R. Giordano: Los indios Cuna riqueza legendaria de Panamá. In: Revista de Geografía Universal, Juli 1977.

satorischen Rodungen aktuell wurde. Extensive Viehwirtschaft wird als eine Art und Weise etabliert, das Eigentum der Weiden zu garantieren und gleichzeitig wird eine mehr oder weniger stabile, traditionelle bäuerliche Landwirtschaft begonnen.

In dieser Dekade beginnt sich die Bananenenklave zu etablieren und die Vorherrschaft des Modells der Privatinitiative entsteht und bedient sich der besten Böden der Region ohne jegliche Begleitung oder Planung von Seiten des Staates; ein beschleunigtes regionales Wachstum findet auf Grund der Bananenwirtschaft und der Ausweitung der Agrarfront statt, was für die Wirtschaft Instabilität, Verletzlichkeit und niedrige Wertschöpfung auf Grund der fehlenden Weiterverarbeitung der Produkte bedeutet.

Der Staat taucht in den achtzigern mit verschiedenen Programmen und Projekten unter anderem für Erziehung, Gesundheit und Produktion wieder auf. Eine Evaluierung, die vom indigenen Komitee Plan Nacional de Rehabilitación – PNR – 1990 durchgeführt wurde, weist darauf hin, dass jene „Entwicklungspolitik vor allem die vorherrschende Linie des Entwicklungsprojektes übernommen und dabei die Prioritäten und kulturellen Besonderheiten der Gemeinschaften selbst übergangen hat; viele Projekte haben weder die reale Priorität in jeder Gemeinschaft erfragt noch hinreichend die Möglichkeit ihrer Durchführung studiert.“⁸

- Es besteht ein großer Reichtum an natürlichen Ressourcen, die zu wenig oder falsch genutzt werden.
- Dazu kommt das soziale Ungleichgewicht und die Ungerechtigkeit auf Grund der lückenhaften bzw. fehlenden Einschätzung der Notwendigkeiten der öffentlichen Investitionen in soziale- und Dienstleistungsinfrastruktur, auf Grund der geringen Versorgungsdichte und schlechten Qualität, der instabilen Arbeitsverhältnisse, der sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheit sowie der Bildungsmängel.

Kurz, die letzten 50 Jahre haben eine Vergeudung von natürlichen Ressourcen, eine Degradierung der Ökosysteme, allgemeine Umweltverschmutzung in den besten Gebieten, Verarmung und Gewalt (bewaffneter Konflikt) für die Bevölkerung mit sich gebracht.

Schließlich wurden bereits die Großprojekte der Pazifik-Region begonnen. In diesem Zusammenhang lassen die Forschungen und Studien in der Bananenenklave und ihre Auswirkung auf den wirtschaftlichen *Boom* der letzten Jahrzehnte und die Freihandelsverträge die ethnischen Realitäten von Indigenen und Schwarzen außen vor.

⁸ Organización Indígena de Antioquia. Diagnóstico de las comunidades indígenas de Urabá. Manuskript Centro de documentación OIA, Medellín 1992.

Schaffung des Reservats Ipkikuntiwala

1919 werden das Reservat von Tolo (Acandí-Unguía) und Caimán Nuevo (Turbo-Necoclí) geschaffen, aber das letztere wurde – auf Grund von administrativer Trägheit - nicht in Turbo registriert, weshalb die Legalität jenes Landtitels nicht anerkannt wurde. Das ermöglichte den Fortschritt der Kolonisation jenes Resguardo bis hin zur Verringerung des Eigentums der Indigenen auf etwa 400 ha von insgesamt 7.500 ha im Jahr 1966.⁹

Das kolumbianische Agrarreforminstitut, INCORA, übte Druck auf die Gemeinschaft aus und erklärte das Territorium 1966 als indigenes Reservat und begann 1969 ein Programm des Landerwerbs für die seine Sanierung. Zurzeit wurde fast alles Land zurück gewonnen und 1992 wurde es erneut zum Reservat erklärt.

Sein Territorium wurde auf Grund seines Reichtums und seiner strategischen Position ständig belagert, weshalb es unter dem Kolonisationsdruck einen Großteil verlor.

Als die Rückgewinnung der Ländereien in Ipkikuntiwala (Caiman Nuevo) begann, wurden individuelle Übergaben gemacht, weshalb ein Mentalitätswechsel bei der Mehrheit der Familien eintrat, die nun Hof und Eigentum über den Begriff des Territoriums stellten;¹⁰ außerdem befand sich das Wassereinzugsgebiet in einem fortgeschrittenen Stadium der Beschädigung und Degradierung auf Grund der Produktionsweisen der Siedler, was Rückwirkungen auf die Qualität des Wassers, das von der Gemeinschaft für ihre Haushalte benutzt wird, hat. So wurden die hygienischen und gesundheitlichen Bedingungen in Mitleidenschaft gezogen.

Charakterisierung der Gemeinschaft

Bevölkerung

Zurzeit lebt die Mehrheit der Tule Bevölkerung, 70.000 Indigene, auf der Inselgruppe von San Blas und in den Gemeinschaften Pukkuru und Tuppu Neka (Paya) in dem panamenischen Darién.

In Kolumbien sind nur die kleinen Gemeinschaften von Arquía, im Munizip Unguia, Department Choco, mit etwa 500 Indigenen und Caimán Nuevo zwischen Necoclí und Turbo, Department Antioquia, mit heute 750 Personen ge-

⁹ Organización Indígena de Antioquía. Plan de etnodesarrollo para las comunidades indígenas de Antioquia. Vervielfältigtes Dokument, Centro de documentación OIA, Medellín 1992.

¹⁰ Die Mehrzahl der Bevölkerung ist in dem Gebiet in der Nähe der Straße angesiedelt, wo einige es vorziehen in kleinen Einzelbesitzen zu wohnen anstatt sich in entfernten oder schwer zugänglichen Gegenden anzusiedeln.

blieben. Diese Bevölkerung entspricht 6% der indigenen Bevölkerung Antioquiens.

Das Siedlungsmuster ist linear und liegt an beiden Seiten der Flussläufe des Arquía und Caimán und entlang der Straße Necoclí-Turbo im Falle der antioquienischen Gemeinschaft. Dieses Siedlungsmuster zeigt einen besonderen Bezug zum Fluss, Angelpunkt häuslicher Aktivität und Quelle der Fischerei der Gemeinschaft.

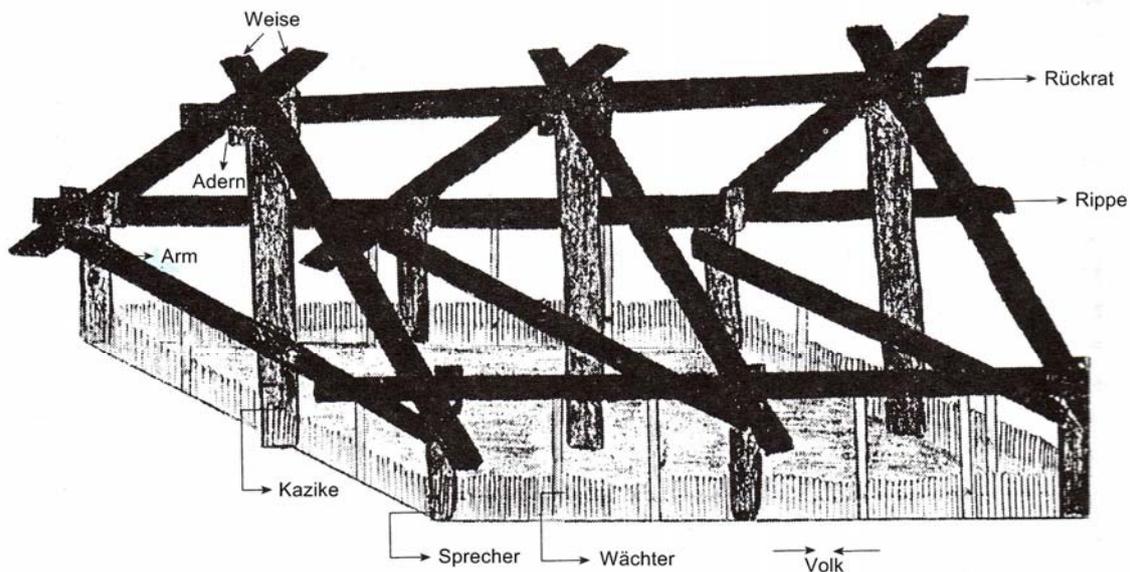
Soziale Struktur der Cuna

Die Tule hatten traditionelle Regierungsformen, die auf ihrer Cosmogonie beruhen, gemäß derer jedes Lebewesen eine spezifische Funktion in der Natur inne hat.

Dieses Konzept spiegelt sich in der Struktur des *sailato* und in der Rolle wieder, die jeder seiner Mitglieder erfüllen muss. Diese Struktur besitzt eine symbolische Darstellung in der Konstruktion ihres Hauses *neka* (siehe Graphik 1).

Zurzeit wird die Tule Regierung von dem *Saila Mayor* angeführt, dem der *saila* 2, 3, 4 oder 5 folgen. Seine wichtigste Funktion ist es, Ratgeber und Orientierungsperson der Gemeinschaft zu sein unter der Voraussetzung, eine theologische Ausbildung durchlaufen zu haben und von der Gemeinschaft anerkannt zu sein.

Wer seine Rolle nicht adäquat erfüllt, der wird zu einem sehr entfernten Ort relegiert. Man steigt nach strikter Ordnung auf. Manchmal kann ein *saila* mehrfach an die erste Stelle gelangen.



Graphik 1: Struktur des nexa (Haus)

Ihnen folgen in der Hierarchie die *Arkal*, deren Funktion in der sozialen Kontrolle, unter Aufsicht der *sailas* besteht – die diese lediglich empfehlen. Das heißt es ist ihre Funktion zu tadeln und die Sanktionen zu verhängen.

Die *Sowalipeti* treffen keine Entscheidungen. Sie sind Botschafter und haben logistische Funktionen. Sie handeln auch wie eine Art interne Gerichtsvollzieher. Andere wichtige Persönlichkeiten innerhalb der sozialen Organisation der Tule sind: der *nele* und der *innatuleti*.

Der *nele* ist eine Person, die von Geburt an dazu prädestiniert ist, ein Prophet, Weiser und Geschichtsschreiber zu sein. Er ist das einzige Lebewesen, das die *kalu* besucht¹¹ und der die Krankheit diagnostiziert, dank seiner Fähigkeit zu identifizieren, welche Geister sich die Seele geraubt haben. Der *nele* gehorcht den Elementen der Natur und der Menschen; er kann die Vergangenheit sehen, die Gegenwart und die Zukunft. Über Gesänge verleiht er den Pflanzen medizinische Eigenschaften.

Der *innatuleti* ist der Botaniker (er hat das medizinische Wissen über Studien erworben) der mit der Rückgewinnung der Seele des Kranken beauftragt ist. Daher sind die *nuchus* für ihn nützlich, aus Holz geschnitzte Figuren, die Geister vermitteln. Außerdem benutzt er seine medizinischen Kenntnisse zur Verwendung von Pflanzen, Holzstücken, Harzen, Teilen von Lianen, Kakaokörnern und magischen Steinen.

¹¹ Kalu: Heiliger Ort für die Cuna.

Neben den ehemaligen traditionellen Rollen gibt es Personen, die dafür verantwortlich sind zu koordinieren und über besondere operative Dinge zu entscheiden, die nicht von dem theologischen Wissen abgeleitet werden können: die Wiederherstellung der Wege, den Bau der Häuser, etc. In diesen Fällen intervenieren die oben genannten Instanzen nur, wenn die Verantwortlichen Probleme bei der Durchführung ihren Aufgaben haben; im Übrigen genießen sie eine relative Autonomie.

Wenn man diese Linie der spezifischen Funktionszuschreibungen verfolgt, so hat die Gemeinde sich neue Ämter geschaffen, wie zum Beispiel: Sekretäre, Schatzmeister, Finanzbeamte, Sportkomitees, Bananenkomitees etc., die unter der direkten Kontrolle und Verantwortung des *saila mayor* handeln.

Im kulturellen Wandlungsprozess hat die Gemeinde die *sailas* gedrängt, dass sie andere Rollen als die theologischen und traditionellen ausüben sollen, für die sie keine Ausbildung erhalten haben, was einen Kulturschock produziert und ihr Ansehen als Autoritäten ramponiert, was zu internen Konflikten führt, von denen die jetzige Problematik der Naturressourcen ein Teil ist. Dies ist der Aspekt, den wir hier entwickeln wollen, indem wir die Beiträge zusammentragen, die der Reflexionsprozess mit der Gemeinde bisher abgeworfen hat.

Zur Charakterisierung der Tule aus dem Reservat Ipkikuntiwala ist es erforderlich, einige externe Bedingungen zu erwähnen, die sich direkt oder indirekt auf das Gemeinwesen auswirken.

Trotz der Migration nach Panama wurden die Beziehungen zu dem Rest des Tule Volkes aufrecht erhalten. Im Allgemeinen werden regelmäßige Besuche durchgeführt, Kongresse abgehalten, man hilft sich gegenseitig, um interne Probleme zu lösen, bei Epidemien, gibt es Austausch über Handel und über die Familien.

Seit 1993 wurden binationale Treffen durchgeführt, um die Politiken des panamesischen und kolumbianischen Staates zu analysieren und um sich ihnen gegenüber zu positionieren, da sie sich auf die indigenen Völker der Region auswirken; der erste von ihnen wurde vom 10. - 14. August des Jahres durchgeführt es folgte einer im September 1994.

Die Straße Medellin-Turbo-Secocli-Montería, die durch das Reservat nahe der Küste führt, hat eine Beziehung zum Markt geschaffen und zu einem stärkeren Kontakt mit den benachbarten Siedlern geführt. Es gibt eine wachsende Tendenz unter den Jugendlichen zugunsten der Marktökonomie und der damit verbundenen Kultur des Konsumismus, die eine Spaltung der Generationen bewirkt und zu einer Schwächung der traditionellen Autorität beigetragen hat.

Die unaufhörliche Kolonisationswelle der Region beginnt zu einer permanenten Bedrohung durch neue Invasionen in das Reservat zu werden. Auch treten schwere Konflikte der öffentlichen Ordnung in der Region auf (Truppenmärsche, Massaker, Konfrontationen zwischen Heer, Guerilla, Paramilitärs und Drogenhandel), die Rückwirkungen auf das Reservat haben.

Die Landschaft von Ipikikuntiwala

Das Resguardo formt einen Teil des Choco-Ökosystems. Die Landschaft zeigt ein sanft gewelltes Relief von niedrigen Hügeln, die zwischen 0 und 400 Metern Höhe über dem Meer schwanken und sich – nach dem Klassifikationssystem von Holdridge – in dem Lebensraum des tropischen Regenwaldes befinden (bh-T).¹² Sie weist ein binodales Regenregime auf (es gibt zwei Jahreszeiten) mit durchschnittlich 2.000 mm Niederschlägen.

Eine Charakterisierung der Landnutzung zeigt uns Zonen mit sekundärer Nutzung, Weiden, Zonen für die Landwirtschaft und Zonen des Hochwaldes, die zusammen 500 ha ausmachen, was 6,6% des gesamten Reservatsgebietes ausmacht, was dieses zu einer Art Waldinsel inmitten des Bananen-Handelsplatzes erscheinen lässt.

Das Reservat hat eine vorwiegend flache Topographie, aber man kann von drei klar zu unterscheidenden Gebieten sprechen:

- Der Küstenstreifen: Flaches Relief unter Einfluss der Gezeiten, die optimale Bedingungen für die Verbindung mit Mangroven am südlichen Rand der Flussmündung schafft.
- Alluviale Ebene und unterbrochene¹³ Terrassen: Zonen mit sanften Abhängen unter Einfluss des Flusses. Die Terrasse des nördlichen Flussufers in der Nähe der Mündung in das Meer, wird regelmäßig überschwemmt, wodurch eine Catival-Vegetation¹⁴ entstehen konnte.
- Niedrige Hügel: Eine Hügelkette durchzieht das Reservat von Süden nach Norden und zieht sich fast bis zur Bezirkshauptstadt Necocli entlang der Küste. Die Ausläufer des Abibe Berglandes bilden in Ost-West Richtung die wichtigsten dortigen Hügel und sind Teil der Oberläufe des Wassereinzugsgebietes des Caimán-Flusses. Diese Hügel schließen sich an den Hügel-Küstenstreifen an und bilden ein umgekehrtes C, das dem Reservat als Grenze dient und das Wassereinzugsgebiet des Flusses umfasst.

Zustand des Wassereinzugsgebietes

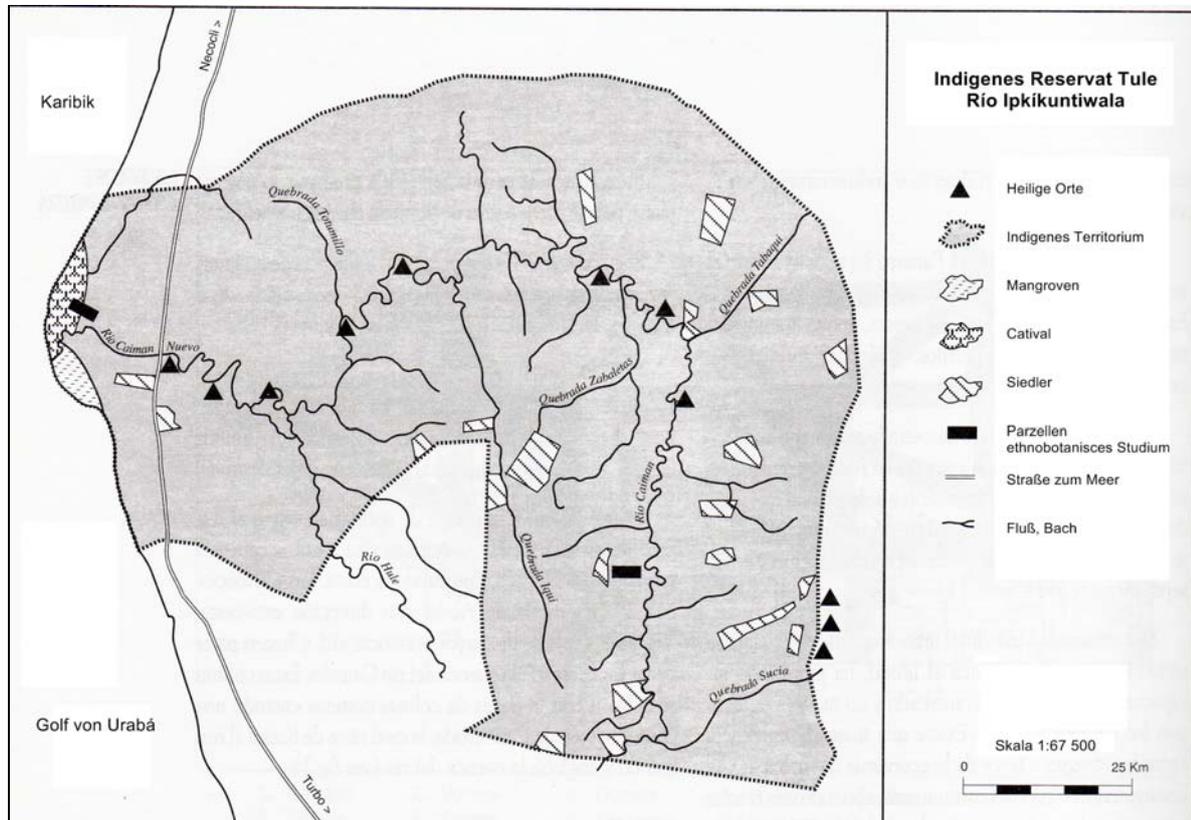
Das Gebiet des Reservats entspricht fast genau dem Wassereinzugsgebiet des Caimán-Flusses, der 84 Nebenflüsse hat, seine Länge beträgt etwa 25 km; es ist ein junges, noch in Formation befindliches Flussbett. Es stellt die wichtigste Wasserversorgungsquelle der Bevölkerung dar.

¹² L.S. Espinal und andere: Zonas de vida o formaciones vegetales de Colombia, IGAC, Vol XII (11), Bogotá 1977.

¹³ *disectadas*

¹⁴ *asociación vegetal catival*

Der Fluss hat eine hohe Sedimentationsrate, was ihm – verbunden mit den ungeschützten Ufern und der Instabilität seines Laufes – neben anderen eine prioritäre Aufmerksamkeit zukommen lässt.



Graphik 2: Karte des indigenen Reservats Ipikikuntiwala (Caiman Nuevo)

Nutzung der Umwelt

„Nach Beendigung dieser letzten Etappe begann das Ächzen der Mutter Erde und die ersten Wasservorkommen traten hervor. Sie begann sich zu kleiden, wieder grün zu werden, alle Farben der Natur anzunehmen. Und es war unsere Mutter Erde, unsere *Abiyala*.“¹⁵

Die Kuna haben eine Besondere Art und Weise, wie sie die Umwelt und die Naturressourcen bewirtschaften. Ihre gesamte Kosmogonie ist eine Lobpreisung der Mutter Erde und davon legen ihre Mythologie, ihre Kunst und ihre Medizin Zeugnis ab. Dies ist ein Respekt, der leider durch die starken kulturellen Auswirkungen, denen diese Ethnie ausgesetzt war, beschädigt worden ist.

Die Erde ist für die Cuna in 12 Ebenen organisiert, von denen jede eine Funktion und eine Geschichte hat, die mit früheren Epochen, die von anderen Generationen gelebt wurden, korrespondiert.

¹⁵ Los Kunas. Op.cit., S. 20.

Napkuana ist die Ebene, in der die Natur geschaffen wurde; sie ist im Zentrum, ist das Herz, auf dieser Ebene wohnt die jetzige Generation, die der *olo tule* (Leute aus Gold).

Wenn ein Tule stirbt durchläuft er alle Ebenen, in ihnen leben Vorfahren, Geister von Schutztieren und Geister von Krankheiten.

Abiayala hat für alle Tiere in den verschiedenen Ebenen Wohnungen. Dort befinden sich die Eigentümer der Tiere und der Pflanzen, die mit ihrem Schutz beauftragt sind. Diese Wohnungen sind heilige Stätten, *kalus* genannt, die wie symbolische Stätten des Cuna Habitats zu verstehen sind.

*„Wohnung der Naturkräfte, der vitalen Potenz und des Verhaltens der Menschen, das ist die Wohnung der Tiere. Es sind für normale Menschen unsichtbar, befinden sich in Waldgebieten, auf dem Grund des Meeres oder unter der Erdoberfläche; in der Form eines großen, solide gebauten Hauses; bewohnt von Geistern verschiedener Art: Guten, Bösertigen, von toten Menschen und Tieren.“*¹⁶

Diese Orte erfüllen regulierende Funktionen der Tier Population, der Vegetations- und der Naturphänomene, indem sie die Produktion der Nahrungsmittel hervorbringen oder reduzieren, je nach dem Verhalten der Menschen auf der Erde; sie dienen auch der Wohnung der bösen Geister, die Krankheitsträger sind. All dieser kulturelle Reichtum ist in großer Gefahr zu verschwinden und verschmilzt im Beziehungsnetz, das die Umwelt und die herrschende Kultur auferlegen.

Die Bewirtschaftung der Wälder zeigt eine große Anpassung an die tropische Umwelt. In einer Studie, die im Reservat über die Zusammensetzung, Struktur und Nutzung des Waldes gemacht wurde, konnte man für die Pflanzen sieben Nutzungskategorien ausmachen: Nahrungsmittel, Medizinen, magisch religiöse und soziale Rollen, verwandte Techniken, Bau-, Brennstoff und indirekte Nutzung (jene Pflanzen, die als Tiernahrung dienen), bei insgesamt 266 pro Quadratmeter Wald gesammelten Arten. Außerdem ist es häufig, dass eine Art nicht nur für eine sondern für viele Zwecke genutzt wird: das zeigt uns die gründliche detaillierte Kenntnis, die die indigenen Völker von ihrem Ökosystem und seinen Arten besitzen, mit denen sie in engem Kontakt sind.¹⁷

Vielleicht kann man auf dem medizinischen Gebiet vor allen anderen besonders gut die Beziehung dieser Kultur mit ihrer Umwelt finden.

¹⁶ L. Herrera und Cardalle de Schrimppf M.: Mitología Cuna, nach Alfonso Díaz Granados. In: Revista colombiana de antropología. 17:206.

¹⁷ Liliana Castaño, Sergio Márquez, Norberto López: Composición, estructura y uso del bosque en el resguardo indígena Cuna de Caimán Nuevo. Trabajo de grado, Universidad de Antioquia, Medellín 1994.

„Hier ist die Krankheit der Ausdruck eines Ungleichgewichts, das ausgeglichen werden muss. Sie ist der Verlust oder der Raub des Geistes und die Gemeinschaft verändert sich medizinisch gesehen, wenn die Leute die sozialen oder ökologischen Normen nicht einhalten, sodass Erdbeben, Überschwemmungen und Epidemien hervorgerufen werden.“¹⁸

Die Heilung besteht in einer Zeremonie bei der der *innatuletti* den bösen Geist *Poni* dazu drängt, den Kranken über die *nuchus* zu verlassen und bei der Kräuter verabreicht werden, während die *kantule*, zeremoniale Sänger, ihre Lieder anstimmen. Wenn der *Poni* sie besiegt, dann stirbt der Kranke.

Die *neles* singen besondere Lieder, um der Gemeinde in verschiedenen Situationen zu helfen: *Apsoketi* (Lied des Friedens mit der Natur), *Mu Ikala* (Gesang für die Geburt).

Für den Cuna ist der Grund der Krankheit in seinem Habitat, daher können die für die Ressourcen, die der Schamane nutzt, um die Gesundheit zurück zu gewinnen, gewonnen werden und mit der zurück gewonnenen Gesundheit auch die verlorene Ordnung.

In den ethnobotanischen Studien ist offenbar die Regelung gegenüber den Zerstörern der Natur, durch die Gesundheitshelfer über die Schamanen, in diesem Fall über den *nele* eine Konstante. Daher ist es wichtig, sich anzustrengen, um die Mediatisierung des Schamanismus gegenüber dem Sozialen, dem Kulturellen und gegenüber der Regelung der Natur zu verstehen.

Andere Kategorien der Nutzung gegenüber der Bewirtschaftung des Ökosystems erfordern eine Analyse der soziokulturellen Zusammenhänge, das heißt der Rolle, die sie in der Wirtschaft und im Arbeitskonzept haben.

„Für die Cuna wird die Arbeit in Bezug auf die Ausbeutung von Naturressourcen verstanden.“

„Sie betrachten die Jagd, den Fischfang und die landwirtschaftlichen Tätigkeiten als Existenzgrundlage und Rechtfertigung der Arbeit; andere Aktivitäten, wie die Herstellung von Kanus oder das Flechten von Körben stehen in direkter Beziehung zur Nutzung und zu dem Konzept für einen Beitrag zu dem guten Leben und für eine Auszeichnung, um gute Erfahrungen nach dem Tod zu haben, in kalus und besonderen Ebenen, um die Individuen aufzunehmen, die in ihrem Leben den sozialen Wert der Arbeit realisiert haben.“¹⁹

¹⁸ Heft über das erste interdisziplinäre Treffen der Medizingeschichte in Antioquien. Medellín, Nov. 1994

¹⁹ Jorge E. Morales: Fauna, Trabajo y enfermedad entre los Cuna. In: Correa Francois. La selva humanizada (ed.) CEREC, 2ª edición, Santafé de Bogotá, 1993

Die Landwirtschaft ist die wichtigste wirtschaftliche Tätigkeit der Cuna, in Bezug auf die anderen Tätigkeiten zur Nahrungsmittelgewinnung wird diese Tätigkeit innerhalb eines *nainu* (Parzelle) durchgeführt und stellt die meiste Arbeitszeit dar (siehe 4. Grafik).

Der grundlegende Anbauprozess ist der *roza* (Abholzung und Verbrennung), in einem Brandrodungs-Wanderfeldbau mit Fruchtwechsel. Das Fällen und Verbrennen sind männliche Arbeiten, die Frau sät und erntet.

Das Produktionssystem über *nainus*, wird mit traditionellen land- und waldwirtschaftlichen Methoden durchgeführt und tritt in der Regel zusammen mit dem Minifundium im Rahmen familiärer und individueller Eigentumsform auf.

Das Wissen, dass der Cuna von Boden – über die Ursprungsvegetation und/oder Sekundärvegetation – und vom Klima hat sind entscheidende Faktoren in der Landwirtschaft und bei den Pflanzungen, die er vor Ort aussäen muss. Das ist es, was ihm erlaubt, die Landnutzung für die optimale Bewirtschaftung zu zonieren. Die Erträge der Jagd und des Fischfanges sind ganz und gar männliche Tätigkeiten. Die Jagd wird von Versöhnungsriten mit den Eigentümern der Tiere, der Personifizierung der Jagdbeute, begleitet.

„Wenn ein Man mehrere Tiere tötet und sie mit seinen Brüdern teilt, so dass alle zu Essen haben, wird dieser Mann bei seinem Tod mit Freuden in der Wohnung der Tiere empfangen, da er ein guter Jäger ist und eine Familie ernährt hat.“²⁰

Unser letzter Nele starb vor 15 Jahren

Traditionell war eine explizite Ressourcenkontrolle nicht erforderlich, die normale Form gründete sich auf eine doppelte Bedingung: die territoriale Weite und die kulturelle Kontrolle.

- Die territoriale Weite garantierte das demografische Wachstum, eine Subsistenzökonomie und ein landwirtschaftliches Rotationssystem verträglich mit dem Wald und den Wasserquellen ohne schädliche Auswirkungen auf die Natur.
- Die kulturelle Kontrolle, die über die *neles* ausgeübt wurde, erhielt die Bindungen Mensch-Natur, indem zum richtigen Moment für die Ressourcennutzung und für die Prävention oder Vermeidung von Epidemien geraten wurde.

Auch war die traditionelle Kultur – vermittelt über die Theologie, die orale Erinnerung, die Ratschläge und im allgemeinen die Traditionen - der Kanal der

²⁰ Los Kunas, Op.cit. S. 20.

kulturellen Einbettung, die die Formen des Zusammenlebens mit der Umwelt möglich machte, auch wenn in vielen von ihnen uminterpretierte und an ihre Lebensformen angepasste Elemente der westlichen Kultur zu finden sind. Im Falle der Übertretung der Nutzungsformen und Sitten hat der *nele* die Angelegenheit mit den Geistern des verletzten *kalu* gelöst.

Diese beiden Bedingungen wurden schwer verletzt in Ipkikuntiwala: zunächst haben die territoriale Begrenzung und die Schmälerung der Naturressourcen dazu geführt, dass unkontrollierte Auswirkungen auf das Modell der Anpassung an die Natur eintraten. Dem muss hinzugefügt werden, dass César Castrillón, der letzte *nele* der Gemeinde, vor 15 Jahren starb.²¹

Auch gingen geografische und symbolische Bedingungen für die Umsetzung des traditionellen Wissens in die Praxis verloren. Man führte man neue Werte ein, die nicht der traditionellen Kultur entsprachen und das Kazikentum hat sich geweigert, sich dem zu stellen, da ihre Macht auf den theologischen Kenntnissen beruht, die stark interveniert wurden und wenig Zugang zu der westlichen Kultur hatte, um ihre interne Problematik ausgehend von ihrer Beziehung mit dem geopolitischen und wirtschaftlichen Kontext hinreichend zu verstehen.

Zurzeit existieren verschiedene Formen der Aneignung und Nutzung des Territoriums, die folgendermaßen charakterisiert werden können:

Heilige Stätten sind *kalu* und *piria*,²² die die Funktion der Wohnung und der Genese oder des Ursprungs der Naturressourcen und der Menschen ausüben. Die Zerstörung jedes dieser Orte führt immer zu Epidemien.

In dem Reflexionsprozess mit der Gemeinde definierte man die Bedeutung einer kartografischen Erhebung sowie der Namen jedes einzelnen und seine Verbindung mit anderen *kalu*, die außerhalb des Reservats liegen. Jedoch es fehlt die Klärung, in welchem Hof sie zu finden sind und wie Alternativen der Bildung und Bewirtschaftung dieser Orte denkbar sind (siehe Grafik 3).

Es gibt keine Klarheit über die angemessene Bewirtschaftung durch die Gemeinde. Einige *kalu* sind auf Grund der Kolonisation und falscher Nutzung durch die Tule inaktiv; man sucht nach Alternativen für ihre angemessene Bewirtschaftung.

Schutzgebiete. Die *Catiales* und Mangroven werden nur von der Gemeinde bewirtschaftet. Bis heute werden die Oberläufe der Flüsse und ihre Mündungen respektiert und lassen einen Streifen von 50 Metern an jedem Ufer. Einige von diesen Gebieten stimmen mit heiligen Stätten überein, ihr Schutz wird für

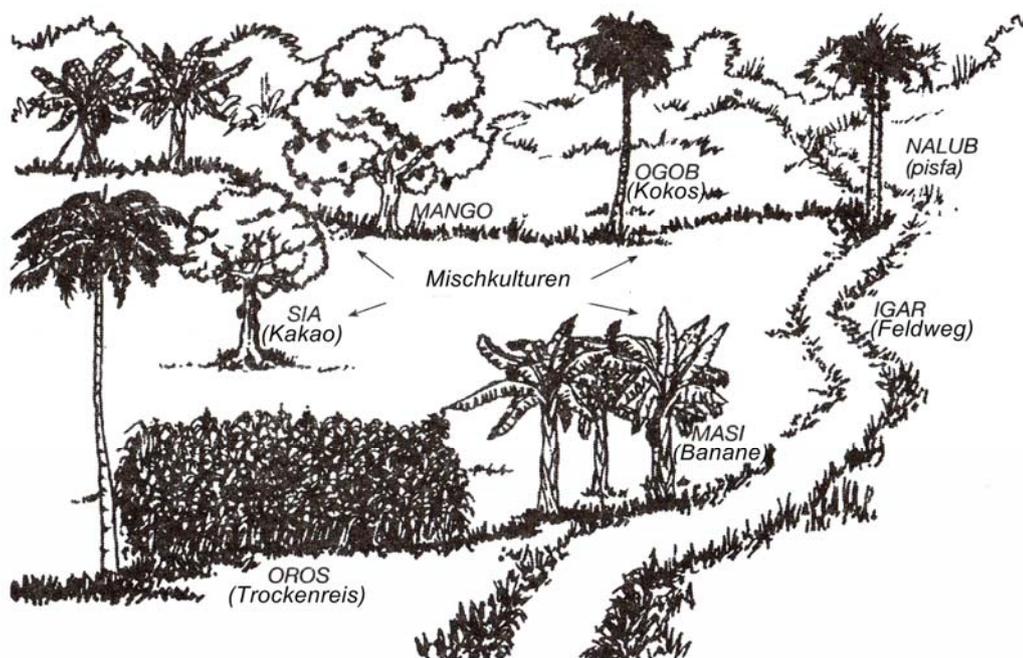
²¹ In besonders schweren Fällen bemüht man sich immer noch um die Unterstützung der panamesischen *neles*.

²² Man unterscheidet zwischen *Kalu* (in Waldgebieten) und *Piria* (in dem Wasser). Man kann eine Parallele mit dem ökologischen Terminus des Habitats ziehen, dem Ort, an dem die Arten sich reproduzieren und ernähren. Ihre Veränderung kann den Bruch mit den Interaktionen, die es in einem Ökosystem gibt, auslösen.

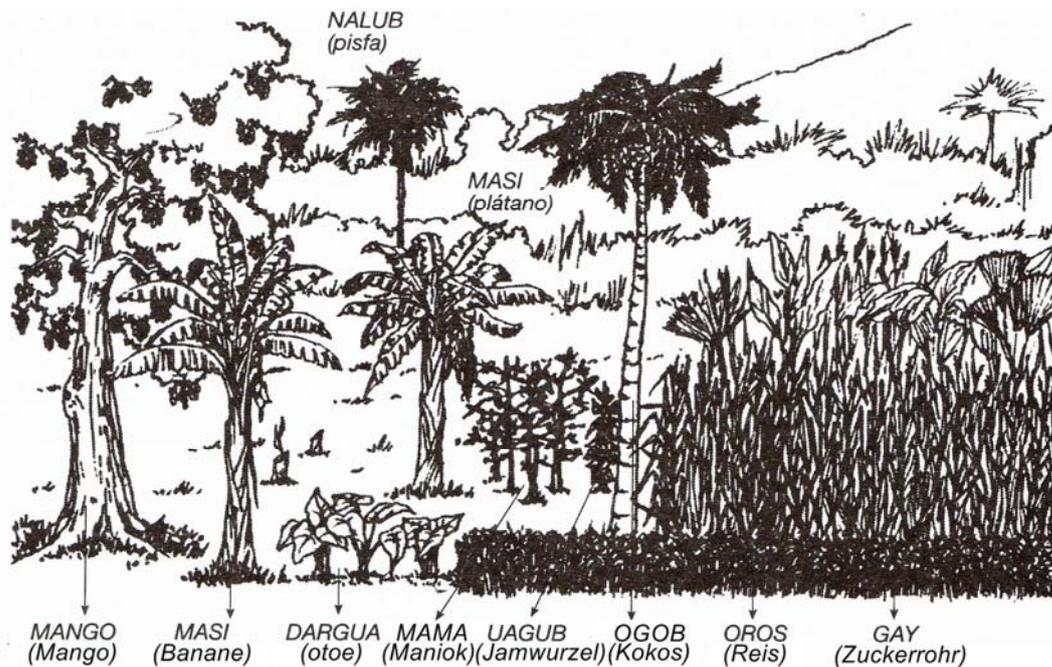
wichtig befunden, damit Krebse und andere regionale Tiere nicht aussterben, dort gibt es besonders viele Medizinalpflanzen.

Zurück zu gewinnende Gebiete. Das sind die Anteile des Reservats, die in Händen der Siedler waren und saniert wurden. Die Gemeinde hat entschieden, sie unberührt zu lassen, um eine natürliche Rekultivierung in Gang setzen zu können.

Gebiete für zukünftige Besiedlung. Das betrifft auch sanierte Gebiete des Reservats, die für Familien der Gemeinde zur Verfügung stehen, die Land zum Wohnen oder Arbeiten benötigen. In den Diskussionen mit der Gemeinschaft wurde nicht klar definiert, welches diese Gebiete sind, dennoch gibt es Überlegungen über die Bedeutung, sie zu definieren, die Konzepte der Gemeinschaftsgebiete und der Schutzgebiete zu klären, um zukünftige Konflikte zu vermeiden



Graphik 3: Abgrenzung eines Nainú



Graphik 4: Aufbau eines Nainú

Gebiete für die familiäre und individuelle Nutzung. Jede Familie lebt in und arbeitet auf Gebieten des Reservats – entweder individuell im Austausch mit den Nachbarn oder in Ausnahmefällen mit Arbeitskräften *waka* (nicht-indigenen Personen).

Es gibt ein etwa 20 ha großes Gebiet, das der Bananen-Monokultur gewidmet ist, das vier Personen des Reservats gehört.

Gebiete für gemeinschaftliche Nutzung. Eine kooperierende Gruppe wurde aus Mitgliedern der Gemeinde gebildet, die die Gewinne individuell verteilen und einen Teil der Produktion in Form der Waren für die organisatorischen Tätigkeiten einbringen. Zu einem anderen Zeitpunkt wurden Versuche mit Weiden für Gemeinschaftsvieh gemacht.

Kurz, als Resultat des Verlustes und der teilweisen Rückgewinnung des Territoriums koexistieren zu dem Zeitpunkt in dem Reservat verschiedene sich überlagernde und nicht genau geregelte Formen der traditionellen Aneignung (familiär und gemeinschaftlich), individuelle Titelvergabe, individuelle Zuweisungen und invadierte Gebiete sowie einige heilige Stätten außerhalb des gemeinsamen, legal anerkannten Landeigentums.

Das hat zu einer Anarchie in der territorialen Verwaltung geführt, die sich über die wirtschaftliche Überlagerung ausdrückte. Denn einige wenige Mitglieder der Gemeinde waren mit der Bananen-Monokultur verknüpft, mit dem Handel und mit dem unkontrollierten Holzhandel, was zu spannungsgeladenen internen Beziehungen und Konflikten führte, deren Lösung auf später aufgescho-

ben wurde, bis man zu dem jetzigen Zeitpunkt gelangte, an dem der Holzeinschlag wie Sprengstoff wirkte und die interne institutionelle Krise aufbrach.

Im Verlauf der Sanierung des Reservats, erkannte sowohl die Indigene Organisation Antioquiens (OIA) als auch das Nationale Institut für Erneuerbare Naturressourcen (INDERENA) voller Sorge die schweren Schäden des Wassereinzugsgebietes des Ipkikuntiwala-Flusses (als Caiman Nuevo bekannt). Das führte zu der Entscheidung, eine technische Bestandsaufnahme über seinen Zustand zu erstellen. Dafür wurde ein Team von Forstingenieuren unter Vertrag genommen, das vier Monate lang eine Bestandsaufnahme machte und unter anderem die folgenden Empfehlungen aussprach: Einrichtung von Aufforstungs-Grüngürteln an allen Ufern, Aussaat von Baumschulen für die Aufforstung der Ufer von Flüssen und kleinen Wasserläufen, Bau von Projekten für die Rückgewinnung der degradierten und stark erodierten Gebiete, Feststellung von Zonen der Rückgewinnung und des Schutzes der Flussufer. (30 m auf jeder Seite).²³

Die Empfehlungen wurden nur zum Teil angewandt, da die Studie keine kulturellen Faktoren und traditionellen Produktionsweisen mit einbezogen hatte, die in gewisser Weise im Widerspruch mit den vorgeschlagenen Techniken standen.

Indem man einige Aspekte der Studie aufgriff, begann man den Aufbau der Baumschulen im Hinblick auf den Beginn einer Aufforstungsarbeit. Dies führte jedoch nicht zu den erwünschten Resultaten, da die Gemeinde dies nicht als wichtig erachtete. Denn nach dem traditionell gewohnten Fruchtwechsel regenerieren sich die Gebiete von selbst. Außerdem gab es Überschwemmungen, die einen Teil der Baumschulen überschwemmten. Dies kam zusammen mit der internen institutionellen Krise (Schwächung des *sailato*) und anderen unvorhergesehenen externen Faktoren.

Nichts desto trotz beschloss man, mit dem Aufforstungsprojekt fortzufahren. Aber es stellte sich das Problem des wahllosen Holzeinschlags durch einige Personen aus der Gemeinde und Holzhändler der Region. Daher entstand ein politischer und legaler Konflikt, der es unmöglich machte, die begonnenen Arbeiten fortzuführen. In dieser Zeit wurde eine Befragung für die Formulierung des Gesetzes zur Territorialen Ordnung durchgeführt für die Formulierung des Vorschlags der indigenen Bewegung, ein Thema, dass von den Autoritäten des Reservats gefördert wurde. Eine Frage im Rahmen der Erhebung bezog sich auf die Kontrolle der Naturressourcen.

Mit den Autoritäten des Reservats kam man zu der Übereinkunft, die wahllose Nutzung des Holzes zu unterbinden und verband damit die Verabredung,

²³ Nohelia Bedoya, Gladis Martinez und Andere: Diagnóstico del estado actual de los recursos naturales en la reserva indígena Kuna de Caiman Nuevo con énfasis en el río Caiman. Documento mecanografiado. Medellín, Universidad Nacional de Colombia, 1990.

dass ein interdisziplinäres Arbeitsteam gemeinsam einen Plan der Ressourcenbewirtschaftung ausarbeiten sollte.

Als Methodologie begleitete man die Autoritäten bei einigen Aspekten des internen Konfliktes. Man entwarf einen Plan von Workshops und führte diesen durch²⁴, daran nahmen unter anderen die *sailas*, die Botaniker, Frauen und Alte teil. Nach diesem Reflektionsprozess war es klar, dass wenn man nicht über die gesamte Verwaltung des Territoriums spricht, es keine Kontrolle des Wassereinzugsgebietes und der Naturressourcen geben würde und dass dann auch keine Zukunft für die Tule als Volk in diesem Reservat existieren würde.

Die Strategie der vier „R“ Ein Weg

Die Tule von Ipkikuntiwala haben sich in internen Diskussionen gefragt: Wohin gehen wir, wohin geht unsere Organisation? Als Antwort haben Führer der Gemeinde vor vier Jahren als Sprecher der *sailas* einen Vorschlag gemacht, die Strategie der vier „R“: rückerobern (*recuperar*), wieder festigen (*reafirmar*), wieder aufnehmen (*retomar*) und wieder schaffen (*recrear*):

- *Rückerobern* bedeutet, sich an die Tradition und an die Veränderungen erinnern, die das Territorium erlitten hat sowie das Wissen über die Lage der *kalus* und *pirias* identifizieren und sozialisieren, ein Wissen, das den meisten Mitgliedern der Gemeinde verloren gegangen war.
- *Wieder festigen* der eigenen Regierung und des Willens, diese nicht nur aufrecht zu erhalten sondern zu stärken und damit einen Teil der Legitimität zurück zu gewinnen, die sie verloren hat. Folglich ist es für jedweden Vorschlag der territorialen Verwaltung grundlegend und entscheidend, von der jetzigen Regierung Tule auszugehen.
- *Wieder aufnehmen* hat einen Ausdruck in der erneuten Aneignung von Organisationsformen gefunden, die in anderen Gemeinschaften erfolgreich waren, wodurch neue Arbeitsweisen im Team in die Struktur der traditionellen Regierung aufgenommen und angepasst wurden.
- *Wieder schaffen* war die Suche neuer Regeln die man zuvor nicht benötigte und die es bis heute noch nicht gegeben hatte, um Problemen begegnen zu können, die sich auch nicht lösen lassen, wenn man staatliche Normen anwendet.
- Um einen Bewirtschaftungsplan vorzuschlagen und voranzutreiben, der die Kontrolle der Naturressourcen in dem Wassereinzugsgebiet des Flus-

²⁴ Die Workshops drehten sich um die Rückgewinnung und Sozialisierung des Historischen Gedächtnisses und um den interkulturellen und interdisziplinären Dialog.

ses Ipkikuntiwala erlaubt, ist es notwendig, Elemente, die aus der Kombination der Strategien der vier R entstehen, anzuwenden.

- Als Ergebnis dieses Versuches sich das Territorium erneut anzueignen und es zu kontrollieren, wurden die Orte der *kalus*, *pririas* und Sümpfe identifiziert; man hat bestimmte traditionelle Nutzungs- und Bewirtschaftungs-Regeln wieder festgesetzt, vor allem in Bezug darauf die heiligen Stätten und Zonen besonderer Bewirtschaftung; man hat Konsens gegenüber neuen Regeln und Instanzen der Diskussion erzielt, um Konflikte zu schlichten und gemeinsame Entscheidungen mit den *sailas* fällen zu können; man hat Kontrollformen mit den partikularen und nicht hinzugezogenen Unternehmen über das Holzfällen erprobt.

Zu den größten Schwierigkeiten, neben den bereits erwähnten gehört die Ineffizienz der staatlichen Normen und Institutionen, die damit beauftragt sind, eine Kontrolle der Naturressourcen auszuüben, da die Vorgehensweisen und Sanktionssysteme Strafen und andere Maßnahmen von Polizei, Verwaltung und Strafgericht nur begrenzten Einfluss besitzen. Man konnte nur mit dem guten Willen einiger Funktionäre von INDERENA rechnen, die eher weniger legale Instrumente anwenden wollten und bereit waren, eine Kontrolle des beeinträchtigten Waldes zu unterstützen .

Die Aufgabe, die begonnen wurde, stellt einen langen und schweren Weg dar, auf dem bis jetzt vor allem die Schwierigkeiten und Hindernisse mehr hervorstecken als die Fortschritte, wobei man sowohl den internen als auch den externen Druck berücksichtigen muss, der aus der internen Generationenspaltung, aus den agroindustriellen Produktions- und Handelsformen, aus der Politik, der Gewalt und der kulturellen Krise hervorgeht.

Literatur

- Anonym (ohne Datum): *Los Kunas*, Santafé de Bogotá, vielfältiges Dokument, Dokumentationszentrum OIA.
- Anonym (1994): *Boletín sobre el primer encuentro interdisciplinario de la historia médica antioquena*, Medellín, November.
- Bedoya, Nohelia; Martínez, Gladis et al. (1990): *Diagnóstico del estado actual de los recursos naturales en la reserva indígena Kuna de Caimán Nuevo con énfasis en el río Caimán*, Medellín vielfältiges Manuskript, Universidad Nacional de Colombia.
- Castano, Liliana; Marquez, Sergio und López Norberto (1994): *Composición, estructura y uso del bosque en el resguardo indígena Cuna de Caimán Nuevo. Trabajo de grado*. Universidad de Antioquia.

-
- Espinal, L.S. et al. (1977): *Zonas de vida o formaciones vegetales de Colombia*, IGAC, Vol XII (11)
- Giordano, Carlos R. (1977) Los indios Ciuna riquza legendaria de Panamá, in: *Revista de Geografía Universal*, Julio.
- Herrera, Leonor und Cardalle, Mariana (1974): Mitología Cuna, según Alfonso Díaz Granados, in: *Revista Colombiana de Antropología*, Bogotá 17:206;
- Morales, Jorge E.(1993): Fauna, trabajo y enfermedad entre los Cuna, in: Francois Correa, *La selva humanizada*, Bogotá, CEREC.
- OIA (1992): *Diagnóstico de las comunidades indígenas de Urabá*, Medellín, verfielfältigtes Dokument, Dokumentationszentrum OIA.
- OIA (1992): *Plan de etnodesarrollo para las comunidades indígenas de Antioquia*, Medellín, vervielfältigtes Dokument, Dokumentationszentrum der OIA.
- OEA (1977): *Estudio para la orientación del desarrollo integral de la región del Darién Colombiana*. Proyecto Darién.
- Vargas, Patricia (1989): Una interpretación sobre las relaciones entre los Emberas y los Cunas. In: *Memorias del simposio sobre cultura Embera*, Quinto congreso colombiano de antropología.

Postskriptum²⁵**Reflektion über die Situation in der Nation Kuna Tule****„Wir singen, um nicht zu sterben“**

Nach der im Artikel „Die Mutter Erde ist bloßgelegt“ beschriebenen Erfahrung wurde ein Landkomitee im Reservat Ipkikuntiwala (Caimán Nuevo) eingesetzt; dieses bedeutete eine Unterstützung für die Sailas und die Gemeinschaft. Um anderen Problemen begegnen zu können konnte man den Widerstand und die Einheit stärken und konsolidieren. Dies geschah mit dem Ziel als Jahrtausende alte Nation weiterzuleben, unser uraltes Wissen, unsere Werte und Prinzipien gemäß dem Vermächtnis von Baba und Nana Igal der Kuna Tule Nation weiterzuentwickeln.

Trotz der politischen Gewalt der Region, die zeitweise die massive Vertreibung in Richtung Panama erforderlich zu machen Schein und die Existenz der Gemeinschaft zu gefährden Schein können wichtige Errungenschaften dieser Jahre hervorgehoben werden:

Die eigenen Organisationsweisen werden erhalten, José David Castrillón Jaramillo ist die jetzige Autorität der Gemeinschaft, Faustino Vicente Arteaga leitet Caiman Bajo und Caiman Alto mit seinen der Tule Regierung gemäßen Arbeitsstrukturen. Die Gemeinschaft wird durch ein Komitee vertreten, das aus den Autoritäten, Weisen, Botanikern, Lehrern und Gesundheitspromotoren, Frauen, Landkomitee etc. besteht. Die verschiedenen Komitees begleiten die kollektiven kulturellen und spirituellen Arbeiten der Gemeinschaft.

Man hat erreicht, die Beziehung mit der gesamten Nation Kuna Tule aufrechtzuerhalten, die aus den Landkreisen Kuna Yala, Mdungandi und Wargandi, dem Volk Takarkunyala in der Republik Panama und den Reservaten Ipkikuntiwala (Caimán Nuevo) und Makilakuntiwala (Arquíá) besteht, die in der Republik Kolumbien liegen und wo über 70 Tausend Kuna Tulemal leben, die in diesen Gebieten ihre kulturelle Identität aufrecht erhalten haben und Widerstand gegen jegliches Aufoktroieren der destruktiven staatlichen Politiken leistet.

Der Kongress der Nation Kuna Tule wurde als unabhängige Instanz von den allgemeinen Kongressen jedes Landkreises und Reservats geschaffen und aufrecht erhalten, der über die Stärkung, Einheit und kulturelle Identität des Volkes wachen wird und dadurch die gerechte Beteiligung von Frauen und Jugendlichen zusammen mit den uralten Autoritäten garantiert, ohne geographische Barrieren und ohne von den Staaten aufgezwungene Grenzen.

Mit politischer Unterstützung unserer regionalen Organisation hat mit der Sanierung des Territoriums fortgefahren, heute sind es insgesamt 9.459,3²⁶ Hek-

²⁵ Verfasst 15 Jahre später zu Jahresbeginn 2010.

tar, die von dem Kolumbianischen Institut der Agrarreform²⁷ – INCORA – heute bekannt als INCODER erworben wurden. Es befinden sich nur noch 10 Siedler in dem Reservat.

Die Gebiete des Reservats die zurückgewonnen werden sollten, sind alle- samt Brachen. Die Gemeinschaft hat sie unberührt gelassen, um die natürliche Aufforstung zu ermöglichen. Das dauerhafte Gleichgewicht der Wasserein- zugsgebiete, Wälder, Fauna und Flora, Sümpfe und Lagunen, Flüsse, Bäche und Schichten der Mutter Erde, Luft, mineralische Ressourcen wurde aufrecht erhal- ten; von den heiligen Räumen, Räumen, die das Leben regulieren, Orten des geistigen Schutzes und Habitat der Könige, die die Naturräume regeln.

Die Liste der erwähnten Errungenschaften bedeutet nicht, dass alle Proble- me des Territoriums gelöst sind. De facto ist die Straße Turbo-Necoclí, die das Reservat durchquert zu 100% asphaltiert; das führt zu einer anderen Situation der Marktbeziehungen und einem größeren Kontakt mit den Nachbarn aus den Distrikten der Region. Weiterhin besteht eine starke Tendenz unter den Jugend- lichen zugunsten der Marktwirtschaft und die entsprechende Konsumkultur er- weitert die Kluft zwischen den Generationen, die u der Schwächung der uralten Autoritäten beigetragen hat. Dieses Problem und einige interne Konflikte und Beanstandungen durch Mitgliedern der Gemeinschaft²⁸ in Bezug auf gewisse Gebiete der Agrarexpansion, die sich individuell auf gewissen Gebieten des Re- servats ausgebreitet haben, sind Fragen, die noch zu lösen sind.

Aus dem Spanischen von Clarita Müller-Plantenberg

²⁶ Ampliación del resguardo la resolución # 73 diciembre 02 de 1992 por el Instituto Colombiano de la Reforma Agraria –INCORA–, por Jairo Andrés Agudelo, profesional especializado-técnico SIG, julio 25 de 1997.

²⁷ Instituto Colombiano de la Reforma Agraria.

²⁸ "comunario"

Kupfer

Auseinandersetzungen um Kupferbergbau

In dem Konflikt zwischen den Embera im kolumbianischen Chocó und einer nordamerikanischen Bergbaugesellschaft geht es um Kupfer. Die Embera des Reservats Urada-Jiguamiandó hatten bereits Aggressionen von Seiten des Konzerns zu spüren bekommen. Seit Dezember 2009 ist das Gebiet militarisiert, was am 30. Januar 2010 zur Bombardierung des Weilers Alto Guayabal führte, bei der mehrere Menschen verletzt wurden. Eine schwerwiegende Menschenrechtsverletzung, die von der Regierung als bedauerlicher Fehler abgetan wurde.

Die Embera versuchen aber weiter ihr Territorium zu verteidigen. Sie stellten ein Schutzgesuch und appellierten an die internationale Öffentlichkeit. Ihr Reservat ist ein bewaldetes Gebiet am Atrato-Fluss. Die nächste größere Stadt ist Murindó.

Indigene Gemeinschaften der Embera verteidigen ihr Leben gegen das Bergbauprojekt

Guadalupe Rodriguez

Das Bergbauprojekt Mandé Norte/ Murindó des nordamerikanischen Bergbauunternehmens Muriel Mining Corporation befindet sich auf einem indigenen Territorium inmitten einem der letzten tropischen Regenwälder des Planeten und in dem in Bezug auf Menschenrechte konfliktivsten Land Lateinamerikas.

Die Meldungen über die Verletzung von Grundrechten im Zusammenhang mit Bergbauprojekten reißen nicht ab. Kleinbauern, Indigene und Schwarzen Gemeinschaften werden ermordet, bedroht, gefoltert, eingeschüchtert oder vertrieben, wenn sie ihre Existenz und ihre Territorien gegenüber dem Rohstoffabbau verteidigen. Im Morgengrauen des 30. Januar 2010 wurde die Gemeinschaft Alto Guayabal in dem Reservat Uradá-Jiguamiandó vom kolumbianischen Militär bombardiert, wobei ein Baby getötet und mehrere Mitglieder einer Familie verletzt wurden¹. Die Indigenen sollen von ihrem Territorium vertrieben werden, um freien Zugang für den Bergbau zu erreichen. Die Unsicherheit, die durch das Erscheinen der Bergbaugesellschaft und der Militärs geschaffen worden war, führte zum Selbstmord von acht Frauen der Gemeinde. Weitere Frauen sprechen davon, dass sie sich das Leben nehmen wollen

Die Embera leben im Chocó

Der Chocó ist eine tropische Waldregion die sich entlang der Pazifikküste vom Süden Panamas über Kolumbien bis nach Ecuador erstreckt. Der Chocó ist nicht nur die Heimat von etwa dreißig indigenen Völkern, sondern auch eine der Regionen mit der höchsten Biodiversität der Welt.

Es ist nicht leicht in Kolumbien

Die indigenen Völker Kolumbiens sehen ihr Überleben ernsthaft gefährdet. Das wurde von dem Kolumbianischen Verfassungsgericht unlängst bestätigt.² Es sieht die Embera auf Grund des bewaffneten Konfliktes ernsthaft durch Vertreibung und Auflösung gefährdet – ebenso wie 34 weitere indigene Völker Kolumbiens. Die Megaprojekte auf indigenen Territorien lassen das Ausbrechen neuer bewaffneter Konflikte befürchten. Bei diesem Konflikt wird in den Medien die Komplizenschaft des kolumbianischen Staates mit den Interessen der Unternehmen verschleiert. Dagegen werden die Interessen der lokalen Bevölkerung öffentlich nicht zur Kenntnis genommen obwohl sie die Folgen der Rohstoffin-

¹ <http://www.territoriochocoano.com/secciones/regional/475-advierten-que-bombardeos-en-el-choco-buscan-desplazar-a-los-indigenas.html>

² Auto 004 del 26 de enero de 2009, en: <http://www.acnur.org/biblioteca/pdf/6981.pdf>

teressen erleiden. Vielmehr werden die lokalen Anwohner als Guerilleros mit dem Ziel angeklagt, sie zu kriminalisieren und als Widerständler gegen die beschlossenen Pläne zu eliminieren. Was die kolumbianische Regierung als ihren „Vorschlag zur Entwicklung“ ausgibt, nützt in Wirklichkeit den mächtigen lokalen Unternehmen und vielen Multinationalen Unternehmen, womit die Autonomie der lokalen Bevölkerung schwerstens angegriffen wird.

In diesem Zusammenhang nimmt der Druck auf die indigenen Territorien zu: sie werden invadiert, zunehmend militarisiert, die Mobilität der Menschen wird eingeschränkt, die Ökosysteme werden zerstört. Zurzeit befindet sich die Gemeinschaft der Embera Katío des Reservats Uradá-Jiguamiandó in größter Gefahr vertrieben zu werden.

Der Berg Careperro und die Bergbaukonzession

Den Angaben der indigenen Organisationen Kolumbiens zufolge befinden sich 65 Prozent der jetzigen Bergbaukonzessionen Kolumbiens auf Territorien der indigenen Völker und Schwarzen Gemeinschaften.³

Der Berg Jaicatuma („Klinge der Heiligen“ in der Sprache der Embera) auch als Hundekopf oder Careperro bekannt, liegt in den Regenwäldern des Mittleren Atrato-Flusses. Seit 1959 wurde dieses Gebiet von der kolumbianischen Regierung als Waldschutzzone deklariert. Das Territorium Murindó ist eines der größten indigenen Territorien in Kolumbien und gehört legal mehreren lokalen indigenen- und Schwarzen Gemeinschaften.

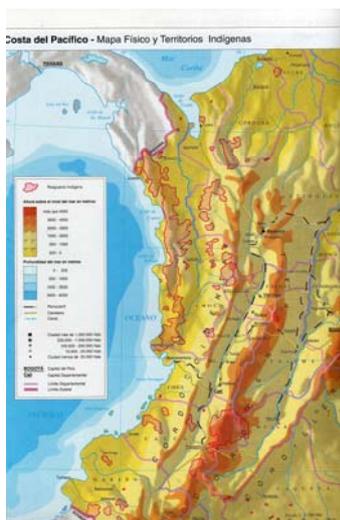


Abb.1 Die Pazifikküste Kolumbiens; Abb. 2 Die durch das Bergbauprojekt betroffenen Reservate Uradá-Jiguamiandó und Rio Murindó ONIC, CECOIN, GhK: Territorios Indígenas y Grandes Proyectos Colombia, Bogota 1995

³“Más de la mitad de las concesiones mineras en Colombia está en tierras indígenas y de negros” informó EFE in: <http://www.google.com/hostednews/epa/article/ALeqM5g17hJYnE10KZkw6QIgn97EbVYMNA>

Das Gebiet wurde als Konzession an die nordamerikanische Gesellschaft Muriel Mining Corporation MMC vergeben, die die Explorationsarbeiten am 1. Januar 2009⁴ begann. Sie tat dies zusammen mit einem Bataillon des Nationalen Heeres, das die Arbeit des Multinationalen Konzerns „garantieren“ sollte. Diese Exploration hat gegen den Willen der Einwohner begonnen und vielfältige Auswirkungen auf die Gemeinschaften und Umwelt verursacht, die in der Bombardierung im Januar 2010 gipfelten.

Aus umweltpolitischer Sicht muss festgestellt werden, dass keine Umweltverträglichkeitsstudie existiert. Außerdem wurde von Anfang an beklagt, dass der nordamerikanische Konzern MMC auf unredliche Weise in die indigenen Territorien eindrang. Er nutzte Listen, um die indigenen Führer mit Nahrung, Likör und Geld zu kaufen.

Die Konsultation der Völker

Das Bergbauunternehmen argumentiert, dass es die Gemeinschaften in Bezug auf das Projekt konsultiert habe, und weist ein vermeintliches Protokoll dieser vorherigen Konsultation vor. Die indigenen Autoritäten haben jedoch wiederholt die Gültigkeit jener Konsultation negiert. Als Beweis führen sie an, dass jene, die unterschrieben haben, dies als Personen taten und dass sie hereingelegt wurden, als man sie aufforderte Dokumente zu unterschreiben, die nicht Teil der Vorab-Konsultation sind. Die zuvor konsultierten Personen leben nicht einmal in dem betroffenen Territorium.

Auf Grund der fehlenden Vorab-Konsultation über das Projekt, und des frontalen Widerstands der Bevölkerung ihm gegenüber, haben die indigenen Gemeinschaften die Initiative ergriffen. Da sie das Recht auf Vorab-Konsultation⁵ und darauf, ihre Entwicklung gemäß ihrer Kosmvisionen zu planen. Die Embera haben daher entschieden, eine eigene Konsultation durchzuführen, die sehr erfolgreich war. Das Endresultat war ein klares NEIN zum Bergbau auf ihrem Territorium. Diese Konsultation war die erste ihrer Art in Kolumbien.

Sie wollten damit größeren politischen Druck aufbauen und erreichen, dass die Konsultation legal vom Staat anerkannt wird, da es sich um ein Projekt handelt, das auf Territorien stattfindet, die sich im kollektiven Eigentum befinden.

4 Nur eines von vier Bergbauprojekten ist auf Embera Territorium. Die anderen drei sind: das von Quinchia, Risaralda (von dem Unternehmen Kedhada, Tochterunternehmen des englisch-südafrikanischen Konzerns Anglo Gold Ashanti); das Projekt Marmato-Caramanta in den Departmenten Caldas und Antioquien (von dem kanadischen Konzern Colombia Goldfields); und das Projekt Supia-Riosucio, von dem erwähnten Konzern Gold Ashanti.

5 Das steht in der Verfassung von 1991 und in der Konvention 169 der IAO. Es ist auch ratifiziert in dem Gesetz 21 von 1991 das Verfassungsrang besitzt, Gesetze wie das Gesetz 685 von 2001 (Bergbaukodex) und das Gesetzesprojekt No 334 von 2008 werden formuliert und verabschiedet, was es erlaubt Tagebergbau und Untertagebau durchzuführen.

Der kolumbianische Staat und der Bergbaukonzern Muriel Mining Corporation sollen die Gemeinschaftsentscheidung gegen das Bergbauprojekt auf ihren Territorien anerkennen. Eine eingereichte Schutzaktion (Acción de Tutela) vor dem Obersten Gericht wurde abgewiesen, da dieses überraschenderweise zugunsten des nordamerikanischen Bergbaukonzerns entschied.

Gleichzeitig erkennt der Bergbaukonzern auch nicht den im Februar 2009 lokal organisierten Volksentscheid an. Auf Grund der Militarisierung und der Attacken in dem Gebiet vermutet man, dass er beabsichtigt, mit seinen Plänen der Ausbeutung dieser Region unmittelbar fortzufahren. Zurzeit wird – trotz der Forderungen von Seiten der Gemeinschaften – kein Dialog über die Beendigung der Militarisierung der Region und der Erkundung geführt. Auf Nachfrage weist der Konzern bis dato jegliche Mitverantwortung für die Luftangriffe auf die Gemeinschaft zurück. Jedoch meinen die betroffenen indigenen Gemeinschaften und die indigenen Organisationen, dass der Konzern verantwortlich ist.

Der Bergbaukonzern negiert nicht nur seine Verantwortung sondern versucht darüber hinaus, die Menschenrechtsorganisationen, die für die Bevölkerung eintreten, wie die Ökumenische Kommission der Kirchen Justicia y Paz und die internationale Organisation Peace Brigades International⁶ in Verruf zu bringen.

Was ist das Potential des Projektes und wer hat Interesse daran?

1975 wurden die Lagerstätten der Region von Ingeominas im Rahmen eines von der UNO finanzierten Projektes untersucht. Damals fand man einen hohen Kupfergehalt (es ist die größte Lagerstätte dieser Art im Land), Molybdän und lokal Gold. Diese Untersuchung wurde in den 90er Jahren zu Ende geführt. Die Lagerstätten befinden sich an den östlichen Berghängen einer kleinen Gebirgsgruppe nördlich von Murindó und 165 km nordöstlich von Medellín. Die Muriel Mining Corporation erwarb die Bergbaukonzession 2001. Die Bevölkerung wusste jedoch bis 2005 nicht, dass Bergbaukonzerne die Vorkommen der Region des Cerro Cara de Perro abbauen wollten.

Der Sitz des Konzerns Muriel Mining Corporation ist in Denver, Colorado (USA). Er hat auch in Medellín und Bogota eine Vertretung. Die Familie Juilland, Inhaberin der Muriel besitzt einige andere Bergbauunternehmen in verschiedenen Ländern. Unter anderem die Goldplata Resources, von der die Goldplata Kolumbien eine Filiale ist. Diese hat drei Bergbauprojekte in Kolumbien: Titiribí, Acandí y Murindó⁷. Seit dem Jahr 2005, befindet sich die Muriel

⁶ <http://justiciaypazcolombia.com/Acusaciones-de-la-Muriel-Mining>

⁷ Goldplata, Big Plans, John Chadwick, 2008 en

<http://www.infomine.com/publications/docs/InternationalMining/Chadwick2008ff.pdf>

Mining Corporation in einem joint venture (30% : 70%) mit dem Multinationalen Konzern Rio Tinto⁸, einem der größten Bergbaukonzerne der Welt.

Der Name des Projektes ist Mandé Norte. Der erste Teil des Projektes ist im Department Chocó, der zweite Teil wird sich nach Antioquien ausdehnen.

Nach der Bombardierung durch das kolumbianische Militär tauchten überraschend die Namen anderer Bergbaukonzerne wie der Ashanti Gold oder der Glencore auf, aber noch gibt es für die indigenen Organisationen keine Beweise für deren Interesse in der Region.

Warum Widerstand

Die Embera Gemeinschaft sah sich schon einmal im Jahr 2000 gezwungen, das Territorium zu verlassen, nachdem sie in ähnlicher Weise bombardiert und terrorisiert worden war. Damals wurde keine Anklage erhoben und die Umstände der Vertreibung wurden nicht aufgeklärt. Fünf Personen der indigenen Gemeinschaft verschwanden und bis heute ist nicht aufgeklärt worden, was mit ihnen geschehen ist. Im August 2008, entschieden die Indigenen nach Alto Guayabal zurückzukehren. Zwischen Dezember 2008 und Januar 2009 kam das kolumbianische Heer und der Bergbaukonzern Muriel Mining Corporation in das Territorium. Letztere installierte Camps für die Arbeiter und einen Hubschrauber-Landeplatz auf dem Heiligen Hügel der Embera, wofür sie einen Großteil des Waldes abholzte.

Das ist nicht die einzige Vorgeschichte, sondern man erinnert sich im Territorium noch daran, was vor wenigen Jahren in Alto Andaguada geschah, wo der Abbau einer Goldmine den Tod von 400 Embera und massive Vertreibungen, die die Kultur und die Organisation dieser Gemeinschaft zerstörten, zur Folge hatte. Die Emberas sahen sich gezwungen, ihre Gemeinschaften im Umkreis des Alto Andaguada zu verlassen und müssen zurzeit auf den Straßen der Städte um Almosen bitten⁹.

Im Allgemeinen pflegen die Prioritäten der Regierung für die Entwicklung des Landes – gemäß der Richtung der neoliberalen Politik – nicht mit der Vision des „Guten Lebens“ der Indigenen überein zustimmen. Die Bergbauprojekte befinden sich auf einer Reihe von Heiligen Stätten der Embera. Dieses sind die Orte ihrer Spiritualität. Es mag für uns schwer nachvollziehbar sein, aber sie sind ein zentraler Teil ihrer Existenz, ihres Lebens, ihrer Kultur, ihrer Medizin.

⁸Chadwick 2006 und 2008 und Auplata sagt in seinem * informe anual para 2006*

<http://www.auplata.fr/en/pdf/RAPPORT%20ANNUUEL%202006.pdf>

auf der Seite 99/161 "Le 1er février 2005, à Lima, les gisements en cuivre de MURINDO ont fait l'objet de la signature d'un Joint Venture avec la société minière RIO TINTO ZINC Ltd." lo que significa de que Muriel y Rio Tinto Zinc han concluido un contrato sobre el yacimiento de cobre de Murindo el 1 de febrero de 2005".

⁹ El oro y la sangre, Juan José Hoyos, 1994, Planeta, Bogotá (Premio Germán Arciniegas de periodismo)

Weiter oben haben wir bereits die Bedeutung der Region Chocó in Bezug auf die Biodiversität erwähnt. Nicht zufällig sind viele dieser Heiligen Stätten dort, wo sich Wasserquellen befinden, die unbedingt geschützt werden müssen, wenn man in dieser Region leben will.

In Kenntnis ihrer Rechte besetzten über 600¹⁰ Embera drei Monate lang den Hubschrauber-Landeplatz und das Lager der Arbeiter, das der ausländische Konzern auf dem Heiligen Ort etabliert hatte. „Unter keinen Umständen werden wir die Plünderung unseres uralten Territoriums erlauben. Wir machen die Nationale Regierung, die Multinationalen Unternehmen und ihre Regierungen verantwortlich für die kulturellen und ökologischen Auswirkungen und für den Verlust von Menschenleben des Emberavolkes, das seine kulturellen und territorialen Rechte verteidigt“, das ist die Position der indigenen Organisationen in Bezug auf das Bergbauprojekt.

Die Auswirkungen, die das Bergbauprojekt bereits auf das Territorium und auf die lokalen Gemeinschaften hatte

Außer der erwähnten Bombardierung, die die Abfolge der Aggressionen gegenüber den Indigenen auf die Spitze treibt, und obwohl sich das Bergbauprojekt in seiner Anfangsphase der Erkundung befindet, sind der Bevölkerung tatsächlich schon viele Schäden entstanden. Sie alle sind straflos geblieben und geschehen mit der Komplizenschaft der Verantwortlichen auf nationaler und lokaler Ebene. Vielfältige Verletzungen der Menschenrechte und indigenen Rechte wurden ausgeübt, ebenso des nationalen und internationalen Rechts. Dazu gehören: Verletzung der territorialen Rechte der indigenen Gemeinschaften, was das Überleben der Gemeinschaften als solche gefährdet. Es starben bereits vier Babys und wiederholt wurde das Leben einzelner Personen gefährdet.

Hier muss auch die durch Militäroperationen geförderte Panikstimmung der Bevölkerung erwähnt werden. Das Gebiet wurde in Unterstützung der Interessen des Bergbauunternehmens militarisiert, illegale Durchsuchungen fanden statt, dabei wurden Kapuzen benutzt, um die Identität der Einheiten zu verheimlichen. Die Embera haben Landminen in ihrem Territorium denunziert, da diese die Freizügigkeit in dem Territorium einschränken und außerdem drohen, weitere irreparablen Schäden für das Leben der Personen mit sich zu bringen. Die Gemeinschaften werden laufend mit inhumanen Methoden eingeschüchtert. Auch wurde von einer Reihe von Amtsmissbräuchen berichtet.

Trotz der wiederholten Bitten von Seiten der Bewohner, haben weder das Unternehmen noch die Regierung, die für das Geschehen verantwortlich sind, den Ort aufgesucht, um in einen Dialog zu treten.

Was kann die internationale Gemeinschaft tun

¹⁰ <http://www.elespectador.com/artículo/111873-mas-de-600-indigenas-se-establecen-cerro-impedir-mineria>.

Die internationale Gemeinschaft kann in Fällen wie dem der Bedrohung der indigenen Völker viel tun. Im besonderen Fall der Embera gibt es verschiedene Aktionsmöglichkeiten:

- Eine ganz allgemeine Linie ist es, die offizielle kolumbianische Politik der Auslieferung der Rohstoffe auf indigenen Territorien und der lokalen Gemeinschaften an die Multinationalen und die Militarisierung, die das mit beinhaltet, zurückzuweisen. Das ist die Aufgabe unserer Regierungen, die jedoch Wirtschaftsabkommen den Menschenrechtsfragen vorziehen.¹¹ Daher ist es die Aufgabe der Zivilgesellschaft darüber zu wachen und Forderungen an unsere Regierungen in Bezug auf unsere Beziehungen zu Kolumbien zu stellen.
- In diesem besonderen Fall müssen die kolumbianischen Militärs in der Region gedrängt werden, die Rechte der Indigenen zu beachten, die legitimen Widerstand leisten und ihr Territorium verteidigen. Sowohl Organisationen wie Einzelpersonen können sich an die Autoritäten und an das kolumbianische Militär richten und sich offen gegen die Verletzung der Rechte des indigenen Volkes der Embera wenden, indem sie ihr Entsetzen in Bezug auf die Bombardierung äußern und eine vollkommene Klärung der Tatsachen, eine Wiedergutmachung der entstandenen Schäden fordern.¹² Auf der Internetseite der Nichtregierungsorganisation „Rettet den Regenwald“ steht ein entsprechender Protestbrief zur Verfügung. (<https://www.regenwald.org/protestaktion.php?id=533>)

¹¹ Unión Europea aprueba negociar TLC con Colombia y Perú (19-2-2010), en: http://www.elespectador.com/node/109097_y Colombia y Europa a punto de firmar el TLC (24-2-2010), en: <http://www.elpais.com.co/paisonline/notas/Septiembre222009/tratadoeuropa.html>

¹² Briefe können gerichtet werden an: **FRANCISCO SANTOS** Vicepresidencia de la República; **FABIO VALENCIA COSSIO** Ministro del Interior ; **JAIME BERMÚDEZ** Ministro de Relaciones Exteriores; **CARLOS COSTA** Ministro de Medio Ambiente; **HERNÁN MARTÍNEZ** Ministro de Minas y Energía ; **FERNANDO PAREJA** Vice Fiscal General de la Nación; **ALEJANDRO ORDOÑEZ** Procurador General de la Nación; **VOLMAR PÉREZ** Defensor Nacional del Pueblo

Die Europäische Union und die Rohstoffgewinnung

Die Europäische Union ist dabei eine neue Rohstoff-Strategie auszuarbeiten. Diese Politik, die zurzeit als „strategische Linien“ aufgelistet ist, wird langsam in Gesetzesvorhaben und Gesetze umgesetzt. Im Moment ist es entscheidend, Parlamentariern und der Öffentlichkeit die Konsequenzen zu erläutern, die die europäischen Politiken in Bezug auf die Versorgung mit Rohstoffen und Naturressourcen hat.

Zunächst mag es so aussehen als gäbe es keine direkten Verbindungen der Europäischen Union mit dem Bergbauprojekt. Aber gemäß der Europäischen Kommission steigt die Nachfrage nach Metallen für die Produktion von Konsumgütern und für die Hochtechnologie. Die europäischen Konzerne sind sehr stark vom Import vieler Rohstoffe (die Metalle und Mineralien einschließen) abhängig. Um ihre Interessen zu schützen, arbeiten die Industrie – innerhalb ihrer Grenzen – und die Europäische Union diese Strategie aus: um ihre Wettbewerbsfähigkeit garantieren zu können und um „den Zugang zu Ressourcen“ in allen Handelsverträgen zu garantieren und um diesen Aspekt zukünftig in der Entwicklungspolitik zu klären¹³. Diese Strategie wurde in Europa öffentlich als etwas Positives vorgestellt, und mit Begriffen wie “nachhaltiger Bergbau” und “Entwicklungshilfe” geschmückt. Aber in der Praxis handelt es sich um eine aggressive Handelspraxis, in Bezug auf den Wettbewerb mit den Wirtschaften von Schwellenländern wie China und Indien.¹⁴

Außerdem ist der Bergbau definitionsgemäß eine nicht nachhaltige Aktivität, die auf der Extraktion nicht erneuerbarer Ressourcen basiert, die gewaltige Mengen von Wasser benötigt und sehr umweltschädliche Reststoffe und andere ökologische Schäden mit sich bringt¹⁵. Man spricht von Hochtechnologie und neuen Abbaumethoden, die umweltverträglicher sind. Initiativen, die den Bergbau als nachhaltig präsentieren, werden von Vielen als „grün geschminkt“ angesehen. Hier bleibt nur zu fragen: sind wir von der Europäischen Union solche Konsumenten und so gewinnsüchtig, dass wir ein “Auge zudrücken” wenn von Verletzungen der Menschenrechte und der Vernichtung von indigenen Völkern sowie der Umweltzerstörung die Rede ist, die systematisch in den Ländern des Südens geschieht, um die Industrieländer mit Rohstoffen zu versorgen, die wir täglich brauchen?

Man kann den Widerstand, den die Embera Gemeinde in Verteidigung ihres Territoriums leistet, direkt unterstützen und begleiten. Indem man vom kolumbianischen Staat erbittet, dass er die Resultate der Vorab-Konsultation der

13 “European Commission proposes new strategy to address EU critical needs for raw materials” en http://ec.europa.eu/enterprise/newsroom/cf/itemlongdetail.cfm?item_id=1893

14 La Unión Europea: ¡A por los pobres!, Matteo Guainazzi, en: <http://www.attac.es/la-union-europea-%C2%A1a-por-los-pobres/>

15 Minería Impactos, Movimiento Mundial por los Bosques Tropicales WRM, 2004

Embera, die zwischen dem 24 und 28 Februar 2009 von den Gemeinschaften in Bezug auf das Bergbauprojekt durchgeführt wurde, anerkennt. Weiterhin müssen die öffentlichen Institutionen dazu gedrängt werden, die Einhaltung der Menschenrechte zu überwachen (Procuraduría General, Defensoría del Pueblo, Personerías y Organizaciones de Derechos Humanos) die Beendigung unternehmerischen Handelns, wenn es gegen die Menschenrechte verstößt, einzufordern.

Die internationale Unterstützungskampagne befindet sich im Aufbau. Die Gemeinschaft benötigt und wünscht sich eine Begleitung von Politikern, Journalisten, Gruppen, Organisationen, Einzelpersonen, die fähig und bereit sind dabei mitzuarbeiten, dass die Verletzung der Menschenrechte und die Umweltschäden bekannt gemacht werden und die Rechte der Embera verteidigt und unterstützt werden.

Eine Untersuchungskommission, die am 5. und 6. Februar 2010 vor Ort war und an der die *Defensoria del Pueblo* Kolumbiens, die Indigene Organisation Antioquiens, (OIA), die Nationale Indianerorganisation Kolumbiens (ONIC), die ökumenische Kommission ‚*Justicia y Paz*‘ und Rettet den Regenwald teilnahmen, stellte fest, dass die große Gefahr besteht, dass die Embera Gemeinde vertrieben werden. Eine gemischte ständige Kommission aus Vertretern der indigenen und Unterstützerorganisationen soll eingerichtet werden. Diese wird einen ausführlichen Bericht über die Situation erstellen, Informationen über die Situation der Embera Katío auf internationaler Ebene verbreitern und eine ständige Begleitung zur Überprüfung der Situation der Gemeinschaft mit besonderer Berücksichtigung der Frauen sicherstellen.

Beziehungen zwischen Deutschland und Kolumbien: Menschenrechte werden mit Füßen getreten, Merkel und Uribe schütteln sich die Hände

Es soll sehr klar gesagt werden, was diese Situation mit der Europäischen Union (siehe Kasten weiter oben) und Deutschland zu tun haben. In Bezug auf Deutschland erinnern wir uns daran, wie der kolumbianische Präsident Alvaro Uribe zu Beginn des Jahres 2009 Deutschland besuchte und sich mit der Kanzlerin Merkel traf.

Während der gemeinsamen Pressekonferenz am 31. Januar 2009¹⁶ erklärte die Kanzlerin, dass „Deutschland über das Außenministerium den Friedensprozess in Kolumbien begleite.“ Die Kanzlerin fuhr fort, „Die Bundesrepublik Deutschland möchte alles tun damit eine friedliche, demokratische, erfolgreiche Entwicklung von Kolumbien möglich wird“ und dass die Situation der Menschenrechte sich unbestritten verbessert habe. Mit diesen Worten beantwortete sie die Fragen der Journalisten danach, warum Deutschland Handelsbeziehungen mit

16 http://www.bundesregierung.de/nn_774/Content/DE/Artikel/2009/01/2009-01-31-merkel-kolumbien.html.

einem Land unterhalte, dessen Regierung die Menschenrechte systematisch verletze. Aber während diese Politiker ihre Erklärungen abgaben und von „Tendenzen“ und „Perspektiven“ in diesem Sinne sprachen, hört die Menschenrechtssituation in Kolumbien nicht auf, sich auf allen Gebieten zu verschlechtern. Aber für Merkel schließen sich "diese Dinge – Wirtschaft und Menschenrechte – nicht aus".

Um weiterhin Geschäfte in Kolumbien zu machen, bezieht sich die Kanzlerin auf „die Vereinten Nationen, die Kolumbien positiv beurteilt haben“. Jedoch die Vereinten Nationen präsentierten ihren Bericht über die Menschenrechtssituation der indigenen Völker in Kolumbien, und dieser stimmt nicht mit den Einschätzungen von Frau Merkel überein. Der Bericht ist das Resultat der Mission, die im Juli 2009 durchgeführt wurde, das heißt nur fünf Monate nach Uribes Besuch in Deutschland. In dem Bericht wird Besorgnis über die vielfältigen Indizien geäußert, die darauf hinweisen, dass die Situation der indigenen Völker im Land nicht mit der Dringlichkeit angegangen wird, wie es der Ernst der Situation erfordert. Im Allgemeinen erlauben die Programme und Politiken der Regierung keinen effektiven Schutz und Einhaltung der Menschenrechte der indigenen Völker des Landes.

Auch erwähnte Merkel, dass die Attacken der Terroristen und Paramilitärs abgenommen hätten. Diese Behauptung überrascht ebenso wie die Tatsache, dass die Kanzlerin so schlecht darüber informiert ist, was in Kolumbien vorgeht, da die Realität ganz genau das Gegenteil ist. Und wie will Deutschland dazu beitragen, dass alles mit Uribe besser werde, wo er doch derjenige ist, der die Hauptverantwortung für diese Situation trägt. Aber während die USA kein Handelsabkommen mit Kolumbien abschließen wollen, weil es die umstrittene Politik von Präsident Álvaro Uribe legitimieren würde, sieht die EU, da kein Problem, da demnächst das Freihandelsabkommen unterschrieben werden soll. Uribe selbst wird verdächtigt, Paramilitärs zu organisieren und gleichzeitig greift er die zivile Bevölkerung mit dem Militär an.

Merkel erklärt, dass sie ihren Besuch in Kolumbien in "außerordentlich guter Erinnerung" habe. Es mag sein, dass das daher rührt, dass man sie nicht an Plätze wie das Territorium der Embera geführt hat. Die Politiker Deutschlands und der Europäischen Union werden die Art der Beziehungen, die sie mit einem Präsidenten wie Uribe unterhalten, erneut überdenken müssen.

*Ausgearbeitet auf der Grundlage von Informationen der betroffenen Gemeinschaften, der Gemeinsamen Kommission der Kirchen und der Organización Indígena de Antioquía OIA, Rettet den Regenwald/ Salva la Selva und weiterer genannter Quellen.

Ein Dank an Mathias Hohmann, Berlin, für Seine wertvolle Kooperation bei der Recherche
Titelphoto: Organización Indígena de Antioquía OIA

Herausforderungen

Große Feinde und kleine Freunde: Herausforderungen für die indigenen Völker Lateinamerikas

Mac Chapin

Ich wurde gebeten, über die Themen meines Artikels „*A Challenge to Conservationists*“, der 2004 im *World Watch Magazine* veröffentlicht wurde¹, zu sprechen.² Jener Artikel behandelte die Art, wie sich die größten Naturschutz-NGO in den letzten zehn Jahren von den indigenen Völkern distanziert und in einigen Fällen geradezu missbräuchlich gegen sie verhalten haben. Im Zentrum stehen die drei größten Organisationen: World Wildlife Fund (WWF)³, Conservation International (CI) und The Nature Conservancy (TNC).

Der Keim zu diesem Artikel wurde Mitte 2003 gelegt, als eine kleine Gruppe privater Stiftungen in den Vereinigten Staaten untereinander über missbräuchlichen Praktiken, von denen sie immer öfter hörten, zu diskutieren begann. Die Stiftungen hatten die großen Naturschutzorganisationen jahrelang unterstützt – die MacArthur Foundation war der wichtigste Geldgeber dieser NGO und die Moore Foundation hatte kurz zuvor CI eine Zuwendung von US\$ 261 Millionen gewährt – und sie waren zurecht darüber besorgt, dass ihr Geld benutzt werden könnte, um Schaden anzurichten. Die Ford Foundation ergriff die Initiative und gab eine Studie zur Untersuchung der Vorwürfe in Auftrag. Sie sollte zunächst Missbrauchsfälle von CI prüfen, aber dann wurde die Untersuchung auch auf WWF und TNC ausgeweitet, um nicht den Eindruck zu erwecken, es ginge nur um CI. Eine kleine Gruppe von Stiftungen schloss sich schließlich der Initiative an und verfolgte die Entwicklung.

Einige Stiftungsvertreter begannen, mich über die Treffen zu informieren und schickten mir Berichte, Memoranden und ihre Eindrücke darüber, wohin sich die Sache entwickeln würde. Die Fordstudie wurde von einem Anthropologen mit Erfahrung in Lateinamerika und einem Wirtschaftswissenschaftler durchgeführt; dann entschieden die Fordvertreter jedoch, die Untersuchung nicht zu veröffentlichen und unter den anderen Mitgliedern der Gruppe entstand die Sorge, dass die Sache einfach fallen gelassen und keine Folgen haben würde. An

¹ *World Watch Magazine* Jg. 17, No. 6, Nov./Dez. 2004, S. 17-31.

² Internationales Seminar: Rückgewinnung des gesellschaftlichen Naturbezuges, Stiftung Adam von Trott e. V. Imshausen, Januar 2009.

³ 1986 änderte der WWF seinen Namen in World Wide Fund for Nature, nannte sich aber in den USA und Kanada weiterhin World Wildlife Fund. Um Verwirrung zu vermeiden, wird in diesem Artikel die Abkürzung WWF verwendet.

diesem Punkt begann ich, meine eigenen Ideen über die Beziehung zwischen den großen Naturschutzorganisationen und indigenen Völkern zu formulieren. Ich erhielt Zugang zu der Fordstudie und interviewte den Anthropologen und den Wirtschaftswissenschaftler; gleichzeitig sammelte ich Informationen und weitete meine Nachforschungen aus. Ich war überrascht, wie viel Material vorhanden war, aber es gab keine schriftlichen Dokumente über Missbrauch seitens der NGO. Mit der Ermutigung verschiedener Stiftungsvertreter und anderer interessierter Parteien nahm der Artikel Gestalt an. Es schien so, als hätten viele Personen eine dezidierte Meinung zu diesem Thema, aber nur wenige wollten sie schriftlich äußern.

Kurz zusammengefasst beschreibt der Artikel das rasche Wachstum der drei Naturschutzorganisationen, ihre immer stärkere Abhängigkeit von einem hohen Geldfluss und ihre immer komplexeren und oft brutalen Methoden der Spendenakquisition, ihre Fokussierung auf für Spender attraktive Naturschutzmodelle auf großer Skala (Hotspots, Ökoregionen, Naturschutzkorridore etc.) und ihre damit einhergehende Distanzierung von der Arbeit mit lokalen Gemeinschaften. Vor 10 oder 15 Jahren hatten sie sich alle verpflichtet, eng mit indigenen Völkern zusammenzuarbeiten und ihre Interessen zu berücksichtigen. In den letzten Jahren jedoch hat sich ihr Ansatz geändert mit dem Ergebnis, dass sie die indigenen Völker nun ignorieren oder sogar in einigen Fällen für ihre Zwecke missbrauchen.

Bevor ich fortfahre, möchte ich zunächst das Problem in einen größeren Kontext stellen, denn es geht nicht nur um die Beziehungen zwischen Naturschutzorganisationen und indigenen Völkern. Tatsächlich sind dies nicht die schwierigsten Probleme, vor denen die indigene Bevölkerung Lateinamerikas heute steht. Sie interagiert mit zahlreichen Außenstehenden, von denen einige gute Absichten haben, andere aber nur auf Plünderung abzielen. Die Zahl dieser Außenstehenden hat in den letzten beiden Jahrzehnten stark zugenommen. Oft ist die Agenda der verschiedenen Gruppen nicht völlig klar. In einigen Fällen haben in den letzten Jahren ihre Größe und Macht zugenommen, in anderen wurde ihre Rolle schwächer. Das Ergebnis ist eine starke Verwirrung und Unsicherheit sowohl aufseiten der indigenen Bevölkerung wie der nicht-indigenen Gruppen.

Die gegenwärtige Situation ist das Resultat der sich ständig ändernden Bedingungen vor Ort, der technologischen Entwicklung bei der Ausbeutung natürlicher Ressourcen und des Wachstums der indigenen Bewegung. Hinzu kommt die wachsende Politisierung der indigenen Bevölkerung bis zu dem Punkt, dass die Spannungen zwischen verschiedenen Gruppen zu offenen Konflikten und Gewalt geführt haben.

Vor fünfzig Jahren lebten die indigenen Gemeinschaften im tropischen Tiefland relativ isoliert. Heute ist diese Isolierung durchbrochen und es gibt eine wachsende Zahl von Eindringlingen: Neben Naturschutzorganisationen sind

NGO auf dem Gebiet der Gemeinschaftsentwicklung und Aktionsgruppen, Spendenagenturen aller Art und Größe, bi- und multilaterale Institutionen, Regierungsbehörden und private Konzerne tätig. Ob sie es wollen oder nicht, müssen die indigenen Völker mit den meisten dieser Außenstehenden umgehen. Um die Dynamik der gegenwärtigen Situation wirklich zu verstehen, müssen wir uns um ihre Politik und Praktiken und die Art ihrer Beziehung zu den indigenen Bewohnern kümmern.

Historischer Kontext

Bis in die frühen sechziger Jahre waren die tropischen Tieflandwälder Amazo- niens, des Guyana-Shield und der zentralamerikanischen Karibikküste in großem Maß intakt und die hier lebenden indigenen Völker waren weitgehend geschützt. Der mexikanische Anthropologe Gonzalo Aguirre Beltrán schrieb, dass die meisten lateinamerikanischen Indigenen „in Zufluchtsgebieten“ leben, wo sie „... *Regionen bewohnen, die besonders feindlich oder für Menschen besonders schwer zugänglich sind und wo die Ausbeutung der vorhandenen Naturressourcen hohe Investitionen erfordert – selbst unter Anwendung moderner Technologie -, die nicht kosteneffektiv sind.*“⁴ Die Versuche, diese Regionen zu kolonisieren und ihre Ressourcen auszubeuten, scheiterten an den schwierigen Transportverhältnissen, den unwirtlichen Lebensbedingungen und der Verbreitung tödlicher Krankheiten wie Malaria und Gelbfieber. Die Versuche von nicht hier lebenden Personen, ständige Siedlungen zu gründen, endeten immer in Katastrophen und waren nur kurzlebig.

Aber dann merkte Aguirre Beltrán an, dass diese entlegenen Zufluchtsgebiete als „*Reserveregionen für die künftige Nutzung der Ressourcen ...*“⁵ anzusehen seien. Neue Technologien würden entwickelt und die Ausbeutung der Naturressourcen möglich werden. Dies wurde schon bald Wirklichkeit und Mitte des letzten Jahrhunderts kam es zu einem Durchbruch auf drei Gebieten: Transport, öffentliches Gesundheitswesen und der Technologie für das Fällen von Bäumen und Rodung.

In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg wurden neue, stärkere und strapazierfähigere Fahrzeuge und Straßenbaumaschinen – Bagger, Planiertrappen, Straßenhobel etc. – entwickelt und diese Technologien fanden ihren Weg in die Tropen. Parallel dazu gab es Fortschritte bei Krankheitsvorbeugung, insbesondere durch die Erfindung von DDT, das in großem Umfang angewendet wurde und dazu diente, die Verbreitung von durch Insekten übertragenen Krankheiten dras-

⁴ *Regiones de Refugio: el desarrollo de la Comunidad y el proceso dominical en mestizo América*, Gonzalo Aguirre Beltrán, Instituto Indigenista Interamericano, Mexiko, 1967, S. 22.

⁵ Ibid.

tisch zu reduzieren.⁶ Und schließlich kam Ende der 1940er Jahre die Kettensäge auf den Markt.

Diese drei Fortschritte ermöglichten es Außenstehenden, in den Tropen zu leben, ohne Angst zu haben, an Malaria oder Gelbfieber – den beiden am meisten gefürchteten Krankheiten – zu erkranken und zu sterben. Innerhalb eines Jahrzehnts hatte die Kolonisierung dieser früher entlegenen Regionen in großem Umfang begonnen. Ein Teil der Kolonisierung war spontan und ungeplant, aber es gab auch Regierungsprogramme, von denen viele von internationalen Finanzinstitutionen wie der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank unterstützt wurden.

Die Fortschritte im öffentlichen Gesundheitswesen hatten auch eine demografische Explosion verursacht, die Spannungen in den bereits dicht bevölkerten Provinzen des Landesinneren vieler lateinamerikanischer Länder verursachte. Die Regierungen begannen nach Wegen zu suchen, um diesen Druck abzubauen. In den frühen sechziger Jahren lancierte die peruanische Regierung ein Programm zur Gründung von Landwirtschaftskolonien im Dschungel des östlichen Andenabhanges. 1964 wurde im Nachbarland Ecuador das Gesetz über Agrarreform und Kolonisierung (*Ley de Reforma Agraria y Colonización*) verabschiedet und Bauern aus dem Hochland wurden ermutigt, sich im amazonischen Tiefland anzusiedeln. In Mittelamerika zeigten sich dieselben Trends während der fünfziger und sechziger Jahre und nahmen in den siebziger Jahren an Intensität mit einer massiven Migration in den karibischen Küstenstreifen am Atlantik zu.

Das brasilianische Amazonasgebiet erlebte ein ähnliches Schicksal, allerdings war hier die Zerstörung wesentlich systematischer und umfangreicher. 1968 stellte die Weltbank dem brasilianischen Bundesstraßensystem US\$ 400 Millionen zur Verfügung und innerhalb von vier Jahren konnte die Militärregierung 2.500 km Straßen durch das Zentrum des Amazonasbeckens dem Verkehr übergeben. Ein Ziel dieses Projekts war es, den Bevölkerungsdruck im wirtschaftlich notleidenden Nordosten, einer Region der Rebellionen und Unruhen, zu vermindern. Gab es einen besseren Ort für sie als die spärlich bevölkerte Amazonasregion?! Wie ein Politiker in dieser Zeit erklärte, handelte es sich um ein Projekt, „*Menschen ohne Land, Land ohne Menschen zu geben*“. Eine Gedenktafel zum Baubeginn der transamazonischen Autobahn proklamierte, dass die Straße gebaut wurde, „um diese riesige grüne Welt zu erobern“.⁷ Das Straßennetz, das den brasilianischen Amazonas durchzieht, wurde über die Jahre auf 6.000 km ausgedehnt.

⁶ So wurden beispielsweise in den vierziger Jahren in Brasilien jährlich etwa sechs Millionen Malariafälle registriert, alle in der Amazonasregion. Sie betrafen etwa 1/7 der brasilianischen Bevölkerung. Durch den Einsatz von DDT war zu Beginn der sechziger Jahre die Zahl der Erkrankungen auf etwa 40.000 pro Jahr zurückgegangen. Eine ähnliche Entwicklung war im gesamten tropischen Tiefland zu beobachten.

⁷ Radowitz, Bernd, “Brazil Conflicted over Road-Paving Plan.” *EcoAmericas*; Juni 2003, S. 1.

Als diese Kolonisierungsprojekte in Gang gesetzt wurden, verstanden nur wenige ihrer Förderer, dass tropische Ökosysteme trotz des gegenteiligen Anscheins extrem fragil sind. Hinzu kam, dass allgemein die Auffassung herrschte, diese Wälder seien ein „leeres Gebiet“ mit niedriger Bevölkerungsdichte und infolgedessen untergenutzt. Alles, was man brauchte, um ihren potenziellen Reichtum zu ernten, waren moderne Technologie, einige Investitionen und fleißige Bauern aus dem Hochland. Tieflandsümpfe wurden trockengelegt, Wälder abgeholzt, Mangroven in den Küstengebieten gerodet; es wurden Garnelenfarmen angelegt, industrielle Landwirtschaft und Viehzucht breiteten sich in der entwaldeten Landschaft aus. Ein Großteil der Unterstützung für diese Projekte kam von multi- und bilateralen „Hilfs“organisationen wie der Weltbank, der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) und der U.S. Agency for International Development (USAID). Die neuen Straßen erschlossen die Dschungelregionen nicht nur für bäuerliche Kolonisten sondern auch für große Viehzüchter, industrielle Landwirtschaft, Bergbauunternehmen, Wasserkraftprojekte sowie Erdöl- und Erdgasunternehmen. Innerhalb kurzer Zeit fanden auch ausländische Investoren ihren Weg in diese Gebiete. Der Reichtum, der geerntet wurde, war jedoch kurzfristig und nicht nachhaltig. Diese Invasion führte im Verlauf der letzten fünfzig Jahre weltweit zum Verschwinden von zwei Dritteln bis drei Vierteln der ursprünglichen Vegetation der Tropenwälder.

Die indigene Bewegung

Mitte der sechziger Jahre waren die Anfänge der „indigenen Bewegung“ Lateinamerikas in der Amazonasregion von Ecuador und Peru zu beobachten. Ihr Entstehen war die Antwort auf die oben geschilderten Entwicklungen, die die schiere Existenz der ursprünglichen Einwohner gefährdeten. Die meisten indigenen Gruppen des Tieflands waren zu dieser Zeit in verstreuten Haushalteinheiten und kleinen Siedlungen locker organisiert; jetzt begannen sie, sich in größeren Gemeinschaften zusammenzuschließen und ihre politische Organisation zu zentralisieren, um den Mächten, die aus der äußeren Welt auf sie zukamen, zu begegnen.

Die Shuar des ecuadorianischen Amazonas gründeten als erstes indigenes Volk Lateinamerikas eine Organisation dieses Typs. Die Interprovinzielle Föderation der Shuarzentren (*Federación Interprovincial de Centros Shuar, FICSH*) entstand 1964 und führte zur Gründung anderer indigener Verbände in der Region, von denen die beiden wichtigsten die Föderation indigener Organisationen des Napo (*Federación de Organizaciones Indígenas del Napo, FOIN*) und die Organisation indigener Völker von Pastaza (*Organización de Pueblos Indígenas de Pastaza, OPIP*) waren. Zwei Jahre später gründeten die Amuesha des peruanischen Amazonas den Kongress der Amuesha-Gemeinschaften (*Congreso de Comunidades Amuesha*) und Mitte der siebziger Jahre organisierten sich zwei Nachbarvölker im Rat Aguaruna-Wambisa (*Consejo Aguaruna-Wambisa*) und

der Verteidigungsfront der Shipibo-Gemeinschaften (*Frente de Defensa de Comunidades Nativas Shipibo*). Diese drei Organisationen schlossen sich im Dachverband der Gemeinschaften des peruanischen Urwalds (*Coordinadora de Comunidades de la Selva Peruana, COCONASEP*) zusammen, aus dem 1980 der Interethnische Entwicklungsverband des peruanischen Urwalds (*Asociación Interétnica de Desarrollo de la Selva Peruana, AIDSESEP*) hervorging. Gleichzeitig bildeten die Tieflandbewohner Ecuadors die multiethnische Konföderation indigener Nationalitäten des ecuadorianischen Amazonas (*Confederación de Nacionalidades Indígenas de la Amazonía Ecuatoriana, CONFENAIE*), um ihre kollektiven Interessen zu vertreten. Innerhalb weniger Jahre hatten auch die indigenen Völker Boliviens, Kolumbiens, Venezuelas und Brasiliens ihre eigenen Organisationen aufgebaut.

1984 wurde die Koordination indigener Organisationen des Amazonasbeckens (*Coordinadora de Organizaciones Indígenas de la Cuenca Amazónica, COICA*) von fünf Föderationen gegründet: AIDSESEP, CONFENAIE, CIDOB (*Confederación de Pueblos Indígenas de Bolivia* – Konföderation indigener Völker Boliviens), ONIC (*Organización Nacional Indígena de Colombia* – Nationale indigene Konföderation Kolumbiens) und UNI (*União das Nações Indígenas Brazil* – Union der indigenen Nationen Brasiliens). Im Lauf der Jahre schlossen sich weitere Organisationen aus anderen Ländern an: OPIAC (*Organización de los Pueblos Indígenas de la Amazonía Colombiana* – Organisation der indigenen Völker Kolumbiens), COIAB (*Coordenação das Organizações Indígenas da Amazônia Brasileira* – Koordination der indigenen Organisationen des brasilianischen Amazonas), CONIVE (*Consejo Nacional Indio de Venezuela* – Nationaler indianischer Rat Venezuelas), FOAG (*Federation des Organisations Amerindiennes de Guyane* – Föderation der amerindischen Organisationen von Guayana, Französisch Guayana), OIS (*Organization of Indigenous Peoples of Suriname* – Organisation indigener Völker von Surinam) und APA (*Amerindian Peoples Association* – Verband amerindischer Völker, Guayana). Ursprünglich wurde COICA aus einem Bedürfnis der indigenen Völker des Amazonas heraus gegründet, aber die Organisation war auch eine Antwort auf die Strategien der Entwicklungshilfeorganisationen, die eine Organisation benötigten, die kollektiv für die zahlreichen verschiedenen Stammesgruppen der Region sprechen konnte.

Ein paar Jahre später begann die Organisationsphase der indigenen Völker in Mittelamerika und Mexiko. In den späten siebziger Jahren entstand der Regionalrat der indigenen Völker von Mittelamerika (*Consejo Regional de Pueblos Indígenas de Centroamérica, CORPI*) als Außenstelle des Weltrats indigener Völker (*Consejo Mundial de Pueblos Indígenas, CMPI*) mit Sitz in Montreal,

Kanada.⁸ In den achtziger und frühen neunziger Jahren errichteten die meisten indigenen Völker Zentralamerikas und Mexikos Büros in den Hauptstädten und schlossen sich in Föderationen und Dachverbänden zusammen.

In diesen Jahren gab es zahlreiche Organisationsaktivitäten der indigenen Völker, zunächst im Tief- aber bald auch im Hochland; eine vor Kurzem erstellte Erfassung listet mehr als 800 indigene Organisationen auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene auf. Dafür ist natürlich Geld nötig und in dem Maß, wie die indigene Bewegung an Größe und Komplexität zugenommen hat, sind auch ihre Bedürfnisse gewachsen. Woher kommt die finanzielle Unterstützung?

Internationale organisatorische und finanzielle Unterstützung für indigene Organisationen in Lateinamerika

Die indigenen Völker des tropischen Tieflands in Südamerika begannen ihre Organisation nicht ohne Hilfe von Außenstehenden. Die Shuar wurden von Salesianerpriestern unterstützt, die in den achtziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts ihre ersten Missionen und Schulen unter ihnen gegründet hatten; die Amuesha wurden in den ersten Phasen von Freiwilligen des Peace Corps begleitet; und CIDOB in Bolivien wurde mit Unterstützung von Anthropologen der NGO *Apoyo Para el Campesino Indígena del Oriente Boliviano* (APCOB – Hilfe für den indigenen Bauern des bolivianischen Ostens) aufgebaut. An der Organisation von AIDSESEP waren die International Working Group on Indigenous Affairs (IWGIA), Oxfam America und verschiedene andere lokale und internationale NGO beteiligt; die Gründung von COICA 1984 fand eine breite organisatorische und finanzielle Unterstützung aus verschiedenen Bereichen.⁹ Katholische und protestantische Missionare haben eine zentrale, wenn auch oft problematische Rolle bei der Entwicklung der indigenen Bewegung gespielt; und besonders in der Anden- und Amazonasregion waren Anthropologen und verschiedene Sozialwissenschaftler als formelle oder informelle Berater für indigene Organisationen tätig.¹⁰

Die indigenen Organisationen in ganz Lateinamerika haben während ihrer Entwicklung auch umfangreiche finanzielle Zuwendungen aus verschiedensten

⁸ CMPI und CORPRI sind trotz halbherziger Versuche zu einer Wiederbelebung von der Bildfläche verschwunden. Dagegen haben nationale Dachverbände der indigenen Völker in der Region ein kontinuierliches, wenn auch schwieriges Wachstum erlebt.

⁹ Einer der Peace Corps-Freiwilligen, die mit den Amuesha zusammenarbeiteten, Richard Chase Smith, machte seinen Universitätsabschluss in Anthropologie. Er lebte auch weiterhin in der Gegend und begleitete die Amuesha und benachbarte Gruppen. Er spielte eine wichtige Rolle beim Aufbau von AIDSESEP und war später als Direktor des Büros von Oxfam America in Lima ein zentraler Akteur bei der Gründung von COICA.

¹⁰ Dies galt nicht für Mittelamerika und Mexiko, wo es eine andere Dynamik gab. Zwar machten zahlreiche Anthropologen Feldstudien beispielsweise in Guatemala und Mexiko, aber sie begleiteten die indigenen Völker nur selten bei ihrer Organisation.

Quellen erhalten und wurden sowohl negativ wie positiv von nicht-indigenen Spendern, Vermittlern und Beratern beeinflusst. Zu Beginn kamen praktisch alle Spenden über NGO aus Europa;¹¹ erst in den späten achtziger Jahren wurden auch bi- und multilaterale Agenturen hier tätig. Es wäre schwierig, die Geschichte dieser Finanzhilfe zu rekonstruieren, denn die Spender bewahren ihre Unterlagen über diese Transaktionen selten länger als ein paar Jahre auf und das institutionelle Gedächtnis ist infolge der Mitarbeiterfluktuation schwach oder inexistent. Zudem wissen in vielen Fällen die Spender und NGO in ihrem Umgang mit den indigenen Organisationen nichts von der Präsenz anderer Agenturen – und die kann sehr umfangreich sein.

Nur in wenigen Fällen werden mehr oder weniger komplette Listen erstellt. So wissen wir beispielsweise, dass AIDSESEP Mitte der neunziger Jahre Hilfe von folgenden Gruppen erhielt: Oxfam America, Oxfam UK, FAFO & STROMME (Norwegen), ICCO (Niederlande), Brot für die Welt, IAF, Trocaire (Irland), Tierra Nueva, ICI (Spanien), der Europäischen Gemeinschaft, Christian AID, FONCODES, CIDA, DED (Deutschland), UNICEF, UNESCO und IWGIA.¹² Man findet selbst individuelle Gemeinschaften, die finanzielle und technische Unterstützung von bis zu einem Dutzend verschiedener Gruppen erhielten.¹³

Das dramatischste Beispiel für eine Vielzahl von Spendern ist COICA. Die Mitte der achtziger Jahre mit Hilfe von Oxfam ins Leben gerufene Organisation sollte dem Zusammenschluss der indigenen Völker der Amazonasregion gegen gemeinsame Bedrohungen dienen.¹⁴ Sie zog bald die Aufmerksamkeit zahlreicher Agenturen – darunter viele der oben aufgezählten NGO – auf sich und er-

¹¹ Oxfam America ist die einzige Ausnahme von dieser Regel und gehört zu den Organisationen, die von Beginn an die Gründung von COICA unterstützten. Festzuhalten ist dabei, dass Oxfam America mit Büro in Lima zur sogenannten "Oxfam-Familie" gehört, die ihre Wurzeln in Europa hat und dort weiterhin stark ist. Insgesamt entsprechen die Mission und allgemeine Strategie von Oxfam America eher denen der europäischen NGO, die in der Region arbeiten, und es besteht eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit ihnen.

¹² Wir verfügen nur deshalb über diese Informationen, weil einige der Agenturen Unregelmäßigkeiten in der Mittelverwaltung von AIDSESEP feststellten und gemeinsame Nachforschungen veranlassten. 1994 wurde die kolumbianische Firma EVALUAR mit einer genauen Evaluierung beauftragt. Neben allgemeinen Verwaltungsproblemen stellte sie "Zweckentfremdung von Projekten, unzureichende Funktionstrennung, doppelte Ausgabenbuchung, nicht autorisierte Anleihen zwischen Projekten, fehlendes Verständnis für die Aufsichts- und Verantwortungsebenen und viele andere Probleme" fest. Viele Spender stellten nach Bekanntgabe der Evaluierung ihre Unterstützung ein und AIDSESEP machte schwierige Jahre durch. *Consultoría Administrativa y Contable de la Asociación Inter-étnica de Desarrollo de la Selva Peruana*, Evaluar, Santafé de Bogotá, Oktober 1995.

¹³ In Ecuador lebt eine Kichwa-Gemeinschaft namens Sarayaku mit etwa 1.600 Menschen. Es gelang ihr, Unterstützung einer breiten Palette von Spendern zu erlangen, darunter Oxfam, IBIS, ECORAE (eine ecuadorianische Regierungsinstitution), dem Ministerium für Naturressourcen, der Fundación Pachamama (eine ecuadorianische NGO), Universitäten in Spanien und Schweden und verschiedenen anderen Gruppen.

¹⁴ "Bulletin, Amazon Partnership: Coica & Oxfam America, Supporting Human Rights in the Amazon." Oxfam America, Frühjahr 1991. "Mit Unterstützung von Oxfam America konnte COICA in den letzten sieben Jahren ein starkes institutionelles Wachstum und eine Zunahme der Effizienz verbuchen. Dank des Zugangs von COICA und seinen Mitgliedsverbänden zu nationalen und internationalen Akteuren und zu den Medien ist die Agenda der indigenen Völker in das Zentrum der Diskussion über den Schutz des Amazonas gerückt."

hielt in den folgenden Jahren Zuschüsse von der Europäischen Union, der Weltbank, der IDB, der Inter-American Foundation, der Ford Foundation, des Klima-Bündnis und der GTZ.¹⁵ Für die Unterstützung durch Außenstehende war COICA attraktiv, da sie durch die ihr angeschlossenen neun Föderationen die indigenen Völker des Amazonas zu repräsentieren schien. Es war natürlich einfacher mit einer Organisation wie COICA zusammenzuarbeiten, als den Versuch zu unternehmen, individuelle Beziehungen zu Hunderten von Stammesgruppen und Organisationen in der Region aufzunehmen.

COICA wurde von vielen Entwicklungsinstitutionen unterstützt, aber das intensivste und kohärenteste Programm der letzten Jahre wurde von der GTZ durchgeführt, die 2003 das Projekt „Institutionelle Stärkung indigener Organisationen in Lateinamerika – COICA/GTZ“ ins Leben rief. Ziel des Programms war es, „die Rolle von COICA als Repräsentant der indigenen Interessen im Amazonasbecken auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene zu stärken, und sie bei der Durchführung ihrer strategischen politischen Programme, die in der Indigenen Amazonas-Agenda zusammengefasst sind, zu unterstützen.“¹⁶ 2006 veröffentlichte das deutsche Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung eine Strategie für die Arbeit mit indigenen Völkern Lateinamerikas, in der es erklärt:

„Eine der wenigen überregional und international anerkannten indigenen Organisationen ist der Dachverband der indigenen Organisationen der Amazonasregion (Coordinadora de las Organizaciones Indígenas de la Cuenca Amazónica, COICA). Er repräsentiert die Mehrzahl der indigenen Völker im tropischen Tiefland Südamerikas und stellt in zahlreichen übergeordneten Gremien und Prozessen deren wichtigsten Lobbyverband dar.“¹⁷

Ähnliche Einschätzungen der Führungsrolle von COICA als Stimme der indigenen Gemeinschaften in der Amazonasregion sind in Informationsbroschüren der meisten Agenturen, die sie unterstützen, zu finden. Ibis, das ein regionales Anden/Amazonasprogramm der Zusammenarbeit mit indigenen Völkern in Peru, Ecuador und Bolivien hat, hat COICA mehr als ein Jahrzehnt lang finanzielle Hilfe im Bereich institutioneller Unterstützung geleistet. „Die Stärke von

¹⁵ 1986 wurde Evaristo Nugkuag, der erste Vorsitzende von COICA, mit dem Right Livelihood Award ausgezeichnet. Er reiste nach Schweden, um den Preis anzunehmen, und besuchte dann zusammen mit José Uranyabe (CIDOB), Narciso Jacaranyoi (ONIC) und Richard Smith die Weltbank, wo er eine Unterredung mit Weltbankpräsident Barber Conable und Mitgliedern seines Stabs hatte. Das öffnete COICA die Tür zur Weltbank; drei Jahre später war ein ähnlicher Erfolg bei der IDB zu verzeichnen.

¹⁶ Agenda Indígena Amazónica: Volviendo a la Maloca, COICA, Quito, 2005. Die GTZ spielte eine wichtige Rolle bei der Erstellung dieses Dokuments.

¹⁷ Entwicklungszusammenarbeit mit indigenen Völkern in Lateinamerika und der Karibik, BMZ Konzepte 139, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Referat Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit, Juli 2006

COICA lag vielleicht vor allem darin, dass der Verband eine der wenigen Organisationen mit sozialer Basis in ... internationalen Foren war”, erklärte ein Ibis-Vertreter bei einem Treffen von Agenturen, die mit COICA zusammenarbeiten, im Jahr 2006. „Wir wollten die Lobbyarbeit in diesen Foren unterstützen.”¹⁸

Privat wird jedoch von praktisch allen in diesem Bereich Tätigen zugegeben, dass COICA eine dysfunktionale Organisation ist, die keinesfalls die indigenen Völker der Amazonasregion vertritt. Die Verbände, die ihre Basis auf nationaler Ebene bilden, haben den Eindruck, dass „sie weit von COICA entfernt sind” und betrachten ihn mit chronischem Misstrauen. Von den indigenen Gemeinden im Tiefland ist COICA noch sehr viel weiter entfernt. Eine lange Liste der Probleme von COICA findet sich in einem von der GTZ 2005 in Auftrag gegebenem Bericht.¹⁹ Zu diesem Zeitpunkt waren alle über eine Krise besorgt, in deren Gefolge COICA in zwei zerstrittene Fraktionen zerfiel. Viele Indigene waren den Agenturen gegenüber offen feindlich eingestellt und es gab verallgemeinerte Schuldzuweisungen unter allen Beteiligten. Es ist nicht meine Absicht, die Argumente zu sortieren und ihren Sinn zu hinterfragen. Es soll hier lediglich festgehalten werden, dass die Verwirrung und die Widersprüche in COICA tief greifend und extrem komplex waren, und dass sowohl die Entwicklungsorganisationen wie indigene Gruppen einhellig die Auffassung vertreten, dass COICA derzeit keine funktionierende Organisation ist.

Trotzdem vermitteln die Agenturen den Eindruck, dass etwas Konstruktives erreicht werden kann. „COICA wurde von den internationalen Agenturen erfunden”, sagte mir 2006 die Vertreterin einer eng mit COICA zusammenarbeitenden Organisation; ihre Organisation würde die Unterstützung fortsetzen, „denn wir brauchen einen Counterpart in der Region”. Diese Einschätzung wird von praktisch allen außenstehenden Gruppen, die mit indigenen Völkern arbeiten, geteilt: Sie brauchen einen Partner, einen Counterpart, für die Vertrauenswürdigkeit und als Bedingung für die Vergabe finanzieller Zuwendungen. Ein anderer Agenturvertreter sagte, nachdem er festgestellt hatte, dass COICA in seiner derzeitigen Verfassung „eine Katastrophe” ist: „*Wir können COICA zu diesem Zeitpunkt nicht aufgeben. Wir haben zu viel investiert.*”²⁰

Man kann argumentieren, dass eine Organisation wie COICA, die wirklich die verschiedenen Ansichten der indigenen Völker der Amazonasregion vertritt, für diese von großem Wert wäre. Und genau das war zu Beginn das Ziel vieler indigener Führer. Sie könnte dazu dienen, die Probleme und die Bestrebungen der verschiedenen Organisationen vorzubringen und finanzielle und technische

¹⁸ “Memoria de la reunión de agencias de cooperación sobre la representatividad indígena amazónica,” 22. bis 22. Juni 2006; S. 8

¹⁹ “Análisis de la situación política organizativa de la COICA y sus organizaciones miembros para delinear escenarios posibles para una cooperación técnica con organizaciones indígenas de la Amazonía”, Luis Román, Ivette Vallejo, Fernando Yáñez. Dezember 2005.

²⁰ Die beiden Zitate stammen aus Interviews, die ich 2006 mit Agenturvertretern in Ecuador und Peru führte. Es handelte sich um eine bilaterale Institution und eine NGO, die eng mit COICA zusammenarbeiteten.

Ressourcen für eine große Vielfalt von Projekten und Programmen zu besorgen. Leider ist COICA davon weit entfernt. Und während die Agenturen privat zugeben, dass dies so ist, stellen sie COICA in der Öffentlichkeit als eine solide, funktionierende Organisation dar, die „die Mehrheit der im tropischen Tiefland von Südamerika lebenden indigenen Völker vertritt“ und deshalb deren „wichtigste Lobby“ in internationalen Foren ist. Diese Charakterisierung mag dem Bedürfnis der Agenturen entsprechen, die den Eindruck vermitteln müssen, dass sie über einen funktionierenden Counterpart in der Region verfügen, aber sie schadet der indigenen Bevölkerung. Damit wird eine Fiktion verbreitet, die die Realität verbirgt und die Aufmerksamkeit von der wirklichen Aufgabe – der Schaffung einer funktionierenden Struktur – ablenkt.²¹

Die Europäische Union unternahm den Versuch, einen Dachverband der nationalen indigenen Verbände in Mittelamerika aufzubauen. Mitte der neunziger Jahre startete sie das Unterstützungsprogramm für die indigenen Völker Mittelamerikas (*Programa de Apoyo a los Pueblos Indígenas de Centroamérica, PAPICA*), eine Initiative mit einem Budget von US\$ 10 Millionen für einen Zeitraum von fünf Jahren. Die Mittel kamen neben der EU von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), den Vereinten Nationen, der GTZ, der Weltbank, der IDB, der Global Environmental Facility (GEF), PRODECA, Ibis und IUCN. Das Projekt wurde von einem Team des Consultingunternehmens Fundación para el Desarrollo Económico y Social de Centroamérica (FUNDESCA) mit Sitz in Panama entwickelt und von Anfang an war unklar, welche Rolle PAPICA gegenüber den indigenen Völkern der Region spielen sollte.²² In kurzer Zeit brachen Konflikte zwischen den indigenen Organisationen von Nicaragua und Panama auf; einer der europäischen Co-Koordinatoren wurde dabei ertappt, Geld auf sein privates Bankkonto umzuleiten; nach einer internen Evaluierung wurde PAPICA storniert.²³ Relativ intakt blieb nach der Einstellung von PAPICA der Indigene Rat Mittelamerikas (*Consejo Indígena de Centroamérica, CICA*), der

²¹ Die Autoren der von der GTZ in Auftrag gegebenen Untersuchung sind Sozialwissenschaftler, die über ihr Programm zur institutionellen Stärkung arbeiteten. Sie produzierten eine Reihe von Dokumenten, die vielleicht die kompletteste und genaueste Analyse von COICA und seiner Entwicklung in den letzten Jahren darstellen.

²² Das Projektbüro mit europäischen und indigenen Co-Koordinatoren befand sich in Panama, der Sitz des Consejo Indígena de Centroamérica (CICA), der eine Art Regierungsorgan bildete, war dagegen in Guatemala. Das Projektbüro wollte ein Zuschussprogramm für die verschiedenen indigenen Verbände, dem Consejo dagegen ging es um ein politisches Programm. Der Consejo veranlasste die Ersetzung der ersten Co-Koordinatoren, aber die Differenzen vertieften sich im Verlauf der Entwicklung von PAPICA und führten schließlich zu einer Krise.

²³ Die „offizielle“ Koordinationsstelle in Panama war der Dachverband der indigenen Völker Panamas (Coordinadora Nacional de los Pueblos Indígenas de Panamá, COONAPIP). Die Kuna des Gebiets Kuna Yala hatten entschieden, sich COONAPIP nicht anzuschließen und stellten bei der EU einen Antrag, um direkten Zugang zu den PAPICA-Mitteln zu erhalten (die Kuna hatten auch andere Projekte in der EU). Der Konflikt mit COONAPIP verschärfte sich und die Kuna beklagten sich in einem Brief an die EU über Unregelmäßigkeiten in PAPICA; die Projekte wurden storniert und eine Evaluierung durchgeführt; noch vor Jahresende wurde PAPICA eingestellt – zwei Jahre nach Beginn der auf fünf Jahre angelegten Laufzeit. PAPICA war mit Pauken und Trompeten initiiert worden, aber nach der Einstellung verschwanden alle Informationen spurlos.

derzeit der „offizielle“ Ansprechpartner der indigenen Völker für die oben genannten Organisationen ist.

Im weiteren Kontext stellt die Unterstützung indigener Völker nur einen kleinen Teil der Entwicklungszusammenarbeit europäischer Organisationen in Lateinamerika dar; zudem konzentriert sie sich auf einige wenige Länder: Peru, Bolivien und Ecuador in der Andenregion in Südamerika und Guatemala in Mittelamerika.²⁴ Und auch diese Hilfe wurde in den letzten Jahren eingeschränkt, da sich die internationale Entwicklungshilfe im Rahmen der neuen Politik der „Armutsbekämpfung“ auf die ärmsten Regionen der Welt, insbesondere Afrika, konzentriert.²⁵

Insgesamt jedoch und im Vergleich mit der von US-Organisationen geleisteten Unterstützung ist die europäische Hilfe weiterhin von Bedeutung. Sie wird von nationalen Regierungen (über die Außenministerien), NGO, religiösen Gruppen und – in jüngerer Zeit – der Europäischen Gemeinschaft geleistet. Holland, Dänemark, Norwegen, Deutschland und Spanien haben offizielle Programme für indigene Völker in Lateinamerika. Die meisten anderen europäischen Länder – Österreich, Belgien, Italien etc. – verfügen über Hilfsmittel für indigene Völker, haben aber keine formellen Programme. Vor Kurzem hat die Europäische Union eine Politik für die Zusammenarbeit mit indigenen Völkern entwickelt und einen guten Teil der kollektiven Finanzmittel für diesen Sektor zentralisiert und damit die Funktion der nationalen Regierungen übernommen.²⁶

Die europäische Hilfe erreicht die indigenen Völker Lateinamerikas auf unterschiedlichen Wegen: von den Außenministerien über die lokalen Botschaften zu den indigenen Organisationen; von den Außenministerien in Europa zu NGO mit Sitz in Europa, die die Mittel an ihre Büros in Lateinamerika oder direkt an indigene Organisationen weiterleiten; und von mehreren zentralisierten Mechanismen der EU zu einer Gruppe von NGO und indigenen Gruppen, die in Partnerschaften zusammenarbeiten. Insgesamt bieten europäische Agenturen den indigenen Völkern der Welt eine bedeutende finanzielle Unterstützung und sind die wichtigste Quelle für die indigenen Völker Lateinamerikas.

Viele europäische Regierungen und NGO, die mit indigenen Völkern zusammenarbeiten, betonen die Aspekte von Kapazitätsentwicklung und instituti-

²⁴ Zahlreiche europäische Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen haben in anderen lateinamerikanischen Ländern mit indigenen Völkern gearbeitet, aber der Akzent lag auf den Ländern mit einer größeren indigenen Bevölkerungsdichte.

²⁵ Ein Beispiel für diesen Trend ist der Entschluss von Ibis vom April 2009, die Programmbüros in Ecuador und Peru zu schließen. Zuvor unterhielt die Organisation Büros in Bolivien, Ecuador und Peru im Rahmen eines Regionalprogramms für die Arbeit mit indigenen Völkern der Anden/Amazonasregion und hatte die kohärenteste Strategie aller NGO für diese Arbeit entwickelt. (Vgl. beispielsweise *Desarrollo Organizativo del Movimiento Indígena en el Ecuador: Hacia el reconocimiento y ejercicio de los Derechos Colectivos*, Juli 2005). Die Hauptursache für die Schließung war finanzieller Natur und steht in Zusammenhang mit der zunehmenden Hilfe für Afrika.

²⁶ Siehe „A Failure of Accountability: Indigenous Peoples, Human Rights and Development Agency Standards, a reference tool and comparative review“ von Tom Griffiths, *Forest Peoples Programme*, 2003.

oneller Stärkung und sehen ihr Engagement in langfristigem Rahmen. So umfasst beispielsweise die *Strategy for Danish Support to Indigenous Peoples* von DANIDA (1994), eine der ersten Strategien, die konzipiert wurden, folgende Themen:

- Projekte zur Unterstützung von Selbstorganisation, Anerkennung der Rechte auf Land und Ressourcen sowie Arbeit zur Erreichung der Selbstbestimmung erhalten Toppriorität.
- Eine hohe Priorität haben auch Bildungs- und Ausbildungsaktivitäten, z. B. die Entwicklung zweisprachiger Kompetenz und anderer relevanter Fähigkeiten.

Das Ziel der dänischen Hilfe für indigene Völker besteht darin, einen Beitrag zur Schaffung realistischer Entwicklungsmöglichkeiten entsprechend ihren Interessen auf der Grundlage ihrer Kultur und ihres Zugehörigkeitsgefühls – speziell zu einem bestimmten Territorium – zu leisten.

Die von DANIDA, Außenministerien und der EU finanzierten NGO sprechen oft von der „Begleitung“ der Organisationen und sie tendieren zu einer jahrelangen kontinuierlichen Unterstützung über das Auf und Ab dieser Organisationen hinweg, wenn auch mit zeitweiser Aussetzung der Finanzierung. Sie nennen die indigenen Organisationen ihre „Partner“ und „Counterparts“, obwohl definitionsgemäß die Beziehungen zwischen Spendern und Spendenempfängern asymmetrisch sind und es sich kaum um echte Partnerschaften handelt. Trotzdem haben viele europäische Agenturen ihr Engagement langfristig angelegt. IWGIA und Ibis beispielsweise haben indigene Verbände und Dachverbände wie AIDASEP in Peru und CONAIE in Ecuador über Jahrzehnte hinweg unterstützt. Norwegian Peoples Aid (NPA) mit Sitz in Ecuador unterstützt verschiedene Mitgliedsgruppen von CONAIE. HIVOS, SNV und verschiedene Oxfam-Filialen haben AIDASEP und deren Regionalbüros, CONAIE und einige ihrer Mitgliedsgruppen sowie die CIDOB jahrelang unterstützt. Alle diese NGO betonen die Bedeutung von institutioneller Stärkung und Kapazitätsentwicklung; sie arbeiten mit langfristigen *Prozessen* statt Mittel mit einer ein- oder zweijährigen Laufzeit für *Projekte* zu vergeben, die durchgeführt werden und dann enden.²⁷

Dagegen haben die Vereinigten Staaten nichts vorzuweisen, was in Umfang und Komplexität mit dem europäischen System zu vergleichen wäre. Hier fehlt das von den Europäern gezeigte Interesse an einer Unterstützung der indigenen

²⁷ Festzuhalten ist, dass die indigenen Organisationen zwar Kapazitätsentwicklung als Toppriorität ansehen, es aber Unterschiede zwischen ihrer Auffassung und der der Agenturen gibt. Ein NGO-Vertreter mit langer Erfahrung in Peru erklärte vor Kurzem: „Die indigenen Organisationen haben ihre eigene Agenda und die ist oft verschieden von der Agenda der Agenturen. Die Agenturen wollen Ordnung, sie wollen eine reibungslos funktionierende Organisation mit demokratischen Prinzipien, einen ordentlichen Projektablauf mit greifbaren Ergebnissen wie die Legalisierung von Land. Die Agenda der indigenen Organisationen ist umfangreicher. Sie wollen mehr politische Macht, sich mit verschiedenen Sektoren verbünden und ihre Position stärken.“ Diese gegensätzlichen Perspektiven von Agenturen und den von ihnen unterstützten indigenen Organisationen führen oft zu Reibungen und Misstrauen.

Völker und der Großteil der Finanzhilfe wird eher für Kurzzeitprojekte mit „messbaren Ergebnissen“ und greifbaren Resultaten als für Kapazitätsentwicklung vergeben. Die U.S. Agency for International Development (USAID), die auf diesem Gebiet eine der Funktionen der europäischen Außenministerien vergleichbare Rolle spielt, verfügt über keine Politik gegenüber indigenen Völkern, obwohl sie sich in verschiedenen Dokumenten auf diese als „Zielgruppe“ bezieht, und hat keine für sie reservierten Mittel. Von Zeit zu Zeit taucht das Thema der „indigenen Völker“ auf, gewöhnlich nachdem jemand im Kongress diesbezüglich aktiv wurde, was aber nie zu einem Ergebnis geführt hat. Praktisch die gesamten Finanzmittel, die USAID für die Arbeit mit indigenen Völkern zur Verfügung stellt, werden über die großen Naturschutzorganisationen (WWF, TNC etc.) und private Consultingunternehmen vergeben. Und diese Mittel werden in erster Linie entsprechend den von USAID (und letztlich dem Außenministerium), den Naturschutzorganisationen und US-Konzernen – und nicht von den in den indigenen Gruppen, den angeblichen „Begünstigten“ - definierten Prioritäten eingesetzt.

Als verlängerter Arm des State Department ist das USAID-Programm in erster Linie ein politisches Instrument in einer Region, die für die USA von strategischer Bedeutung ist. In den achtziger und neunziger Jahren umfasste ein großer Teil des USAID-Programms in Mittelamerika Counterinsurgency-Maßnahmen.²⁸ In Südamerika war in dieser Zeit die Ausrottung des Coca-Anbaus von Bedeutung und ist dies auch heute noch. Mit dem Ende des bewaffneten Konflikts in Mittelamerika verlagerte sich die Aktivität auf die Handels- und Geschäftsförderung. Im Gegensatz zu Europa haben die USA die Millenniums-Entwicklungsziele keineswegs enthusiastisch begrüßt, stattdessen konzentrieren sich ihre Anstrengungen auf die Entwicklung von „Marktwirtschaften, einer gesunden monetären und Haushaltspolitik und eines freieren Handels“. So legte das USAID-Hilfsprogramm 2004 beispielsweise fest, dass die „übergreifenden Ziele die Stärkung von Handel und Investition und die Unterstützung der zerbrechlichen demokratischen Institutionen“ sind. „Initiativen, die die Handelskapazität stärken, die systemische Korruption bekämpfen und Bildung für Wettbewerbsfähigkeit fördern, werden es den Nationen der Region ermöglichen, außerordentliche Fortschritte zu erzielen.“²⁹ Derzeit unterstützt USAID das Freihandelsabkommen und insbesondere die US-Geschäftsinteressen in Latein-

²⁸ So wurde z. B. im Norden von El Salvador ein Bodenkonservierungsprojekt in Gang gesetzt, um Arbeitsplätze für Männer zu schaffen, die sich sonst vielleicht der Guerilla angeschlossen hätten; ein ehrgeiziges Landreformprogramm sollte den Aufstand untergraben. Eine Radiostation der Miskito erhielt eine Hochfrequenzausrüstung, um antisandinistische Botschaften nach Nicaragua zu senden; im Miskitogebiet wurden Straßen entlang der Grenze zwischen Honduras und Nicaragua gebaut, um Truppenbewegungen und Nachschub zu erleichtern. In dieser Zeit förderte USAID Siedlungsprogramme entlang der Grenze zwischen Mexiko und Guatemala in einem indigenen Gebiet, um das Eindringen von Aufständischen nach Guatemala zu unterbinden.

²⁹ „Development Challenge“, USAID Latin America & the Caribbean, 2004
http://www.usaid.gov/policy/budget/cbj2004/latin_america_caribbean/

amerika. Ein Beispiel dafür ist die Initiative Amazon Basin Conservation Initiative (ABCI). In dem achtzehn Seiten umfassenden Strategieplan für diese Initiative, der von dem Consultingunternehmen Chemonics, Inc. erstellt wurde, kommen der Begriff „Investition“ oder eine seiner Ableitungen 32 mal vor.³⁰

Die 1969 als Alternative gegründete Institution der US-Regierung Inter-American Foundation (IAF) hatte zumindest einige Jahre lang einen ganz anderen Ansatz. Im Gegensatz zu USAID, die fast ausschließlich mit nationalen Regierungen in Lateinamerika zusammenarbeitet, sollte die IAF Basisgruppen erreichen und direkt mit NGO und Gemeinschaftsgruppen arbeiten. Jahrelang unterstützte sie indigene Organisationen in ganz Lateinamerika, insbesondere in Bolivien, Ecuador und Peru sowie in Guatemala und Panama. Ihr ursprünglicher Auftrag lautete, sich von der „kurzfristigen US-Außenpolitik fernzuhalten“. Diese Strategie war jedoch kurzlebig, denn die Regierungsübernahme durch die Republikanische Partei führte zu einer Distanzierung der IAF von Gemeinschaften und Basisgruppen und zu einer Annäherung an private Konzerne und Regierungsagenturen. Mitte 1990 stoppte der ultrakonservative Senator von North Carolina Jesse Helms die Finanzierung indigener Völker durch die IAF, als er COICA als „terroristische“ Organisation bezeichnete.³¹

Private Stiftungen mit Sitz in den USA sind eine weitere potenzielle Quelle für die Unterstützung indigener Völker in Lateinamerika. Diese Stiftungen haben unterschiedliche Formen und Größen und verschiedene Agenden, politische Orientierungen und interne Strukturen, sodass es schwierig ist, allgemeine Aussagen über sie zu machen. Ein gemeinsames Merkmal ist jedoch, dass indigene Völker normalerweise nicht zu den Empfängern ihrer Zuwendungen gehören. Eine kürzlich von The Harvard Project on American Indian Economic Development erstellte Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die indigene Bevölkerung in den Vereinigten Staaten weniger als 0,3 % der gesamten Zuwendungen großer Spendenorganisationen erhalten.³² In Lateinamerika ist der Anteil sogar noch geringer. Während die Zuwendungen für Indigene in den USA oft direkt an deren Organisationen oder indigene Komponenten nicht-indigener Organisa-

³⁰ “USAID Strategic Plan for the Amazon Basin Conservation Initiative: Conserving Biological Diversity in the Amazon Basin.” Strategy Document for Public Discussion, 1. Juni 2005. USAID, Washington, D.C.

³¹ 1996 entdeckten indigene Bewohner der Amazonasregion von Ecuador, dass ein US-Bürger namens Loren Miller einige Jahre zuvor ein Patent auf **ayahuasca** angemeldet hatte, eine halluzinogene Pflanze, die vielen indigenen Gruppen heilig ist. Sie waren darüber nicht eben erfreut. COICA gab eine Erklärung heraus, in der Miller als “Feind der indigenen Völker” bezeichnet wurde. Weiterhin warnte der Verband, wenn Miller sich in ihr Gebiet des Dschungels wage, könne seine “physische Integrität” nicht garantiert werden. Miller berichtete das der US-Botschaft und Kontaktpersonen im Kongress, Helms mischte sich ein und die IAF, die COICA unterstützt hatte, zog den Zorn des Senators auf sich.

³² “Large Foundations’ Grantmaking to Native America” von Sarah Hicks und Miriam Jorgensen. The Harvard Project on American Indian Economic Development, Sept. 2005, 17 Seiten. Die Studie führte die Ford Foundation als größten Spendengeber für indigene Angelegenheiten zwischen 1989 und 2002 auf, den zweiten Platz belegte die W.K. Kellogg Foundation. Die Autoren dankten den beiden Stiftungen für ihre finanzielle Unterstützung bei “Datensammlung, Analyse, Vorbereitung des Berichts, Veröffentlichung und Distribution” des Endberichts.

tionen vergeben werden, fließen praktisch alle für indigene Völker Lateinamerikas bestimmte Mittel durch vermittelnde Organisationen.

Umweltfragen: menschliche Wohlfahrt gegen Schutz der biologischen Vielfalt

Ein großer Teil der geringen, für indigene Völker Lateinamerikas bestimmten Mittel von USAID und privaten US-Stiftungen geht durch die Hände von Naturschutzorganisationen. Im Fall der europäischen Spender ist dies anders und das verweist auf einen fundamentalen Unterschied bei der Definition des Begriffs „Umwelt“. Während die „Umwelt“-programme europäischer Regierungen und NGO traditionell auf nachhaltige Entwicklung und so greifbare Bedürfnisse wie Trinkwasser, Gesundheitsversorgung, Bildung und institutionelle Stärkung ausgerichtet sind, betonen USAID und private US-Stiftungen den Schutz der biologischen Vielfalt, was in vielen Fällen den Ausschluss der nachhaltigen Entwicklung in der Zusammenarbeit mit lokalen Gemeinschaften zur Folge hat. Trotz schwacher Beteuerungen des Gegenteils liegt der Akzent auf der Natur und nicht auf den Menschen. Diese Priorität steht in einer recht seltsamen Kombination mit dem Kapitalismus: Ein USAID-Programm für nachhaltige Forstwirtschaft im Maya Biosphärenreservat in Guatemala trägt den Untertitel „Schutz durch Profite“; und ein Projekt in Ecuador hatte zum Ziel, indigene Verbände in „investitionswürdige“ Geschäfte zu verwandeln.³³ Beide Projekte waren erfolglos.

Mitte der achtziger Jahre konzipierte der WWF ein Programm unter dem Titel „Wildlands and Human Needs“, das Umweltschutz auf Gemeinschaftsebene betraf. Ironischerweise wurde es von USAID finanziert, weshalb WWF-Mitglieder den Eindruck hatten, dadurch würde Druck auf sie ausgeübt, Aktivitäten zu unternehmen, die nicht zum Charakter einer Naturschutzorganisation passten. Das Programm war aber nur partiell erfolgreich, einerseits weil das WWF-Personal nur wenig Erfahrung bei gemeinschaftsbasiertem Umweltschutz hatte und andererseits weil es sich um ein Kurzzeitprojekt handelte. Es wurde bald zu einer Nebensache und ins Zentrum der Agenda rückten ein „wissenschaftlicher“ Ansatz und der Schutz der biologischen Vielfalt.³⁴ Die großen Naturschutzorganisationen – WWF, TNC und WCS – nutzten ihren beträchtlichen

³³ “Community Forest Management in the Maya Biosphere Reserve of Guatemala: Protection Through Profits,” von John Nittler und Henry Tschinkel. USAID & The Steering Committee on Nature, Wealth, and Power (NWP), 2005. “Conservation Finance for Indigenous Reserves in Ecuador: Obstacles to and Opportunities for Sustainability” von Dave Gibson (Chemonics, Inc.). USAID/Ecuador, 2006. Beide Projekte wurden von dem privaten Consultingunternehmen Chemonics, Inc. durchgeführt. Als Gründe dafür, dass das Projekt in Ecuador nicht so lief, wie geplant, gab der Direktor an: “Ein Projekt mit und zugunsten von indigenen Völkern durchzuführen, ist wie eine Elternschaft: Es gibt kein verlässliches Handbuch ‘Wie macht man es?’ und jede Gemeinschaft – wie jedes Kind – ist einzigartig.” (“Lessons Learned” von João Queiroz, Chemonics, Inc., 2005.).

³⁴ “Tracing the Origins of the Neoliberal Conservation through the U.S. Agency for International Development” von Catherine Corson. 2008. Manchester

Einfluss im Kongress, um USAID vom Ansatz nachhaltiger Entwicklung abzubringen und die Agentur auf das Thema des Schutzes der biologischen Vielfalt einzuschwören. Sie übten auch Druck auf die privaten Stiftungen aus, deren Stäbe mit ehemaligen Mitarbeitern der Naturschutzorganisationen besetzt waren. Den Naturschutzorganisationen gelang es, die Agenda von USAID und den privaten Stiftungen zu kontrollieren und substanzielle Mittel in ihre Kassen zu lenken. Diese Dynamik verfestigte sich und ist bis heute wirksam.

Nur wenige US-Stiftungen verfügen über Programme, in denen indigene Völker einen genuinen Platz haben. Bei praktisch allen großen Stiftungen, die in Übersee arbeiten – mit Ausnahme der Ford Foundation, auf die weiter unten eingegangen wird –, erfolgt die Unterstützung indigener Völker im Rahmen der Umweltprogramme; dies war schon immer problematisch, weil im Zentrum dieser Programme der Schutz der biologischen Vielfalt und Wissenschaftlichkeit stehen und nicht die menschliche Wohlfahrt.³⁵ Wenn indigene Völker überhaupt in Betracht gezogen werden, stellen sie für die Naturschützer eher potenziell nützliche Instrumente für den Erhalt der Biodiversität als ein eigenständiges Ziel dar. Ein Programmverantwortlicher einer dieser Stiftungen äußerte letztlich den Wunsch, direkt mit indigenen Völkern Lateinamerikas zusammenzuarbeiten, aber er war nicht in der Lage, dafür eine effiziente Strategie zu entwickeln. Einerseits konzentriert sich seine Organisation strikt auf den Schutz der biologischen Vielfalt und er kann nur dann mit indigenen Organisationen zusammenarbeiten, wenn sie sich auf diesem Gebiet engagieren wollen. Er sagte, dass indigene Organisationen, die am Erhalt der Biodiversität interessiert sind, ihm Vorschläge schicken können, andernfalls sei er nicht in der Lage, ihnen zu helfen. Andererseits ist der Bewilligungsprozess für indigene Organisationen weitaus rigoroser als in größeren Naturschutzorganisationen und es ist unwahrscheinlich, dass sie erfolgreich konkurrieren und einen Zuschuss erhalten können.³⁶ Infolgedessen hat niemand den Versuch unternommen.

Die Stiftungen verfügen im Allgemeinen über einen kleinen Stab und führen nur minimale Supervisionen vor Ort durch. Da sie normalerweise keinen Kontakt mit indigenen Völkern haben, fühlen sie sich nicht wohl dabei, Mittel an sie zu vergeben. Oft hört man von ihnen, dass indigene Organisationen nicht in der Lage seien, Mittel verantwortlich zu verwalten. Wenn sie trotzdem in die-

³⁵ Beispielsweise hat die MacArthur Foundation ein Programm namens “Conservation and Sustainable Development”, der Schwerpunkt liegt jedoch auf dem ersten Teil des Titels; das Programm der Packard Foundation heißt “Conservation and Science”, das der Hewlett Foundation einfach “Environment” und das Programm der Moore Foundation hat den Titel “Environmental Conservation”. Alle betonen stark die Erhaltung der biologischen Vielfalt und die Rolle der Wissenschaft.

³⁶ Der kurz nach dem 11. September 2001 verabschiedete Patriot Act hatte abschreckende Auswirkungen auf die Überseeprogramme der US-Stiftungen. Er hat die Mittelgabe insgesamt und speziell für ethnische Minderheiten schwer behindert. Vgl. “Issues in Philanthropy: The Post 9/11 funding Chill” von Teresa Jean Odendahl, Georgetown Public Policy Institute, Washington, D.C., 19. Oktober 2004; “Foundations and their Role in Antiterrorism Enforcement: Findings from a Recent Study and Implications for the Future” von Teresa Jean Odendahl, The Foundation Center, Washington, D.C., 6. Juni 2005.

sem Bereich tätig werden, kanalisieren sie ihre Finanzhilfe durch andere Organisationen, in vielen Fällen Naturschutz-NGO. NGO, die mit indigenen Organisationen und Gemeinschaften in Lateinamerika zusammenarbeiten, sind beispielsweise Oxfam America und das Instituto del Bien Común (IBC) in Peru, die Fundación Altrópico und die Fundación Pachamama in Ecuador, MOPAWI in Honduras und das Indian Law Resource Center, das Amazon Conservation Team und Native Lands.³⁷ Sie alle haben finanzielle Unterstützung von US-Stiftungen erhalten, aber im Allgemeinen im Rahmen der Umweltprogramme dieser Stiftungen. Aber das sind nur wenige Fälle.

Die Ford Foundation ist die einzige Ausnahme von dieser Regel. Sie hat kein besonderes Büro für Umweltprogramme, allerdings waren bis vor Kurzem die Vorsitzenden zweier großer Umweltschutzorganisationen Vorstandsmitglieder der Stiftung.³⁸ Stattdessen konzentriert sich die Stiftung auf die Themen „Asset-Building und Gemeinschaftsentwicklung“ und „Frieden und soziale Gerechtigkeit“. Der erste Bereich umfasst die Komponenten „Umwelt und Entwicklung“ und „Wirtschaftliche Entwicklung“, die beide auch das Thema der indigenen Völker beinhalten könnten. Zudem ist die Ford Foundation stolz darauf, auf dem Gebiet der sozialen Wohlfahrt tätig zu sein. Im Lauf der Jahre hat sie den Einschluss indigener Völker in ihre Programme betont. Die Stiftung hat ein Stabskomitee für indigene Völker, das vom Hauptsitz in New York aus koordiniert wird, und verfügt über eine sogenannte „Regionalinitiative zur Unterstützung indigener Völker“ in Lateinamerika.

Die Regionalinitiative ist ein lockeres Netzwerk von Personen in mehreren Fordbüros in Lateinamerika (Mexico D.F., Santiago, Rio de Janeiro) Die Fondsmittel (im Haushaltsjahr 2007 beliefen sie sich auf US\$ 300.000) werden für regionale Projekte, auch für indigene Völker vergeben. Zwischen 2003 und 2006 vergab die Regionalinitiative 12 Zuschüsse in Höhe von insgesamt fast US\$ 2 Millionen. Darüber hinaus vergaben die Regionalbüros der Ford Foundation im Rahmen ihrer Standardfinanzierung 100 Zuschüsse in Höhe von insgesamt etwa US\$ 17 Millionen für Projekte mit indigenen Völkern.

Gleichzeitig ist jedoch festzuhalten, dass die Ford Foundation keinen speziellen Fokus für ihre Zuschüsse an indigene Völker hat. Es gibt keine Leitlinien für die Mittelvergabe in diesem Bereich und die Portfolios der verschiedenen Büros vor Ort fügen sich nicht zu einer regionalen Strategie zusammen. Viel hängt von den persönlichen Vorlieben und Abneigungen der Repräsentanten ab. Das Büro in Santiago zeigt praktisch kein Interesse an indigenen Völkern und die Büros in Mexiko und Rio de Janeiro erlebten im Zuge von Personalveränderungen einen Rückgang der Unterstützung für die indigene Sache. Zweitens

³⁷ Die drei letztgenannten haben ihren Sitz in der Gegend von Washington, D.C.

³⁸ Es handelt sich um Kathryn Fuller vom WWF U.S. und Yolanda Kakabadse von IUCN. Zu diesem Zeitpunkt wurden zwei große Zuschüsse an ihre NGO vergeben. Sie waren vertraulich, denn sie dienten offensichtlich dazu, es den NGO zu ermöglichen, mit indigenen Völkern zu arbeiten. Vgl. Chapin 2004, S. 30.

werden nur sehr wenige Zuschüsse des Lateinamerikaprogramms der Stiftung direkt an indigene Organisationen vergeben. Von den 100 Zuschüssen im Bereich indigener Angelegenheiten, die wir für den Zeitraum 2000 bis 2005 identifizieren konnten, gingen nur acht direkt an indigene Organisationen.³⁹ Die restlichen 92 Zuschüsse wurden an nicht-indigene vermittelnde Organisationen vergeben, wobei eine große Zahl von Empfängern aus Universitäten und Institutionen am oberen Ende der Kette bestand.⁴⁰ Während die Ford Foundation das Überleben von Organisationen und Personen durch kontinuierliche institutionelle Zuwendungen des Lateinamerikaprogramms über einen langen Zeitraum hinweg gesichert hat, gehörten meines Wissens keine indigenen Organisationen zu den Zielgruppen dieser Politik.

Im Gegensatz zu den US-Organisationen kümmern sich europäische Agenturen mehr um soziale Belange als um den Erhalt von Tropenwäldern und den Schutz bedrohter Tierarten. Die beiden Bereiche sind natürlich miteinander verbunden, denn ein degradiertes Tropenwald ohne tierisches Leben ist keine gesunde Umwelt für die dort lebende indigene Bevölkerung. Obwohl die Politik der europäischen Regierungen und NGO keineswegs perfekt ist und oft ein Kluft zwischen den Erklärungen und der realen Arbeit vor Ort besteht, vertreten die Europäer einen Ansatz auf der Grundlage von Rechten mit einer starken Betonung von nachhaltiger Entwicklung, Ausbildung, Kapazitätsentwicklung und Empowerment. Einige europäische Regierungen sind über ihre Außenministerien und Botschaften sogar das Risiko eingegangen, mit indigenen Gemeinschaften in politisch sensiblen Gebieten Lateinamerikas zusammenzuarbeiten; europäische NGO haben indigene Organisationen jahrzehntelang in Gebieten starker Konflikte über Naturressourcen wie Erdöl und Erze unterstützt. Ein ähnliches Engagement ist bei den US-Organisationen nicht einmal ansatzweise zu beobachten, wiederum mit der einzigen Ausnahme von Oxfam America und – in geringerem Maß – der Ford Foundation.

Große Fische in indigenen Gewässern

Außenministerien, europäische NGO und private US-Stiftungen sind keineswegs die einzigen Akteure in indigenen Territorien. Zahlreiche sehr große und mächtige Institutionen sind in den letzten Jahren hier tätig geworden. Bei diesen „offiziellen“ Institutionen handelt es sich um multilaterale Agenturen wie die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB), die Europäische

³⁹ Ford führt keine Liste über die Mittel, die spezifisch für indigene Völker bestimmt sind, sodass wir nicht sicher sein können, ob die Zahl exakt ist; bestimmt ist sie aber annähernd richtig.

⁴⁰ Dagegen sind die Empfänger von Zuwendungen der Ford Foundation für indigene Angelegenheiten in den USA nicht vermittelnde Organisationen. Die Zuschüsse gehen direkt an indigene Organisationen und indigene Abteilungen größerer Institutionen wie Smithsonian und Harvard University. Vgl. „Large Foundations’ Grantmaking to Native America“ von Sarah Hicks und Miriam Jorgensen. The Harvard Project on American Indian Economic Development; September 2005.

Union und verschiedene Programme der Vereinten Nationen. Sie verfügen über Programme für indigene Völker, die aber im Allgemeinen von den nationalen Regierungen des Region und nicht von indigenen Organisationen durchgeführt werden; und wenn sie durch indigene Organisationen kanalisiert werden, sind diese von ihren Regierungen handverlesen.

Interessanterweise tauchten viele Programme dieser Institutionen in dem Moment auf, in dem es Unruhe unter der indigenen Bevölkerung gab, und sie wurden eingesetzt, um indigene Initiativen zu kooptieren und zu spalten, bevor sie an Bedeutung gewannen. So war beispielsweise ein Aufstand der Ngöbe in Panama Mitte der siebziger Jahre der Anlass für kleine Zuschüsse und Gemeinschaftsentwicklungsprogramme, die von der Weltbank entworfen und finanziert wurden. Eine Kampagne der indigenen Föderation in Honduras für Landrechte in den späten neunziger Jahren, die zu Gewalttätigkeiten führte, bewirkte die Durchführung eines Regierungsprogramms zur Schaffung von Arbeitsplätzen mit dem Namen *Nuestras Raíces* (Unsere Wurzeln), das anfangs vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) finanziert und später ausgeweitet und von der Weltbank unterstützt wurde.⁴¹ Auf *Nuestras Raíces* folgte eine ähnliche Initiative, das Hilfsprogramm für indigene und schwarze Völker (*Programa de Apoyo para Pueblos Indígenas y Negros, PAPIN*) mit finanzieller Unterstützung der IDB. Indigene Unruhen in Ecuador führten zum Entwicklungsprojekt für indigene und afroecuadorianische Völker Ecuadors (*Proyecto de Desarrollo de los Pueblos Indígenas y Afroecuatorianos del Ecuador, PRODEPINE*), das von der Weltbank und dem International Fund for Agricultural Development (IFAD) konzipiert und finanziert wurde. Und so weiter und so fort. Ausnahmslos spalteten alle diese Projekte die indigenen Organisationen und hinterließen einen Scherbenhaufen.

Sowohl die Weltbank wie die IDB verfügen über formelle Programme für ihre Arbeit mit indigenen Völkern. Die Politik der Weltbank wurde in den frühen neunziger Jahren konzipiert und wurde seither mehrfach revidiert und aktualisiert, zum letzten Mal im Jahr 2005; die erste ausformulierte Politik der IDB wurde 2006 vorgelegt. Beide Banken haben kleine und machtlose Abteilungen für den Umgang mit indigenen Angelegenheiten: die Social Development Unit der Weltbank und die Indigenous Peoples and Community Development Unit der IDB. Ihre Politik gegenüber indigenen Völkern ist in der folgenden Erklärung niedergelegt:

⁴¹ "Project Appraisal Document on a Proposed Credit in the Amount of SDR 10.1 Million (US\$15.0 Million Equivalent) to the Republic of Honduras for a *Nuestras Raíces* Project." Report No: 27771-HO, 2004. Der Fokus auf "Armutsbekämpfung" ermöglicht es diesen Organisationen, Länder mit Geld für Projekte zur "Schaffung von Arbeitsplätzen" zu überschwemmen, die von den Regierungen dazu benutzt werden, große Sektoren der indigenen Bevölkerung auszukaufen.

„Diese Politik leistet einen Beitrag zur Mission der Bank, die Armut zu vermindern und nachhaltige Entwicklung zu fördern, indem sie gewährleistet, dass der Entwicklungsprozess die Würde, die Menschenrechte, die Wirtschaft und die Kulturen der indigenen Völker umfassend respektiert. Für alle bei der Bank zwecks Finanzierung eingereichten Projekte, die indigene Völker betreffen, fordert die Bank vom Kreditnehmer einen Prozess freier, vorhergehender und informierter Konsultation. Die Bank vergibt nur dann Projektfinanzierungen, wenn die freie, vorherige und informierte Konsultation zu einer breiten Gemeinschaftsunterstützung der von dem Projekt betroffenen indigenen Völker führt.“⁴²

Das Schlüsselwort in diesem Statement ist *Konsultation* in dem Satz „Prozess freier, vorhergehender und informierter Konsultation“. Die Bank hatte die ursprüngliche Fassung – „freie, vorhergehende und informierte Zustimmung“ – abgelehnt und damit die Fähigkeit der indigenen Völker zur Blockierung von Projekten auf ihrem Land, mit denen sie nicht einverstanden sind, wesentlich eingeschränkt. Die Politik- und sozialwissenschaftlichen Abteilungen geben Deckung und verbreiten den falschen Anschein, dass die Bank für indigene Angelegenheiten sensibel ist.

1996 präsentierten zwei für die Weltbank arbeitende Anthropologen auf der Jahrestagung der Weltbank über Entwicklung in Lateinamerika (Bogotá, Kolumbien, 30.6. – 2.7.) ein Paper mit dem Titel: „Including the Excluded: Ethnodevelopment in Latin America“ Sie charakterisierten „ethnische Entwicklung“ als „jene Prozesse, die von den indigenen Völkern bei ihrem Streben nach einem besseren Leben selbst definiert und kontrolliert werden“ (S. 5), und stellten fest, dass „... die Bank in der Arbeit mit indigenen Völkern eine Wendung von einer im Wesentlichen 'schützenden' Orientierung hin zu einem Ansatz der ethnischen Entwicklung macht“ (S. 30). Für diese Schlussfolgerung bieten sie keine Beispiele und in den vergangenen Jahren haben sich genug Beweise angesammelt, um sie zu widerlegen. Die Behauptung, die Bank habe eine Orientierung, die es den indigenen Völkern ermögliche, ihre eigene Entwicklung zu „definieren und zu kontrollieren“ ist einfach absurd.

Ähnlich sieht es bei der IDB aus und die beiden Institutionen arbeiten oft als Tandem wie in den Fällen Nuestras Raíces und PAPIN in Honduras. Vor einigen Jahren traf ich eine Beraterin, die von der IDB mit der Konzipierung ihrer indigenen Politik beauftragt worden war. Zu dieser Zeit dachte ich noch ziemlich naiv, dies könne zu einer stärkeren Unterstützung indigener Völker führen. Als ich in diesem Sinne sprach, unterbrach sie mich: „Täuschen Sie sich nicht. Das Letzte, was die Bank will, ist Empowerment für indigene Völker. Alles was

⁴² OP 4.10, Indigenous Peoples. World Bank, Social Development Department, Juli 2005.

sie will, ist Empowerment für die Bank.” Und das erreicht sie, indem sie die nationalen Regierungen stärkt, die ihre Kunden sind.

Dann gibt es die privaten Unternehmen, eine Kombination großer transnationaler und kleiner lokaler Firmen, die Naturressourcen ausbeuten – Bergbau, Erdöl und Erdgas, Holz und kommerzielle Landwirtschaft – und am Bau von Megaprojekten wie Staudämmen, Hafenanlagen und Straßennetzen beteiligt sind. Sie verfügen über große Kapitalsummen und arbeiten eng mit bi- und multilateralen Agenturen und nationalen Regierungen zusammen. Sie haben gemeinsame Interessen und stärken sich gegenseitig. Die Privatunternehmen vergeben auch umfangreiche Mittel an die großen internationalen Naturschutzorganisationen, eine Strategie, die ihnen ein grünes Feigenblatt und das Schweigen zu ihren zerstörerischen Praktiken im Regenwald einbringt. Zusammen stellen sie die Kräfte dar, mit denen es die indigenen Völker zu tun haben, und ihr Verhalten gegenüber diesen Völkern ist ausbeuterisch und wird immer feindlicher.⁴³

Ein gutes Beispiel ist die Marlin Mine in Guatemala, das größte Gold- und Silberbergwerk im Tagebau in Mittelamerika. Es gehört Montana Exploradora de Guatemala (MEG), einer Tochtergesellschaft des kanadischen Bergbauunternehmens Goldcorp, Inc., das über Kapital in Höhe von US\$ 21 Milliarden verfügt. 2004 erhielt das Bergbauprojekt einen Weltbankkredit seitens der für den Privatsektor zuständigen Institution International Finance Corporation (IFC) in Höhe von US\$ 45 Millionen. Unruhen in den lokalen Maya-Gemeinschaften, die gegen kontaminiertes Wasser und das Absinken des Grundwasserspiegels protestieren, werden von Soldaten und bewaffneten Sicherheitskräften der guatemaltekischen Regierung – einem wichtigen Nutznießer des Bergwerks - in Schach gehalten.⁴⁴ Trotz einer Untersuchung, die viele der missbräuchlichen Praktiken aufdeckte, unterstützt die IFC das Projekt weiter.⁴⁵ Auch USAID ist mit einigen kleinen Public-Relations-Projekten (eine Bäckerei, Hühnerzucht und ein Nähprojekt) beteiligt⁴⁶ und die kanadische Regierung unterstützt das Projekt durch ihre Botschaft in Guatemala.

In Peru durchquert die Camisea-Gaspipeline das Territorium der Machiguenga im Amazonasgebiet. Die ursprüngliche Exploration erfolgte durch Royal Dutch/Shell, wurde aber 1998 nach Konflikten mit der peruanischen Regierung aufgegeben und von einem Konsortium unter Führung des US-Unternehmens

⁴³ “A Challenge to Conservationists” von Mac Chapin. *World Watch Magazine* Jg. 17, No. 6, Nov/Dez 2004, S. 17-31.

⁴⁴ “Mining Gold, and Outrage, in Guatemala”, *The Tyee*, Vancouver. 21. Dezember 2005.

⁴⁵ “Assessment of a complaint submitted to CAO in relation to the Marlin Mining Project in Guatemala”, Office of the Compliance Advisor/Ombudsman (CAO), IFC/Multilateral Investment Guarantee Agency. 7. September 2005. Eine der Schlussfolgerungen war, dass “das Bergwerk die sozialen Spannungen, Gewalt und Unsicherheit verschärft” (S. 34).

⁴⁶ “Quién quiere una minera escarbando en su vecindario?” von Jochen Mattern. Informe Guatemala, FUNDADESC, Guatemala, 16. Februar 2007.

Hunt Oil und der Beteiligung von Repsol-YPF (Spanien), SK Energy (Südkorea) und Marubeni Corporation (Japan) übernommen. 2007 billigte die IDB einen Kredit von US\$ 400 Millionen für das Camisea-Projekt und im folgenden Jahr vergab die IFC einen weiteren Kredit von US\$ 300 Millionen. Zahlreiche Lecks an der Pipeline hatten eine umfangreiche Kontamination zur Folge, aber das Projekt wird mit dem Segen der peruanischen Regierung, die davon profitiert, weitergeführt.⁴⁷

Die gewalttätigen Konflikte, die im Juni 2009 in der peruanischen Amazonasregion ausbrachen und auf ähnliche indigene Protestbewegungen in Ecuador folgten, sind nur die letzte Phase des Missbrauchs durch multinationale Konzerne, nationale Regierungen sowie ihre bi- und multilateralen Alliierten. Und dieser Trend wird immer stärker, wie beispielsweise an der Initiative für die Integration der regionalen Infrastruktur Südamerikas (*Iniciativa para la Integración de la Infraestructura Regional Sudamericana, IIRSA*) deutlich wird. Es handelt sich um ein Projekt mit einem Umfang von vielen Milliarden Dollar zur Entwicklung der Transport-, Energie- und Telekommunikationssektoren der Region, an dem zwölf Länder mit Unterstützung einer Vielzahl von Finanzinstitutionen beteiligt sind.⁴⁸ Geplant sind der Bau eines umfangreichen Straßennetzes, die Errichtung von Tiefwasserhäfen und der Bau von Staudämmen und Wasserstraßen. Das Projekt dient dazu, ganz Südamerika für die groß angelegte Ausbeutung der Naturressourcen und die Vernichtung der einheimischen Völker und der natürlichen Ökosysteme zu erschließen.⁴⁹

Eine veränderte Dynamik

Als die indigene Bewegung in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren entstand, gab es nur wenige indigene Organisationen, um mit der äußeren Welt umzugehen, und diese waren klein, ohne Erfahrungen und schwach. Die Gefahren, aufgrund derer sie sich organisierten, waren real, aber relativ einfach im Vergleich zu den heutigen Bedrohungen. Die Hilfe, die sie fast ausschließlich von europäischen NGO und religiösen Gruppen erhielten, umfasste institutionelle Unterstützung, Ausbildung, Landrechtsprogramme und verstreute Produktionsprojekte. Landrechtsangelegenheiten waren etwas kontrovers, beschränkten sich aber auf einzelne Gruppen von Gemeinschaften in bestimmten Gebieten,

⁴⁷ "Finance: Prickly Peru Gas Project Gets Key Loan" von Abid Aslam, 2008; "Camisea and the World Bank: A Lost Opportunity to Make Things Better" von César Gamboa, Breton Wolds Project, 1. April 2008.

⁴⁸ Zu ihnen gehören die IDB und die Weltbank, die Andean Development Corporation (ADC), der Financial Fund for the Development of the River Plate Basin (Fonplata), die Corporación Andina de Fomento (CAF) und die Banco Nacional de Desenvolvimento Econômico e Social (BNDES), eine staatliche brasilianische Bank.

⁴⁹ "IIRSA Update #1: A Report on the South American Integration Initiative". Bank Information Center, Washington, D.C., 28. Februar 2005; "The Amazon: IIRSA thinks big, seeking business." World Rainforest Movement Bulletin #111, Oktober 2006.

die nicht sehr umstritten waren, und wurden von den Regierungen nur leicht überwacht.

Die in der Region tätigen NGO waren im Allgemeinen offen und flexibel in ihrem Umgang mit den indigenen Gruppen. Bei Unregelmäßigkeiten waren sie nachsichtig, denn diese galten als verständliche Folge der Unerfahrenheit der jungen indigenen Organisationen, die erstmals Geld und Projekte verwalteten. Sie argumentierten, dass die indigene Bevölkerung eine orale und keine schriftliche Tradition der Informationsweitergabe hatte und dass die Abfassung von Berichten ihrer Kultur fremd war. Natürlich konnte man sie das lehren, aber das würde Zeit erfordern. Zunächst war es wichtig, ihnen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit sie ihre Organisationen aufbauen und sich in den folgenden Jahren graduell eine „professionellere“ Routine aneignen konnten. Für den Moment mussten die indigenen Organisationen gestärkt werden, damit sie in der Lage waren, ihr Land und ihre Naturressourcen zu schützen. Infolgedessen galten in vielen Fällen mündliche Berichte über die Verwendung der Spendengelder als ausreichend. Solange es sich um kleine Projekte handelte, wurde zufällige und unvollständige Berichterstattung von den Agenturen – und damit auch von deren Geldgebern – geduldet. Das war die Zeit des Honeymoons.

Sie endete etwa Anfang bis Mitte der neunziger Jahre. Diejenigen, die Mittel für indigene Angelegenheiten vergaben, mussten Ergebnisse ihrer Großzügigkeit sehen. Welche realen Fortschritte wurden auf dem Gebiet der Landrechte erzielt? Welche Verbesserungen der Lebensqualität der indigenen Gemeinschaften waren feststellbar? Ohne Informationen zu diesen Fragen war es schwierig, eine Fortsetzung der Unterstützung zu rechtfertigen. Und dann war da das Problem der Finanzverwaltung. In dem Maß wie NGO, bi- und multilaterale Agenturen und private Konzerne aktiv wurden und mehr Geld zur Verfügung stand, nahmen die Beschuldigungen von Zweckentfremdung der Mittel bis hin zu direkten Korruptionsvorwürfen zu. Diese recht chaotische Situation musste unter Kontrolle gebracht werden.

Zu diesem Zeitpunkt wurde für die Agenturen das Berichtswesen wichtiger. Sie führten Methoden für die Beschreibung und Messung der Ergebnisse ihrer Arbeit ein: Zahlenberichte sowie Ergebnis- und Wirkungsevaluierungen verschiedenster Art. Die Rechenschaftserfordernisse wurden formalisiert und wurden anspruchsvoller und zeitaufwendiger. Man erwartete spezifische Ergebnisse und die Unterstützung wurde von Bedingungen abhängig gemacht. Es wurden weniger Mittel für „allgemeine Unterstützung“ vergeben, denn ihre Ergebnisse waren schwerer messbar, und es vollzog sich eine Wende hin zu spezifischen, gebundenen Aktivitäten, die mit Zahlen, Statistiken und sichtbaren Kennzeichen, die in dem einen oder anderen Sinn „realer“ waren, beschrieben und evaluiert werden konnten. Diese Veränderung des Ansatzes wurde von der Mehrheit der indigenen Organisationen nicht positiv aufgenommen. In einem Mo-

ment der Selbstreflexion im Jahr 2005 stellten vier Organisationen, die in der Andenregion mit indigenen Völkern arbeiteten, fest:

*„Es gibt seitens indigener Organisationen und lokaler NGO eine wachsende Kritik an unseren Organisationen wegen fehlender programmatischer Flexibilität, der Auferlegung von Verwaltungsnormen und -kontrollen, der Durchsetzung modischer Themen (Gender, nachhaltige Entwicklung ...) und – trotz der guten Absichten – der Existenz eines bestimmten Grads von Paternalismus in unserer Tätigkeit.“*⁵⁰

Gleichzeitig wurden neue und komplexe Finanzkontrollsysteme eingeführt, die Verwaltungsanleitungen und Handbüchern über Verfahrensregulierung folgten. Manche dieser Maßnahmen waren positiv – es ist sicherlich wichtig, die Wirkung ausländischer Hilfe zu messen – aber einige sekundäre Effekte waren negativ. Nicht nur wurde die institutionelle Unterstützung, ein zentrales Anliegen der Organisationen, reduziert, sondern der bürokratische Aufwand wuchs exponential und die Zeit, die die Vertreter der Agenturen bei den Gemeinschaften verbrachten, sank deutlich. Durch die neuen Anforderungen wurden viele weniger erfahrene Gruppen ausgeschlossen.

In Zusammenhang damit kam es zu einer Zusammenlegung von Entwicklungshilfemaßnahmen. Die europäischen Länder kanalisieren ihre Auslandshilfe zunehmend durch multilaterale Agenturen. Das britische Department for International Development (DFID) beispielsweise vergibt derzeit etwa 40 Prozent seines Budgets durch multilaterale Institutionen wie die Weltbank, die Europäische Kommission und UNO-Programme.⁵¹ In anderen europäischen Ländern ist derselbe Trend zu beobachten. Eine Rechtfertigung betrifft Effizienz und Kosten; aber es handelt sich auch um den Versuch einer Anpassung an die Millenniums-Entwicklungsziele mit der Betonung auf der Armutsbekämpfung. Die Entwicklungshilfe ist formaler und unflexibler und die Vergabebedingungen sind restriktiver geworden.

Zweitens ist die Zahl der Player auf diesem Gebiet schwindelerregend gestiegen. Die Anzahl der indigenen Organisationen hat sich auf allen Ebenen vervielfacht und auch die der außenstehenden Gruppen, die mit ihnen zusammenarbeiten, ist gestiegen. Ursprünglich hatten Spendenagenturen und NGO eine Eins-zu-eins-Beziehung zu den indigenen Organisationen; nun stellen sie nur

⁵⁰ “Diálogo entre las agencias de cooperación y el movimiento indígena.” Términos de referencia (Oktober 2005). Die Agenturen waren HIVOS, Ibis, Oxfam America und SNV. Die Terms of Reference waren für eine Studie bestimmt, die aus Länderberichten über Bolivien, Peru und Ecuador und einer Zusammenfassung bestand. Sie wurde durchgeführt, aber nicht veröffentlicht. Eine zweite Phase, in der auch Angehörige der indigenen Bevölkerung beteiligt waren, wurde gestoppt.

⁵¹ “DFID and the World Bank”, House of Commons International Development Committee, Sixth Report of Session 2007-2008. 5. März 2008, S. 5.

eine Organisation in einem Pool von multilateralen Institutionen, privaten Konzernen, Ministerien und anderen NGO dar. Das ist verwirrend:

„Die indigenen Führer bewegen sich immer stärker in einem Markt von Angebot und Nachfrage von Vorschlägen, Projekten und Fonds, auf dem eine Vielzahl von Akteuren mit unterschiedlichen und oft widersprüchlichen Vorstellungen agiert; für diesen Markt ist in Anbetracht der Aggressivität der Umwelt das Wort 'Arena' vielleicht angemessener, eine Arena von Konflikt und Verhandlung, die dazu tendiert, die verschiedenen indigenen Völker und die indigene Bewegung zu fragmentieren.“⁵²

Die Situation ist so komplex geworden, dass sie für alle Beteiligten nicht mehr zu handhaben ist. Die Agenturen haben unterschiedliche Standards und Erwartungen und sie kommunizieren selten untereinander und koordinieren ihre Feldarbeit nicht.⁵³ Während das von Agenturen mit sehr unterschiedlichen Ideologien und Motiven zu erwarten ist, ist diese Haltung jedoch auch unter Organisationen mit ähnlichen philosophischen Ansätzen zu finden. Kurz gesagt, die indigenen Organisationen stehen einer verwirrenden Vielfalt von Außenstehenden gegenüber, deren Motive oft dunkel sind und nicht zu der jeweiligen indigenen Agenda passen. In einer solchen Umwelt ist Vertrauen eine seltene Ware.

Drittens: In dem Maß wie die indigenen Organisationen an Erfahrung gewonnen haben, haben sie sich stärker in die politischen Auseinandersetzungen auf nationaler und internationaler Ebene eingemischt. In Ländern mit einer großen indigenen Bevölkerung wie Bolivien, Peru, Ecuador und Guatemala wurden erstmals Angehörige dieser Gruppen in Staatsämter gewählt; das bekannteste Beispiel ist die Wahl von Evo Morales, eines Aymara, zum Präsidenten Boliviens. In Ecuador haben Indigenen ihre eigene Partei Pachakutik gegründet und in anderen Ländern stellen sie sich mit ihrem wachsenden Gewicht hinter traditionelle Parteien. Sie waren für Massenmobilisierungen aus Protest gegen Erdöl- und Erdgasförderung und Bergbautätigkeiten auf ihrem Land verantwortlich, die zu Änderungen der nationalen Politik und der Politik internationaler Kreditinstitutionen führten. Alle diese Entwicklungen werden immer wichtiger, ein bemerkenswerter Prozess, wenn man bedenkt, dass noch vor wenigen Jahren die indi-

⁵² „Diálogo entre las agencias de cooperación y el movimiento indígena.“ S. 2.

⁵³ Vor einigen Jahren waren beispielsweise drei außenstehende Gruppen an Landrechtsprojekten bei den Achuar in Ecuador beteiligt, hatten aber keine Kommunikation untereinander und wussten nicht, was die jeweils anderen Organisationen taten.

genen Völker oft nicht anerkannt wurden und sich außerhalb der nationalen Aufmerksamkeit befanden.⁵⁴

Hilfsorganisationen wie Ibis, DED, Brot für die Welt, Oxfam, HIVOS, IWGIA u.a. haben diese Entwicklung unterstützt und können sie als einen Erfolg ihrer Arbeit werten. Dies hat aber auch zu einer unvorhersehbaren Schwierigkeit geführt: „Die Indigenen müssen sich in diese Richtung bewegen“, sagte mir kürzlich der Direktor einer europäischen Organisation in der Andenregion. „Leider können wir sie aber nicht weiter unterstützen, wenn sie es tun. Wir können ihnen immer noch auf kleiner Skala helfen, aber nur indirekt durch Zuschüsse für 'Kapazitätsentwicklung' und ähnliche Maßnahmen.“ Gerade der Erfolg ihrer Programme macht deren Kontinuität problematisch und in einigen Fällen unmöglich und das hat auf allen Seiten Ambivalenzen verursacht. Die militanteren indigenen Führer haben den Eindruck, dass sich die NGO gerade zu einem kritischen Zeitpunkt von ihnen distanzieren, während die europäischen NGO und ihre Botschaften sich als Gäste im Belieben der nationalen Regierungen in einer schwierigen Position befinden. So hat beispielsweise die peruanische Regierung ein Gesetz erlassen, um die Finanzierung von NGO zu beschränken, die indigene Organisationen in Gebieten unterstützen, in denen Aktivitäten im Bereich Erdöl- und Erdgasförderung und Bergbau stattfinden.⁵⁵

Damit stehen wir vor einer Situation, in der die indigene Bewegung genau zu dem Zeitpunkt, wo sie an Bedeutung gewonnen hat, von einer wachsenden Zahl großer und mächtiger Feinde umgeben ist, während die Zahl ihrer Verbündeten – die alle klein sind, deren Unterstützung in den Anfangsjahren jedoch zentral war – rasch abnimmt. Wie sich die Dinge in den nächsten Jahren entwickeln werden, ist eine offene Frage.

Aus dem Englischen Jutta Borner

⁵⁴ Das beste Beispiel dafür ist vielleicht El Salvador, wo die Regierung leugnete, dass es eine indigene Bevölkerung im Land gab, bis 1999 auf der Website des Präsidentsamtes erstmals Nachrichten über sie erschienen. In anderen Ländern waren ganze Ethnien den Behörden unbekannt und große Teile der Bevölkerung leugneten ihre Existenz. Viele ethnische Gruppen sind erst in den letzten Jahrzehnten aufgetaucht.

⁵⁵ Im November 2006 berichtete die BBC: „Im letzten Monat beschuldigte Präsident García einige NGO, Investitionen im Land zu verhindern. Diese Erklärung wurde auf dem Höhepunkt einer zehntägigen Blockade von Ölquellen durch Angehörige der indigenen Bevölkerung im peruanischen Amazonasgebiet abgegeben. Den NGO wurde vorgeworfen, die Situation zu verschärfen; der Konflikt endete mit einem Übereinkommen, kostete aber die Regierung und die Ölfirma Pluspetrol Einnahmen in Millionenhöhe.“ <http://news.bbc.co.uk/go/pr/fr/-/2/hi/americas/6112284.stm>

Rettet REDD die Welt – oder zumindest den Wald?

Martin Glöckle

Stein des Anstoßes ist eine Zahl – 20 Prozent! 20 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen stammen aus Entwaldung. Mehrere Millionen Hektar Wald werden jährlich abgeholzt und aufgrund der Entwaldung auf ihrem Territorium haben sich Staaten wie Brasilien und Indonesien – trotz spärlicher industrieller Emissionen – in der Liste der größten CO₂-Emittenten direkt hinter den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China platziert.

Schon vor Jahren haben es die Wälder daher auf die internationale Klimaagenda geschafft und nun wird es mit einem Instrument namens REDD (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation) auch tatsächlich ernst.

Vermiedene Entwaldung soll Bestandteil eines neuen Klimaabkommens werden.

Wald wird zukünftig also nur noch als Kohlenstoffspeicher betrachtet. Dies wird zu einer fatalen Unterbewertung von Wald mit all seinen anderen Funktionen führen. Der Ansatz, stehenden Wald CO₂-abhängig bezahlen zu wollen, wird wirtschaftlich niemals gegen andere Nutzungsformen ankommen können. Somit wird das ganze System letztlich vom guten Willen der Beteiligten abhängen.

Wald im Kyoto-Protokoll

REDD ist eines der am kontroversesten diskutierten Themen in der Klimadebatte. Das zugrunde liegende Konzept ist dabei eigentlich recht simpel: Regierungen, Unternehmen oder Waldbesitzer in Entwicklungsländern sollen dafür belohnt werden, dass sie Wald erhalten, anstatt ihn durch Abholzung zu Geld zu machen. Das Geld soll entweder durch einen Fonds, in den die Industriestaaten einzahlen, oder durch auf dem Markt gehandelte Kohlenstoffzertifikate generiert werden.

Bereits während der Verhandlungen zum Kyoto-Protokoll 1997 wurde die Idee, Entwaldung durch Zahlungen zu stoppen, diskutiert. Aufgrund vieler Unklarheiten, die in den Verhandlungen nicht ausgeräumt werden konnten, wurden die Wälder nicht ins Klimaabkommen aufgenommen. Neben unregulierten Landrechtsverhältnissen in vielen betroffenen Ländern und der Frage, wie die exakte Messung der gesparten Emissionen umgesetzt und sichergestellt werden kann, wollte man verhindern, dass der Fokus falsch gesetzt wird. Die konkrete

Befürchtung war, dass eine Einbeziehung der Wälder den Fokus zu sehr auf die Bemühungen der Entwicklungsländer zum Walderhalt richten und die Industriestaaten mit ihren Reduktionsverpflichtungen aus der Pflicht nehmen würde.

Entstehung von REDD

Die Debatte um vermiedene Entwaldung kehrte spätestens im Jahr 2005 zu den Klimaverhandlungen des UNFCCC zurück, als bei den Klimaverhandlungen in Montreal Papua-Neuguinea und Costa Rica einen gemeinsamen Vorschlag unterbreiteten, der von mehreren Waldländern unterstützt wurde. Diese Gruppe hat sich mittlerweile zur Coalition for Rainforest Nations (CfRN) zusammengeslossen.

Ihr Vorschlag sieht vor, dass im nächsten Klimaregime für Entwicklungsländer die Möglichkeit geschaffen werden soll, durch Walderhalt Emissionen zu reduzieren und mit diesen reduzierten Emissionen Zugang zum internationalen Emissionshandel zu erhalten. Auf diese Weise würde Ökosystemen ein monetärer Wert zugesprochen und den Entwicklungsländern mit dem verdienten Geld zugleich die Möglichkeit gegeben, sich nachhaltig zu entwickeln.

Im Jahr 2006 präsentierte die brasilianische Regierung ebenfalls einen eigenen Vorschlag, der vorsieht, Wälder nur auf freiwilliger Basis ins Klimaregime einzubeziehen. Außerdem soll den Industrieländern keine Möglichkeit gegeben werden, Wälder als Offsetmechanismus zur Reduzierung ihrer eigenen Reduktionsverpflichtungen zu nutzen. Brasilien zufolge soll die Finanzierung nicht über Emissionshandel sichergestellt werden, sondern durch einen Fonds, in den die Industriestaaten einzahlen. Die Gelder dieses Fonds würden positive Anreize schaffen, dass Entwicklungsländer ihre Wälder erhalten bzw. die Emissionen aus der Netto-Entwaldungsrate reduzieren.

Der Bali Action Plan

Ausgehend von diesen beiden unterschiedlichen Positionen wurde bei den Klimaverhandlungen des UNFCCC in Bali 2007 der so genannte Bali Action Plan verabschiedet, der auch einen Passus zu reduzierten Emissionen aus Entwaldung – sprich REDD – enthält. Zu Details, wie genau REDD ausgestaltet werden und funktionieren soll, bleibt der Aktionsplan vage. Die weitere Aushandlung von REDD wurde an zwei Arbeitsgruppen delegiert, die ihre Vorschläge bei der Klimakonferenz im Dezember 2009 in Kopenhagen präsentieren sollten.

In Bali bestand lediglich Einigkeit darüber, dass REDD die Emissionen aus dem Waldsektor reduzieren und so einen Beitrag zur Begrenzung des Temperaturanstiegs auf unter 2° Celsius leisten soll. Der Bali Action Plan fordert daher

„policy approaches and positive incentives on issues relating to reducing emissions from deforestation and forest degradation in developing countries; and the role of conservation, sustainable management of forests and enhancement of forest carbon stocks in developing countries“.

Dass mit Erhaltung, nachhaltiger Forstwirtschaft und Erweiterung des Kohlenstoffspeichers sehr umstrittene Instrumente in den Mechanismus einbezogen werden könnten, ist einer der wesentlichen Streitpunkte der REDD-Diskussion.

Auf dem Weg nach Kopenhagen – der aktuelle Verhandlungsstand

Die zwei in Bali mit der REDD-Gestaltung beauftragten Arbeitsgruppen stehen vor einer schwierigen Aufgabe. Sie sollen die unterschiedlichen REDD-Vorschläge und –Anträge – zu den genannten von Brasilien und der Coalition for Rainforest Nations sind noch weitere von Tuvalu, Indien, der Commission of Central African Forests (COMIFAC), Neuseeland, Norwegen und vielen mehr eingegangen – und die Standpunkte der gesamten UN-Mitgliedsstaaten unter einen Hut und zu einem zielführenden Ergebnis bringen.

Neben dem Aspekt der Finanzierung (Fonds oder Emissionshandel) sind viele weitere Fragen offen: Wie wird der Schutz der Biodiversität sichergestellt? Wie beteiligen sich indigene Völker und lokale Gemeinschaften an REDD und können davon profitieren? Soll REDD auf Projekt- oder nationaler Ebene durchgeführt werden? Werden Plantagen als Wälder angerechnet? Wie werden die eingesparten Emissionen durch Walderhalt gemessen und kontrolliert? Welche *baseline* der Entwaldung wird zugrunde gelegt, d.h. auf welcher Grundlage der bisherigen Entwaldung eines Landes wird zukünftig nach REDD die vermiedene Entwaldung berechnet?

In den Klimaverhandlungen in Poznan 2008 gelang es nicht, die wesentlichen Richtlinien eines robusten und gerechten Mechanismus zu REDD im Abschlusstext ausdrücklich zu verankern. Eine Festlegung, dass REDD die Rechte indigener Völker respektieren und gewährleisten muss, wurde auf Drängen Kanadas, Australiens, Neuseelands und der Vereinigten Staaten gestrichen.

Anfang Juni 2009 wurde in Bonn weiter verhandelt. Hier wurde im Bereich der messbaren, berichtbaren und verifizierbaren Emissionsreduktionen eine Verschärfung des Textes vereinbart, die über die reinen Reduktionsmessungen hinaus nun auch Governance und unabhängige Überwachung einbezieht.

Beeindruckt von den Ereignissen in Peru, wo sich zum Verhandlungszeitpunkt indigene und lokale Gemeinschaften gegen eine weitere Ausbeutung und Zerstörung ihres Lebensraumes im Amazonasgebiet durch Mineralölkonzerns und die Holzindustrie zur Wehr setzten, wurde die Notwendigkeit erkannt, indigene und lokale Gemeinschaften ins Zentrum der REDD-Umsetzung

zu rücken. Entsprechend wurde diese Erkenntnis dieses Mal auch im Abschluss-text festgehalten.

REDD gibt es doch schon...

Unabhängig davon, dass REDD im eigentlichen Sinne noch verhandelt wird, es also keine verbindliche Vereinbarung, sondern nur eine Reihe unterschiedlicher Vorschläge gibt, flossen bereits kurz nach den Verhandlungen in Bali die ersten Gelder für REDD-Projekte.

In erster Linie ist hier die Weltbank zu nennen, die nach Bali mit der *Forest Carbon Partnership Facility* (FCPF) einen neuen Mechanismus ins Leben rief, mit dem sie REDD verwirklichen will. Die mit 385 Mio. US-Dollar ausgestattete FCPF soll Entwicklungsländern behilflich sein, die Instrumente und Expertise zur Umsetzung von REDD-Programmen zu entwickeln.

Bisher haben sich 37 Länder bei der FCPF um Hilfestellung beworben. Zunächst erstellen diese Länder so genannte R-PINs (Readiness Plan Idea Notes) und sobald diese von der FCPF akzeptiert wird, sollen die Länder Readiness-Pläne erstellen, die den konkreten Rahmen für REDD festlegen sollen. Ziel ist es, ab 2012 mit messbaren, berichtbaren und verifizierbaren Emissionsreduktionen am globalen Emissionshandel teilnehmen zu können.

Auch die drei UN-Organisationen UNDP, UNEP und FAO haben mit UN-REDD eine gemeinsame Initiative gestartet, deren Hauptgeldgeber Norwegen ist. In den neun Staaten Bolivien, Vietnam, Papua-Neuguinea, Tansania, Panama, Zambia, Indonesien, Paraguay und der Demokratischen Republik Kongo werden erste Pilotprojekte zur Emissionsreduktion aus vermiedener Entwaldung durchgeführt.

Hinzu kommen mehrere Regierungen, die REDD-Pilotprojekte durchführen; die australische Regierung führt Projekte in Australien und Vanuatu durch, die norwegische Regierung verspricht bis zu 600 Mio. US-Dollar pro Jahr für REDD-Aktivitäten und Deutschland ist über die GTZ in Indonesien und Laos aktiv.

Neben bi- und multilateralen Projekten gibt es eine Vielzahl privatwirtschaftlicher Projekte, die von großen Naturschutzorganisationen wie The Nature Conservancy (TNC), Conservation International (CI), dem WWF, der Wildlife Conservation Society (WCS) und anderen unterstützt werden.

So unterstützt Merrill Lynch etwa das Ulu Masen-Projekt auf Sumatra und die Hotelkette Marriot ist in ein Waldschutzprojekt in Brasilien involviert. Eines der bisher größten Projekte ist der Noel Kempff Mercado-Nationalpark in Bolivien. Ein Schutzgebiet von rund vier Mio. Hektar, das 1997 von der bolivianischen Regierung, TNC und drei US-Energiekonzernen gegründet wurde. Mit Hilfe von Satellitendaten wird die Unversehrtheit des Waldes überwacht und

versucht, Landwirtschaft und Holzkonzerne aus dem Gebiet fernzuhalten. Schätzungen zufolge sollen mit diesem Projekt 25 Mio. Tonnen CO₂ vermieden werden, die als Zertifikate in den Emissionshandel einbezogen werden sollen.

Was läuft falsch mit REDD?

Selbst wenn all die bisher noch strittigen Fragen der REDD-Konzeption bis oder in Kopenhagen gelöst werden sollten, heißt das nicht, dass REDD unumstritten sein wird. Bereits jetzt gibt es massive Einwände gegen dieses Instrument.

Das Problem beginnt schon bei der Rolle, die der Entwaldung in der Klimadebatte zuteil wird. Nur weil Entwaldung für 20 Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich ist, bedeutet das nicht, dass sie auch für 20 Prozent des Klimawandels verantwortlich ist.

Entwaldung ist nicht nur weit weniger für den Klimawandel verantwortlich als die Verbrennung fossiler Energieträger, sondern steht auch in einem ganz anderen Zusammenhang zum Klimawandel. Die Kohlenstoffmoleküle, die aus der Entwaldung resultieren, mögen zwar identisch mit denjenigen aus Verbrennung fossiler Energie sein, aber aus Klimasicht sind sie sehr unterschiedlich. Waldverlust verschiebt das CO₂-Verhältnis in einem reversiblen Biosphärensystem, während die Verbrennung von fossilen Brennstoffen zusätzlichen Kohlenstoff in die Biosphäre einführt.

Die Folge ist, dass mit REDD einzutreten droht, was in den Verhandlungen zum Kyoto-Protokoll bewusst vermieden wurde: durch die Einbeziehung der Wälder ins Klimaregime die Konzentration auf die Bemühungen der Entwicklungsländer zu lenken und zusätzlich den Wald auf seine Funktion als Kohlenstoffspeicher zu reduzieren. Viel bedeutsamer und zielführender ist es aber, über die 80 Prozent der CO₂-Emissionen zu reden, die nicht aus Entwaldung, sondern aus der Verbrennung fossiler Energie stammen und für die in erster Linie die Industriestaaten verantwortlich zeichnen.

Zudem steht zu befürchten, dass REDD von Industriestaaten und Unternehmen als Offset-Mechanismus genutzt wird, um sich so von eigenen Reduktionsverpflichtungen freizukaufen.

Brasilien hat von vorneherein darauf bestanden, dass REDD keinesfalls als Offset-Mechanismus dienen darf und während der Verhandlungen im Juni in Bonn haben sich mit China, Bolivien, Paraguay, Tuvalu und El Salvador weitere Staaten dieser Position angeschlossen.

Ein methodisch-technisches Problem der Debatte ist die Definition der so genannten *baseline*, d.h. wie wird der Fortschritt eines Landes zu weniger Entwaldung festgelegt und gemessen. Zur Diskussion steht das Modell, aktuelle oder zukünftige Entwaldungsraten mit historischen zu vergleichen. Hätte beispielsweise ein Staat im Zeitraum 1990 bis 2000 eine durchschnittliche jährliche

Entwaldungsrate von 200.000 Hektar, müsste er in Zukunft unter dieser Rate bleiben, um Zahlungen zu erhalten.

Unabhängig von der Frage, wie die *baseline* definiert wird, sie wird manche Länder deutlich bevorteilen. In der augenblicklich diskutierten Form, d.h. mit einer historischen *baseline* wie im genannten Beispiel, würden diejenigen Länder profitieren, die in der Vergangenheit durch massive Abholzungen in Erscheinung getreten sind. Länder wie etwa Costa Rica, die seit Jahren ernsthafte Versuche unternehmen, ihre Wälder zu erhalten, würden hingegen klar benachteiligt.

Im Bali Action Plan wird auf die Bedeutung von „*the role of conservation, sustainable management of forests and enhancement of forest carbon stocks in developing countries*“ hingewiesen.

Die Ausweitung des „*carbon stocks*“ bedeutet nichts anderes als die Aufforstung bzw. Anlage von Plantagen. Solange Plantagen laut der Definition der FAO „Wälder“ sind, besteht die Gefahr, dass REDD mit dem Argument Kohlenstoffspeicher zu schaffen zur Ausweitung der Plantagenflächen genutzt wird.

Brasiliens Verhandlungsposition ist es etwa, die „Netto“-Entwaldung zu reduzieren. Die Planung Brasiliens geht dahin, bis 2015 mehr Bäume zu pflanzen als abzuholzen. Erreicht werden soll dieses Ziel laut des brasilianischen Umweltministers durch die Wiederherstellung natürlicher Wälder und die Bekämpfung illegalen Holzeinschlags. Zugleich zielt dieser Vorschlag aber auch darauf ab, Verluste durch fortgesetzte Abholzung mit der Anlage von Plantagen zu kompensieren.

Die Einbeziehung von Plantagen in REDD konterkariert die an REDD gestellte Erwartung von „*co-benefits*“ wie den Schutz der Biodiversität und die Respektierung indigener und lokaler Gemeinschaften. Plantagen sind keine Wälder!

Die Auswirkungen von REDD auf indigene Völker ist einer der zentralen Kritikpunkte zivilgesellschaftlicher Gruppen. Wird REDD zum Wohlergehen indigener Völker und lokaler Gemeinschaften beitragen? In den meisten Regionen der Erde besitzen im und vom Wald lebende Gruppen keinerlei Land- oder Nutzungsrechte am Wald, obwohl sie dort schon seit Generationen leben.

Durch eine Inwertsetzung der Wälder für REDD werden diese zum Spekulationsobjekt und die Rechte indigener Völker weiter eingeschränkt. „REDD-Projekte helfen indigenen Völkern nicht, sondern werden die betroffenen Gemeinschaften hart treffen und ihnen weitere Zugangs- und Nutzungsrechte am Wald, traditionellen Territorien und Pflanzen entreissen“, sagt Jihan Gearon vom Indigenous Environmental Network nach den Klimaverhandlungen in Bonn im Juni 2009.

Die aktuellen REDD-Vorschläge, besonders diejenigen, die sich auf den Emissionshandel verlassen, bergen große Risiken für indigene Völker. REDD kann für sie zu weiteren massiven Waldverlusten, Landnahme, Korruption, Zerstörung ihrer Kultur und weiteren Konflikten führen. Erfahrungen mit freiwilligen Offsetprojekten und dem Clean Development Mechanism zeigen, dass es wenig Anlass zu Optimismus gibt.

Das Überleben indigener Völker und vieler anderer lokaler Gemeinschaften hängt vom freien Zugang zu Wäldern und anderen Ökosystemen ab. Wälder stellen ihnen Nahrung, Wasser, Brenn- und Bauholz sowie Medizin zur Verfügung. Außerdem sind sie das Zentrum kulturellen, religiösen und spirituellen Lebens. Sie stellen somit einen immensen immateriellen Wert dar. Für 60 Millionen Indigene weltweit besteht somit eine umfassende Abhängigkeit vom Wald. Weitere 1,6 Milliarden Menschen sind für ihren Bedarf ebenfalls auf den freien Zugang zu Wäldern angewiesen. Als ein Ergebnis von REDD droht ihnen nun unter Umständen der Verlust des freien Zugangs zum Wald, Vertreibung und der Verlust ihres Lebensraumes.

Auch der Hinweis auf „conservation“ im Bali Action Plan lässt nicht zwingend Gutes erahnen, denn die Schutzgebietspolitik der letzten Jahre ist für indigene und lokale Gemeinschaften kein Grund zur Hoffnung.

Die bisherigen Verhandlungen des UNFCCC zu REDD zeichneten sich dadurch aus, dass Indigene nicht gehört wurden und ihre Rechte keine große Rolle spielten. Nach den Ereignissen im Dezember 2008, als eine Passage zu Indigenen im Abschlusstext blockiert wurde, hat sich dies jedoch etwas verbessert.

Obwohl die UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker (UNDRIP) in Bonn in den Entwurfstext aufgenommen wurde, drücken viele Indigenenvertreter und NGOs nach wie vor ihre Bedenken aus, da der Entwurfstext sehr schwach ist und er UNDRIP nationalem Recht unterordnet.

Vor allem beschränkt sich der Text bislang auf Partizipation und Konsultation, von Rechten und Zustimmung der Indigenen ist kaum die Rede. Nur Bolivien beharrt in den Verhandlungen bisher auf dem Prinzip des „free, prior and informed consent“ als Vorbedingung für REDD sowie auf der vollständigen Einbindung indigener und lokaler Gemeinschaften von der Planungs- bis zur Durchführungsphase.

Schlussfolgerung

REDD ist ein Instrument, das in der Form, in der es momentan diskutiert wird, fehlgeleitete Anreize bietet. Staaten, die sich bereits seit Jahren um Walderhalt bemühen, werden davon nicht profitieren. Für einige Staaten könnte es sich also tatsächlich gelohnt haben, in den vergangenen Jahren massiv abgeholzt zu haben oder noch vor Festlegung der *baseline* damit zu beginnen.

Warum wird nicht einfach die ursprüngliche natürliche Bewaldung als Maßstab angelegt? Alles was vom Menschen abgeholzt wurde, stellt eine CO₂-Belastung dar und dem Klima ist es reichlich egal, ob das Gas vor 200 Jahren eingespeist wurde oder in einem Jahr erst wird. Logischerweise muss deshalb jedes aus Waldzerstörung an die Luft übergebene Kohlendioxid zählen.

Die Konsequenz daraus wäre, dass die „Altsünder“ für emittiertes CO₂ zahlen und diese Mittel an diejenigen fließen, die Wald erhalten.

Sollen wir tatsächlich glauben, dass REDD natürliche Wälder schützen wird?

REDD basiert auf einer Definition von Wäldern, die Plantagen mit einbezieht. Plantagen sind aber keine Wälder! Großflächige Monokulturplantagen verursachen ernsthafte ökologische, ökonomische und soziale Probleme, wie die Störung des Wasserkreislaufs, Verschmutzung durch Pestizide, Verlust an Biodiversität und die Vertreibung ganzer Dörfer von ihrem angestammten Land.

Zudem speichern Plantagen weniger CO₂ als natürliche Wälder. In diesem Zusammenhang ist es geradezu absurd, sollte die UNFCCC die Umwandlung von Wäldern in Plantagen zulassen.

Sollen die Verantwortlichen der Zerstörung tatsächlich belohnt werden?

Die Beziehung zwischen der Zerstörung von Wäldern und der Nachfrage nach landwirtschaftlichen Gütern und Produkten aus dem Wald liegt klar auf der Hand. Bergbau, Infrastrukturprojekte, Erdölbohrungen und Agrotreibstoffe sind weitere maßgebliche Kräfte der Zerstörung. Aber darauf geht REDD gar nicht erst ein. Kein Wort zur Senkung des Konsums und Hungers der Industriestaaten nach Holz, Fleisch, Öl. Im Gegenteil, diejenigen, die bisher von der Abholzung profitiert haben, können nun auch von REDD profitieren. Diejenigen, die für die Waldzerstörung verantwortlich sind, nämlich Unternehmen und Regierungen, sollen nun dafür belohnt werden, dass sie nicht mehr oder weniger abholzen.

Sollen wir tatsächlich glauben, dass REDD ohne klare Landrechte funktionieren wird?

REDD wirft die alte Frage auf, wem die Wälder gehören, falls sie tatsächlich jemandem gehören sollten. Und wer hat das Recht über Walderhalt generierte Emissionszertifikate zu verkaufen? Es steht außer Frage, dass indigene Völker und lokale Gemeinschaften ohne garantierte Landrechte keine Sicherheiten haben, von REDD in irgendeiner Form für ihre enormen Walderhaltungsmaßnahmen belohnt zu werden.

Bereits ohne REDD bestehen in Waldländern Konflikte zwischen indigenen Völkern und den Regierungen. REDD wird diese Konflikte neu entflammen oder verschärfen, da die Frage über die Kontrolle des Waldes geregelt sein will.

Die alles entscheidende Frage stellt REDD erst gar nicht: Warum nur eine Reduzierung der Entwaldung und kein Stopp?

Die einzige wirkliche Lösung ist es, die eigentlichen Ursachen der Entwaldung zu stoppen, doch dieses heiße Eisen wird in den Verhandlungen nicht angefasst.

Ps.: Auf dem Klimagipfel in Kopenhagen, 2009, wurden die hier aufgeworfenen Fragen und Bedenken nicht geklärt. Der Beitrag ist daher nach wie vor aktuell.

Solidarische Ketten

Fairer Handel mit Kleinbergbauprodukten

Thomas Siepelmeyer

Die Gewinnung von Gold und Edelsteinen ist heute weltweit durch hohe soziale und ökologische Kosten gekennzeichnet. Besonders die unselige Verbindung zwischen Diamantbergbau und Rebellenarmeen in einigen Ländern Afrikas oder die Umweltskandale im Goldbergbau, wie beispielsweise der Dammbbruch an der Mine Baia Mare in Rumänien und die Verseuchung der Flüsse Theiß und Donau mit zyanid- und schwermetallbelasteten Schlämmen führen zu Verunsicherung in der Branche und bei den Kundinnen und Kunden.

In dieser großen, schon seit Jahrzehnten betriebenen industriellen Goldmine in den Bergen Rumäniens ereignete sich Anfang 2001 nach starken Regenfällen ein großer Dammbbruch der zyanidhaltigen Schlammrückhaltebecken, in denen der Abfall der Goldproduktion gesammelt wird, und verseuchte die gesamte nachfolgende Donauregion von Ungarn bis zur Mündung des Flusses in das schwarze Meer mit tödlichem Zyanid.

Eine ähnlicher und ebenso katastrophaler Minen Dammbbruch geschah in der Omai Mine in Guyana (1995), und bedrohte die 40.000 Angehörigen indigener Völker, die im Landesinneren entlang des Flusses Essequibo wohnen. Die Omai Goldmine in Guyana befindet sich in der Hand eines kanadischen Bergbaumultis mit einer Jahresproduktion, die eine Viertelmillion Unzen Gold Troygewicht¹ produziert. Sie ist eine der größten Minen Lateinamerikas. Im August 1995 brach der Damm für die mit Cyanid versetzten Goldbergbauresiduen, Millionen von Litern giftigen Schlammes flossen in den größten Fluss Guyanas, und verursachten eines der größten Bergbaudesaster in den letzten Jahrzehnten.

Auch können sich die Käufer eines Schmuckstückes heute nicht mehr sicher sein, ob ihr Kauf nicht zu Kinderarbeit (z.B. in den primitiven Kleinbergbaugruben oder den indischen Diamantenschleifereien), sklavenähnlichen Arbeitsbedingungen in den Entwicklungsländern oder sogar zu kriegerischen Auseinandersetzungen beiträgt. Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO mit Sitz in Genf) geht in einer aktuellen Untersuchung davon aus, dass ca. 15 Millionen Menschen weltweit Klein- und Kleinstbergbau unter häufig katastrophalen sozialen und ökologischen Bedingungen betreiben oder dort abhängig beschäftigt sind. Abgebaut werden dabei nicht nur Edelsteine und Edelmetalle, sondern fast jedes Bergbauprodukt.

¹ Troygewicht ist eine im angelsächsischen Raum verwandte Gewichtseinheit für Edelstein und -metalle.

Angestoßen durch diese Missstände hat sich aus Kleinbergbauexperten, Edelsteinkundlern und Goldschmieden eine Initiative gegründet, die fairen Handel mit Edelmetallen und Edelsteinen etablieren will. Hierbei ist das Büro für Umweltgeologie, Münster, mit seinem know how auf dem Gebiet des Kleinbergbaus in Entwicklungsländern federführend. So werden von uns für nationale wie internationale (Entwicklungs-) Organisationen seit Jahren Projekte zur ökologischen, sozialen und ökonomischen Aufwertung dieses Sektors in Zentral- und Südamerika, Afrika, Asien und Ozeanien durchgeführt. Zusammen mit der Goldschmiedefirma Salon Gems aus Florida, USA, wurde dieses über vier Kontinente reichende Fairtrade-Projekt initiiert.

Mit dem fairen Handel sollen Kleinproduzenten in Entwicklungsländern die Chance auf bessere Konditionen beim Verkauf ihrer Produkte erhalten. Doch die Eingangsvoraussetzungen hierfür sind streng und umfassen folgende Aspekte: Es muss sich um legal konstituierte Kleinproduzenten handeln, die basisdemokratisch organisiert sind (z.B. in Form einer Genossenschaft oder ähnlichem), und die ihre Produkte in umweltgerechter und sozialverträglicher Produktionsweise gewinnen.

Diese Produzentinnen und Produzenten können auf zweifache Weise vom fairen Handel profitieren:

- Verbesserung der Verkaufsbedingungen für die Rohprodukte des Bergbaus durch möglichst direkte Beziehung zum Endverbraucher. Damit können unnötige Zwischenhandelsstufen ausgeschaltet werden.
- Beteiligung der Produzentinnen und Produzenten (Bergleute und Weiterverarbeiter, Schleifer und Schmuckproduzenten) an der Wertschöpfung durch die Vermarktung eines veredelten Produktes

Dadurch erzielen die Bergleute zusätzliche Einkünfte, die es ihnen erleichtern, ihrer Armut und schwierigen sozialen Bedingungen zu entkommen.

Derzeit werden folgende Produktlinien vermarktet:

- Diamanten aus den Drakensbergen in Lesotho (geschürft von alteingesessenen Kooperativen mit einer großen Beteiligung der Frauen)
- Gold und Silber aus umwelt- und sozialverträglichem Abbau in NW - Argentinien (Provinz Jujuy, EcoAndina)
- Farbedelsteine (Rubine, Saphire, Alexandrit, Aquamarine, Granate, Turmaline etc.) aus der Region Songea, Tansania und Vatomandry, Madagaskar (Dorfgemeinschaften)
- Schleiferei in zertifizierten Betrieben in Indien (Surat Diamond Workers Cooperative und Jaipur).

Um im heißumkämpften Schmuckmarkt bestehen zu können, müssen die Produkte eine hohe Qualität haben. Um diese zu garantieren, werden Qualitätsprüfungen und Zertifizierungen auf jeder Stufe der Produktion durchgeführt. So ist z.B. die Schliffqualität der Diamantenarbeiter - Kooperative in Surat, Indien, selbst bei kleinsten Steinen von 0,01carat hervorragend. Die Vermarktung der Produkte findet über Weltläden, Internethandel, Handels-Coop's, Direktvermarktung, Goldschmiede und Juweliere statt.

Vorteile des dargestellten Systems

Das dargestellte System bietet sowohl dem Kunden als auch den Bergbautreibenden eine Vielzahl von Vorteilen:

- Die Käufer unterstützen mit ihrem Aufgeld eine prozesshafte Entwicklung zu einem "nachhaltigen Bergbau", der durch die vor Ort tätigen Berater und Dienstleister begleitet wird.
- Die Käufer gelangen über dieses System an Produzenten, deren Produkte vielfach nicht in den formalen Handelsstrukturen der Länder erscheinen, die aber andererseits einen wesentlichen Beitrag zur Einkommensschaffung für unterprivilegierte Personen in strukturschwachen ländlichen Räumen leisten.
- Die Käufer erhalten eine seriöse und fundierte Qualitätsgarantie für die Produktion des Goldes, der Edelsteine und der Diamanten, da über die Präsenz vor Ort ein Monitoring der Produktion und der sozialen Realität gewährleistet ist.
- Die Käufer erhalten fachlich fundierte und aktuelle Informationen über die Produzenten und ihre sozialen Bedingungen.
- Die Tatsache der Förderung dieser Produzentengruppe durch eine international agierende Firma ist eine zusätzliche Garantie für deren Sozial- und Umweltverträglichkeit. Außerdem wird auf diese Weise die in der Vergangenheit mit öffentlichen Mitteln geförderte Anstrengung zur Verbesserung der umwelt- und sozialverträglichen Produktion nun vom Verbraucher honoriert.
- Den Kleinbergleuten gibt dieses System einen finanziellen Anreiz, sich freiwillig für die Verbesserung ihrer Produktionsstrukturen einzusetzen.
- Die Kleinbergleute, die normalerweise stark schwankende Mengen produzieren und vermarkten, stoßen auf eine gleichbleibende Nachfrage und erhalten dadurch höhere Planungssicherheit.
- International abgestimmte Qualitätsstandards, die mit Organisationen dieses Sektors, z.B. der Weltbergarbeitergewerkschaft in Brüssel oder der

IAO in Genf sowie Zertifizierungsorganisationen zusammen erarbeitet werden, kommen zur Anwendung.

Wie genau das Fairtrade System im Kleinbergbau funktionieren kann, wird im Folgenden anhand von zwei Beispielen erläutert.

Bergbau und Vermarktung der "fair trade"-Diamanten der Liqhobong Diamanten Genossenschaft, Lesotho

Liqhobong ist eine kleine Diamantenmine in den Maluti Bergen von Lesotho, in 2000m Höhe und etwa 150 km nordwestlich der Hauptstadt Maseru. Etwa 60 Leute, die überwiegend vom Diamantbergbau leben, sind Mitglieder der Genossenschaft. Die meisten arbeiteten vorher als Wanderarbeiter in südafrikanischen Minen, wurden während der Bergbaukrise in den 1980er Jahren entlassen und gingen zurück in ihre Homelands. Die meisten dieser Diamantenbergarbeiter haben Familien in anderen Landesteilen, die von den Einnahmen der Diamanten-Genossenschaft abhängig sind.

Die meisten Gruppenmitglieder, vor allem die Frauen, arbeiten bereits seit etwa 20 Jahren in Lighobong und gehen jetzt auf das Rentenalter zu. Ihr Wunsch ist es, würdevoll in den Ruhestand zu gehen, und mit diesem Ziel im Sinn haben sie versucht, sich aus dem Einflussbereich des DeBeer Kartells zu befreien. Bei DeBeers bekamen sie in der Regel nur 20 \$ pro Karat für ihre rohen Diamanten. Das war genug, um davon zu leben, aber in keiner Weise eine ausreichende Entschädigung gemessen am Endwert der Edelsteine.

Die Bedingungen in der Bergbau-Siedlung sind typisch für eine afrikanische Bergbaugemeinde: ärmliche Häuser, keine Elektrizität, wenig sauberes Wasser und miserable Wohn- und sanitäre Bedingungen. Die Regierung stellt jedoch einen bewaffneten Wächter in dem Dorf.

Die Mine produziert schöne bunte Diamanten, obwohl viele von ihnen klein sind. Kanariengelb, blau und rosa wurden hier gesehen und abgebaut, ebenso wie traditionelle weiße Diamanten.

Bergbau wird in Kooperation mit der Regierung in Liqhobong durchgeführt. Einmal im Jahr wird ein Bagger zur Mine auf den Berg hoch geschickt, eine Jahresausbeute von Kimberlit wird aus dem Hauptschlot gebrochen und aufgehäuft. Da es dort der Witterung ausgesetzt ist, wird der Kimberlit zersetzt und die Ausrüstung für die Zerkleinerung der Feldbrocken ist überflüssig. Der verwiterte Kimberlit wird gewaschen und die Steine werden durch Sieben konzentriert. Frauen und Männer sortieren dann die Rohdiamanten aus den Siebanlagen.

Die Diamanten werden dann in Pakete sortiert und zu einer Auktion in Maseru geschickt, von Mitgliedern der Genossenschaft begleitet. Käufer können sich die Pakete anschauen und für die, die sie interessieren, einen Kaufpreis bie-

ten. Hier beteiligt sich das “Fair Trade von Edelsteinen und Juwelen” (“Fair Trade in Gems and Jewelry”) aus Deutschland und kauft Diamanten, die dann in einer Genossenschaft in der berühmten indischen Diamantenstadt Surat, nördlich von Mumbai, geschliffen werden.

Diese Genossenschaft wurde im Jahr 2000 vor allem von der Internationalen Föderation der Chemie, Energie, Bergbau und Allgemeinen Arbeiterunion, in der auch die Diamantenschleifer organisiert sind, ins Leben gerufen. Die Genossenschaft arbeitet in vollständiger Übereinstimmung mit den Empfehlungen des IAO Interregional Tripartite Workshop über Beschäftigung und Arbeitsbedingungen in der Edelsteinschleiferei und Polierindustrie in Bangkok, die vom 20. - 22. November 2001 zu Beschäftigung, Arbeitsbedingungen und Ausbildung stattfand².

Die Genossenschaft ist ein lebendiges Beispiel dafür, dass Diamantenschleiferei und Polieren ohne Kinderarbeit möglich ist; obwohl in vielen Bereichen der Industrie davon geredet wird, “du brauchst die Kinder für das Schleifen der Diamanten, denn sie haben so kleine Finger ”.

Eine Fair Trade - Übereinkunft mit den Bergleuten wurde verhandelt, die unter anderen Kriterien eine zweite Auszahlung der Wertschöpfung für die Steine vorsieht und bei Verkauf der Steine zu zahlen ist. Sie soll sich auf 15% des Reinertrages belaufen.

Für die Diamanten ist das Markenzeichen “5C” entwickelt worden. Neben den traditionellen “4C’s”: Farbe, Schliff, Karat und Reinheit („colour, cut, carat, clarity“) der Diamanten steht das “5 C” für “conflict free, child labour free and corruption free diamonds”(“konfliktfrei, kinderarbeitsfrei und korruptionsfrei”).

² Die erwähnte Resolution der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) besagt:

“ 8. Die Nutzung von Kinderarbeit in der Edelsteinschleiferei und -poliererei kann unter keinen Umständen gerechtfertigt werden; sie ist inakzeptabel. Ihre Tolerierung und ihr Andauern an jedwedem Ort riskiert die Gefährdung der Reputation und damit die Zukunft der gesamten Industrie.

9. In jedem Land sollten alle Sektoren der Industrie – vom Bergbau über die Edelsteinproduktion, die Vermarktung und den Einzelhandel – einschließlich der Organisationen von Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen, Regierungen, der ILO und anderer relevanter zwischenstaatlicher Organisationen und damit befassten NROs konstruktiv zusammenarbeiten, um Kinderarbeit so bald wie möglich abzuschaffen. In jedem Land sollte ein Zeitpunkt festgelegt werden, bis zu dem sie de facto abgeschafft ist, nachdem ein ausführlicher gesellschaftlicher Dialog hierüber geführt worden ist.

10. Die Entfernung von Kindern aus allen Tätigkeiten des Edelsteinschleifens und -polierens sollte überwacht und aktiv überprüft werden. Diese Entfernung sollte die Situation der Kinder nicht verschlechtern und auch keinen negativen Effekt auf das Familieneinkommen haben.”

Das Beispiel der Fundación EcoAndina, Argentinien

International steht der Goldbergbau in dem Ruf, das Land und das Wasser durch den Einsatz von hochgiftigen Chemikalien zu verseuchen. Insbesondere trifft dies für den "sekundären Wirtschaftsbereich" zu, in dem das von großen Bergbaugesellschaften als unrentabel eingestufte Abraumgestein von "Mineros" mit Hilfe von umweltschädlichen Chemikalien ein weiteres Mal aufbereitet wird. Ähnliches gilt für das von den großen Minengesellschaften bereits ausgebeutete Gelände. Dieses Wirtschaften ist für die Beteiligten mit großen gesundheitlichen Risiken und einer geringen Rentabilität verbunden.

Die Fundación EcoAndina hat daher im sogenannten "Plan Aurífero" ein System entwickelt, in dem die Ressource Wasser nachhaltig genutzt wird, das Gold lediglich gewaschen und nicht chemisch extrahiert werden muss und der Verkauf des gewonnenen Goldes so organisiert ist, dass eine hohe Rentabilität erreicht wird. Dieses Vorhaben, das in der ersten Hälfte der 90er Jahre in der Puna Nordargentiniens zusammen mit dem regionalen Bergamt umgesetzt wurde, zeigt, dass eine Form der Goldgewinnung, die kaum ökologisch schädliche Auswirkungen aufweist und den Goldwäschern ein Existenzminimum erlaubt, prinzipiell möglich ist. Nach dem Verfahren einigermaßen etabliert worden ist, zogen sich die staatlichen Stellen nach und nach aus der Organisation des Vertriebes zurück und überließen den An- und Verkauf des Goldes den lokalen Banken. Dies brachte aus unterschiedlichen Gründen einen Rückgang der Produktion mit sich. So war der Goldpreis zwischenzeitlich sehr niedrig.

Bedingt durch die wirtschaftliche Krise in Argentinien, den mittlerweile wieder relativ hohen Goldpreis auf den internationalen Märkten und die wachsende Nachfrage nach ethisch und ökologisch unbedenklich gewonnenem Gold in Europa entsteht aber in jüngster Zeit eine für die Zielsetzung des "Plan Aurífero" günstige Gesamtsituation.

Der "Plan Aurífero" soll nun auf privatwirtschaftlicher Basis neu organisiert werden. Dabei wird das Gold direkt von den "Mineros" von einer nationalen und autorisierten Stelle, wie z.B. der SEGEMAR (Servicio Geológico Minero Argentino) angekauft, analysiert und zertifiziert. Anschließend wird die Produktion in Europa an Goldschmiede verkauft, die dem "Fair Trade" verpflichtet sind.

Die Fundación EcoAndina hat es sich zur Aufgabe gemacht, sowohl beim Prozess des Goldwaschens wie auch bei der Organisation und beim Aufbau des Handels konkrete Hilfestellung zu leisten mit dem Ziel, eine stabile und ökologisch wie sozial unbedenklichen Produktion und nachhaltigen Vertriebsstruktur von Gold aufzubauen.

Über diese Aktivitäten auf dem Goldsektor hinaus werden auch nachhaltige Projekte im Kleinstbergbau unterstützt, die auf lokale Ressourcen wie Onix, Alabaster, Ignimbrite, Mineralien, Naturfarben, Naturplatten u.ä. aufbauen, die

nach der Extraktion in der Region zu Schmuck und Kunstgegenständen weiterverarbeitet werden. Auf diese Weise können lokal Arbeitsplätze geschaffen werden, die zumindest einen Zugewinn erbringen und damit der einheimischen Bevölkerung ein weiteres Standbein der Existenzsicherung bieten.

Die Fundación EcoAndina

Angeregt durch private Initiativen begannen sich Ende der 90er Jahre kleine Umwelt- und Sozialprojekte im Gebiet der Puna und im NW Argentiniens zu entwickeln. Aus diesen Aktivitäten entstand die Gruppe EcoAndina, die sich 1999 als EcoAndina Foundation (Stiftung EcoAndina) etablierte und im Juli 2000 die anerkannte Gemeinnützigkeit erlangte. EcoAndina profitiert dabei von den Erfahrungen, welche die Mitglieder in zahlreichen Projekten seit 1988 sammeln konnten

Im Laufe der Zeit entstanden für Schulen, Gemeinschaftsspeiseräume und Nachbarschaftszentren:

- 35 Solaröfen zur Heißwasserbereitung,
- 8 Innenraumheizungen,
- 25 kastenförmige Solarheizungen,
- 23 Gemeinschaftssolarküchen,
- 250 Solarküchen für Familien,
- 8 Solarbacköfen,
- 8 Solarpumpen zur Tröpfchenbewässerung für 8 ha Anbaufläche,
- 4 Pflanzenkläranlagen.

Die Stiftung EcoAndina entwickelte ein "Kaskadenkonzept" zur Verbesserung der lokalen Verhältnisse. Dabei entstanden u. a. 3 andine solare Gemeinschaftsbäder, deren Abwässer in Pflanzenkläranlagen gereinigt und anschließend zur Bewässerung nach der Tröpfchenmethode genutzt wurden

Daneben wurde ein ambitioniertes Projekt zur "Ecofizierung" im Bereich der Puna konzipiert und weiterentwickelt: "Solare Andendörfer", Siedlungen, die mit sauberer Energie versorgt werden und deren Wirtschaften auf der nachhaltigen Nutzung der natürlichen Grundlagen

EcoAndina hat die Technologie der solaren Wärmenutzung in den Norden Argentiniens gebracht und dieses Wissen kooperativ organisierten Werkstätten zur Verfügung gestellt. In enger Zusammenarbeit mit der Stiftung werden bereits große Teile der Ausrüstung von diesen Werkstätten selbst hergestellt.

Links:

www.faire-edelsteine.de

www.ecoandina.org

www.siepelmeyer.com

Teil 3

Klima Bündnis

Zusammenarbeit zwischen den indigenen Organisationen der Regenwälder und europäischen Kommunen Eine Bestandsaufnahme des Erreichten¹ im Klima-Bündnis

Heidi Feldt

Die Grundidee des Klima-Bündnis² (KB), das heute mit 1500 (nach Angaben des Klima-Bündnis) Mitgliedskommunen aus 16 Ländern³ zu den etablierten europäischen Städtenetzwerken gehört, basiert auf der Idee, dass zum Erhalt des Klimas ein Bündnis der sozialen Akteure, die zu seinem Schutz beitragen können, notwendig ist. Konkret gehen im Klima-Bündnis europäische Kommunen und die Organisationen der indigenen Völker des Amazonasbeckens ein Bündnis ein, das gekennzeichnet ist durch:

- Die Notwendigkeit kommunaler Klimaschutzpolitik angesichts der drohenden Klimaveränderungen und der Formulierung eines konkreten CO₂-Reduktionsziels;
- Die Unterstützung der Interessen der indigenen Völker am Erhalt des tropischen Regenwaldes und ihrer Lebensgrundlagen.

Daraus ergeben sich im Wesentlichen zwei Arbeitsbereiche: die kommunale Klimaschutz- und Energiepolitik als originär kommunale Aufgabe und die Zusammenarbeit bzw. Unterstützung indigener Völker der Regenwälder als weiteres Arbeitsfeld, für das es aber in den meisten Kommunen keine entsprechenden Zuständigkeiten gibt und das daher häufig von der Arbeit lokaler Nichtregierungsorganisationen – von diesen haben viele einen assoziierten Status im Rahmen des Klima-Bündnis – abhängig ist.

Kommunaler Austausch

Der kommunale Klimaschutz ist ohne Frage das Hauptwirkungsfeld des Klima-Bündnisses, in dem es vielfältige Aktivitäten entfaltet und auf unterschiedlichen Ebenen wiederum in weiteren Bündnissen aktiv ist.⁴ Es ist der kommunale

¹ Die Aussagen beruhen auf der Auswertung der Klima-Bündnis Dokumente, zehn Interviews mit Vertreterinnen und Vertretern deutscher Mitgliedskommunen, einem Interview mit dem langjährigen ehemaligen Vorsitzenden des Klima-Bündnis von der indigenen Organisation der COICA und eigenen Erfahrungen. Die Autorin war von 1993 bis 2000 in der europäischen Geschäftsstelle des Klima-Bündnisses zuständig für die Kooperation zwischen Kommunen und indigenen Völkern.

² Manifest europäischer Städte zum Bündnis mit den Indianervölkern Amazoniens, Frankfurt / Main, 1990

³ Stand 15.04.09 http://www.klimabuendnis.org/our_members.html.

⁴ Es bestehen vielfältige Vernetzungen zu kommunaler Klimaschutz-, Energie- und Verkehrspolitik auf europäischer Ebene wie z.B. der Konvent der Bürgermeister auf EU Ebene, der das Klima-Bündnis u.a. zusam-

Austausch zu diesem Thema, der das Klima-Bündnis trägt, so die Bürgermeisterin von Freiburg, Gerda Stuchlik.

In diesem Beitrag soll jedoch weniger dieser Arbeitsbereich sondern die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und indigenen Völkern im Klima-Bündnis betrachtet werden. Was konnte in den 20 Jahren Klima-Bündnis verankert werden? Wie hat sich die Zusammenarbeit entwickelt und welche Herausforderungen zeichnen sich ab? Welche Themen wurden aufgegriffen, inwieweit wurden Fortschritte in der Verständigung über diese Themen erzielt und welches sind die Grenzen und die Potenziale der Zusammenarbeit?

In den ersten Arbeitspapieren Anfang der 1990er Jahre nahm das Klima-Bündnis die indigenen Völker in ihrer Funktion als Bewahrer der Regenwälder wahr – in einer Mischung aus einer Idealvorstellung über den Naturbezug Indigener und den Erfahrungen, dass die indigenen Völker bisher zu den wenigen gehören, die nachweislich langfristig vom Regenwald gelebt haben, ohne ihn dabei zu zerstören. Die Stärkung ihrer Rechte, vor allem des Rechts auf Besitz und Nutzung ihres eigenen Landes, wurde von daher zum Synonym für Tropenwalderhalt. Diese Ursprungsidee wurde 2000 durch die Bozener Erklärung⁵ fortgeschrieben. Darin erklären die Mitgliedskommunen:

„Wir sind ein Bündnis mit den indigenen Völkern der Regenwälder eingegangen und teilen mit diesen die Auffassung, dass ein sinnvoller Schutz der letzten Regenwälder der Erde nur durch Mitwirkung ihrer Bewohner möglich ist. Wir haben in dem Austausch mit unseren Bündnispartnern gelernt, dass wir die indigenen Völker nicht nur als "Hüter der Wälder" wahrnehmen können, sondern das ganze Spektrum ihrer Anliegen berücksichtigen müssen.

Mittlerweile werden die indigenen Völker auf nationaler und internationaler Ebene zunehmend wahrgenommen und anerkannt. Der weiteren Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen ist jedoch noch nicht Einhalt geboten worden.

Die indigenen Völker unterstützen wir bei der Erlangung ihrer grundlegenden Rechte, der Anerkennung als Völker mit traditionellen Territorien, der Selbstbestimmung und dem Recht, in ihrer natürlichen Umwelt leben zu können.

Zum Erhalt der Tropenwälder und ihrer biologischen Vielfalt wollen wir im Rahmen der kommunalen Handlungsmöglichkeiten beitragen.“

men mit Energie Cités, Eurocities und dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas ausgerichtet und über den europäischen Rahmen hinaus z.B. Kooperationsbeziehungen mit japanischen Kommunen.

⁵ Quelle angeben

Aufbau der Beziehungen

Formaler Bündnispartner der Kommunen ist die Koordination der indigenen Organisationen des Amazonasbeckens (Coordinación de las Organizaciones Indígenas de la Cuenca Amazónica, COICA), die auch einen Vertreter im Vorstand des Klima-Bündnisses stellt.

In den ersten Jahren wurde das Bündnis von viel Skepsis begleitet, es war für viele nicht greifbar, da es weder einer herkömmlichen Städtepartnerschaft entsprach – dafür waren die indigenen Strukturen zu wenig mit kommunalen Strukturen hier vergleichbar – noch einem traditionellen Städtenetzwerk, da es ja die indigenen Organisationen mit ins Bündnis brachte.

So bestand in der Anfangsphase des Klima-Bündnis die Hauptaufgabe darin, die indigenen Organisationen des Amazonasbeckens und namentlich die COICA in Europa bekannt zu machen und den Grundstock dafür zu legen, dass sich längerfristige Beziehungen zwischen einzelnen Kommunen / Regionen in Europa mit indigenen Organisation im Amazonas aufbauen. Evaristo Nugkuag der erste Koordinator der COICA hat wesentlich dazu beigetragen, dass die indigenen Organisationen auch für sich einen strategischen Nutzen in dem Bündnis sahen – eine Haltung, die in der Folgezeit nicht immer von allen Organisationen getragen wurde.

Interessenvertretung

Thematisch richtet sich die Gestaltung der Kooperation an den Zielen der indigenen Organisationen vor Ort und den Möglichkeiten der politischen Arbeit in Europa aus: So hat das KB bereits in den 1990er Jahren das Thema Klimawandel/ Klimapolitik und die Auswirkungen auf indigene Völker aufgegriffen, bevor es jetzt zu einem breiter diskutierten Thema bei den Klimaverhandlungen wurde. In den Anfangsjahren war das Klima-Bündnis ein wichtiger Wegbereiter für die indigenen Organisationen Amazoniens in Europa und bei den internationalen Verhandlungen zur Umsetzung und Konkretisierung der Konvention über die biologische Vielfalt und später dann auch bei den internationalen Klimaverhandlungen. Die COICA war zu dem Zeitpunkt international noch nicht so bekannt. Das KB leistete entsprechende Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit. Dies hat sich mittlerweile geändert. Die COICA und andere indigene Organisationen sind als Sprachrohr indigener Interessen anerkannt und haben sich ihr Mitspracherecht zumindest in der Konvention über biologische Vielfalt erkämpft. Auch zu den Institutionen der bi- und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit bestehen direkte Kontakte, so dass dies für das KB kein eigenständiges Arbeitsfeld mehr sein muss. Das hat den Vorteil, dass man sich stärker auf die Aufarbeitung thematischer Schwerpunkte konzentrieren kann, birgt aber auch potenziell die Gefahr, dass das Bündnis relativ an Bedeutung für die indigenen Organisationen verliert.

Seminare

Daher ist es notwendig, ein Bewußtsein über die strategische Bedeutung des Bündnisses für beide Seiten herzustellen. Dies ist leichter gesagt als getan. Vor allem die Seminare an den evangelischen Akademien in Loccum, Bad Boll und Iserlohn dienten dem Versuch eine Verständigung zwischen indigenen Organisationen und Kommunen sowie Nichtregierungsorganisationen über gemeinsame Themen herzustellen. Hier wurde das Grundverständnis bei den teilnehmenden Kommunalvertreterinnen und –vertretern sowie NRO für die Bedeutung der Verankerung indigener Rechte gelegt.

Delegationsreisen

Mindestens ebenso wichtig für den Aufbau der Zusammenarbeit sind die direkten Besuche: sowohl von indigenen Vertreterinnen und Vertretern in den Mitgliedskommunen als auch die Delegationsreisen kommunaler Vertreterinnen und Vertreter nach Amazonien, wie sie in den letzten Jahren fast einmal jährlich stattgefunden haben. Die Delegationsreisen waren ein wichtiger Anlass, um z.B. die Bedrohung indigener Territorien durch die Erdölproduktion in den Kommunen zu thematisieren. Da kommunale Vertreter an diesen Delegationsreisen teilgenommen haben, waren sie in der Lage, das Thema auch in andere Kommunen ihrer Regionen zu transportieren.

Was wurde bisher erreicht?

Das Klima-Bündnis hat es geschafft, die Bedrohung indigener Territorien durch Erdöl- und Bergbaukonzessionen in die europäische Öffentlichkeit (vor allem in Österreich, Luxemburg und Deutschland) zu bringen und sowohl in der schulischen wie in der Erwachsenenbildung entsprechende Angebote zu machen. Ein hoher Stellenwert im KB kommt der Öffentlichkeitsarbeit allgemein und vor allem der Bildungsarbeit an Schulen zu. Das KB hat u.a. zusammen mit InWEnt und dem ehemaligen Landesinstitut für Schulen in Nordrhein-Westfalen das Schulprojekt Chat der Welten – Erdöl im Regenwald durchgeführt, das Schülerinnen und Schülern zum Einen Informationen über die Erdölförderung in Amazonien zur Verfügung stellte, zum Anderen ihnen per Chat die Möglichkeit der direkten Kommunikation mit den unmittelbar Beteiligten (Indigene Organisationen, Umwelt NRO, Erdölindustrie und Energieministerien) vor Ort ermöglichte. Das Thema Erdölförderung und die Förderung alternativer Energien in der Amazonasregion zieht sich wie ein roter Faden durch die Arbeit des KB in den letzten zehn Jahren. Das Klima-Bündnis hat da die Frage der Bedingungen, unter denen Erdöl gefördert wird und den Zerstörungen, die dadurch hervorgerufen werden, mit der Frage nach

Alternativen für eine Energieversorgung ohne fossile Brennstoffe verknüpft. Dies ist ein Thema, das den Kern des Klima-Bündnisses trifft.

Weitere Themen, die konkrete Anknüpfungspunkte mit der kommunalen Wirklichkeit bieten, betreffen den Bereich der kommunalen Beschaffung und konkret den Einkauf von Tropenholz. Der Tropenholzboykott und die Diskussion über die Einführung eines Zertifikats für Holz war, so B. Staib, ehemalige Verantwortliche in der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit des Landes Berlin, etwas, was die Belange der Stadt betraf und wo es auf der kommunalen Ebene konkrete Aktionsmöglichkeiten gab. Das KB war Gründungsmitglied des FSC in Deutschland und hat Kommunen in dem Umgang mit den unterschiedlichen Zertifikaten auf dem Holzmarkt beraten und gleichzeitig die Diskussion über den Beitrag zum Regenwalderhalt durch bewußte Kaufentscheidungen geführt. Dies wird jetzt weiter geführt, wenn z.B. die Stadt Freiburg sich dem „Freiburger Abkommen zum Schutz der Urwälder“, einer Greenpeace Initiative, anschließt oder das Klima-Bündnis zusammen mit anderen Organisationen sich für das Verbot des Handels mit illegal eingeschlagenem Holz ausspricht. Die kommunale Beschaffung bietet die Möglichkeit, den ökologischen Footprint einer Gemeinde nachzuzeichnen, Verantwortung zu benennen und Alternativen wie Produkte aus dem fairen Handel einzusetzen. So zählen mehrere Kommunen auch den Ausschank von fairem Kaffee in ihren Einrichtungen zu Recht zu ihren Klima-Bündnisaktivitäten.

Konkreter Ausdruck der Unterstützung indigener Völker ist die Projektfinanzierung kleiner Projekte indigener Völker durch die Kommunen. Exemplarisch sind dabei die langfristigen Beziehungen wie sie z.B. in dem österreichischen Klima-Bündnis mit der brasilianischen Region des Alto Rio Negro aufgebaut wurden⁶ oder die Beziehung zwischen München (konkret organisiert und vorangetrieben durch das Nord-Süd-Forum) und den Ashaninka in Peru.⁷ Zugleich hat das Klima-Bündnis in der Anfangszeit der COICA und ihren Mitgliedsorganisationen geholfen, Projekte bei deutschen Nichtregierungsorganisationen und Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit vorzustellen. Im Falle eines Capacity Building Projektes zu der Erdölförderung auf indigenem Land durch InWEnt hat das Klima-Bündnis dieses Projekt auch langfristig begleitet und einen aktiven Part in der Gestaltung gespielt.⁸

Jenseits der Projektfinanzierung hat die COICA aber auch immer Anspruch auf einen Teil der Mitgliedsbeiträge erhoben. Dies ist steter Diskussionspunkt / Konfliktstoff zwischen der COICA und der europäischen Geschäftsstelle bzw. dem Vorstand gewesen. Die jetzige Regelung besagt, dass 3% der Mitglieds-

⁶ Siehe www.klimabuendnis.at, siehe auch Beitrag von Georg Grünberg in diesem Band.

⁷ Siehe Beitrag der Agenda 21 und des Nord-Süd-Forums München.

⁸ Heidi Feldt: Konfliktregelung in der Erdölindustrie im ecuadorianischen Amazonasgebiet und venezolanischen Orinocobecken, Entwicklungsperspektiven 96, Kassel university press; www.heidi-feldt.de/publikationen.htm.

beiträge für die Unterstützung des Umweltbereichs der COICA zur Verfügung gestellt werden.

Gegenseitige gesellschaftliche Sensibilisierung

Das Klima-Bündnis bringt sehr verschiedene Lebenswelten unter einem Ziel, dem Schutz des Klimas, zusammen. Diese Klammer ist jedoch in den meisten Städten eher theoretischer Natur, zu unterschiedlich sind die Lebenswelten und die Probleme im Konkreten. Der Anspruch des voneinander Lernens, wie er vor allem zu Beginn des Klima-Bündnisses immer wieder formuliert wurde, ist zu abstrakt und setzt noch mehr die Zeit und Bereitschaft voraus, die unterschiedlichen Lebenswelten zu verstehen und zu sehen, was man voneinander lernen kann. Voneinander lernen meint nicht, die einfache Übertragung von Maßnahmen oder Anschauungen. Im Falle der indigenen Völker kann voneinander lernen heißen, zu überlegen welche Technolgien man aus dem Norden / von den Kommunen in die eigene Wirklichkeit transportieren kann. Das Klima-Bündnis hat mit seiner Unterstützung der solarbetriebenen Funkstationen in der venezolanischen Savanne oder im peruanischen Wald einen vielversprechenden Anfang gemacht. Auf der anderen Seite könnten die Menschen in den Kommunen hier lernen, das unser ökologischer Fußabdruck kleiner werden muss, soll die kulturelle und biologische Vielfalt der Erde erhalten bleiben und das es auch andere Verständnisse von Natur gibt, die nicht per se zerstörerisch wirken. Um dies für die Menschen in den Kommunen erfahrbar zu machen, könnten Lernorte geschaffen werden wie das Beispiel des Kinderwaldes in Hannover zeigt.

Bündnisbeziehungen zur nachhaltigen Wahrung der Erdatmosphäre

Abschließend kann man festhalten, dass

1. Das KB langfristige Beziehungen zwischen Kommunen und regionalen indigenen Organisationen erlaubt und fördert. Sie sind sozusagen, der Kern des Bündnisses.
2. Das KB erlaubt einen Lernprozess wie es die Beispiele hier in diesem Buch aus Hannover, München und Österreich zeigen.
3. Die Kooperation mit indigenen Völkern ist ein großer Vorteil des Klima-Bündnisses gegenüber anderen Städtebündnissen, weil es ihm erlaubt unkonventionelle, aber grundsätzliche Themen aufzugreifen.
4. Das KB hat dazu beigetragen, dass Themen wie die Unterstützung der ILO Konvention 169, die Bedeutung indigener Völker für den Erhalt der biologischen Vielfalt und der Wälder, Kampagnen zur Unterstützung von

Land- und Territorialrechten und für Menschenrechte in der europäischen Öffentlichkeit und Politik durchgeführt werden konnten.

Die ursprünglich intendierte Form, in einer gemeinsamen Anstrengung zwischen indigenen Organisationen und Vertretern von Kommunen und Nicht-regierungsorganisationen hier Themen zu bearbeiten, hat sich als schwierig herausgestellt. Trotzdem oder gerade deswegen sollte weiterhin der Versuch unternommen werden, gemeinsame Seminare / Workshops durchzuführen, um das gegenseitige Verständnis über das Bündnis zu festigen.

Die Frage ist wie kann das Bündnis zum lebendigen gegenseitigen Lernprozess führen:

Die Beispiele haben gezeigt, dass dort, wo aktive Agendaprozesse bereits internationale Kooperationen hatten (München, Luxemburg und zeitweilig Berlin) das Klima-Bündnis schnell einen breiten öffentlichen Charakter gewann und die Bürger gegenüber der Situation der Bündnispartner sensibilisierte.

Auch dort, wo ein Fond mehrerer Städte – wie in Österreich – gegründet wurde und ein Institut der Entwicklungszusammenarbeit mit der Durchführung des Bündnisses betraut wurde (dass IIZ) kam es zu nachhaltigen Strukturen im Rahmen eines dauerhaft konzipierten Flächenbündnisses mit einem Indigenen Territorium von der Größe Österreichs.

Also wäre es eine Überlegung wert, wie das Bündnis in den vielen Klima-Bündnisstädten zu einem lebendigen Austausch und Lernprozess im gemeinsame Interesse der Wahrung des Klima-Bündnisses beitragen kann. Das internationale Seminar in Imshausen veröffentlichte daher einige Vorschläge die in dem Dokument von Imshausen (in diesem Band) zusammengetragen wurden.

Regenwald – schön und gefährdet

Agenda 21 Koordination, Nord-Süd-Forum München

Seit 1997 besteht die Kooperation Münchens mit dem indigenen Volk der Asháninka (über 60.000 Menschen) im zentralen Regenwald Perus.

Diese Zusammenarbeit „auf Augenhöhe“ ist Teil der Mitgliedschaft Münchens im „Klima-Bündnis europäischer Städte und Gemeinden mit den amazonischen Völkern des Regenwaldes“.

Die Asháninka – unsere Partner im peruanischen Regenwald

Für alle indigenen BewohnerInnen des Regenwaldes, also auch für die Asháninka, gibt es zurzeit vier große Problemgebiete:

- die Wirtschaftspolitik der Regierung unter dem aktuellen peruanischen Präsidenten Alan Garcia,
- die stark zunehmende Abholzung,
- der geplante Bau von sechs Staudämmen und
- die enorme Zunahme des Coca- Anbaus für die Kokainherstellung.

Die peruanische Regierung behauptet, die Bewohner des Regenwaldes seien rückständig, noch im Steinzeitalter verhaftet und es sei inakzeptabel, dass 400.000 Indigenas dem Fortschritt von über 30 Millionen Peruanern im Wege stehen.

Inzwischen hat die Regierung 60% des peruanischen Regenwaldes als Konzessionen vergeben für die Suche nach Erdöl, Erdgas und für die Abholzung riesiger Flächen, unter anderem um rechtzeitig auf den Agrotreibstoffzug aufzuspringen.

Zudem sind im zentralen Regenwald sechs große Staudämme geplant. Der größte, Pakitzapango, soll am Ene- Fluss (Asháninka-Wohngebiet), entstehen. Hier wäre eine Fläche von ca. 500 km² betroffen. Angeblich soll die Wasserenergie genutzt werden, um vom Erdöl unabhängig zu werden. 80% der gewonnenen Energie sollen aber an Brasilien für die industrielle Verarbeitung von Rohstoffen verkauft werden.

In einem Teil des zentralen Regenwaldes wird immer mehr Coca angebaut, hauptsächlich von Siedlern aus dem Hochland. 80% dieser Ernte wird zu Kokain verarbeitet.

Die indigene Bevölkerung hat sehr unter der Repression und Vertreibung infolge des Coccaanbaus und der Drogenbekämpfung zu leiden.

Gut organisiert

Inzwischen ist sie aber gut organisiert. Die wichtigste Organisationsform ist der Zusammenschluss auf Dorfebene (indigene Dorfgemeinschaft). Viele Dörfer und Weiler haben sich zu ARPI (Vereinigung der indigenen Völker – Asháninka, Nomatsiguenga, Yanasha und Yine) mit Sitz in der Provinzhauptstadt Satipo zusammengeschlossen, der wiederum Mitglied im peruanischen Dachverband AIDSESEP ist. Diese inzwischen gute Vernetzung ist überlebenswichtig. Die verschiedenen indigenen Gruppen im peruanischen Regenwald haben so die Möglichkeit, sich im Bedarfsfall schnell gemeinsam Gehör zu verschaffen.

Wie können wir die Asháninka von München aus unterstützen?

Zu erst natürlich durch einen bewussten Verzicht auf klimaschädliche Produkte oder Verhaltensweisen, dann zum Beispiel durch den Kauf eines Kalenders¹, des Asháninka-Schmucks, des München-Kaffees und durch Spenden.

Die so erwirtschafteten Gelder werden verwendet für

- die Sicherung von Landtiteln und die rechtliche Anerkennung von indigenen Dorfgemeinschaften und Föderationen,
- die Wiederaufforstung mit einheimischen Bäumen in abgeholzten Regionen des Regenwaldes,
- die Verbesserung des zweisprachigen Unterrichts in den kleinen Schulen, damit die Kinder nicht nur in der für sie fremden Sprache Spanisch unterrichtet werden,
- die Herausgabe eines ersten Schulbuches in der Asháninka- Sprache,
- die Fortbildung zweisprachiger indigener LehrerInnen,
- das Anlegen von Fischteichen in den Dörfern (durch die Abfälle und Gifte von Sägewerken und Bergwerken flussaufwärts sind viele Flüsse vergiftet. Fische sind für die Asháninka eine wichtige Nahrungsquelle),
- die Ausbildung von inzwischen über 30 „Asháninka- Standesbeamten“, damit sie als „kleines Kreisverwaltungsamt“ in ihren Dörfern u.a. Ge-

¹ Die Agenda Koordination und das Nord Süd Forum München geben jedes Jahr einen Kalender heraus der zu beziehen ist über: Agenda 21-Koordination Eine Welt (ZBB.e.V.) c/o Referat für Gesundheit und Umwelt, Bayerstraße 28 a, 80335 München, Telefon: 089-233-47561, Email: agendaeineWelt.rgu@muenchen.de und Nord Süd Forum München e.V. www.nordsuedforum.de.

- burtsurkunden für die Regenwaldkinder ausstellen können (ohne eine solche Urkunde werden z.B. die Kinder nicht in eine Schule aufgenommen),
- das Anlegen von kleinen Schulgärten für gentechnikfreie Soja (die Regenwaldkinder vertragen Sojamilch besser als Kuhmilch),
 - die Unterstützung von Frauengruppen, die durch die Herstellung und den Verkauf (auch über uns) von wunderschönem Schmuck aus Samen und sonstigen Produkten des Regenwaldes eine neue Einnahmequelle für den Unterhalt ihrer Kinder finden,
 - die Aufzucht von Orchideen und essbaren Pilzen (verantwortlich: Pro Regenwald e.V. München),
 - die Sicherung von Regenwald-Schutzgebieten,
 - die Unterstützung von AktivistInnen, die, weil sie ihr Dorf oder den Regenwald schützen wollten, angeklagt oder ins Gefängnis gekommen sind.

Wir arbeiten nicht GEGEN oder FÜR, sondern MIT den repräsentativen Organisationen der Asháninka zusammen. Die Wünsche nach Unterstützung kommen von ihnen.

Angesichts des Klimawandels ist die Kooperation München-Asháninka ein konkretes Vorhaben im Kampf gegen die Klimakatastrophe. Es ist eine Zusammenarbeit, bei der beide Seiten voneinander lernen.

Kinderwald Hannover im Klima-Bündnis

Silvia Hesse

Wie alles begann

„Wir europäischen Städte unterstützen die Interessen der amazonensischen Indianervölker an der Erhaltung des tropischen Regenwaldes, ihrer Lebensgrundlage durch die Titulierung und die nachhaltige Nutzung der indianischen Territorien. Durch die Verteidigung der Wälder und Flüsse tragen sie dazu bei, dass unsere Erdatmosphäre für die zukünftigen Generationen als grundlegende Bedingung für ein menschliches Leben erhalten bleibt.“

So lautet die dritte Selbstverpflichtung im Manifest¹ der europäischen Städte zum Bündnis mit den Indianervölkern der Regenwälder, das auch die Stadt Hannover als Gründungsmitglied 1991 unterzeichnet hat. Weiter verpflichteten sich die Städte, sich aktiv vor Ort durch konkrete Maßnahmen für den Klimaschutz einzusetzen.

Der Beitritt der Stadt Hannover zum Klima-Bündnis hat Zustimmung gefunden aber auch Skepsis hervorgerufen: „Ist die Zusammenarbeit mit den Indigenen nicht zu sehr ‚weit hergeholt‘ oder was haben wir mit den Indianern zu tun?“

Noch im selben Jahr besuchten die ersten indigenen Vertreter aus dem Amazonasgebiet die Stadt Hannover. Die kritischen Stimmen blieben nicht aus: „Das ist doch ein Showlaufen der Indigenen.“ „Was können wir schon voneinander lernen.“ „Wir haben doch genug eigene Probleme in unserem Land.“

Doch die Erfahrungen, die wir während der Aufenthalte der Indigenen in Hannover haben machen können, zeigten den Kritikern schon sehr bald, dass die Besuche in Schulen, in politischen Gremien, Gewerkschaften und Holzverarbeitenden Berufsverbänden einen wichtigen Beitrag für das globale Lernen und Verständnis leisten. Mit großem Interesse verfolgten Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsene die Berichte der Indigenen.

Sie erfuhren von der Vielfalt und Schönheit des Regenwaldes und von dessen Zerstörung. Anhand vieler konkreter Beispiele stellten die Gäste die ökologischen, sozialen und ökonomischen Auswirkungen unseres Handelns authentisch dar und forderten Umdenken und verantwortungsvolles Konsumverhalten.

Es folgten politische Konsequenzen. Der Stadtrat beschloss, den Einsatz von Tropenholz zu verbieten, und eine Klimaschutzleitstelle wurde eingerichtet.

¹ Manifest Klima-Bündnis siehe www.klimabuendnis.org

Die Agenda 21 und die Rolle der Indigenen

Als 1996 in der Ratsversammlung der Stadt Hannover beschlossen wurde, dass in einem Dialogprozess mit der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft und der Wissenschaft eine Lokale Agenda 21 erstellt werden solle, wurden auch die südamerikanischen Partner im Klima-Bündnis indirekt gewürdigt. Im Kapitel 26 der Agenda 21 wurde darauf hingewiesen, dass die Eingeborenenvölker und ihre Lebensgemeinschaften über umfassende Kenntnisse über ihr Land, die natürlichen Ressourcen und die Umwelt verfügen und dass Ihr Wissen sich für Regierungen und internationale Organisationen als unschätzbare Wert erweisen kann. Die indigenen Völker sollen gestärkt und beteiligt werden, um auch mit ihrem Wissen das einzigartige Ökosystem der Wälder zu erhalten.

Wir haben diese Aufforderung zur Stärkung indigener Organisationen in mehreren Projekten, Aktivitäten und Veröffentlichungen der Stadt aufgegriffen.

„Wie begrüßt man sich bei Ihnen?“ – Indianer denken anders

Die vielen Gespräche mit den Indigenen, mit Pädagogen und mit Ethnologen aber auch mit den SchülerInnen hatten dazu beigetragen, dass wir ein Buch unter dem o.g. Titel herausgeben konnten, das sich den verschiedenen Aspekten indigenen Lebens widmet. Dort ist u.a. niedergeschrieben, was Indigene uns zu ihrem Leben im Regenwald erzählt haben. Es erläutert ihren Bezug zur Natur, erzählt von Mythen und Geschichten, aber auch inwiefern unser Konsum ihre natürliche Lebenswelt und ihr soziales Gefüge beeinflusst, wie Menschenrechte verletzt werden und was ihr Verständnis von Entwicklung ist. Und es erzählt von der Bedeutung, die der Regenwald für die Indigenen hat. So sprechen diese von einem Marktplatz, der ihnen all das bietet, was sie für ihr (Über)leben brauchen: Kleidung, Heilmittel, Nahrung und Baumaterial.

Die Broschüre zeigt deutlich, wie wichtig der Lebensraum Regenwald für die Indigenen ist, aber auch wie sehr dieser durch das Wirtschaften der Industrienationen gefährdet ist. Die sehr persönliche Berichterstattung, die aus den vorangegangenen persönlichen Begegnungen resultiert, macht die Problematik vor allem auch für Schüler verständlich und greifbar, was uns ein sehr großes Anliegen ist.

Ein Fair-Führer für junge Konsumenten

Die Broschüre Konsum Mensch soll alle Altersklassen gleichermaßen ansprechen. Sie spricht vielerlei Bereiche zum Thema Regenwald/ Amazonien an. Sie liefert Hintergrundinformationen zu der Rolle Hannovers im Klima-Bündnis, spricht aber auch explizite Themen an. So informiert sie über die aus dem übermäßigen Papierkonsum resultierende Abholzung der Regenwälder und die Wasserverschmutzung aufgrund der Chlorbleichung des Papiers und gibt Tipps zur

Verminderung dieser Verschmutzung und Zerstörung wie den Kauf von recyceltem Papier.

Ein anderes Thema ist der Faire Handel. Die Broschüre informiert über die Auswirkungen des globalen Handels und gibt Tipps zur Unterstützung zur fairen Globalisierung durch den Kauf fair gehandelter Produkte.

Aber auch die Zerstörung des Regenwalds durch die Erdölförderung wird thematisiert. So macht die Broschüre darauf aufmerksam, welche Auswirkungen die Erdölförderung auf die Fördergebiete und die dort lebende Bevölkerung hat und was man selbst gegen diese Zerstörung tun kann.

Publik gemacht werden die Inhalte auch durch Vor- Ort- Aktivitäten wie die Faire Woche bei der das Agenda-21-Büro mit dem Verkauf von fairem Kaffee und weiteren Informationen zum Thema „Fairer Handel“ auf die Problematik aufmerksam gemacht, aber auch Tipps zu nachhaltigem und fairem Handel gegeben hat.

Begegnungen im Kinderwald

In Hannover gibt es einen Kinderwald, den die Kinder sich selbst gestalten können. Kinder lernen dort, was der Regenwald ist und wo es ihn auf der Erde gibt. Besonders gerne laden die Kinder und ihre Eltern auch Gäste des Klima-Bündnisses ein.

Sie lernen die Tiere des Regenwaldes kennen und essen Früchte, die dort wachsen. Der indigene Schamane aus Venezuela wird ihnen vor allem im Gedächtnis geblieben sein, da er ihnen auf eindrucksvolle Art und Weise die Würde der Pflanzen, aber auch die Bedeutung der Pflanzen als Bestandteil des menschlichen Lebens näher brachte. So heilte er nach Anfrage der Kinder einen schon länger als krank betrachteten Baum, der den Kinder sehr am Herzen lag und der nach der Begegnung mit dem Schamanen noch heute als wieder gesunder Baum im Kinderwald verweilt. Vor allem Letzteres zeigt die Offenheit mit der Kinder andersartigen Bräuchen entgegenschauen und diese annehmen, was die Begegnungen zwischen Indigenen, Kindern (und Schülern), die als nachfolgende Generation unsere Erde bewohnen, unserer Meinung nach so bedeutsam macht.

....vom Kinderchor und den fünf Dämonen

Aus dem Projekt des Kinderwaldes heraus entstanden ist eine Kinderwald-CD mit indianischen Liedern und Weltmusik bei der Kinder zusammen mit dem Musiker Unmada Kindel in die indianische Musik eintauchen und damit einen neuen Musikstil kennen lernen konnten. Begleitet hatte sie ein indigener Lehrer und Musiker aus Venezuela, der einer Einladung nach Hannover folgte. Diese Begegnung blieb nicht ohne Folgen.

Die Kinder entwickelten ein Musical, in dem fünf Dämonen die Umwelt eines kleinen Indianermädchens bedrohen. Die Kinder brachten damit ihre Angst um die Natur zum Ausdruck. Doch in dem Stück entdecken die Kinder, dass sie durch ihr „Zusammenwirken“ Lösungen finden und so mit dem kleinen Indianermädchen die fünf „Dämonen“, wie Zerstörung und Ausbeutung, verjagen können.

EU- Projekt „Erdöl in Amazonien“

Im Zuge des EU- geförderten Projekts „Erdöl in Amazonien“ wurde uns im Jahre 2006 die Möglichkeit gegeben, nach Ecuador zu reisen und uns dort persönlich ein Bild von der Situation zu machen.

Thema war die Erdölförderung in Ecuador sowie die daraus resultierenden Folgen für die Indigenen und ihren Lebensraum. Wir hatten Gelegenheit mit Bürgermeister und anderen politischen Vertretern zu sprechen und uns die Folgen auch unseres Handelns für ihr Leben von ihnen erläutern zu lassen. Durch die Besuche der einzelnen Fördergebiete wurden diese Infos durch eigene Eindrücke über die katastrophalen Auswirkungen der Förderung erweitert. Mit eigenen Augen sahen wir die großflächigen Verschmutzungen und Zerstörungen des Naturraums und damit auch die Vernichtung der Lebensgrundlagen für die dort lebenden Indigenen.

Deutlich wurden auch die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen, allen voran die Missachtung des Rechts auf sauberes Trinkwasser. Jahrzehntelange Erdölförderung ohne Einhaltung jeglicher Umweltstandards und veraltete Fördererntechniken haben das Grund- und Oberflächenwasser verseucht.

Diese Reise hat uns in zweierlei Hinsicht gestärkt: zum Einen hat sie uns die Notwendigkeit zum eigenen Handeln zur Verminderung der Umweltzerstörung in Amazonien gezeigt und zum Anderen den wichtigen Aspekt des persönlichen Begreifens verdeutlicht, der uns durch das Kennenlernen und den Austausch mit den Indigenen ermöglicht wurde. So stellt Letzteres die Grundlage zum weiterführenden Handeln dar und bestärkt uns darin, persönliche Begegnungen als festen Bestandteil in unsere Arbeit einfließen zu lassen.

Zur Dokumentation und Verbreitung wurden Filme gedreht, die in öffentlichen Veranstaltungen gezeigt wurden. Eine Schule sammelte Geld, um damit die Indigenen in Ihrem Kampf um den Erhalt ihrer Lebensräume zu unterstützen.

Projekte mit SchülerInnen Malworkshop

Ein weiteres Projekt mit SchülerInnen verschiedener Schulen war der Malworkshop zum Thema Erdöl mit dem Maler Michael Müller und seiner brasilianischen Frau Elisa Müller. Nach einer Einführung zum Thema Erdölförderung in Amazonien, in denen den SchülerInnen die Hintergründe vermittelt wurden, konnten diese ihre Eindrücke und Gedanken zum Thema in eigenen Bildern verarbeiten. Ergebnis waren zahlreiche individuelle und sehr verschiedenartige Auseinandersetzungen mit der Umweltzerstörung. So wurde SchülerInnen diese Problematik auf kreative und eindrucksvolle Weise näher gebracht.

Fazit:

Die Kontinuität, mit der wir uns mit unseren Klima-Bündnispartner austauschen konnten, verbesserte die Kommunikation und stärkt das Vertrauen. Sie weckt das Interesse, mehr voneinander zu erfahren und fördert die Bereitschaft, voneinander zu lernen, und die Welt, die Natur auch mal anders zu sehen und zu verstehen. Was wir kennen und lieben, werden wir auch schützen und verantwortlich damit umgehen.

An dieser Stelle sei auch ein großer Dank an das Team der Geschäftsstelle des Klima-Bündnisses und an alle Indigenen, die uns besucht haben, gesagt. Sie haben durch Vermittlung von Hintergrundwissen und mit viel Engagement immer wieder auf Fragen reagiert und ein besseres Verständnis ermöglicht.

Klima-Bündnis unterstützt Yasuní-Vorschlag zur Rettung des Regenwaldes in Ecuador

Dietmar Mirkes/ Klima-Bündnis Luxemburg/ASTM

Auf einer Pressekonferenz in Wien am 3. Februar 2010 rief das Klima-Bündnis in Anwesenheit des ecuadorianischen Botschafters in Österreich die Staaten Europas auf, den Yasuni-Vorschlag Ecuadors zu unterstützen. Peter Molnar, Geschäftsführer von Klima-Bündnis Österreich, Silke Lunnebach von der Europäischen Geschäftsstelle des Internationalen Klima-Bündnis, Tomas Ruzicka, Direktor der tschechischen Klima-Bündnis-Partnerorganisation Nadace Partnerstvi und Dietmar Mirkes von ASTM / Klima-Bündnis Luxemburg unterzeichneten anschließend einen offenen Brief an den ecuadorianischen Präsidenten Correa mit der Bitte, weiterhin zum Yasuni-Projekt zu stehen ; Peter Molnar überreichte den Brief mit frischer Tinte an den Botschafter Diego-Stacey-Moreno. Der Botschafter seinerseits dankte für die Initiative und versicherte, dass die ecuadorianische Regierung den Yasuni-Vorschlag weiterhin mit Nachdruck verfolgt und ihm höchste Priorität gibt.

Lasst das Öl im Boden! Klima-Bündnis Luxemburg¹ unterstützt den Vorschlag Ecuadors

Dietmar Mirkes/ ASTM²

Die Regierung Ecuadors hat einen revolutionären Vorschlag zur globalen Klimadebatte beige-steuert. Sie schlägt vor, das Öl unter dem Nationalpark Yasuni im Boden zu lassen, wenn die internationale Gemeinschaft Ecuador die Hälfte der entgangenen Gewinne erstattet. Dieser Vorschlag wird vom Klima-Bündnis Luxemburg unterstützt.

Das Klima-Bündnis Luxemburg

Das Klima-Bündnis Luxemburg unterscheidet sich von anderen nationalen Klima-Bündnisorganisationen dadurch, daß zwei Nicht-Regierungsorganisationen von Anbeginn an mit seiner Koordination beauftragt sind: *Mouvement Ecologique*, der Luxemburger Zweig von *Friends of the Earth*, leistet die Verwaltungsarbeit und die ökologische Koordination, *Action Solidarité Tiers Monde (ASTM)* die Nord-Süd-Koordination. Beide Organisationen sind viel älter als das Klima-Bündnis, nämlich jeweils 40 Jahre, und bringen diese Erfahrung mit in das Bündnis ein. ASTM hat zwei Aktivitätsfelder:

- Es unterstützt NROs im Süden der Welt – zusammen über zwanzig – auf allen drei Südkontinenten. Dahinter steht die Überzeugung, daß die Menschen im Süden selbst am besten wissen, was ihre Probleme sind und keine Entwicklungshelfer aus dem Norden brauchen, sondern vor allem Geld, um sich zu organisieren und ihre Projekte realisieren zu können. „Empowerment“ – Stärkung der Entwicklung der Organisationen und der Individuen – ist das Schlüsselwort dieses Ansatzes, der auf die endogenen Potentiale der Zivilgesellschaften der Länder des Südens setzt.
- Es macht Bildungs-, Öffentlichkeits- und politische Lobbyarbeit in Luxemburg und auf europäischer Ebene in NGO-Netzwerken. Dahinter steht die Überzeugung, dass die globalen Ungleichheiten ihre Ursachen in den politischen und ökonomischen Machtansprüchen und dem nicht nachhaltigen Ressourcenverbrauch des Nordens haben.

¹ www.klimabuendnis.lu, www.astm.lu, www.fda.org.ec, www.yasunigreengold.org

² klima@astm.lu

Verhaltensänderungen in Luxemburg sind das Ziel dieser Arbeit. ASTM betreibt auch die größte Dritte-Welt-Bibliothek Luxemburgs.

Für die Arbeit in den Klima-Bündnisgemeinden bietet ASTM drei Projekte mit Bezug zum Klima – je eines pro Kontinent – zur Auswahl an. Die Gemeinde wählt eines aus, spendet der ASTM Mittel dafür und ASTM baut die Bildungsarbeit in der Gemeinde um die Themen, die im ausgewählten Projekt stecken, herum auf. Dazu bietet ASTM den Gemeinden noch weitere Veranstaltungen zu globalen und Klima-Themen an.

In Lateinamerika sind es stets Projekte in Amazonien. Hier hat ASTM zunächst verschiedenen Völkern und Föderationen der Indigenen im Osten Ecuadors und im Norden Perus dabei geholfen, ihre kommunalen Territorien kartographisch zu erfassen und ins nationale Katastersystem zu übertragen und zu legalisieren: im Osten Ecuadors mit den Secoyas, der CONFENIAE – der Dachorganisation der indigenen Völker der ecuadorianischen Amazonasregion – und der FECUNAE, der Organisation der Kichwa am Rio Napo; im Norden Perus mit der ORAI in der Provinz Loreto am Rio Corrientes. Dabei sind insgesamt knapp 2500 qkm indigenen Landes legalisiert worden. Dafür flossen im Laufe von fünf Jahren ca. 175.000 Euro, die sich aus Spenden der Klima-Bündnisgemeinden, Eigenmitteln der ASTM und Zuschüssen des Kooperationsministeriums zusammensetzen, nach Amazonien. Da keine weiteren Legalisierungsanfragen von Seiten indigener Organisationen vorlagen und diese 2500 qkm (zufälligerweise) der Fläche Luxemburgs entsprechen, so dass wir ein Gefühl des angemessenen Umfangs hatten, schlossen wir diese Projektart 2006 ab.

Da uns im Laufe dieser Zeit die zerstörerische Wirkung der Erdölförderung für den Regenwald und seine Bewohner immer bewusster wurde, unterstützen wir seit 2007 die Frente de Defensa de la Amazonia im Erdölfördergebiet im Osten Ecuadors, dem „Oriente“. Sie ist ein Zusammenschluss von 30.000 indigenen und mestizischen Bewohnern des Oriente, die die Texaco verklagt haben, die Schäden, die sie bei der Ölförderung angerichtet hat, wiedergutzumachen. Mit einem von neutralen Gutachtern geschätzten Schaden von rund 16 Milliarden Dollar ist dies der größte Prozess im Süden der Welt gegen einen Ölkonzern des Nordens – ein Musterprozess –, von dessen Ausgang abhängt, ob die Ölkonzerne künftig die nationalen Umwelt- und Menschenrechte mehr respektieren. Klima-Bündnis Luxemburg unterstützt dabei nicht direkt die Prozessführung, sondern ein Bildungsprojekt der Frente, bei dem Dorfsprecher in Umwelt- und Menschenrechten geschult werden und ihre Kommunikationsfähigkeit gestärkt wird – „Empowerment“ – auf amazonisch.

Der Yasuni-Vorschlag aus Ecuador

Vor dem Hintergrund all dieser Erfahrungen unterstützen wir als Klima-Bündnis Luxemburg den Vorschlag der ecuadorianischen Regierung, im Nationalpark Yasuni das Öl im Boden zu lassen, wenn die internationale Gemeinschaft Ecuador die Hälfte des entgangenen Gewinns erstattet. Im Ölfeld ITT, unter dem Nationalpark, der zugleich auch UNESCO-Biosphären-reservat ist, lagern 20 % der Ölreserven Ecuadors, rund 846 Millionen Barrel, die zu marktfähigen Kosten gefördert werden könnten. Würde das geförderte Öl als Sprit oder Diesel verbrannt, dann gelangten dadurch 407 Millionen Tonnen CO₂ mehr in die Atmosphäre.

Der Yasuni-Nationalpark stellt jedoch auch das Rückzugsgebiet der beiden indigenen Gruppen Tagaeri und Taromenane dar, die den Kontakt mit der westlichen Zivilisation ablehnen. Es sind die einzigen verbliebenen Gruppen Ecuadors, die in selbstgewählter Isolation (über)leben.

Die Herkunft der zu erwartenden Mittel

Die Geldgeber erhalten vom Staat Ecuador „Yasuní-Garantie-Zertifikate“, die den unbegrenzten Verbleib des Erdöls unter der Erde garantieren. Die Gelder können aus folgenden Quellen stammen:

- Beiträge von befreundeten Regierungen und multilateralen Organisationen (aus Erträgen von Versteigerungen von Emissionsrechten und Kohlendioxidsteuern, Schuldumwandlungen, Schenkungen und spezifischen Projekten),
- Beiträge von Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen und einzelnen Bürgern,
- Erlöse aus der Anrechnung der Yasuni-Zertifikate im Emissionshandel (vor allem im US-amerikanischen Markt und über den REDD-Mechanismus).

Den Wert des nichtgeförderten Öls schätzt die Regierung Ecuadors auf rd. 7 Mrd. Dollar; dieser Betrag entspricht auch etwa dem derzeitigen Wert der vermiedenen Emissionen im Emissionshandelsmarkt. Die Hälfte davon sind 3,5 Mrd. Dollar, d.h. Ecuador braucht 13 Jahre lang mindestens 270 Mio. Dollar Beiträge zum Yasuni-Fonds.

Die Erlöse aus diesen Zertifikaten werden in einem internationalen Treuhandfonds deponiert, in dessen Vorstand neben dem ecuadorianischen Staat die größten Geber der Initiative sowie Vertreter der ecuadorianischen Zivilgesellschaft vertreten sein werden. Die Verwaltung des Treuhandfonds wird voraussichtlich beim UN-Entwicklungsprogramm liegen. Sollte eine zukünftige Regierung das Yasuní-ITT-Feld zur Förderung freigeben, können

die Anteilseigner ihre Zertifikate einlösen; der Staat Ecuador würde zudem seine Glaubwürdigkeit verlieren. Je höher die Anteile aus öffentlichen und privaten Quellen sind, desto weniger muss die Regierung auf Einnahmen aus fossilen Energieträgern zurückgreifen und desto geringer ist der Anreiz für zukünftige Regierungen, das Öl doch noch zu fördern.

Zur Verwendung der Geldmittel

Der Vorstand des Treuhandfonds wacht über die Verwendung der Mittel. Die Regierung möchte das Geld nicht nur in der Yasuni-Region, sondern landesweit einsetzen, zum Beispiel:

- für Schutzmaßnahmen in 39 sogenannten „Naturgebieten“ mit 4,8 Mio. ha Fläche sowie 5 Mio. ha Fläche im Besitz von indigenen und afroecuadorianischen Dorfgemeinschaften,
- für Wiederaufforstungen und Regeneration von ca. 2,3 Millionen ha Waldflächen,
- zur „Energiewende“ in Ecuador mit Änderungen des Energieangebots durch Förderung von Wasserkraft, Geothermie, Wind- und Solarenergie und mit Förderung der Nachfrage nach erneuerbaren Energien durch Subsidien,
- zur Finanzierung von Initiativen zur nachhaltigen Entwicklung.

Die globale Bedeutung des Vorschlags

Ecuador sieht hierin ein Modell auch für andere Entwicklungsländer, auf nicht-erneuerbare Ressourcen zugunsten des Schutzes der Natur verzichten zu können. Es werden fast zehn Millionen Hektar mit welthöchster Biodiversität in Ecuador erhalten und die erworbenen Mittel werden in die „Energiewende“, Bildung und nachhaltige Entwicklung investiert. Gleichzeitig erlaubt dieses Modell, dass arme Länder ebenfalls einen aktiven Beitrag zum globalen Klimaschutz leisten können. Es entsteht eine neue Kooperationsmöglichkeit zwischen Annex I-Ländern des Kyoto-Protokolls und Entwicklungsländern mit spezifischen Zertifikaten, die auch teilweise als Emissionsrechte und in Form von Rechten zum Walderhalt (REDD) anerkannt werden können. Dieses Modell kann auch in anderen walddreichen, armen tropischen Ländern angewandt werden (zum Beispiel Papua Neuguinea, Republik Kongo etc.).

Die Yasuni-Gree-Gold-Kampagne

Der Yasuni-Vorschlag der Regierung ist ein Top-Down-Ansatz, der von den meisten Menschen im Yasuni-Gebiet positiv gesehen, aber auch in Details kritisiert wird. So entstand die Kampagne „Yasuni-Green-Gold“, an der sich

neben indigenen Völkern wie den Huaoranis, die im Yasuni Park leben, auch Gebietskörperschaften wie z.B. Coca, die größte Stadt der Region und Nichtregierungsorganisationen aus dem Umwelt- und Menschenrechtsspektrum beteiligen. Sie fordern eine stärkere Beteiligung der Menschen der Region und ihrer Institutionen am Entscheidungs- und Verteilungsprozess, mehr Transparenz bei der Mittelverwendung, eine Verlängerung der Fristen, generell einen bedingungslosen Erhalt des Yasuni-Parks (egal ob der Vorschlag internationale Gelder freisetzt oder nicht) und eine stärkere Beteiligung der internationalen Staatengemeinschaft an diesem neuartigen Entwicklungsprozeß, bei dem nicht der Wert des Öls, sondern der Wert der Natur den Maßstab bildet.³

Klima-Bündnis Luxemburg unterstützt den Yasuni-Vorschlag⁴

Aufgrund unserer Kontakte, unserer bisherigen Erfahrungen dort und nach vielen Einzelgesprächen mit Nichtregierungsorganisationen in Ecuador wuchs bei uns die Einsicht, dass dieser Vorschlag – trotz mancher handwerklicher Unausgereiftheiten – eine Chance verdient. Wir luden Anita Rivas, die Bürgermeisterin von Coca, im Rahmen ihrer geplanten Europa-Rundreise zu einem Abstecher nach Luxemburg ein. So konnten Anita Rivas und Gines Haro, der Koordinator der Yasuni-Green-Gold-Kampagne, ihr Anliegen auf unserem nationalen „Klimatag“ Anfang Oktober 2008 vor den versammelten Gemeindevertretern darlegen. Das Ergebnis: Auf unserer Generalversammlung im November 2008 fasste das Klima-Bündnis Luxemburg einstimmig den Beschluss, unserer Regierung die Unterstützung des Yasuni-Vorschlags zu empfehlen. In dem Beschluss sind wesentliche Passagen der Yasuni-Green-Gold-Kampagne aufgegriffen worden. Unsere Regierung hat sich bisher (März 2010) allerdings noch nicht festgelegt.

³ Siehe www.sosyansuni.org und www.yasunigreengold.org.

⁴ Die Beschreibung des Yasuni-Vorschlags basiert auf einer Präsentation des Vorschlags durch Prof. Larrea, dem Berater der ecuadorianischen Regierung beim Yasuni-Projekt, auf einer ATTAC-Tagung in Mannheim im Okt. 2008 und auf der neuen Broschüre „Yasuni-ITT. Eine Initiative, um Geschichte zu schreiben“, Sept. 2009, s. www.yasuni-itt.gov.ec

Klimawandel, biologische Vielfalt und indigene Völker

Internationale Rechtsstandards und Aktionsplattformen

Theodor Rathgeber

Françoise Hampson, unabhängige Expertin der ehemaligen UN-Unterkommission zum Schutz der Menschenrechte und Mitglied der damaligen UN-Arbeitsgruppe Indigene Bevölkerungen¹, legte 2004 und 2005 Berichte über die Lage indigener Völker vor², die durch veränderte Umwelt- und Klimabedingungen vor Überlebensproblemen standen (und stehen). Françoise Hampson berichtete über indigene Territorien, denen das Verschwinden drohte, oder über indigene Völker, die im Angesicht naher Notlagen durch Naturereignisse von ihren Gebieten umgesiedelt oder vertrieben wurden. Die Ursachen derartig gravierender Eingriffe in die Lebensverhältnisse lagen im Ansteigen des Meeresspiegels infolge der Klimaerwärmung, in der Verdrängung von Süßwasser durch Salzwasser, in der Verwüstung großer Landstriche durch häufigere, extreme Wetterlagen oder durch umweltfeindlichen Ressourcenabbau. Besonders betroffen waren und sind indigene Territorien mit sensiblen Ökosystemen, wie sie etwa in der Arktis, in borealen und tropischen Regenwäldern sowie im Gebirge vorkommen oder auf Inseln im Pazifik, in der Karibik und im Indischen Ozean.

Zusätzlich zum Verlust an Land, an Ressourcen für die Generationenvorsorge, an regionalem Charakter und religiösen Stätten droht der Wegfall zentraler rechtlicher Normen bis hin zur Frage, inwieweit die Geflohenen, Umgesiedelten oder Vertriebenen den rechtlichen Status des ‚indigenen Volkes‘ verlieren, wenn die Gemeinschaften in nicht traditionell besiedeltem Gebiet oder gar in einem anderen Land Zuflucht suchen müssen. Sie blieben anthropologisch betrachtet zwar ‚indigen‘, würden aber im neuen (Bundes-) Staat politisch und rechtlich wohl eher als ‚Minderheit‘ eingestuft; mit deutlich geringeren Rechtsansprüchen in Bezug auf die indigene und kollektive Existenz. Internationale Regelungen zu solchen Fragen existieren bislang nicht und stehen erst am Beginn der Diskussion.³

Die drohende, teilweise schon stattfindende Zerstörung einer spezifischen Daseinsform und ihrer entsprechenden Umwelt wird im Folgenden insoweit

¹ Heute: UN Expertenmechanismus zu den Rechten Indigener Völker beim UN Menschenrechtsrat.

² Françoise Hampson 2004 und 2005.

³ Vgl. den ersten Bericht des Hochkommissariats für Menschenrechte zum Thema Klimawandel und Menschenrechte, UN-OHCHR 2009.

skizziert, als Menschen in diesen Prozess eingegriffen haben. Anders als bei einem Tsunami, Zyklon oder anderen Naturkatastrophen, die selten steuerbar sind, lassen sich bei den von Menschen verursachten Veränderungen wesentliche Elemente der Verursachung absehen, durch politische und ökologische Maßnahmen abwenden oder die Entschädigung für die Folgen in einem gleichberechtigten Konsultationsprozess aushandeln. Berührt sind dabei auch Fragen der Prävention und Abwehr massiver Menschenrechtsverletzungen. Im Folgenden soll dieser Komplex anhand von exemplarischen Beispielen veranschaulicht werden.⁴

Reale Bedrohungsszenarien

In Bezug auf den Untergang potenziell bedroht geltender Inselstaaten im Pazifik, wie Tuvalu, Nauru, Kiribati, die Salomon Inseln, die Maldiven oder die Bahamas machte Ian Aujare-Zazao, ein indigener Repräsentant der Salomon Inseln, beim Montrealer Klimagipfel im November 2005 mit drastischen Worten auf die drohende Zerstörung indigener Territorien und Lebensräume aufmerksam. Bereits Anfang des neuen Jahrtausends hatten einzelne Inselstaaten im Pazifik Verhandlungen mit Neuseeland aufgenommen, um für den Notfall Umweltflüchtlinge aus dem Pazifik-Gebiet aufzunehmen. Die damalige Regierung Australiens hatte sich einem solchen humanitären Ansinnen verweigert und gehörte mit der US-Regierung unter Präsident George W. Bush zu den nachhaltigsten Bremsern gegensteuernder Maßnahmen, wie z.B. dem Kyoto-Protokoll. Bangladesh droht der Verlust von rund einem Drittel seiner Landmasse.

Im aus dreiundachtzig Inseln bestehenden Inselstaat Vanuatu im Pazifik musste bereits eine Insel geräumt werden, zwei weitere Inseln sind akut vom Verschwinden bedroht. Für die Betroffenen war die Umsiedlung eine schwierige Entscheidung, und sie zögerten diese bis zum letzten Moment hinaus. Obwohl sie ‚nur‘ auf eine Nachbarinsel umsiedeln mussten und dort willkommen waren, fühlten sie sich als ‚Fremde‘. Außerdem musste die Regierung freien Zugang zu Wasser und die Sicherheit der Ernährung garantieren, ehe die Inselbewohner ihr Einverständnis zur Umsiedlung gaben. Darüber hinaus mussten auf anderen Inseln Krankenhäuser, Schulen und Straßen verlegt werden, weil sie infolge des gestiegenen Meeresspiegels und der veränderten, extremen Wetterlagen nicht mehr wie früher ganzjährig nutzbar waren. Das küstennahe Grundwasser vermischt sich zusehends mit Salzwasser. Ebenso werden küstennahe Weidegebiete und der Kokospalmenanbau mit Seewasser überschwemmt. Der Zeitraum für Zyklone hat sich um mehr als einen Monat verlängert. Früher dauerte der Zeitraum von November bis April, in den letzten Jahren traten Zyklone noch im Mai und sogar Juni auf. Aufgrund der längeren Feuchtigkeit vermehren sich Krankheiten bei Tieren und Menschen. So nimmt Malaria wieder zu.

⁴ Zu weiteren Beispielen vgl. IWGIA 2008.

Die kritische Auseinandersetzung mit der Erderwärmung und ihren Folgen bezieht in Vanuatu (und anderen Inselstaaten) allerdings auch die eigene Bevölkerung mit ein, die zum Teil für diesen Aspekt erst sensibilisiert werden muss. Viele Personen wundern sich zwar über das gehäufte Auftreten der genannten Phänomene, schlagen sie aber bislang einer ungewöhnlichen Ansammlung von Ausnahmen beim Wettergeschehen zu. Veranstaltungen und Seminare sollen der lokalen Bevölkerung verdeutlichen, dass die klassischen Maßnahmen gegen die beobachteten ‚Wetterkapriolen‘ vermutlich nicht mehr ausreichen und ganz anders gedacht werden muss.

Auf Tagungen in der Evangelischen Akademie Iserlohn in den Jahren 2006 bis 2008 berichteten u.a. Repräsentanten und Repräsentantinnen der Saami über einschneidende Veränderungen im Norden Europas in ihrem Alltag. Kräuterpflanzen, Büsche und Bäume sowie Rentierweiden zeigen nachhaltige Veränderungen, die für die traditionelle Gesundheitsversorgung und Weidewirtschaft von grundlegender Bedeutung gewesen sind und diese Tradition nun in Frage stellen. Die Saami-Vertreter wiesen zwar darauf hin, dass sie klimatische Schwankungen durchaus kennen und sich in der Vergangenheit auch darauf einstellen konnten. Dieses Mal würden jedoch die Veränderungen mit einer Geschwindigkeit auftreten, d.h. als abrupter Wechsel wahrgenommen, der die natürlichen Prozesse und Anpassungsleistungen überfordere.

Ebenso erleben die Inuit im nördlichen Polarmeer die Folgen der Klimaerwärmung hautnah. Sheila Watt-Cloutier, die Vorsitzende der Inuit Circumpolar Conference reichte im Dezember 2005 im Washingtoner Büro der Interamerikanischen Menschenrechtskommission zusammen mit 62 Jägern und Ältesten der Inuit eine Klage gegen die USA wegen Verletzung von Menschenrechten im Zuge von Treibhausgasemissionen ein. Die Klage sollte die USA dazu verpflichten, Höchstgrenzen für Emissionen festzulegen, die internationale Zusammenarbeit wieder aufzunehmen sowie mit den Inuit einen Plan auszuarbeiten, wie die jetzt schon eingetretenen Folgen der Klimaveränderung abgedeckt werden könnten. Wenngleich die Interamerikanische Menschenrechtskommission die Klage nicht zur Verhandlung annahm, lud sie Sheila Watt-Cloutier zu einer Anhörung im März 2007 zum Thema Klimawandel und Menschenrechte ein.

Das Schmelzen von Gletschern im Himalaja verringert auf indischer Seite zunehmend die Verfügbarkeit von sauberem Wasser vor allem in den trockenen Monaten zumeist in abgelegenen ländlichen Gebieten, die den Adivasi (‚erste Siedler‘) als Rückzugsgebiete dienen. Nicht nur die Wasserversorgung ist betroffen, sondern die biologische Vielfalt und damit die bisherige Grundlage der Nahrungssicherheit der Gemeinschaften. Soweit die indische Regierung nach Lösungen sucht, findet sie ohne Konsultation oder gar Beteiligung der Adivasi statt. Es gab bereits erste Umsiedlungen im nordöstlichen Bundesstaat Arunachal Pradesh, ohne diese zuvor in Kenntnis gesetzt oder gar gefragt zu haben.

Joseph Ole Simel (Kenia) untersuchte die Gefahren aus dem Klimawandel für nomadisierende Hirten im Osten Afrikas.⁵ Die Weidewirtschaft findet dort unter prekären Bedingungen statt; wenig Regen, spärliche Vegetation und eine gering diversifizierte Nahrungskette. Daraus entstand ein ausgeklügeltes Zusammenspiel von Pflanzen, Tieren und Menschen. Wasser ist der entscheidende Faktor, an dem sich das soziale und wirtschaftliche Leben ausrichtet; etwa durch Vereinbarungen mit Nachbarn bei gegenseitigem Vorteil (*mutual regimes*). Wenn Dürre einen Klan schädigt, helfen andere; d.h. leihen Vieh aus, um den Grundstock für die ursprüngliche Weidewirtschaft wieder bilden zu können.

Die Gefahren fasste Joseph Ole Simel so zusammen: beschleunigte Veränderungen im Niederschlag und Pflanzenbewuchs, Zunahme extremer Wetterumschläge, Abnahme der zuvor als sicher geltenden Weideplätze und Wasserreservoirs, gleichzeitig erhöhte Nachfrage nach den Ressourcen. Wenn sich Klima und bisherige Umwelt beschleunigt ändern, nimmt also nicht zuletzt die Fähigkeit ab, Schäden gegenseitig auszugleichen. Kommt hinzu, dass z.B. die Regierungen Chinas und Japans den Anbau von Pflanzen zur Gewinnung von Agro-kraftstoffen befördern, der die Konkurrenz um das wenige Land zusätzlich anheizt. Laut Joseph Ole Simel bedroht dies in der Großregion Sub-Sahara etwa fünfzig Millionen Angehörige von Hirtenvölkern.

In Amerika – Nord-, Mittel- und Südamerika – treten Verwüstungen und nachhaltige regionale Klimaveränderungen vor allem im Zusammenhang mit Ressourcenabbau und der großdimensionierten Nutzung des Wasserreservoirs auf. Die Peabody Western Coal Company in Arizona ruiniert nicht nur den sakralen Black Mesa der Dineh and Hopi, sondern greift tief in das ökologische Gleichgewicht der ganzen Region ein und untergräbt die kulturelle wie physische Existenz der lokalen Bevölkerung. In Guatemala, Ecuador, Kolumbien, Peru oder Bolivien vergiften Erdöl- und Gasexplorationen auf Jahrzehnte die überlebensnotwendige Umwelt von Dutzenden indigener Gemeinschaften, bringen ganze Ökosysteme zum Absterben und verunmöglichen die historisch gewachsene Lebensplanung zukünftiger Generationen. Die Abwanderung insbesondere junger Menschen in andere Gebiete oder Städte – und damit ein aufgezwungener Einschnitt in das Identitätsbewusstsein – sind vorgezeichnet.

Aus Peru berichtete Tomás Alarcón im Sommer 2008 beim Sozialen Forum des UN Menschenrechtsrates von der Bedrohung der biologischen Vielfalt und komplexen Zusammenhänge der verschiedenen klimatischen Großregionen in Peru.⁶ Peru gehört zu den artenreichsten Ländern der Welt. Etwa 15 Prozent der Staatsfläche stehen unter Naturschutz. Was sich bemerkenswert anhört, geht häufig mit Verboten der traditionellen Nutzung des (Regen-) Waldes und seiner Produkte durch indigene Völker einher; von deren Landrechten ganz zu schweigen. Tomás Alarcón stellte den großräumlichen Zusammenhang zwischen Pazi-

⁵ Joseph Ole Simel 2008.

⁶ Vgl. im Bericht zur ersten Sitzung des Social Forum (2008) den Abschnitt über Klimawandel.

fik, wüstenähnlicher Küste mit großförmiger Wolkenbildung, steilen Andenhängen und Steigungsregen, Gletscherbildung in den Gipfelregionen der Anden und dem Entspringen zahlreicher Quellen auf der Ostseite der Anden vor, die das Amazonasgebiet speisen. Sollte sich infolge der Klimaveränderung der Golfstrom vor der Küste Perus verändern, und sollten die Pläne zur großflächigen landwirtschaftlichen Nutzung bisheriger Wüsten an der Westseite der Anden realisiert werden, geriete das skizzierte bisherige Ineinandergreifen von Klima, Wetter und Landschaftsformation nachhaltig durcheinander. Seine Erkenntnis: Den Amazonas schützen und verteidigen heißt, aufgrund der geografischen und meteorologischen Zusammenhänge auch die Pazifikküste und die Wolkenbewegungen den Anden entlang sowie die dort lebende Bevölkerung in Rechnung zu stellen, die die naturräumlichen Wechselbeziehungen respektieren und nutzen lernte.

In all den genannten Klima- und Vegetationszonen leben indigene Völker, deren Lebensweisen just auf diesem komplexen Zusammenhang beruhen und diesen fördern. Demgegenüber graben Bergbau- und Bewässerungsprojekte in den Anden, der Wasserverbrauch in den Städten oder die geplante landwirtschaftliche Nutzung der Wüste diesem Komplex – und damit dem Amazonas – buchstäblich das Wasser ab. Diese Projekte beruhen auf einer Regierungspolitik, die sich die ungehinderte Nutzung der Naturressourcen zum Ziel gesetzt hat. Peru steht damit allerdings nicht allein, wie auch die vielen Beispiele der Erdöl- und Gasförderung auf indigenen Territorien in anderen Staaten belegen. Gefördert wird eine solche Politik u.a. von der Weltbank, die etwa dem CAMISEA-Gasprojekt in Peru einen Kredit über 300 Mio. Dollar mit den Stimmen des deutschen Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bewilligte.

Es lässt sich darüber hinaus in ganz Lateinamerika die Tendenz beobachten, Gesetzeswerk und Justiz an den Erfordernissen der Ressourcenerschließung auszurichten. Die Regierungen Boliviens, Venezuelas und Ecuadors haben zwar die Rechtssicherheit für indigene Völker in den letzten Jahren formal verbessert; was nicht gering zu schätzen ist. Der Politikansatz zur Ressourcennutzung im nationalen Interesse und die faktische Vernachlässigung von Konsultationsverfahren führen jedoch zu keiner wesentlich anderen Realpolitik als im Nachbarstaat Brasilien. Einen Schritt weiter gehen allerdings die Regierungen Perus und Kolumbiens, die Gesetze zurück nehmen und Dekrete erlassen, die auch formell die Rechtsbasis indigener Völker beschneiden oder Rechte ganz entziehen.

So wurden in Peru Dekrete erlassen, die dem Investitionsschutz Vorrang vor den Landrechten indigener Völker einräumen. Dies wirkt sich insbesondere in Gebieten wie dem Amazonas aus, in denen es aus historischen Gründen kaum eingetragene Landtitel gibt. Über 100 Dekrete sind in diesem Kontext von der Regierung des Präsidenten García erlassen worden. Der UN-Ausschuss zur Überwachung des Internationalen Abkommens zur Eliminierung von Rassismus

und rassistischer Diskriminierung⁷ hat die Regierung Perus bereits aufgefordert, die bisherige Praxis der Dekretierung ohne Konsultation der lokalen, indigenen Bevölkerung zu überprüfen. Die Dekrete Nr. 1015 und Nr. 1037 (2008) waren die Auslöser einer großen Protestbewegung im August 2008 im Tiefland Perus. Das peruanische Parlament erklärte aufgrund der Proteste die Dekrete für ungültig.

Ähnlich zerstörerisch für Region und Klima vollzieht sich der Ressourcenabbau in Sibirien. Zu den Verheerungen kommt in der Russischen Föderation die politisch gewollte Privatisierung der elementaren Naturressourcen wie Wasser und Wald hinzu, so dass bei ungebrochener Fortsetzung dieser Prozesse vom traditionellen und selbstbestimmten Lebensentwurf etwa der Nivkhi, Nanai und Ulta auf Sakhalin kaum etwas Bestand haben wird.⁸

Rechte und internationale Aktionsplattformen indigener Völker

Die Betroffenen selbst nehmen die zerstörerische Entwicklung nicht länger hin⁹. Um sich zur Wehr zu setzen, stehen ihnen mehrere Rechtsinstrumente und öffentliche Debattenforen zur Verfügung. Der vorliegende Text beschränkt sich auf den internationalen Bereich und wählt exemplarisch einschlägige Instrumente und Foren aus.

Ein Klimaschutzregime in der Perspektive eines Menschenrechtsregimes befindet sich erst im Entstehen. In den Jahren 2008 und 2009 hat der UN-Menschenrechtsrat insbesondere auf Betreiben pazifischer Inselstaaten und der Malediven zwei Resolutionen verabschiedet, die den Aspekt der Menschenrechte in die Debatte zum Klimawandel einbringen.¹⁰ Die erste Resolution 2008 beauftragte das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte, die schon erwähnte Studie anzufertigen. Die im März 2009 dem Menschenrechtsrat vorgelegte Studie trägt zusammen, was andere Einrichtungen der UNO zu diesem Thema bereits diskutiert und in Form von Stellungnahmen oder Leitlinien ausgearbeitet haben. Relativ unstrittig sind die Auswirkungen des Klimawandels auf Menschenrechte im Bereich Gesundheit, dem Recht auf ein würdiges Leben (Wohnen, Ernährungssicherheit, Zugang zu sauberem Trinkwasser) sowie spezifische Gruppenrechte etwa bei indigenen Völkern oder nationalen Minderheiten.

⁷ Committee on the Elimination of Racial Discrimination (CERD).

⁸ Zur Übersicht vgl. IWGIA und pogrom.

⁹ Wie *indigene Völker* auf die Klimaveränderungen reagieren zeigt die Anchorage-Erklärung <http://www.indigenoussummit.com/servlet/content/declaration.html>, die vor der Kopenhagener Konferenz (24.4.2009) einen Ausdruck des anderen Verständnisses von Naturbezug dokumentiert. Nach der internationalen Konferenz erklären auch *die NROs vieler Länder*, dass es sich beim Klimawandel um die Krise des Systems handelt, das keine adäquaten Maßnahmen zur Rückgewinnung des Naturbezuges kennt mit ihrem Ruf „Verändert das System, nicht das Klima“.

¹⁰ Dokumente Nr. A/HRC/RES/7/23 und A/HRC/RES/10/4.

Der schwierigere Teil der Studie und der Diskussion hat mit der Frage zu tun, welche Art von Verantwortung für verletzte Menschenrechte kann dem Staat / der Regierung zugeschrieben werden. Menschenrechte beschreiben die Rechte des Individuums gegenüber seiner oder ihrer jeweiligen Regierung. Inwieweit kann jedoch die Regierung eines Inselstaates für Folgen zur Verantwortung gezogen werden, deren Ursachen teilweise in ganz anderen Teilen der Welt gesetzt werden? Der Grundsatz ist unstrittig: Die Menschenrechte begründen den Anspruch des Individuums, dass Krankenhäuser, Schulen oder Trinkwassersysteme funktionieren. Dies fällt in die Pflicht des Nationalstaats, unabhängig von den eigentlichen Ursachen einer Schädigung. Die Studie weist darüber hinaus auf die Verpflichtung der Staaten zur internationalen Kooperation hin, um solchen Fragen nach den Pflichten bei Ursachen außerhalb der Landesgrenzen eine Richtung zu geben. Die Studie bleibt allerdings vage, da lediglich angedeutet wird, dass im Bereich der Menschenrechte auch das – allerdings umstrittene – Prinzip der extraterritorialen Staatenpflichten zum Zuge kommen könnte. Letztere müssen immer wieder von den nationalen Nichtregierungsorganisationen – im Verbund mit indigenen Organisationen – eingefordert werden.

Die zweite Resolution aus dem März 2009 ermutigt einige Mandatsträger der UN-Sonderverfahren (Special Procedures) – u.a. zum Recht auf Gesundheit, auf angemessenes Wohnen und zum Recht auf angemessene Nahrung –, in ihren Untersuchungen und Berichten verstärkt auf die Folgen des Klimawandels zu achten und diese aus menschenrechtlicher Sicht zu bewerten. Parallel dazu beschäftigt sich das UN-Permanente Forum zu indigenen Angelegenheiten mit der Aufgabe, systematisch die Folgen der Erderwärmung auf indigene Völker und deren Territorien zu untersuchen.¹¹ Mit dem Sonderberichterstatter des UN-Menschenrechtsrates (James Anaya) und dem Expertenmechanismus für indigene Rechte beim Menschenrechtsrat verfügen indigene Völker über weitere Mechanismen, mittels derer sie die Beeinträchtigungen ihrer Lebensbedingungen im Zuge der Klimaveränderungen anklagen und die Regierungen zum Handeln auffordern können. Als weitere, menschenrechtsbasierte Plattform entpuppt sich der UN-Ausschuss zur Überwachung des Internationalen Abkommens zur Eliminierung von Rassismus und rassistischer Diskriminierung (CERD), der von indigenen Völkern aus unterschiedlichen Regionen angerufen wurde und sich überwiegend zugunsten der Betroffenen als ‚besonders gefährdeter Bevölkerungsgruppe‘ äußerte und entsprechend den Regierungen besondere Pflichten aufgab.

Über die Standardsetzungen aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und den internationalen Menschenrechtsabkommen hinaus greifen indigene Völker zum einen auf die 2007 von der UN-Generalversammlung verabschiedete UN-Erklärung zu den Rechten indigener Völker zurück (Declaration on the Rights of Indigenous Peoples; DRIP); so jüngst bei der Konferenz zu

¹¹ Permanent Forum on Indigenous Issues, Dokumente Nr. E/C.19/2008/13 und E/C.19/2009/L.10.

extraktiven Industrien in Manila.¹² Insbesondere das Recht auf Selbstbestimmung (Artikel 3), der Schutz traditioneller politischer Entscheidungssysteme, des traditionellen Wissens und des Landes und der auf indigenen Territorien befindlichen Ressourcen (Artikel 25-30) sowie Konsultations- und Beteiligungsrechte (free, prior and informed consent, FPIC; Artikel 10,11, 19, 28 und 29) verleihen indigenen Völkern weitgehende Anspruchsnormen, um Folgen des Klimawandels rechtlich und politisch bewerten sowie Maßnahmen einfordern zu können. Allerdings handelt es sich bei der Erklärung nicht um einen völkerrechtlich bindenden Vertrag sondern eben um eine Erklärung des guten Willens. Lediglich Bolivien hat bislang die DRIP in die nationale Gesetzgebung übernommen und somit verpflichtend gemacht.

Weniger weitgehend, aber rechtlich verbindlich sind zum anderen die Normen der ILO-Konvention 169 aus dem Jahr 1989. Bislang haben jedoch nur 20 Staaten die Konvention ratifiziert.¹³ Unbeschadet dieser Schwäche ist sie im Moment das stärkste internationale Rechtsinstrument, das den Schutz und die Förderung indigener Völker de jure garantiert und durch sein Berichtssystem die ratifizierenden Staaten einem gewissen Legimitätsdruck aussetzt. Jeder ratifizierende Staat geht die Verpflichtung ein, regelmäßig über die Umsetzung der Konvention zu berichten und diesen Bericht einem vom Verwaltungsrat der ILO gewählten Expertengremium zur Überprüfung vorzulegen. Die ILO ist ermächtigt, zur Überprüfung zusätzliche Informationen direkt im betroffenen Staat einzuholen.

Da zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Konvention, im Jahr 1989, das Thema Umwelt international noch wenig Beachtung fand, sagt die ILO-Konvention 169 wenig zum Schutz der natürlichen Umwelt sowie der Ressourcen auf indigenen Territorien. Im Unterschied zu Artikel 26 der DRIP besagt Artikel 8 der ILO-Konvention 169 sogar, dass die Ressourcen auf indigenen Territorien an staatliche Rechtsnormen gebunden sind und unter einem staatlichen Selbstvorbehalt stehen. Mittelbar können Ansprüche zur Abwehr von schädlichen Folgen des Klimawandels aus dem tragenden Prinzip dieser Konvention abgeleitet werden, die den Weiterbestand der indigenen Völker als eigenständige ethnische Gruppen garantieren will; ohne jedoch so weit wie die DRIP zu gehen, und indigenen Völkern ein autonomes Entscheidungsrecht zuzugestehen. Von besonderer praktischer Relevanz ist Artikel 6 der ILO-Konvention 169, der bei Maßnahmen Dritter auf indigenen Territorien ein ausgeklügeltes Konsultationsverfahren vorgibt, das in Lateinamerika inzwischen

¹² Declaration of the International Conference on Extractive Industries and Indigenous Peoples, Manila, 23.-25. März 2009. Vgl. die ähnlichen Forderungen auf der Konferenz "Mining and Indigenous Peoples Conference" in London vom 06.-16 Mai 1996.

¹³ Stand Mai 2009: Argentinien (ratifiziert im Jahr 2000), Bolivien 1991, Brasilien 2002, Chile 2008, Costa Rica 1993, Dänemark 1996, Dominica 2002, Ecuador 1998, Fiji 1998, Guatemala 1996, Honduras 1995, Kolumbien 1991, Mexico 1990, Nepal 2007, Niederlande 1998, Norwegen 1990, Paraguay 1993, Peru 1994, Spanien 2007, Venezuela 2002.

durch den Interamerikanischen Gerichtshof mehrfach gegen Vorhaben der nationalen Regierungen durchgesetzt werden konnte. Dieses Instrument taugt natürlich nicht zur Feststellung von Verantwortlichkeiten im internationalen Maßstab in Sachen Klimawandel, aber untermauert das Prinzip der Konsultation und Beteiligung; eingebracht z.B. in die Diskussion zur Umsetzung der Millennium Development Goals.

Neben den rechtlich relevanten Anspruchsgrundlagen haben indigene Völker frühzeitig schon internationale Debattenforen zu nutzen gewusst, um ihre Interessen auf eine historisch entwickelte, spezifische natürliche Umwelt, den Schutz der biologischen Vielfalt und die Rechte an der Nutzung der Ressourcen auf ihren Territorien geltend zu machen. Am intensivsten entwickelte sich die Beteiligung an der Umsetzung der Konvention zur biologischen Vielfalt (Convention on Biological Diversity; CBD)¹⁴ und den entsprechenden Konferenzen der Vertragsparteien (COP) sowie am Prozess der Agenda 21. Wenngleich indigene Völker pro forma nicht an der Fortentwicklung des Vertrags beteiligt werden, haben sich informell mehrere internationale Arbeitsgruppen gebildet und eine gewisse öffentliche Aufmerksamkeit vor allem zum Aspekt des Schutzes des traditionellen Wissens (gegenüber Patentrechten) entwickelt. Zur jüngsten Konferenz der Vertragsparteien in Bonn im Mai 2008 gab es außerdem mehrere, informelle Treffen indigener Repräsentant/innen mit hochrangigen Politiker/innen.

Aus der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro entwickelte sich außerdem der Agenda 21-Prozess, ein entwicklungs- und umweltpolitisches Aktionsprogramm zur nachhaltigen Entwicklung für das 21. Jahrhundert. Die nachhaltigsten Ergebnisse für indigene Völker hatte dieser Prozess im Rahmen des Klima-Bündnisses europäischer Städte mit Völkern aus den Regenwäldern, vor allem dem Amazonas.¹⁵ Das Klima-Bündnis hat sich zum Ziel gesetzt, klimaschädliche Emissionen in den Industriestaaten zu verringern und den Regenwald in der südlichen Hemisphäre zu schützen. Vielfältige Projekte auf partnerschaftlicher Basis zur Reduzierung von Treibhausgasen in einzelnen Städten in Europa bis zur Kompetenzbildung und Programm- und Organisationsentwicklung bei und mit Amazonasvölkern umfassten bislang das wechselseitige Bemühen um eine für beide Seiten nachhaltige Entwicklung. Bemerkenswerterweise spielt das Klima-Bündnis in der Debatte um die Folgen des Klimawandels auf indigenen Territorien allerdings keine prominente Rolle.

Weniger prominent und umfangreich nahmen indigene Repräsentant/innen bislang die Debatten bei der UN-Klimarahmenkonvention wahr (UN Framework Convention on Climate Change, UNFCCC), die ebenfalls im Jahr 1992 verabschiedet (in New York) und ebenfalls auf der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro von den meisten Staaten unterschrieben wurde.

¹⁴ Im Jahr 1992 in Rio de Janeiro im Rahmen der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung verabschiedet.

¹⁵ Vgl. <http://www.klimabuendnis.org>

Erst seit 2005 melden indigene Organisationen ihren Anspruch auf eine Teilnahme an den jährlichen Weltklimagipfeln an. Am Klimagipfel 2005 in Montreal beteiligten sich indigene Repräsentant/innen aus der Arktis, den USA, Kanada, Mexico, Ecuador, Panamá, Norwegen, Russland, Grönland, Indien, Neuseeland und verschiedenen Inseln im Pazifik. Zu Tausenden protestierten sie zusammen mit Umweltschützern auf der Straße. Eine große indigene Beteiligung war auf dem 15. Weltklimagipfel Ende des Jahres 2009 in Kopenhagen zu sehen, der sich ausdrücklich mit dem Klimawandel und den Folgen für indigene Völker beschäftigt. Besonders umstritten bei indigenen Völkern ist der in Montreal eingeführte Mechanismus zur Reduzierung der Kohlendioxid-Emissionen durch den Schutz des Waldes (*Reducing Emissions from Deforestation and Degradation, REDD*). Ohne an dieser Stellen auf Details eingehen zu können, befürchten indigene Völker u.a. zurecht, dass das Kriterium des ‚intakten Waldes‘ u.a. zu Nutzungsverboten ihrer traditionellen Forstbewirtschaftung führt.

Eher am Anfang steht die Beteiligung indigener Völker an den Verhandlungen und Diskussionen bei der FAO (Food and Agriculture Organization) zum Bereich Nahrungssicherheit, Recht auf Nahrung¹⁶ und kleinbäuerliche Handlungsansätze. Die Leitlinien der FAO zum Recht auf Nahrung von 2004 wurden weitgehend ohne indigene Beteiligung ausgehandelt. Die Förderung kleinteiliger Nahrungsmittelerzeugung im Rahmen der FAO nimmt das traditionelle Wissen indigener Völker erst in jüngster Zeit prominent auf.¹⁷ Ähnlich verhält es sich mit den Debatten in der Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization; WHO), die den Klimawandel als eine der größten Herausforderungen für die öffentliche Gesundheitsversorgung im 21. Jahrhundert erachtet. Obgleich mehrere Programme der WHO sich mit traditionellen Heilmethoden indigener Völker beschäftigen, wird noch kein Bezug im Kontext des Klimawandels hergestellt, da auch indigene Repräsentant/innen auf Konferenzen und Seminaren bislang allenfalls sporadisch präsent sind.

Bedingt durch die relative geographische Nähe und geringere Kosten ist die Beteiligung indigener Repräsentant/innen an einzelnen regionalen Foren ausgeprägter. In Bezug auf das Thema Klimawandel sind dies vor allem der Arctic Council und das Arctic Climate Impact Assessment im Norden der Hemisphäre sowie im Pazifik das South Pacific Forum, ein Zusammenschluss unabhängiger Staaten aus der Region, die Pacific Conference of Churches und mit Abstrichen die Plattform der Indigenous Rights Working Group (IRWG). Häufiger mit Studien und Hinweisen durch indigene Organisationen bedient wird der zwischenstaatliche Ausschuss für Klimaänderungen (Intergovernmental Panel on Climate Change; IPCC); 2007 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Allerdings erwuchs daraus noch keine systematische Zusammenarbeit.

¹⁶ Artikel 11 des UN-Sozialpakts.

¹⁷ Vgl. FAO 2009.

Resümee

Die Skizze zu den Rechten und ausgewählten internationalen Aktionsplattformen indigener Völker zeugt von der Vielfalt der Aktionsmöglichkeiten, die oft genug die finanziellen und personellen Ressourcen der einzelner indigener Völker, Gemeinschaften und Organisationen überfordern. Auch hier gilt: die Rechtsstandards, Institutionen und Foren allein reichen nicht hin. Die aktive Auseinandersetzung damit erzeugt erst den Impuls zum verändernden Handeln. Zur Förderung der Selbstorganisation indigener Völker, zur Zusammenarbeit mit und Kommunikationsfähigkeit von indigenen Dachorganisationen im Kontext Klimawandel, zur Vernetzung von Aktivitäten u.a.m. zum Erhalt der Erdatmosphäre gäbe es viel zu sagen. An dieser Stelle nur so viel: Das Rad in Bezug auf die ‚tätige Auseinandersetzung‘ (E.P. Thompson) mit bzw. in Bezug auf öffentlichen Widerstand gegen die Folgen des Klimawandels und die Reduzierung der biologischen Vielfalt muss nicht neu erfunden werden.

Die Folgen des Klimawandels für indigene Völker werden in Medien und in der Politik durchaus angesprochen, die Möglichkeiten des aktiven Gegensteuerns hingegen deutlich weniger. Beim Klima-Bündnis europäischer Städte mit indigenen Völkern des Regenwaldes kann ein beachtliches Maß an konkreter Erfahrung und erfolgreicher Arbeit abgerufen werden; was momentan jedoch zu selten geschieht. Öffentliche Aufmerksamkeit und die Durchsetzungsfähigkeit alternativer Ansätze zum Erhalt der Erdatmosphäre hängen auch hier von unserem Engagement ab. Strukturen und Ansprechpartner sind vorhanden: *Hic Rhodus, hic salta!*

Literatur

- Food and Agriculture Organisation / FAO (2008); *Climate Change and Food Security: A Framework Document*. Rom
- Food and Agriculture Organisation / FAO (2009); *FAO and Traditional Knowledge: the Linkages with Sustainability, Food Security and Climate Change Impacts*. Rom
- Hampson, Françoise (2004); *The human rights situation of indigenous peoples in States and other territories threatened with extinction for environmental reasons*. UN-Dokument Nummer E/CN.4/Sub.2/2004/CRP.1, Genf
- Hampson, Françoise (2005); *The human rights situation of indigenous peoples in States and other territories threatened with extinction for environmental reasons*. UN-Dokument Nummer E/CN.4/Sub.2/2005/28, Genf

-
- Indian Country Today; *Indigenous peoples voice urgency on global warming*. Ausgabe 05. Januar 2006
- Indigenous Peoples Caucus; *Quito-Declaration regarding the process of the Framework Convention on Climate Change*. Quito, Mai 2000
- Indigenous Peoples Caucus; *Indigenous Peoples Statement to the Eighth Session of the Conference of the Parties*. Klimagipfel New Delhi, Oktober / November 2002
- International Work Group for Indigenous Affairs / IWGIA (2008); *Climate Change and Indigenous Peoples*. Zeitschrift *Indigenous Affairs*, Ausgabe 1-2/2008, Kopenhagen
- Ole Simel, Joseph (2008); *The Threat Posed by Climate Change to Pastoralists in Africa*. In: IWGIA; *Indigenous Affairs 1-2/08 - Climate Change and Indigenous Peoples*. Kopenhagen
- Social Forum (2008); *Report of the 2008 Social Forum; Geneva, 1-3 September 2008*. Dokument Nr. A/HRC/10/65, Genf
- Stavenhagen, Rodolfo (2005); *Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights and fundamental freedoms of indigenous people*. UN-Dokument Nummer E/CN.4/2005/88
- UN Office of the High Commissioner for Human Rights / OHCHR (2009); *Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights on the relationship between climate change and human rights*. UN Dokument Nummer A/HRC/10/61, Genf

Möglichkeiten des Klima-Bündnisses¹ als Projekt kommunaler Nachhaltigkeit?

Clarita Müller-Plantenberg

Als am 22. November 1988 Chico Mendes, ein Führer der Kautschukzapferbewegung, von Pistoleros der Holzhändler erschossen wurde, startete eine Gruppe aus dem späteren Klima-Bündnis eine Offensive gegen Mord und Vernichtung in Amazonien. Eine Mahnwache richtete sich gegen die Morde im Amazonasgebiet, die fast immer straflos blieben. Es sollte klar werden, dass es sich bei den Bewohnern der Regenwälder um strategische Gruppen handelt, die die Wälder vor der Vernichtung bewahren wollen. Dies ist weltweit für den Erhalt der Erdatmosphäre von erstrangiger Bedeutung.²

Also wurde beschlossen, ein Bündnis zwischen Kommunen ins Leben zu rufen: zwischen den traditionellen Bewohnern der Regenwälder und den – für die Wahrung der Erdatmosphäre relevanten – Städten des Nordens. So sollten sich die Wähler der Erdatmosphäre gegenseitig in ihren Bemühungen zur Wahrung des Klimas unterstützen: die Städte durch einen ökologischen Umbau und die Völker durch ihre Bemühungen um den Erhalt der Wälder mit ihrer Artenvielfalt und ihrer Wasserspeicherkapazität, die den Erhalt der Flüsse und des Klimas garantieren.

Heute sind über 1.500 Stadtparlamente und Gebietskörperschaften Teil des Bündnisses. Auch haben sich in allen neun Amazonasländern die indigenen Völker organisiert und dem Zusammenschluss der indigenen Organisationen des Amazonasbeckens, COICA, angeschlossen. Es gibt jährliche Treffen und eine Vielzahl von Bündnissen zwischen Städten und Völkern.

Stadtparlamente

Im Norden war das Klima-Bündnis ein Vorläufer der Agenda 21³. Der Naturbezug der Bevölkerung war weitgehend verloren gegangen, er sollte wieder gewonnen werden. Der ökologische Umbau der Städte des Nordens wurde zum Programm. Durch Bildung, technologische Neuerung und Organisation der Bürger schuf man eine Transparenz ihrer Rolle als Planer, Konsumenten, Produzenten und Vorbilder.

¹ www.klimabuendnis.org.

² Clarita Müller-Plantenberg: Was heißt: die Wirtschaft demokratisieren? Vom Neoliberalismus zur Solidarwirtschaft, in: Leo Gabriel/Herbert Berger (Hrsg.): Demokratie im Umbruch, Lateinamerikas Alternativen zur Macht, Wien 2010.

³ Sie wurde auf der United Nations Conference on Environment (UNCED) and Development 1992 – der zweiten internationalen Konferenz dieser Art nach Stockholm 1972 – in Rio de Janeiro beschlossen.

Organisationen indigener Völker

Alle diese Aktivitäten bezogen sich auf den Erhalt des Naturbezuges der Völker auf ihren indigenen Territorien, die durch Mega-Projekte im Energie-, Bergbau- und Infrastruktursektor auf das Äußerste bedroht sind.

I. Aus diesem Grund möchte ich drei Fragen danach stellen, wie die Arbeit der Städte im Norden gestärkt werden kann:

1. Könnten die erfolgreichen Bündnisse bei allen Klima-Bündnisstädten besser bekannt gemacht werden? Wer wären die Multiplikatoren?
 - a. Verbinden wir mit den Bündnissen immer noch konkret die Klimafrage und wenn ja, warum können wir die besten Ansätze nicht zum Stolz der Kommunen über Multiplikatoren weitertragen?
 - b. Ist das Klima-Bündnis mit seinen Erfahrungen in dieser Zeit der Klimakrise Gegenstand von Schulbüchern geworden? Welches sind die wichtigsten Inhalte, die wir vermitteln könnten?
 - c. Arbeiten die Städte bereits systematisch auf diesem Gebiet mit Schulen zusammen und gibt es darüber hinaus eine wachsende Kenntnis der Zusammenhänge unseres Lebensstils und der externalisierten Kosten, die bei dem Abbau von Ressourcen auf indigene Völker abgewälzt werden. Es sind ja dieselben Ressourcen, die später zu einem Großteil exportiert, in unsere Städte transportiert und dort verarbeitet werden? Könnten indigene- und Menschenrechte, nach dem Beispiel des nördlichen brasilianischen Bundesstaates, in den Schulen gelehrt werden?
2. Was wissen wir hier vom Naturbezug der Völker, von ihrer Subjekt-Subjekt-Beziehung mit der Natur? Wollen wir diese Sicht eines lebendigen nachhaltigen Naturbezuges bei uns unterstützen, gemäß der Verankerung der Rechte der Natur in der ecuadorianischen Verfassung?
 - a. Könnten wir ein Lernprogramm, wie es für die Stadt Hannover entwickelt wurde, in allen Klima-Bündnisstädten einführen? (Siehe den Beitrag in diesem Sammelband von Silvia Hesse)
 - b. Sollten wir Lernorte für das Kennenlernen von gesellschaftlicher Wahrung des Klimas schaffen, die die Ideologie falscher Naturschützer Lügen straft und anschaulich die Wahrung und Vermehrung der Vielfalt etc. zeigt? Dies könnte eine post-koloniale Aufgabe von Botanischen Gärten sein. Kommunale Lernorte könnten in Form von Klima-Werkstätten aufgebaut werden, in denen die gesellschaftlichen Möglichkeiten in Nord und Süd gelernt werden.

- c. Wollen die Organisationen indigener Völker die sinnvollen dezentralen Pflanzenöl-, Biogas-, Windenergieprojekte kennen lernen und in Kooperation bei sich aufbauen? Wenn ja – wie dies immer wieder geäußert wird – wie können wir von ihrer Nachfrage ausgehend sinnvoll einen Technologietransfer einleiten?
3. Wie können wir unseren Rohstoffraubbau abbremsen?
 - a. Wie können wir hier zu einer Selbstbestimmung z.B. über Ölerkundung und -förderung beitragen: das Beispiel des Yasuni ITT Projektes zeigt einen Weg auf. Könnten die Klima-Bündnisstädte hierüber Kurse anbieten und damit gleichzeitig die Indigenen- und Menschenrechte wahren helfen und die Bedeutung indigener Lebens- und Produktionsweisen für den Erhalt der Erdatmosphäre stärken? Wie kann das Leitmotiv „Weg vom Öl“⁴ hier durch unabhängige, selbstverwaltete Energieversorgungsstrukturen Platz greifen? (Siehe auch den Beitrag von Alberto Acosta u.a. in diesem Sammelband).
 - b. Was können wir von den Reisen der Luxemburgischen Kommunen lernen, siehe den Beitrag von Dietmar Mirkes in diesem Sammelband?
 4. Wie können wir die Nord-Süd-Klima-Bündnisarbeit durch Multiplikatoren stärken:
 - a. Können die Stadtparlamente und städtischen Medien die erfolgreiche Lobbyarbeit der NROs im Interesse der WaldbewohnerInnen in eine breitere Öffentlichkeit tragen?
 - b. Wäre es sinnvoll, eine Stärkung der solidarischen Ökonomie in Nord und Süd über den Transfair- und Regiohandel voranzutreiben und wer wären die Bündnispartner bzw. Multiplikatoren, etc.?
 - c. Könnten territoriale Partnerschaften (wie zum Beispiel zwischen Österreich und dem *Alto Rio Negro* in Brasilien) längerfristig wirksam sein und gegenseitige Lernprozesse eher garantieren, siehe Beitrag in diesem Sammelband von Georg Grünberg?

Die Bündnispartner sind überein gekommen, gemeinsam zum Erhalt der Erdatmosphäre beizutragen. Für die indigenen Völker der tropischen Regenwälder bedeutet das, ihre Wälder zu erhalten. Für sie sind ihre Erfahrungen, Lernprozesse, Traditionen, Gewohnheitsrechte, Wertesysteme und Glaubensregeln in Bezug zur Natur zentral. Ihre Kosmvision sagt ihnen, dass es um die Erreichung und Aufrechterhaltung des „Guten Lebens“, das als „harmonisches Leben“ der Menschen mit sich selbst, der Menschen mit ihren Mitmenschen, der

⁴ Zum Beispiel von Schweden oder hier in Deutschland von Bündnis 90/die Grünen.

Menschen in Gemeinschaft und der Menschen mit der Natur geht⁵. Die Beziehung zu ihr darf nicht durch eine Beziehung der Benutzung bestimmt sein sondern sollte vielmehr eine respektvolle, solidarische Beziehung sein. Das heißt, ihre Aufgabe ist die Aufrechterhaltung, Verteidigung und in zunehmendem Maße die Lehre der Beziehung zur Natur über die Grenzen der Gemeinschaften, Völker und Länder hinweg.

II. Im Süden geht es in der Beziehung auch um Geben und Nehmen, um Lehren und Lernen

1. Das Lernen des Naturbezuges bezieht sich auf den

- a. Erhalt der Wälder, der Flüsse, der Vielfalt von Flora und Fauna der auch zum Erhalt der eigenen Kultur beiträgt (Gesellschaftlicher Naturbezug: *Strategie der „4R“: recuperar, reafirmar, retomar y recrear – Wiederentdecken, Wiedererstarken, Wiedereinnehmen und Wiedererschaffen*)⁶ um die Wahrnehmung der Natur als Subjekt, um die Verankerung der Rechte der Natur in der Verfassung (Ecuador 2008).
- b. Menschenrechte und Indigenenrechte, ihre Entwicklung und Verteidigung.
- c. Kartierung von indigenen Territorien und Großprojekten in Kenntnis und Verteidigung der Lebensräume indigener Völker, Vegetationserhebungen und Information für den Aufbau von solidarischen Ketten, Erzeugergemeinschaften, lokalen Ökonomien, Solidarische Ökonomie (Beispiel Promotoren⁷ der Solidarischen Ökonomie bei dem indigenen Volk der Tikuna am oberen Solimoes/ Brasilien).

2. Realisierung des Klima-Bündnis (Kampagnen in Bezug auf Öl)

- a. Klimapolitik unter Einbeziehung aller – kein Eurozentrismus. ITT-Yasuni: Lasst das Öl unter dem Boden etc.
- b. Analyse der Falschen Naturschützer – Demokratie in der Parkpolitik.
- c. Nicht nur effizienzfördernde Maßnahmen – Demokratie in der Klimapolitik – Klimagerechtigkeit.

⁵ Siehe der Beitrag „Die Mutter Erde ist bloßgelegt“ in diesem Band.

⁶ Siehe Fußnote 4.

⁷ Dies ist Teil eines Programms des Nationalen Sekretariats Solidarische Ökonomie (SENAES) im brasilianischen Ministerium für Arbeit und Beschäftigung: Promotoren der Solidarischen Ökonomie, „*agentes*“, werden von den indigenen Gemeinschaften ausgewählt, die sodann eine Ausbildung und ein niedriges Einkommen erhalten, um solidarische Unternehmen in den Gemeinschaften besser zu fördern zu können.

Das Klima-Bündnis europäischer Städte mit den indigenen Völkern der Regenwälder hat sich als ein gegenseitiger Lernprozess erwiesen, der uns in Europa klar macht, was es bedeutet, dass wir auf diesem Planeten nur gemeinsam in Kooperation Überleben sichern können. Wir sehen die Einflussnahme auf die Klimapolitik als interkulturelle Herausforderung des Respekts vor den Minderheiten und ihren Territorien, die ihre sowie unser aller Lebensgrundlage sind und den Ausgangspunkt für eine gemeinsame Suche nach dem „Guten Leben“ darstellen.

III. Was ist Klimapolitik

Wenn wir uns fragen, ob das Klima-Bündnis Einfluss auf die offizielle Klimapolitik gewinnt, dann können wir das möglicherweise an den Erfolgen, die in Bezug auf die Institutionalisierungen der indigenen Einflussnahme zusammen mit Survival International, Friends of the Earth und anderen erreicht worden sind, festmachen. Wir können es auch daran festmachen, wie stark die Check-Listen der Klima-Bündnisstädte für ihren ökologischen Umbau genutzt werden. Aber: wir müssen es sicher auch festmachen an der Messlatte und den entsprechenden Maßnahmen, die von der staatlichen, europäischen und internationalen Politik als prioritär für die Erreichung der Ziele postuliert wird.

An dieser Stelle ist die Differenzierung dessen, was als Naturbezug definiert wird, entscheidend.

Ist es der Naturbezug der Bewegung für Umweltgerechtigkeit und Klimagerechtigkeit, ist es der Naturbezug der Parkpolitik oder ist es der Naturbezug derer, die wachsende Effizienz der Material- und Energieproduktion einfordern? Fragen wir diejenigen, die die Interessen einer Stilllegung von Flächen für den Naturschutz fordern, so erlangen wir oft die Antwort, dass die Unter-Schutzstellung von Flächen tropischen Regenwaldes eine adäquate Antwort auf die Klimakrise sei.

Fragen wir jedoch diejenigen, die die tropischen Regenwälder nachhaltig bewirtschaften und jene, die mit ihnen arbeiten, so werden wir verstehen, warum sie wahrscheinlich bestehen auf

- der Anerkennung der indigenen Territorien,
- der Legalisierung der Territorien von Schwarzen Gemeinschaften,
- der Verrechtlichung nachhaltiger Nutzungsformen in Brasilien z.B. über die legale Figur der Sammelreservate oder über andere legale Wege, wie das Dekret 6040 in Brasilien, in dem die Rechte traditioneller Gemeinschaften festgehalten werden.

- den Schutzaktionen⁸, die nach der brasilianischen Verfassung von 1988 und der kolumbianischen Verfassung von 1991 angestrengt werden können
- der Festschreibung der Rechte der Natur, wie dies in der ecuadorianischen Verfassung von 2008 geschehen ist. In Bezug auf die bisherige Rechtsprechung für den Naturschutz stellt Acosta (2009) fest:

“Auf die eine oder andere Weise konzentriert man sich darauf zu definieren, wie viel Umweltverseuchung (das heißt Zerstörung) der Natur erlaubt ist, dadurch dass das aktuelle räuberische Modell nicht in Frage gestellt wird. Auch die Vision, den Umweltschaden zu verhindern oder zu beheben wird so angegangen, dass man der Person oder Gemeinschaft, die das Ökosystem benutzte, etwas zurück erstattet und nicht dadurch, dass man das Ökosystem selbst wiederherstellt.

Das Resultat dieser Rechtsauffassung und des Umweltgesetzes ist, dass anstatt die Umweltverseuchung und Umweltzerstörung zu vermeiden und zu verhindern, es den Weg dafür bereitet hat, dass sie gemessen wird. Nur im besten Fall wird das Ausüben von Umweltvergiftungen bestraft. Eigentlich wurde ein räuberischer Lebensstil juristisch normalisiert.

Der Kern des Problems liegt darin, dass die Natur und die lebenden Arten in der westlichen Gesellschaft als einfaches Eigentum oder als natürliche „Ressourcen“ betrachtet werden. Die Natur wird nicht als ein Ganzes wahrgenommen, vielmehr werden ihre Elemente anerkannt soweit sie unmittelbar nützlich sind, wie das Holz, die Bananen, oder die Mineralien des Unterbodens, etc. Demnach sind die natürlichen Ressourcen dazu da, ausgebeutet, gekauft und verkauft zu werden. Vor nicht langer Zeit herrschte eine ähnliche Vision in Bezug auf die Sklaven vor.

Wenn das jetzige räuberische Modell nicht infrage gestellt wird, wird man sich darauf konzentrieren zu definieren, wie viel Umweltvergiftung (d.h. Zerstörung) der Natur zugelassen ist. Weiterhin wird die Einstellung zur Behebung der Umweltschäden darauf ausgerichtet sein, die Person oder Gemein-

⁸ *Inqueritos Civis* bzw. *Acciones de Tutela*.

schaft wiederherzustellen, die das Ökosystem nutzte und nicht in der Erholung des Ökosystems selbst... ”⁹

Auf Grund der Erfahrungen, die indigene Völker mit Auswirkungen auf Regenwald, Flüsse, Böden und auf Atmosphäre gemacht haben, plädieren sie für die eigenen Werte der Natur. Hiermit wird eine Antwort gegeben auf die Umweltkrise, wie sie von einer Gruppe lateinamerikanischer Experten in Johannesburg charakterisiert wurde:

"Die Umweltkrise ist eine Zivilisationskrise. Es ist die Krise eines wirtschaftlichen, technologischen und kulturellen Modells, das die Natur ausgeraubt und andere Kulturen abgelehnt hat. Das herrschende Zivilisationsmodell degradiert die Umwelt, unterbewertet die kulturelle Vielfalt und kennt den Anderen nicht (den Indigenen, den Armen, die Frau, den Schwarzen, den Süden) während es eine nicht nachhaltige Produktionsweise und einen nicht verallgemeinerbaren Lebensstil vorzieht, welche im zivilisatorischen Prozess hegemonisch geworden sind. ”¹⁰

Die radikale Trennung von Mensch und Natur, bei der die Natur als Objekt gesehen wird, hat uns klar gemacht, dass es Grenzen gibt, das wir mit der Natur durch eine Nabelschnur verbunden sind, die Verbindungen und Verankerungen jedoch verloren haben. Unsere Fähigkeit, die Natur zu beherrschen, führt zu unserer moralischen Verantwortung, sie für zukünftige Generationen zu bewahren. Hier ist der strategische Ansatz des Klima-Bündnisses. Es gibt ein unermessliches Potential des intensiven Austausches, der in Kooperation mit NROs, Agenda 21 Initiativen, postkolonialen Botanischen Gärten¹¹, Schulen und Universitäten gelernt werden kann. Und es gibt ein ebenso reichhaltiges Potential an gemeinsamer Suche nach adäquaten neuen Beziehungen zur Natur, die die ausbeuterischen ablösen können.

Der gemeinsame Lernprozess im Bündnis ist ein ausgezeichnetes Instrument, da gemeinsame internationale, interdisziplinäre und interkulturelle Strategien beschlossen werden können.

Wir sind auf dem richtigen Weg, haben schon Wichtiges in 20 Jahren Klima-Bündnis erreicht und können den Aufbau von gegenseitigen Lern-

⁹ A. Acosta: Los grandes cambios requieren de esfuerzos audaces, in: A. Acosta (ed.): Die Rechte der Natur, Quito 2009.

¹⁰Downloadbar u.a. auf folgenden Internetseiten: <http://memoria.com.mx/node/91>
<http://www.scielo.br/pdf/asoc/n10/16893.pdf>
http://www.taller.org.ar/Eco_educacion/MANIFIESTO_POR_LA_VIDA_FINAL.doc.

¹¹ Das war bei der Gründung im frankfurter Palmengarten eine wesentliche Erkenntnis.

prozessen mit immer mehr Partnern zur Unterstützung der Kommunen weiter in diesem Sinne aufbauen.

„Die Überwindung der Armut, die Schaffung produktiver und menschenwürdiger Arbeitsplätze und die Teilnahme an der Anerkennung der kulturellen Vielfalt werden so kurz- und langfristig zu den wichtigsten Entwicklungszielen...

Die Schaffung von produktiver Beschäftigung kann über die Stärkung adäquater Bildungsprogramme bei gleichzeitiger Entwicklung von Unternehmen auf kleiner und mittlerer Skala geschehen durch die Übertragung von Land, Kredit, technischer Unterstützung, Ausbildung und Entwicklung angepasster Technologien. So kann auch eine Umverteilung der Einkommen, der Produktionsmittel geschehen, die die abgrundtiefe Ungleichheit reduziert. Gleichzeitig muss die Verringerung anderer Dimensionen der Ungleichheit, wie die des Geschlechts, der Ethnie und der Region reduziert werden.“¹²

Vielleicht können wir in 20 Jahren sagen, die Aktivitäten nicht nur der europäischen Städte sondern auch der japanischen und nordamerikanischen haben im Bündnis mit den Bewohnern der Regenwälder Lateinamerikas, Afrikas, Asiens dazu geführt, dass die Klimapolitik sich stärker auf die Bündnispartnerschaften stützt. Das heißt, dass die Klimapolitik die reziproken Lernprozesse und Vorschläge der Waldbewohner von der Legalisierung der Indigenen Territorien, der Sammelreservate, der Territorien von Schwarzen Gemeinschaften und anderer traditioneller kleiner Produzentengruppen (Agrarreform in den Regenwäldern) aktiv fördert. Wir hoffen, dass dann interkulturellen Erfahrungen einen hohen Stellenwert beigemessen werden wird in der schulischen sowie in der außerschulischen Arbeit und in den Medien. Dann kann das „gute Leben durch gesellschaftlichen Naturbezug“ politische Bedeutung für den Erhalt der Erdatmosphäre gewinnen. Die Umsetzung dieses Ziels hängt davon ab, ob wir eine gemeinsame Vision von einer lebenswerten Zukunft entwickeln.

¹²A. Acosta (2009) a.a.O.

Dokument von Imshausen
Internationales Seminar:
Rückgewinnung des gesellschaftlichen Naturbezuges
Imshausen 30. Januar – 01. Februar 2009

Nun können wir auf fast 20 Jahre Klima-Bündnisarbeit mit wesentlichen Erfolgen und Ergebnissen zurückblicken. Vor uns liegen beachtliche Möglichkeiten und eine sehr große Verantwortung.

Wir, Nichtregierungsorganisationen und Personen, die wir uns mit den indigenen Völkern im Rahmen des Klima-Bündnis verbunden fühlen, erklären, dass wir mit den Kommunen im Klima-Bündnis und mit den Organisationen der indigenen Völker der Regenwälder der Erde in enger Kooperation mit der europäischen Geschäftsstelle eine Bildungsstrategie entwickeln und umsetzen wollen. Diese wird darauf ausgerichtet sein, die Menschenrechtssituation der indigenen Völker sowie die Auswirkungen des Ressourcenraubbaus bekannt zu machen. mit dem Ziel, die Bewegung für globale Umwelt- und Klimagerechtigkeit zu unterstützen und den Erhalt der Erdatmosphäre zu garantieren, wie es bereits im Manifest des Klima-Bündnisses festgehalten wurde.

Das Bündnis hat einen hohen Stellenwert für unser Leben und für das Leben unserer Kinder und Enkel. Wir wollen zu seiner strategischen Rolle als Bündnis der Gesellschaften beitragen, die zum Erhalt der Erdatmosphäre beitragen können.

Konkret haben wir auf dem internationalen Seminar das Folgende beschlossen und möchten es der jährlichen Versammlung des Klima-Bündnisses als Vorschlag vorlegen:

1. Es ist von erstrangiger Bedeutung, dass die Gesellschaft in den Städten ihren Naturbezug zurückgewinnt, da die Entfremdung von der Natur dort am Stärksten ausgeprägt ist.
2. Bildungsarbeit ist dafür von zentraler Bedeutung und sollte sich auch an Kinder und Jugendliche richten, so dass das Thema der gesellschaftlichen Rückgewinnung des Naturbezugs Bestandteil des gesamten Ausbildungsprozesses wird.
3. Wir meinen, dass eine Bewusstseinsbildung über die Externalisierung von Kosten sowie über die damit einhergehenden Gefahren in der Öffentlichkeit dringlich ist. Daher ist es unumgänglich, den Raubbau an Rohstoffen, die Probleme bei ihrer Weiterverarbeitung und ihrem Transport wie z.B. den hohe Energiebedarf bekannt zu machen, um die Bürger der Welt gegenüber den Auswirkungen, die in den betroffenen Gemeinschaften und in den Ökosystemen (den Gewässern, den Territorien und in der Atmosphäre) hervorgerufen werden, zu sensibilisieren. Bei dieser Arbeit wird

es wichtig sein, ein ganzheitliches Bild der Realität der Bündnispartner im Klima-Bündnis: den indigenen Völkern und allen in ihren Regionen Betroffenen zu vermitteln.

4. In dem Zusammenhang wäre es wichtig, Alternativen aufzuzeigen. Dies wäre z.B. die Orientierung der Bürger in unseren Städten u.a. auf eine Regionalisierung der Produktion von Nahrungsmitteln. So könnten auch Arbeitsplätze in der Region erhalten bleiben.
5. Außerdem wird es entscheidend sein, den Energiekonsum nachhaltig zu gestalten, indem eine dezentrale Versorgung mit erneuerbaren Energien über Genossenschaften und lokale Versorger herbeigeführt wird.
6. "Reduktion von Emissionen aus Entwaldung und Degradierung" (REDD) nimmt in der Diskussion um ein neues globales Abkommen zum Klimaschutz nach dem Auslaufen des Kyoto-Protokolls 2012 einen großen Stellenwert ein. Es wird sehr wichtig sein, dass ein Treffen des Klima-Bündnis mit einem NRO-Netzwerk von Menschen- und Indigenenrechts NROs sowie von Umwelt-NROs, die einen assoziierten Status bei dem Klima-Bündnis besitzen, stattfindet, um eine gemeinsame Strategie abzuklären.
7. Wir alle, die wir die Ziele des Klima-Bündnisses mittragen, möchten bewusst einen Austausch von guten Beispielen beginnen, die die Beziehung der Gesellschaften mit der Natur aufzeigen.
 - a. In diesem Zusammenhang könnten wir einen Austausch von Erfahrungen organisieren in Bezug auf tägliche Aufgaben, die gemeinschaftlich und mit angemessener Technologie auf den folgenden Gebieten durchgeführt werden:
 - Recycling
 - Trinkwasser
 - Energie
 - b. Genossenschaften, die Transfair-Handel durchführen.
8. Wir wollen Bündnisse zwischen Territorien fördern, die direkt zwischen den Städten des Nordens (Europa, USA, Japan) und den Indigenen Völkern der Regenwälder der Erde (Lateinamerika, Afrika und Asien) bestehen.
9. Wir haben festgestellt, dass es sehr wichtig wäre, einen Austausch zwischen Jugendlichen des Nordens und Südens durchzuführen, der gut vorbereitet wäre, um die Interessen der Gruppen wiederzugeben.
10. Es wäre sehr wichtig, dass Journalisten und Kommunikationsexperten aktiv einbezogen werden.

Anhang

Der Caura: von Wissenschaftlern in Guayana/ Venezuela für das Land

Erklärung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus Guayana/ Venezuela zu der Bergbauintervention in dem Wassereinzugsgebiet des Caura, Munizip Sucre im Bundesstaat Bolívar.

Wir, die Unterzeichner, Forscher der Ökologischen und Anthropologischen Forschungszentren der Universidad Nacional Experimental de Guayana (UNEG), der Universidad Experimental Politécnica Antonio José de Sucre (UNEXPO)-Guayana und der Fundación La Salle de Ciencias Naturales-Guayana und Caracas, wollen der Öffentlichkeit Folgendes mitteilen:

Angesichts der Tatsache,

- dass das Wassereinzugsgebiet des Caura-Flusses auf Grund seiner biologischen Megadiversität, seiner kulturellen Diversität, seiner hohen Wasserproduktion und seiner Umweltdienstleistungen für die Menschheit eines der reichsten und wichtigsten Waldgebiete des Planeten ist.
- dass das Wassereinzugsgebiet des Caura das letzte noch nicht berührte Wassereinzugsgebiet in den Tropen mit fünf Millionen Hektar ist, was ihm einen hohen Wert als natürliches Laboratorium zuschreibt.
- dass das Wassereinzugsgebiet des Caura auf Grund seiner Waldbedeckung und seines unberührten Zustandes gegen die globale Erwärmung Umweltdienstleistungen leistet, indem es 1,4 Mrd. Tonnen Biomasse produziert, die über 700 Mio. Tonnen Kohle entsprechen. Seine Abholzung würde sehr große Mengen Kohlendioxid freisetzen und den Prozess des globalen Klimawandels beschleunigen, der einen grundlegenden Aspekt im Rahmen der Verhandlungen um das Kyoto Protokoll darstellt.
- dass das Wassereinzugsgebiet des Caura unvergleichlich schöne Landschaften besitzt.
- dass das Wassereinzugsgebiet des Caura über 2.600 Arten von Gefäßpflanzen enthält, die 17% der pflanzlichen Vielfalt Venezuelas und 28% der pflanzlichen Vielfalt Guyanas ausmachen. Von den endemischen Pflanzen, die für Guayana registriert wurden, besitzt der Caura 88%.
- dass der Caura 32% der registrierten Tierarten Venezuelas und 53% der Arten des venezolanischen Guayana besitzt mit 168 Säugetieren, 475 Vogelarten, 34 Amphibien und 53 Reptilienarten.
- dass bis heute 441 Fischarten registriert wurden, von denen 13 endemische Arten Venezuelas sind und 251 auf das venezolanische Guayana beschränkt vorkommen. 35 sind vom Aussterben bedroht. Außerdem

wurden 240 Arten von wirbellosen Tieren registriert, von denen 110 Wasserinsekten sind, eine neue Art für die Wissenschaft, 9 Arten des Krustentieres Zehnfußkrebis und drei Weichtiere.

- dass das Wassereinzugsgebiet des Caura weite Gebiete von Flusswäldern besitzt, die die physischen und chemischen Charakteristika der angrenzenden aquatischen Ökosysteme und den regionalen Wasserzyklus regulieren.
- dass die traditionelle indigene Bevölkerung des Wassereinzugsgebietes, Ye'kwana, Sanema und Hoti direkt in ihrem Überleben von den natürlichen Ressourcen (Wasser, Pflanzen, Fauna) abhängig ist, die sie besitzt, wobei sie 70% der regionalen Pflanzen nutzt.
- dass die nicht indigene Bevölkerung (criolla) des unteren Caura und andere indigenen Völker, die kürzlich in die Region migriert sind (Hiwi, Piapoco und Pemon), das Wasser des Caura trinken und in ihrer Ernährung und ihrem Unterhalt von den natürlichen Ressourcen (Jagd und Fischfang) abhängen.
- dass der illegale Bergbau eine sehr räuberische Tätigkeit ist, die die Verletzung der Umwelt und der Menschen fördert, Entwurzelung und Abneigung gegenüber dem Zusammenleben, Illegalität und Ungerechtigkeiten mit sich bringt.
- dass der illegale Bergbau Quecksilbergifte auf großen Gebieten verteilt; Boden zerstört; die Sedimentfracht an den Flüssen erhöht (Goldbergbau), was zur Folge hat, dass sich ihre hydraulische Dynamik verändert und die Habitate und Uferbiotope beeinträchtigt werden; der Küstenwald abgeholzt wird und darauf folgend Arten verschwinden und lokal ausgelöscht werden; er vergiftet die Fische mit Quecksilber und dadurch die menschlichen Ansiedlungen, die sie konsumieren; er verringert den Fischreichtum, der den wichtigsten Lebensunterhalt der regionalen Bevölkerung ausmacht; er beutet die natürlichen Ressourcen übermäßig aus, da die Bevölkerung sehr plötzlich ansteigt; er fördert eine Zunahme neuer und endemischer Krankheiten sowie der Krankheiten, die durch die Quecksilbervergiftung hervorgerufen werden, wie „Hidrargirismo“ und die Minamata Krankheit.
- dass dieser erste massive und illegale Beutezug des Bergbaus gegenüber dem traditionellen Bergbau in dem Wassereinzugsgebiet des Caura beispielloos ist.
- dass der Caura von fünf Typen von Schutzgebieten bedeckt ist, die in der besonderen Verwaltung vorgesehen sind (ABRAE).
- dass die Mischlingsbevölkerung (Criolla) des unteren Caura in der Vergangenheit erfolgreiche nachhaltige wirtschaftliche Tätigkeiten entwickelt hat, die auf der Nutzung der Nicht-Holz-Ressourcen basierten (Extraktion von Sarrapia).

- das die indigene Organisation des Caura-Wassereinzugsgebietes „Kuyujani“ in einem Vertrag mit der Universidad Nacional Experimental de Guayana für die Demarkierung des Habitat, der Bewirtschaftungspläne und der sozialen und Umwelt Bildung schon seit fast einer Dekade gemeinsame Projekte entwickelt hat.

Erklären wir,

- Unsere Ablehnung all jener Aktivitäten, die auf irreversible Weise die natürlichen Gebiete des Wassereinzugsgebietes beschädigt haben.
- Unsere Ablehnung des Bergbaus in dem Caura-Wassereinzugsgebiet angesichts des sehr hohen Grades von Umweltauswirkungen, die sie mit sich bringen und weil keinerlei wirtschaftlich gangbare Maßnahmen der Dekontaminierung und des Wiederaufbaus des Habitats existieren.
- Unsere Unterstützung gilt den Völkern Ye'kwana, Sanemá und Hoti, deren kulturelle, soziale und ökologische Integrität durch den Bergbau stark bedroht wird und wir hoffen so zu erreichen, dass sie weiterhin Garanten der Umweltverantwortung und der nachhaltigen Entwicklung in dem Wassereinzugsgebiet des oberen Caura sein werden. Unsere Unterstützung gilt auch all jenen venezolanischen Bürgern, Bewohnern des gesamten Wassereinzugsgebietes, die in ihm eine ökologisch verantwortliche, sozial verträgliche und wirtschaftliche effiziente Entwicklung voran treiben.

Und wir fordern,

- Die sofortige Gültigkeit der Präambel der Bolivarianischen Verfassung Venezuelas für das Caura-Wassereinzugsgebiet gemäß ihrem Geist und gemäß dem Wortlaut. Sie fordert die transgenerationale Verantwortung sowie in den Artikeln 119 und 126 die Rechte der indigenen Völker, in den Artikeln 127 und 129, die Umweltrechte und in dem Artikel 326 die Prinzipien der Sicherheit der Nation:
- Den absoluten Schutz des Caura Wassereinzugsgebietes und den Respekt der Gesetze und Anordnungen, die es ermöglicht haben, dass es sich bis heute in dem ursprünglichen Zustand erhalten hat.
- Das Reservat und die Bewachung des Wassereinzugsgebietes sowohl aus der Luft als auch auf den Flüssen und auf dem Land, um seinen Erhalt durch die zuständigen Autoritäten (Nationales Militär und Umweltministerium) zu garantieren.
- Den Respekt der Menschenrechte aller Akteure des Wassereinzugsgebietes einschließlich der Forschungen über die vermuteten Verletzungen der Minenarbeiter.

- Dass die Medien uns wahrheitsgetreu über die Verletzungen der Rechte unserer indigenen Mitbürger informieren.
- Die Entwicklung von Projekten in sinnvollen Dimensionen, die ökonomisch nachhaltig sind, welche die Ressourcen des Wassereinzugsgebietes durch die indigenen Gemeinschaften nutzen mit Unterstützung der staatlichen Institutionen, der Nicht-Regierungs-Organisationen, Forschungsinstitutionen und Universitäten.
- Die Entwicklung von Projekten, die die Umweltdienstleistungen, die in den Wassereinzugsgebieten des Caura und des Caroni erzeugt werden, nutzen.
- Die offizielle Anerkennung der indigenen Rechte in Bezug auf ihr Habitat gemäß der Verfassung, um ihre Rolle bei dem Schutz und der Anreicherung der Umwelt, die sie seit Urzeiten bewirtschaftet haben, zu stärken.

Unterzeichner

Nalúa Silva Monterrey, Alexander Mansutti, Hernán G. Castellanos A.,
Luis E. Pérez, Carlos Lasso, Judith Rosales Godoy, Ligia Blanco-Belmonte
Luz Delgado, Luís Alberto d' Aubeterre, Sara Julia Leal, Nay Valero,
Asmine Bastardo, Lionel Hernández, Glenda Rodríguez, Militza Rodríguez,
Carmen Urquía Ravelo, Rosauro Navarro, Nirson González

Die Regierung bereitet sich darauf vor, „Amazoniens Tiananmen“ zu untersuchen¹

Survival International

Die Regierung Perus beeilt sich, den tragischen Gewaltausbruch der letzten Monate in Amazonien zu untersuchen, der über 30 Tote, über hundert Verletzte und viele noch Vermisste hinterließ.

Ein Regierungsteam ist beauftragt worden in zehn Tagen ein Untersuchungsteam auszuwählen, das von Mitgliedern der Katholischen Kirche geleitet werden wird und nach Empfehlungen des Sonderberichterstatters der Vereinten Nationen für Indigene Völker, James Anaya zusammengesetzt sein wird. Yehude Simon sagte, dass in dem Team Vertreter aller gesellschaftlichen Sektoren vertreten sein werden um jedwedem Vorwurf der Einseitigkeit zuvorzukommen.

Die Vorbereitungen wurden getroffen nachdem die Spekulationen über die Ereignisse in Bagua im nördlichen Peru anhielten, wo die gewalttätige Auseinandersetzung stattfand. Ein hoch stehender Polizeioffizier schlug kürzlich vor, dass Soldaten der peruanischen Armee aus ihren Baracken geflohen seien, um auf der Seite der indigenen Protestierer zu sein, aber diese Angaben wurden beiseite gewischt von einem Sprecher der Armee.

Inzwischen hat ein peruanischer Richter die Anklagen die gegen Alberto Pizango, den Führer der nationalen Indianerorganisation Perus, AIDSESEP, und vier weitere AIDSESEP Anführer zurückgewiesen. Die Anklagen werden wahrscheinlich erneut untersucht. Pizango musste das Land verlassen und ist zurzeit im politischen Exil in Nicaragua.

Report von Prof. S. James Anaya Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für Menschenrechte und grundlegende Freiheitsrechte der Indigenen 20.7.09

<http://www.aprodeh.org.pe/documentos/anaya.pdf>

Regierungsreport Jan 15 2010

http://www.justiciaviva.org.pe/webpanel/doc_int/doc05012010-160741.pdf

dazu: Kristina Aiello (NACLA)

¹ Survival International 30.6.09

Das Öl soll in der Erde bleiben

Leah Temper, Joan Martinez Alier

In den letzten Jahren ist weltweit eine Bewegung für "Klimagerechtigkeit" entstanden. Dieser Begriff beinhaltet die Forderung, dass die Industrieländer Verpflichtungen anerkennen, die sie gegenüber der Dritten Welt insofern haben, als sie die Fähigkeit der Erde zur Absorption von sogenannten Treibhausgasen vorwiegend zu ihren eigenen Gunsten strapazieren. In Grundsatzdokumenten wie den "Bali Prinzipien über Klimagerechtigkeit" von 2002 und der "Deklaration von Durban über den Klimawandel" von 2005 wurde dargelegt, dass für den Klimawandel die Eliten des Nordens wie des Südens verantwortlich sind, dessen negative Folgen jedoch am härtesten den Süden, die Inselstaaten, die Frauen und die Armen treffen.

Klimagerechtigkeit verlangt ein vollständiges Moratorium für die Exploration und Ausbeutung neuer Ölvorkommen, die Einschränkung des Handels mit fossilen Brennstoffen sowie ein ganz neues Nachdenken über nachhaltige Produktionsmethoden und Konsumgewohnheiten. Und schließlich fordern die Fürsprecher der Klimagerechtigkeit den Norden auf, ihre Umweltschulden gegenüber dem Süden anzuerkennen und diesen entsprechend zu entschädigen.

Mittlerweile gibt es ein Land, das diese Prinzipien nicht nur rhetorisch einfordert, sondern konkret umsetzt. Der kleine Andenstaat Ecuador sieht sich mit den Folgen des Klimawandels bereits direkt konfrontiert, denn mit dem Abschmelzen der Gletscher in der Andenregion schrumpfen auch seine künftigen Wasserreserven. Aber Länder wie Ecuador, die es bislang unterlassen haben, größere Mengen Kohlenstoff in die Luft zu blasen, sind vom globalen Prozess zur Bekämpfung des Klimawandels praktisch ausgeschlossen. Offenbar sollen über eine Lösung des Problems nur diejenigen befinden, die es verursacht haben. Aus Frustration über diesen Stand der Dinge hat die neue progressive Regierung in Quito radikale Vorschläge entwickelt, wie das Problem des Klimawandels an den Wurzeln zu packen wäre.

Der erste Vorschlag, das sogenannte Yasuni-ITT-Modell, läuft darauf hinaus, dass das größte unerschlossene Ölvorkommen von Ecuador, Ishpingo Tambococha Tiputini (ITT) mit einer geschätzten knappen Milliarde Barrel Rohöl, für immer im Boden bleibt. In dieser Gegend am Rio Yasuni, der kurz vor der ecuadorianisch-peruanischen Grenze in den Rio Napo (einen Nebenfluss des Amazonas) mündet, liegt der Yasuni-Nationalpark. Das Gebiet war im Pleistozän nicht von Eis bedeckt und soll auf einem Hektar mehr Baumarten aufweisen als ganz Nordamerika. Es ist das traditionelle Stammesgebiet der Huaorani; zwei weitere Stämme, die Tagaeri und die Taroemanane, haben sich hierhin zurückgezogen. Alle drei sind bereits durch die illegale Holzmafia bedroht. Bei

einer Ausbeutung der Ölvorkommen wären sie sehr wahrscheinlich zum Untergang verurteilt.

Die Rechte und das Überleben der indigenen Bevölkerung und die Erhaltung der einmaligen Artenvielfalt sind die wichtigsten Gründe, die dafür sprechen, das Yasuni-Gebiet unangetastet zu lassen. Ein weiterer ist die immer noch unterschätzte Bedeutung des Amazonasbeckens für das globale Klima. Wenn das Öl im Boden und die Waldflächen erhalten bleiben und kein Erdgas abgefaçkelt wird, wird die Klimabilanz um 436 Millionen Tonnen Kohlenstoff entlastet. Man mag darin nur einen "kollateralen Nutzen" sehen, aber in der aktuellen, vom Thema Klimawandel geprägten Debatte hat dieses Argument größte Durchschlagskraft.

Als Kompensation für die Zusicherung, das Öl nicht zu fördern, verlangt Ecuador von der internationalen Gemeinschaft die Hälfte der Geldsumme, die man mit der Ausbeutung der Vorkommen einnehmen könnte: jährlich rund 350 Millionen Dollar auf Dauer von zwanzig Jahren. Regierungen, Umweltorganisationen und Individuen können barrelweise Öl kaufen, das in der Erde bleibt.

Wenn das Geld dafür bis September 2008 nicht zusammenkommt, werden die Förderrechte zum Verkauf angeboten. Die chinesische Sinopec und die brasilianische Petrobras stehen bereits in den Startlöchern.

Etliche Kommentatoren halten die ecuadorianische Position für eine Art Erpressung. Aber eine derart vereinfachte Interpretation lässt die Tatsache außer Acht, dass die Kosten für die Erhaltung der globalen Waldbestände und der Artenvielfalt ausgerechnet von den armen und stark verschuldeten Länder der tropischen Zonen getragen werden. Eine der vorgeschlagenen Varianten der Belohnung für das Öl im Boden sieht vor, Ecuador einen Teil der 10 Milliarden Dollar Auslandsschulden zu erlassen. Mit anderen Worten: Die finanziellen sollen mit den ökologischen Schulden abgeglichen werden.

Die Idee von Ökoschulden wurde erstmals in den 1980er-Jahren von lateinamerikanischen Umweltaktivisten formuliert, um die Debatte über die rapide wachsende Außenverschuldung ihrer Länder in einen neuen Rahmen zu stellen. Sie beruht auf dem Gedanken, dass in der Theorie alle Menschen das gleiche Recht an der Atmosphäre und der Umwelt haben, aber in der Praxis die reichen Länder des Nordens einen überproportionalen Anteil in Anspruch nehmen. Nach dieser Logik werden die üblichen Schuldnerländer im Hinblick auf die Umweltbelastung zu Gläubigern, die Gläubiger dagegen zu Ökoschuldern.

Neuerdings versuchen Wissenschaftler, die Ökoschulden zu quantifizieren. Nach einer Studie¹ vom Januar 2008 haben die reichsten Länder der Welt den armen Ländern allein durch die Emission von Treibhausgasen einen Schaden in Höhe von schätzungsweise 2,3 Billionen (2.300 Milliarden) US-Dollar zugefügt.

¹ U. Thara Srinivasan, Susan P. Carey, Eric Hallstein u. a., "The debt of nations and the distribution of ecological impacts from human activities", National Academy of Sciences, Januar 2008.

Diese Summe ist deutlich höher als die Gesamtverschuldung der Dritten Welt (in Höhe von 1,8 Billionen Dollar).

Die ökologischen Schulden entstehen dabei nicht nur aus der Kohlenstoffschuld, sondern auch durch die ökologisch ungleichen "terms of trade": das heißt dadurch, dass der Norden Rohstoffe wie Öl, mineralische Bodenschätze und Hölzer aus dem Süden bezieht und die Artenvielfalt und das Wissen der indigenen Völker des Südens ausbeutet, ohne die Folgen der Beschaffung und Produktion dieser Rohstoffe für die Gesellschaften und die Umwelt dieser Länder einzukalkulieren. Die negativen Auswirkungen für die exportierenden Länder nennt man in der Volkswirtschaft "externalisierte Kosten", also unbeabsichtigte Nebenwirkungen einer ökonomischen Aktivität, die sich nicht im Preis niederschlagen. Ökologisch orientierte Ökonomen weisen gern darauf hin, dass solche "externalisierten Kosten" nicht etwa ein Versagen des Marktes bedeuten, sondern im Gegenteil eine erfolgreiche, "marktgerechte" Kostenabwälzung.

Die Ölförderung ist dafür ein klassisches Beispiel. Während sie den Ölkonzernen Rekordgewinne verschafft, beschert sie den betroffenen Gesellschaften verschmutztes Wasser, belastete Böden und wenige Vorteile. Ölförderung in Ecuador ist eine besonders schmutzige Angelegenheit. An der Umweltkatastrophe, die sich nördlich des Yasuni-Parks in der Region Oriente, dem östlichen Amazonasgebiet Ecuadors, abspielt, zeigt sich das Erbe der Öloperationen. Hier hat der Ölmulti Chevron Texaco etwa 70 Milliarden Liter hochtoxischer Rückstände in 600 ungesicherten Bohrlöchern hinterlassen. Der Konzern hat damit ein paar Millionen Dollar eingespart, die angefallen wären, wenn er die damals in den USA vorgeschriebenen Standards eingehalten hätte.

Die indigenen Bewohner der Region haben inzwischen eine zivilrechtliche Klage angestrengt, mit der sie Chevron Texaco für die entstandenen Schäden haftbar machen wollen, als da sind: die Auslöschung zweier Indigenenstämme; eine Krebsrate, die 60 Prozent über dem Landesdurchschnitt liegt; die Belastung des Wassers und des Bodens mit gefährlichen Giften. Die Kompensation für diese Schäden und die Kosten für die Säuberung der Umwelt werden auf 5 bis 6 Milliarden Dollar geschätzt. Aber kann man Krebstote oder den Untergang eines Stammes mit einem Preisschild versehen?

Der Prozess findet in Lagro-Agrio statt, einem ölverpesteten Städtchen in der Provinz Sucumbio, wo das Bohrloch gesetzt wurde. Es sieht so aus, als könne in diesem Fall die Gerechtigkeit einen kleinen Sieg feiern.

Aber ob das bedeutet, dass die Ölfirmen sich in Zukunft nicht mehr verdrücken können, ohne ihre gesellschaftlichen und ökologischen Schulden zu begleichen, wird sich in fernerer Zukunft zeigen.

Ist es die wahre Antwort auf den Klimawandel, fossile Brennstoffe im Boden zu lassen? Förderverzicht ist keine Philosophie um ihrer selbst willen. Man sollte darin eher die Aufforderung sehen, den wahren Kosten der Förderung in

einer empfindlichen Umwelt größere Beachtung zu schenken. Diese Kosten werden nicht einbezogen, solange eine verzerrte ökonomische Logik den Wert von nicht marktförmigen Umweltfaktoren nicht mitberechnet. Ein bestehender Wald ist für die Industrie wertlos, obwohl er für viele die Lebensgrundlage darstellt. Erst wenn der Wald zu Holz geworden oder seine Artenvielfalt vermarktet ist, kann ihm ein ökonomischer Wert zugeordnet werden. Bei der kommerziellen Ausbeutung natürlicher Ressourcen steht deren Tauschwert also weit höher als deren Gebrauchswert für diejenigen, die davon unmittelbar abhängen.

In Ländern, in denen ein Menschenleben wenig zählt und die Demokratie schwach ist, können Rohstoffunternehmen es sich leisten, Umwelt und Menschenrechte ihren Profitinteressen zu opfern. Und Völker, in deren Lebensbereich die Rohstoffvorkommen liegen, verkaufen billig – ihrer begrenzten Kaufkraft wegen. So kann man die versteckten ökologischen Kosten problemlos auf sie abladen.

Kohlenstoffsteuer

Ecuador ist nicht das einzige Land des Südens, das den Norden auffordert, die noch unangetasteten Waldgebiete vor dem Zugriff der Rohstoffindustrien bewahren zu helfen. Die Regierung von Kamerun bemüht sich, ein 830.000 Hektar großes Regenwaldgebiet für 1,6 Millionen Dollar jährlich an Umweltschützer zu verpachten.² Bisher hat es noch keine Abnehmer gefunden, obwohl der World Wildlife Funds (WWF) Interesse angemeldet hat. Falls es keinen Pächter gibt, verlautet aus dem kamerunischen Forstministerium, wird der Ngoyla-Mintom-Wald an Holzunternehmen versteigert. Eine andere Möglichkeit wäre, diese mehr als 200 Millionen Tonnen Kohlenstoff bindende Waldmasse in das REDD-Programm³ einzubeziehen, das unlängst auf der Klimakonferenz von Bali diskutiert wurde.

Die Regierung in Ecuador hat noch eine weitere Idee, wie die Erhaltung der Natur im Süden finanziert werden könnte. Im Rahmen der Opec schlug sie eine Ökosteuer von 3 Prozent auf jedes exportierte Barrel Rohöl vor. Auf den ersten Blick hat eine solche Steuer mit den Aufgaben der Opec vielleicht nichts zu tun. Doch Rafael Correa ließ sich von einem Vortrag bei der Opec-Konferenz von 2001 anregen, in dem der Umweltökonom Herman Daly darlegte, dass die Opec sich als Steuerträgerin für Kohlenstoff anbiete, weil sie besitze, was einem Monopol auf den verursachenden Rohstoff am nächsten kommt. Das gescheiterte Projekt einer Energiesteuer, wie es US-Präsident Clinton und Al Gore 1993 vorgeschlagen hatten, könne eines Tages vielleicht doch noch realisiert werden. Und es liege im Interesse der Opec, der Einführung einer Kohlenstoffsteuer in reichen Ländern oder einer allgemeinen Emissionsbegrenzung zuvorzukommen, denn diese wären durch das Kartell nicht mehr zu kontrollieren.

² Siehe: "The price of conservation: The Unkindest Cut", *The Economist*, 14. Februar 2008.

³ Programm zur Reduzierung der Emissionen im Rahmen von Entwaldungen in Entwicklungsländern.

Die durch die Steuer aufgebrauchten Geldmittel sollen in einen Fonds für nachhaltige Entwicklung fließen, dessen Erträge zum einen armen Ländern helfen sollen, ihre Ölimporte zu finanzieren, was wiederum Gelder für die Armutsbekämpfung freimachen würde. Zum anderen sollen damit neue Technologien der Energiegewinnung und –umwandlung gefördert werden. Und schließlich könnte man so auch Projekte finanzieren wie das Yasuni-ITT-Modell und das ganz ähnlich geplante für den Banc-Arguin-Nationalpark im Norden Mauretaniens, wo die Ölförderung die Vogelwelt und die Fischbestände und damit auch den Lebensunterhalt der Fischer bedroht. Auch in Nigeria könnte der Fonds dazu beitragen, das Abfackeln von Erdgas im Nigerdelta zu stoppen.

Moratorien für die Erdölförderung könnten selbst in reichen Ländern sinnvoll sein. In Alaska ist für die Naturschutzgebiete derzeit nur ein wackliges Moratorium in Kraft. In Kanada fordern Umweltaktivisten ein Moratorium für die Ausbeutung der Ölsandvorkommen, weil für die Gewinnung von einem Barrel Öl aus Ölsand rund 750 Kubikmeter Erdgas erforderlich sind. Das heißt, sauberer Kraftstoff wird verbrannt, um schmutzigen zu gewinnen, was die Emissionen fast verdoppelt. Die Ausbeutung der Ölsande von Alberta ist heute für zwei Drittel der 270 Millionen Tonnen Treibhausgase verantwortlich, die Kanada noch einsparen muss, um seine Verpflichtungen nach dem Kioto-Protokoll zu erfüllen. Wenn Kanada Emissionsrechte in Höhe dieser Kohlenstoffschuld einkaufen müsste, würde sich der Abbau von Ölsanden nicht mehr rechnen.

Umweltaktivisten und Ökologen sind längst nicht mehr die Einzigen, die von Ökoschulden reden. Auf dem UN-Klimagipfel in New York im November 2007 sprach der damalige argentinische Präsident Kirchner von einer "moralischen und ökologischen Schuldenlast" der entwickelten Länder, die Reparationen für die Entwicklungsländer erforderlich mache:

"Wir, auf denen in finanzieller Hinsicht Schulden von unglaublicher Höhe lasten, sind zugleich im Hinblick auf die Umwelt die größten Gläubiger auf diesem Planeten."

Aus dem Englischen von Niels Kadritzke

Mit freundlicher Genehmigung des: © *Le Monde diplomatique*, Berlin

<http://www.taz.de/nc/nc/5/le-monde-diplomatique/artikel/1/das-oel-sollin-der-erde-bleiben&src=PR>

© taz Entwicklungs GmbH & Co. Medien KG, Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz Verlags

Ecuadors ITT-Initiative zum Schutz des Regenwaldes vor dem Aus?*

Ute Koczy

Mitte Dezember sah alles noch sehr gut aus: Die ecuadorianische ITT-Yasuní-Initiative, die die Ölförderung in einem Teil des einzigartigen Nationalpark verhindern will, stand kurz vor dem zentralen Schritt: Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und die ecuadorianische Regierung wollten auf dem Kopenhagener Klimagipfel den Vertrag zur Einrichtung eines Treuhandfonds für die ITT-Initiative unterzeichnen. (ITT ist die Abkürzung für das Gebiet Ishpingo-Tambococha-Tiputini im Nationalpark Yasuní.)

Damit wäre die Vision Ecuadors aus dem Jahr 2007 in der Realität angekommen und man hätte anfangen können, Geld in diesen Fond einzuzahlen. Damit wäre es möglich gewesen, dass die internationale Gemeinschaft Ecuador für einen Teil der durch die Nicht-Förderung von Erdöl entgangenen Einnahmen kompensiert, indem sie Gelder auf dieses Treuhandkonto einzahlt. Die Mittel sollten dazu verwendet werden, weitere Projekte zum Schutz des Regenwaldes und zur Förderung der sozialen Entwicklung im Land und die Umstellung der Energiematrix Ecuadors auf nicht-fossile Brennstoffe zu verwirklichen.

Doch es kam anders: Ecuadors Staatspräsident Rafael Correa machte einen Rückzieher, seinem für ihn extra nach Kopenhagen gereisten Außenminister Fander Falconí untersagte er kurzfristig, die Unterschrift unter den Treuhandfonds-Vertrag zu setzen. Als Konsequenz daraus traten im Januar der Außenminister und die Mitglieder des Regierungskomitees zurück, die allesamt in den letzten Jahren für eine Konkretisierung der Initiative und für internationale Unterstützung getrommelt hatten.

Neue Hoffnung

Doch es gab Protest: Die ecuadorianische Zivilgesellschaft mobilisierte sich, die Medien berichteten ausführlich über die ITT-Initiative und sahen das Infragestellen der Initiative durch Correa als Auslöser einer Krise der Regierungsbewegung "Alianza PAIS".

Mittlerweile wurde ein neuer Außenminister einberufen und ein neues Regierungskomitee zur Umsetzung der ITT-Initiative bestellt, das sich unter Leitung der Ministerin für Kultur- und Naturerbe María Fernanda Espinosa befindet. Die ecuadorianische Nationalversammlung hat in einer Resolution vom Dezember, die sie Mitte Januar erneut bestätigte, klar gemacht, dass sie hinter der ITT-Yasuní-Initiative zum Schutz des Regenwaldes und zur Nichtförderung des Erdöls steht.

Ohnehin verbietet die ecuadorianische Verfassung die Förderung von Erdöl in Nationalparks – sollte in der nächsten Zeit erneut die Vergabe von Förderlizenzen für das ITT-Gebiet diskutiert werden, wie das jüngst durch Präsident Correa geschah, wurde bereits vonseiten einiger Abgeordneter damit gedroht, ein Referendum zum Thema durchführen zu lassen.

Obwohl sich das Blatt wieder im positiven Sinn zu drehen scheint, hat das Verhalten des ecuadorianischen Präsidenten dem Ruf Ecuadors Schaden zugefügt und natürlich viele Fragen aufgeworfen. Dennoch ist es auf grüne Initiative hin gelungen, noch einmal einzelne Abgeordnete aller fünf Fraktionen aus dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AwZ) dafür zu gewinnen, einen Brief an den Präsidenten Correa (mit Datum des 22. Januar) zu schreiben. Darin appellieren die deutschen ParlamentarierInnen, diese Initiative nicht fallen zu lassen und bitten den Präsidenten, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um für einen dauerhaften Schutz des ITT-Gebietes zu sorgen. Noch steht die Tür zur Umsetzung des Schutzes von ITT einen Spalt offen. Doch es braucht noch mehr Druck. Da ist es hilfreich, dass die ecuadorianische Nichtregierungskampagne "Amazonía por la Vida" ebenfalls zur Unterstützung aufruft. Auch die deutsche Nichtregierungsaktion "Rettet den Regenwald" hat eine Protestaktion gestartet.

Mehr zum Thema

- Protestaktion von Rettet den Regenwald zu ITT
<https://www.regenwald.org/protestaktion.php?id=504>
- Amazonía por la Vida - Yasuní depends on You
<http://www.sosyasuni.org/en/>
- Brief an Präsident Correa: Unterstützung der ITT-Initiative (22.1.2010)
http://www.ute-koczy.de/cms/ecuadoritt/dokbin/324/324250.brief_an_praesident_correa_unterstuetzun.pdf
- Lasst das Öl im Boden – Die ITT-Initiative Ecuadors
http://www.ute-koczy.de/cms/ecuadoritt/rubrik/14/14303.lasst_das_oel_im_boden_die_ittinitiative.html

* Ute Koczy, Abgeordnete von Bündnis 90/ die Grünen im Deutschen Bundestag

Paula Letts, Estudiante de Antropología de la Universidad Católica del Perú, último ciclo. Actualmente colaboradora voluntaria en FENAMAD, región de Madre de Dios. Correo electrónico: paula.letts@gmail.com.

Geld für den Förderstopp – Kein Erdöl aus dem Regenwald¹

Gerhard Dilger

Deutschland will jährlich 50 Millionen Dollar in einen Treuhandfonds einzahlen, damit Ecuador riesige Erdölvorkommen im Urwald nicht ausbeutet.

Der gordische Knoten ist durchschlagen", sagt Ute Koczy begeistert. Seit zwei Jahren wirbt die grüne Bundestagsabgeordnete für den Vorschlag Ecuadors, auf die Erdölförderung in einem artenreichen Gebiet des Amazonas-Regenwaldes zu verzichten, wenn die internationale Gemeinschaft im Gegenzug für einen Teil der zu erwartenden Ölmillionen aufkommt. Nun, nach der zweitägigen Visite des ecuadorianischen Außenministers Fander Falconí in Berlin, scheint der Durchbruch für die Yasuní-ITT-Initiative zum Greifen nahe.

Deutschland wolle den "ersten bedeutenden Beitrag" für einen noch zu schaffenden internationalen Treuhandfonds leisten, erklärte Falconí. Dies habe ihm Erich Stather, Staatssekretär im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, zugesichert. Einzelheiten werden offiziell noch nicht genannt. Doch nach Informationen der taz drängte Stather die Ecuadorianer, sie sollten den Fonds innerhalb eines Monats einrichten. Dann werde Deutschland jährlich 50 Millionen Dollar in den bei der Interamerikanischen Entwicklungsbank oder der UNO angesiedelten Fonds einzahlen.

Der Vorschlag Ecuadors gehe über die "rigiden Marktinstrumente" hinaus, die bislang von der internationalen Gemeinschaft zur Bekämpfung der Treibhausmissionen akzeptiert würden, sagte Falconí. Der Außenminister ist sich sicher, dass durch das Projekt die Artenvielfalt im Yasuní-Nationalpark und zwei dort wohnende indigene Völker geschützt werden. In seiner neuen Entwicklungsstrategie würde Ecuador klar unterscheiden zwischen Wirtschaftswachstum und menschlicher Entwicklung, so Falconí.

Im Juni 2007 hatte Ecuadors Präsident Rafael Correa vorgeschlagen, auf die Förderung von 846 Millionen Barrel Öl zu verzichten, sollte die Hälfte der zu erwartenden Einkünfte anderweitig aufgebracht werden. Für die 410 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen, die vermieden würden, erhofft sich Ecuador über einen Zeitraum von 20 Jahren einen Beitrag von 7 Milliarden Dollar. Erdöl ist Ecuadors wichtigstes Exportprodukt. Rund ein Drittel des Staatshaushalts wird aus Öleinkünften bestritten. Unter der Regie der Staatsfirma Petroecuador wird gut die Hälfte von täglich 500.000 Barrel gefördert. Das Geld aus dem Treu-

¹ die tageszeitung 22.6.09

handfonds würde in den Erhalt von Naturschutzgebieten, in den Ausbau erneuerbarer Energien und Sozialprojekte fließen, versicherte Falconí.

Nach der einhelligen Unterstützung der Yasuní-Initiative durch den Bundestag im Juni 2008 hatte die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) drei Studien erarbeitet. Daraus geht hervor, dass der Wert des CO₂-Ausstoßes deutlich niedriger beziffert wird. Doch diese Details seien im Moment nicht so zentral, meint die Grüne Ute Koczy. "Viel wichtiger ist doch, dass die Initiative noch vor der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen abhebt."

Zusammen mit der Stadtverwaltung in Madrid haben die Ecuadorianer bereits einen weiteren Plan: So soll es Ende September in der spanischen Hauptstadt vor 300.000 Zuschauern ein Open-Air-Konzert mit Bands wie Radiohead und Green Day geben - mit Liveübertragung auf allen fünf Kontinenten. Auch dabei ist der Erlös für den Erhalt des Regenwalds geplant.

Verändert das System nicht das Klima

Europäisches Attac Netzwerk Kopenhagen 2009 und andere NROs

- Nein zu marktgestützten¹ Lösungen der Klima-Krise
- Nein zu der Privatisierung von Naturressourcen
- Ja zu staatlicher Politik und Regulierungen zugunsten von Klimagerechtigkeit
- Ja zu der Souveränität der Völker über Naturressourcen und Umweltressourcen

Die Klimakrise, der die Welt jetzt gegenübersteht, ist ein Aspekt einer allumfassenden Krise, die den ganzen Planeten in Mitleidenschaft zieht. So wie seine anderen Aspekte ist diese ökologische Krise tief verwurzelt in dem neoliberalen Modell der Produktion, des Austausches und des Konsums.

Die unbegrenzte Expansion eines Wirtschaftsmodells, das auf Exporten und der Globalisierung des Marktes basiert, hat die globalen Handelsströme erhöht. Es hat sehr viel zu der explosionsartigen Vermehrung von klimaschädigenden „Treibhausgasen“ beigetragen.

Dieses exportorientierte Modell wurde auf der Basis von wildem Abbau und Enteignung von Rohstoffen und fossilen Energieträgern durch Länder des Nordens in Ländern des Südens entwickelt.

Das von Transnationalen Konzernen und Ländern des Nordens geförderte agroindustrielle Modell verfolgte ein einziges Ziel: hohe Profite für Investitionen und niedrigst mögliche Produktionskosten, trotz Umweltverschmutzung, Bodenerosion, Biodiversitätsreduktion, und allgemeine soziale und Umweltrisiken, wie die Enteignung lokaler Bauern und indigener Völker.

Biodiversität und Klima wurden von Konzernmacht vereinnahmt und sind zu Waren geworden.

Globale und bilaterale Handelsregeln betreffen direkt den Kampf gegen Klimawandel und daher die globalen Klimaverhandlungen

Sie geben Konzernen des Nordens Zugang zu den Naturressourcen, Land und Rohstoffen der Ländern des Südens, wobei sie drohen, die Ökosysteme in kommerzielle Güter zu verwandeln; gleichzeitig berauben sie diese Länder der alternativen Möglichkeiten lokale und nachhaltige indigene Wirtschaften und Leben

¹ Market based - kommerziellen

zu entwickeln, die auf ihrem Wissen und Know How beruhen. Sie werden von denselben Transnationalen Konzernen dank der Regeln zu den Intellektuellen Eigentumsrechte (IPR) geraubt und privatisiert werden, welche von der Welthandelsorganisation (WTO) oder durch Freie Handelsabkommen (FTAs) in krassem Widerspruch zu den sozialen, kulturellen und wirtschaften der UN definiert wurden.

Jedoch die Welthandelsorganisation und ihre Verträge sind Wächter und Instrumente einer wirtschaftlichen und finanziellen Globalisierung, die die ganze Welt in eine globale Kernschmelze und ökologische Krise geführt haben. Unbegrenzte Expansion globalen Handels beruhe auf einer Überausbeutung von fossilen Energien, Wasser und anderen begrenzten Ressourcen, was der Umwelt geschadet hat und die Kohlendioxid-Emissionen gesteigert hat.

Doch trotz dieser Fehlschläge, werden erfolgreiche Durchführungen der Welthandelsorganisations-Verhandlungen als unhinterfragbare Lösungen der globalen Klimakrise dargestellt, wovon die Staatsoberhäupter und Regierungschefs des Nordens ihre südlichen Partner zu überzeugen versuchen.

Während die Globalisierung der ökologischen Krise die Menschen, ihr Leben und ihre Ökosysteme fahren die Eliten und Transnationale Konzerne fort dasselbe neoliberale Modell dieselben Wachstums-Instrumente die die Welt schon an den Rand des Abgrunds brachten voranzutreiben: Lösungen, die auf dem Markt basieren, auf internationalen Finanzsystemen, auf Handelsliberalisierung, Privatisierung von Naturressourcen, geoengineering und technologischen Lösungen wie GMOs, Atomkraft.

Die Klima-Finanz Beziehung

Der Kohlendioxid-Markt wird wahrscheinlich zu der nächsten Blase führen. Finanzielle Transaktionen mit Kohlenstoff-Märkten gründen auf Deckungsgeschäften², Derivaten und zukünftigen Verträgen. Ihre Nutzung und Bedeutung können wahrscheinlich verstärkt werden obwohl sie ineffizient sind für die Reduktion von Treibhausgasen.

In der letzten Zeit hat uns eine wachsende Zahl von sehr risikoreichen „Abfall-Kohlenstoff“ Verträgen alarmiert. Ein wahrscheinliches Szenario ist, dass Kohlepreise kollabieren werden, Banken und Finanz-Versicherer viel verlieren werden und dass das gesamte Finanzsystem in eine neue Krise hineingezogen wird.

² Hedging.

Die Klimakrise kann nicht im bestehenden System gelöst werden

- Die Länder des Nordens müssen ihre Verantwortung und Solidarität mit den Ländern des Südens zeigen
- Staatsoberhäupter und Regierungen müssen demokratisch handeln und auf die Stimmen ihrer Bürger und auf die Rufe nach einer Veränderung von Millionen Menschen hören, die direkt von den ökologischen Risiken betroffen sind.

Globale Gerechtigkeit erfordert

- niedrige Kohle Wirtschaften
- die Souveränität der Menschen in Bezug auf ihr Leben und ihre Ressourcen
- verantwortliche Produktions- und Konsummodelle, lokale Märkte und kleine Kreisläufe
- die Anerkennung der historischen Verantwortung des Nordens gegenüber dem Süden
- Respekt der internationalen Erfordernisse, die von Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) in Bezug auf die Reduktion von Emissionen definiert werden (-40% auf der Basis der Daten von 1990). Ablehnung der Schaffung von Verschmutzungshimmeln und von Mechanismen wie dem Clean Development Mechanism (CDM) oder Joint Implementation (JI) die es den entwickelten Ländern möglich machen, Übersee – anstatt zu Hause – Emissionsreduktion zu bewerkstelligen.
- Starke Finanzkomitees des Nordens, um die Anpassung an Länder zu finanzieren, die schon unter dem Klimawandel leiden (Transformation von nicht nachhaltigen Wirtschafts- und Produktionsmodellen in Richtung auf Muster mit niedrigem Kohlendioxyd).
- 100% öffentliche Finanzierung; Ausschluss des Kohlenstoff-Handels und Aussetzung der finanziellen Lösungen, die von den reichsten Ländern vorgeschlagen wurden; einschließlich Systemen wie den Reduzierten Emissionen durch Entwaldung und Degradierung in Entwicklungsländern (REDD) oder anderen, die dazu tendieren Land, Wald in Kohlenstoff-Handelssysteme einzuschließen; Ablehnung der geoengineering Versuche und Projekte.
- Schaffung eines Globalen Klima-Fond, dem UN-System unterstellt, der die Aufgabe bekommen wird Mittel an die Entwicklungsländer zu kanalisieren und zu verteilen; IMF und Weltbank müssen von dieser Finanzarchitektur ausgeschlossen bleiben.

- Durch eine Revision des Intellektuelle Eigentumsrechte Regimes (IPR), das von der Welthandelsorganisation und einer Reihe von Freihandelsabkommen (FTAs) entworfen wurde, durch die erneute Durchsicht von Monopolen, die Transnationale Unternehmen besitzen in Bezug auf Lizenzen und Patente; durch ein Verbot der Landnahme und Ressourcenraubbau von indigenen Völkern und kleinbäuerlicher Landwirtschaft; sollte keine weitere Privatisierung von Naturressourcen d.h. von Wasser, Wald und anderen öffentlichen Gemeingütern stattfinden.
- Keine weitere Ausdehnung des Freihandels über den Abschluss von Doha-Runden oder bilaterale Freihandels Abkommen und die Entwicklung eines alternativen Handels und Investitionsmodells, das die Erreichung globaler Klimagerechtigkeit unterstützt.
- Anerkennung der indigenen Rechte in Nord und Süd und ihrer Souveränität über ihre Ressourcen und ihr Leben.

Lehren aus dem gescheiterten Klimagipfel¹

Kumi Naidoo/ Greenpeace²

Kumi Naidoo, neuer Greenpeace-International-Direktor, über die Lehren aus dem gescheiterten Klimagipfel, neue Bündnispartner und warum man Umwelt- und Finanzkrise zusammendenken muss

taz: Herr Naidoo, Greenpeace war in der Vergangenheit mit Aktionen oft erfolgreich. Aber die Kampagne für ein Klimaabkommen in Kopenhagen war ein Fehlschlag. Warum?

Kumi Naidoo: Wir haben ja einiges erreicht: In der Politik gibt es keinen Zweifel mehr an der Existenz des Klimawandels. Die Industriestaaten sind bereit, den Entwicklungsländern beim Klimaschutz kurz- und langfristig Finanzhilfen zu geben, selbst wenn die Details noch unklar sind. Und es gab Fortschritte bei der Waldpolitik.

taz: Das klingt, als hielten Sie den Gipfel für keinen Misserfolg.

Kumi Naidoo: Natürlich sind wir enttäuscht. Und dennoch war der Gipfel für die Zivilgesellschaft ein Wendepunkt. Bis dahin galt Klimawandel als Öko-Thema. Jetzt wird immer mehr Menschen klar, dass wir hier ein übergreifendes Problem haben, das auch religiöse Gruppen, Gewerkschaften und andere angeht.

taz: Der "Kopenhagen Accord" hat nichts von dem "fairen, ehrgeizigen und bindenden Abkommen", das Sie gefordert hatten.

Kumi Naidoo: Klimakampagnen sind eine besondere Herausforderung. Beim Kampf gegen Armut oder für Bürgerrechte hält man eine Kamera auf das Geschehen und die Menschen verstehen das Problem. Klimawandel ist ein brennendes Problem, aber er brennt langsam. Wir reden über komplexe Wissenschaft

¹ Interview mit taz Redakteur Bernhard Pötter, die tageszeitung 17.2.2010

² Kumi Naidoo, Jahrgang 1965, engagierte sich im Kampf gegen die Apartheid, wurde verhaftet und floh 1989 ins Exil. Später war er in Organisationen wie Amnesty International und dem World Economic Forum aktiv und promovierte in Oxford in Politologie. Im November 2009 wurde er Direktor von Greenpeace. Foto: marco okhuizen / greenpeace

– und haben mit der Industrie der fossilen Energien die weltweit am besten organisierte und einflussreichste Lobby gegen uns.

taz: Was haben Sie aus Kopenhagen für Ihre Strategie gelernt?

Kumi Naidoo: Die sozialen Bewegungen müssen sich enger zusammenschließen. Dass ich mit meiner Erfahrung in der Menschenrechtsarbeit den Posten bei Greenpeace übernommen habe, hat mit dieser Perspektive zu tun. Wir leben ja in einem historischen Moment, an dem große Krisen zusammenkommen.

taz: Was meinen Sie?

Kumi Naidoo: Die Armutskrise mit 50.000 Toten aus vermeidbaren Krankheiten jeden Tag, die Klimakrise, die Finanzkrise und die Lebensmittelkrise. Aber die Regierungen der G-20-Staaten haben die fundamentalen Ursachen dieser Krisen nicht angesprochen, sondern nur ein großes Pflaster auf die Wunde geklebt. Wir machen also nicht nur das Falsche, wir verpassen auch noch Chancen in dieser Krise: die Schaffung von hunderten von Millionen ordentlicher, sauberer und zukunftsfähiger Jobs.

taz: Wie wird Greenpeace seine Strategie verändern?

Kumi Naidoo: Wir werden auch in Zukunft bei den Verhandlungen anwesend sein und Lobbyarbeit betreiben. Aber wir werden uns mehr darauf konzentrieren, außerhalb der Absperrungen zu arbeiten. Wir werden den Politikern Dampf machen.

taz: Wie wollen Sie das machen?

Kumi Naidoo: Kopenhagen war ein Weckruf für die Zivilgesellschaft. Wir werden auch die "unüblichen Verdächtigen" an Bord holen, etwa religiöse Gruppen, die jetzt sehen, dass auch sie sich engagieren müssen.

taz: Greenpeace Hand in Hand mit dem Papst?

Kumi Naidoo: Wir haben uns bereits mit der Weltkonferenz der Religionen für den Frieden getroffen. Beim Klimawandel erkennt der Vatikan an, dass es notwendig ist, die Erde zu beschützen, und er weiß unsere Arbeit zu schätzen. Die katholischen Hilfsorganisationen wollen beim Klimaschutz aktiver werden. Und ich weiß, wie man Menschen über Grenzen hinweg erreicht: Wir bringen Feministinnen und religiöse Gruppen zusammen, die sich zu 95 Prozent einig sind und nur bei der Frage der Frauenrechte einen Dissens haben. Wir müssen uns auf die Dinge konzentrieren, in denen wir uns einig sind.

taz: Greenpeace soll religiös werden?

Kumi Naidoo: Das ist manchmal so berichtet worden, aber das ist Unsinn. Aber wir erkennen, dass religiöse Gruppen ihre Stimmen für Klimagerechtigkeit erheben können und müssen. Wir sehen, dass es auch eine Menge spiritueller Gründe gibt, aktiv gegen Umweltzerstörung vorzugehen. Und von einem strategischen Standpunkt aus ist es klar, dass die Glaubensgemeinschaften eine Menge Menschen erreichen, zu denen wir als Umweltschützer keinen Zugang haben. Wir brauchen diese Menschen aber, um etwas zu bewirken.

taz: Herr Naidoo, Sie sind der erste Greenpeace-Direktor, der aus der südlichen Hemisphäre kommt. Welche Akzente wollen Sie setzen?

Kumi Naidoo: Wir sind eine globale Organisation. Und wir müssen konstant daran arbeiten, uns wirklich zu globalisieren, in unseren Aktionen, bei der Finanzierung und der Einstellung von Mitarbeitern. Wir werden sicher damit fortfahren, unsere Kampagnenfähigkeit im Süden zu verstärken. Schon jetzt haben wir schnell wachsende Büros in Brasilien, China oder Indien. Aber natürlich dürfen wir darüber den Norden nicht vergessen.

taz: In Indonesien, im Kongo oder in China gibt es zwar große Umweltzerstörung. Aber die politische Offenheit ist gering, die Medien dürfen oft nicht frei berichten und Politiker werden nicht haftbar gemacht. Aber gerade darauf stützt sich die Arbeit von Greenpeace.

Kumi Naidoo: Das ist eine interessante Herausforderung, der wir uns stellen. In solchen Ländern brauchen wir viel mehr Zeit, um Aktionen vorzubereiten, und eine engere Beziehung zur Bevölkerung, um zu erklären, was wir tun und warum: Wir müssen ihr Vertrauen gewinnen. Im November hatten wir ein Klimacamp im Dschungel in Indonesien. Zwei Monate haben wir mit den Leuten dort daran gearbeitet, die Entwaldung zu stoppen. Als die Behörden kamen und sagten, Greenpeace muss gehen, antworteten die Einheimischen: Greenpeace wird gehen, aber erst, wenn die Rodungen aufgehört haben.

taz: Gibt es Aktionsformen, die Sie in diesen Ländern nicht machen?

Kumi Naidoo: Wir dürfen nicht waghalsig sein und Menschen gefährden. Es gibt Gegenden, wo man getötet werden kann, wenn man versucht, ein Transparent aufzuhängen. Aber auch in Dänemark kann man für friedlichen Protest für drei Wochen ins Gefängnis kommen, wie unsere Aktivisten beim Klimagipfel gemerkt haben. Und zwei unserer Campaigner stehen in Japan vor Gericht, weil sie illegalen Handel mit Walfleisch aufgedeckt haben. Wir erleben am eigenen Leib, wie das Zusammentreffen so vieler Krisen auch die Bürgerrechte und die Demokratie untergräbt.

taz: Ihre ökonomische und politische Basis ist die Mittelklasse in den Industrie- und Schwellenländern. Aber genau deren Lebensstil erzeugt die meisten globalen Umweltprobleme.

Kumi Naidoo: Wir ermutigen diejenigen von unseren Unterstützern, die bereits begonnen haben, ihre Konsummuster in Frage zu stellen und zu ändern. Aber die Frage geht in die richtige Richtung. Denn die Menschen, die uns Geld geben, haben ein bestimmtes Niveau an Reichtum erreicht. Und das ist in unserem ökonomischen System meistens verbunden mit Umweltzerstörung.

taz: Sie werden von den Menschen finanziert, die Sie bekämpfen.

Kumi Naidoo: Ja, es gibt diesen Widerspruch. Das ist eine Herausforderung, der wir uns stellen. Aber meine Botschaft ist: Wir müssen unsere Basis verbreitern, in den reichen und den armen Ländern. Wir müssen auch an die Menschen denken, die ums Überleben kämpfen. In meiner Heimat Südafrika haben wir interessanterweise eine starke Basis in der Arbeiterschaft. Und wir müssen neue Wege finden, auf denen uns Menschen unterstützen können, ohne Geld zu zahlen, etwa als Cyber-Aktivisten im Internet.

taz: In der Wirtschaftskrise wird die Kritik am Kapitalismus wieder lauter, auch weil er gravierende ökologische Probleme schafft. Die Stimme von Greenpeace hört man in dieser Debatte nicht.

Kumi Naidoo: Wir haben immer beides getan: Die Wirtschaft kritisiert und mit ihr kooperiert, wenn es um Lösungen ging. Wir haben uns mit Coca-Cola zusammengesetzt und ihnen geholfen, die schädlichen Kühlmittel HFC abzuschaffen. Solche Gespräche werden weitergehen. Aber wir müssen uns auch in einer breiteren Debatte engagieren, wenn es um eine nachhaltige Zukunft geht. Der Misserfolg von Kopenhagen, der Sieg der Lobby aus den fossilen Energien, hat diese Diskussion nur noch dringender gemacht. Es wird kaum Fortschritt geben ohne eine breitere Diskussion über den Kapitalismus und die Zukunft des ökonomischen und ökologischen Systems. Mich würde etwa interessieren, was Attac zu den Finanzierungsvorschlägen bei den Klimaverhandlungen sagt. Wir reden mit allen, solange sie friedlich vorgehen.

taz: Was ist mit dem "Peace" bei Greenpeace? Sie sind mal gegründet worden aus Protest gegen Atomwaffen. Inzwischen kümmern Sie sich nur noch um das "Green" im Namen.

Kumi Naidoo: Da bin ich anderer Ansicht. Unsere Strategie ist es immer gewesen, Wandel durch friedliche Mittel zu erreichen. Wir trainieren gewaltfreie Konfliktlösung und friedliche Konfrontation. Dieses Profil werden wir beibehalten. Und auch beim Klima kümmern uns um den Frieden.

taz: Ein Beispiel?

Kumi Naidoo: Einer der Faktoren im Darfur-Konflikt ist Wasserknappheit. Wir mischen uns weltweit bei den großen Fragen ein - von Frieden und Konflikt, guter Regierungsführung, Menschenrechten, Armut, Umweltfragen zu einem fairen globalen Finanzsystem. Das klingt jetzt vielleicht ein bisschen bizarr, aber der Klimawandel bietet hier beste Möglichkeiten, alle diese Probleme miteinander zu verbinden.

taz: Wie wollen Sie das erreichen?

Kumi Naidoo: In meiner Arbeit als Menschenrechtsaktivist habe ich gelernt: Was uns alle verbindet, ist die Liebe zu unseren Kindern, egal ob wir Vorstandsvorsitzender eines globalen Konzerns sind, Chef einer UN-Organisation oder einer Regierung. Dieses Thema reicht über Unterschiede von Rassen und Klassen, von Nord und Süd hinweg. Wir werden das sehr deutlich ansprechen und klar machen, dass die Entscheidungen über Wirtschaft und Umwelt, die wir heute fällen, Entscheidungen über die Zukunft unserer Kinder sind.

„Das ist denen zu politisch“

Der Anthropologe Mac Chapin über die schwierige Beziehung zwischen großen Naturschutzorganisationen und indigenen Gruppen

Mac Chapin

Naturschutzorganisationen und indigene Interessen überschneiden sich, wenn es um den Schutz des Tropenwaldes geht – scheinbar. Tatsächlich sind den großen Nichtregierungsorganisationen die Interessen der lokalen Bevölkerung oft herzlich egal. Ein Interview mit dem Anthropologen Mac Chapin vom Center for the Support of Native Lands, Washington, D.C.

Ende 2004 haben Sie in einem Artikel im World Watch Magazin die großen Naturschutzorganisationen – The Nature Conservancy TNC, Conservation International CI und World Wildlife Fund WWF – scharf kritisiert. Was bewog Sie zu dieser Kritik?

Ich arbeite schon seit vielen Jahren mit Indigenen zusammen. Wir hatten immer versucht, diese Naturschutzorganisationen dazu zu bewegen, das auch zu tun. Wir sahen das immer als gute Möglichkeit an, da sowohl Indigene wie auch die Naturschutzorganisationen am Schutz der Umwelt interessiert waren. Also warum sollten sie sich nicht zusammentun? Ich denke, dieser Ansatz der Zusammenarbeit wurde sehr gut zusammengefasst in der Erklärung, die der Dachverband der Indigenen Organisationen des Amazonasbeckens, COICA, im Jahr 1989 lancierte. Sie stellte im Grunde, grob zusammengefasst, fest: „Ihr Naturschutzorganisationen versucht seit Jahren den Tropenwald zu retten, und es klappt nicht. All Eure Ansätze sind gescheitert. Wir aber leben dort. Wir kennen diese Ökosysteme und wir wollen sie erhalten. Deshalb meinen wir, dass wir Euch helfen können.“ Diese Idee klang sehr gut, und ich meine, dass viele Naturschutzorganisationen – vor allem die großen Organisationen – damals dachten, dies sei ein neuer, erfolgversprechender Ansatz, an den sie zuvor nicht gedacht hatten: dass die Indigenen Verbündete sein könnten. Und so wurde eine Zusammenarbeit beschlossen. Dazu kam es auf dem Treffen im peruanischen Iquitos im Jahre 1990. Auf dem Treffen wurde die Erklärung von Iquitos verabschiedet und unterzeichnet.

Wie lief danach die Zusammenarbeit?

Das Problem war die Vorstellung, die die Naturschutzorganisationen von einer

Partnerschaft mit den Indigenen hatten: sie würden die Pläne entwerfen und dann die Indigenen zur Teilnahme einladen. Die großen Naturschutzorganisationen dachten nicht daran, mit den Indigenen die Pläne gemeinsam zu entwickeln. Sie wollten alleine ihre Pläne entwerfen und die Indigenen sollten diese dann umsetzen, so als wären sie die Angestellten, die Arbeiter, die Untergebenen. Dann aber fanden die Naturschutzorganisationen heraus, dass die Indigenen dies schlichtweg nicht machen würden, sondern ihre eigene Agenda haben und dass diese Agenda sehr verschieden von der Agenda der Naturschutzorganisationen ist, sogar oft dieser zuwiderläuft.

Worin unterscheiden sich die Agenda der Naturschützer und der Indigenen?

Indigene sind zuallererst an Landbesitz und Landtiteln interessiert. Dies ist ein sehr politisches Thema, weil es dabei auch immer Kämpfe mit Großgrundbesitzern und der Politik gibt. Doch die Naturschutzorganisationen sagten „No, no, no, daran können wir nicht arbeiten. Das ist zu *politisch*“. Außerdem sind die Indigenen auf die Stärkung ihrer Organisationen bedacht. Denn selbst wenn du einen Landtitel erhältst, aber über keine ausreichend starke Organisation verfügst, wie kannst du dein Land dann verteidigen? Und die Naturschutzorganisationen sagten, dass sie sich daran nicht beteiligen könnten, weil dies – wiederum – zu *politisch* sei. Schließlich ist für die Indigenen die Frage ihres Überlebens zentral.

Dies aber war für die Naturschutzorganisationen etwas Neues, mit dem sie nicht klar kamen. Nachhaltige Entwicklung bedeutet eben auch, dass ein paar Bäume gefällt werden, ein wenig Jagd stattfindet und auch Tiere getötet werden – dies aber passt nicht in die Naturschutzkonzepte der großen Organisationen. Grob gesagt kann man feststellen: Die Naturschutzorganisationen wollten vor allem den Schutz der Biodiversität – und die Indigenen wollten mit den politischen Themen anfangen. Über diesen Gegensatz sind sie nie hinaus gekommen.

Eine Sache scheint mir noch wichtig anzumerken: In den USA reden alle privaten Stiftungen und Naturschutzorganisationen, die solche Projekte unterstützen, vom Schutz der Biodiversität. Das ist „Umwelt“ für sie. Das zeigen auch die Richtlinien von *USAID*. Der Grund dafür liegt darin, dass die großen Naturschutzorganisationen über Jahre eine massive Lobbyarbeit bei *USAID* für den Schutz der Biodiversität gemacht haben. In Europa hingegen – so mein Eindruck – sehen viele Nichtregierungsorganisationen dies etwas anders: Sie sehen „Umwelt“ nicht in erster Linie als reinen Naturschutz, sondern ihnen geht es viel mehr um „nachhaltige Entwicklung“. Wenn man sich die Positionspapiere vieler Organisationen in Europa durchliest, dann ist dort viel von „nachhaltiger Entwicklung“, weniger von reinem Naturschutz die Rede.

Und ich denke, man kann sagen, dass Indigene sehr viel mehr an „nachhaltiger Entwicklung“ interessiert sind und sauberes Wasser, ihr Land und solche Dinge gesichert haben wollen. Sie haben kein Interesse, die ‚reine‘ Naturschutzagenda der NGOs zu leben.

In Ihrem Aufsatz stellen Sie die Frage, wie es sein kann, dass einerseits Ölkonzerne die Natur im Amazonasbecken zerstören, die großen Naturschutzorganisationen aber gleichzeitig Spenden von eben diesen Firmen annehmen.

Ja, im Jahr 2003 unterstützte *Oxfam* Amerika Indigene in ihrem Kampf gegen die Umweltzerstörungen durch *Chevron Texaco*, gleichzeitig statteten aber die anderen, die großen Naturschutzorganisationen die gleiche Firma mit einem grünen Feigenblatt aus und erhielten Spenden von ihr. Es ist so, dass die großen Naturschutzorganisationen an Geld interessiert sind.

Und je mehr ich mitbekomme, desto zynischer betrachte ich diese Organisationen. Sie nehmen einfach Geld von jedem, egal wem! Selbst wenn der Teufel daherkäme, sie würden Geld von ihm nehmen. Und dies verwirrt die Indigenen. Wissen Sie, da kommen die Organisationen aus den USA, die Geld von den Ölkonzernen bekommen, und gleichzeitig ist dort *Oxfam*, auch aus den USA, die die Indigenen in ihrem Kampf gegen die Ölkonzerne unterstützen. Nun ist *Oxfam* viel kleiner als die großen Naturschutzorganisationen, aber dies alles ist für die Indigenen nicht einfach zu überschauen.

Interview: Christian Russau

Mac Chapin ist Anthropologe beim *Center for the Support of Native Lands*, in Washington, D.C. und arbeitet seit über 40 Jahren in verschiedenen Teilen der Welt mit Indigenen zusammen. Ende 2004 publizierte er den Artikel „A Challenge to Conservationists“, in dem er die großen Naturschutzorganisationen – *The Nature Conservancy*, *Conservation International* und *World Wildlife Fund* WWF – scharf kritisierte. Nach Bekanntwerden der Vorabdrucke übten diverse der im Text genannten NRO Druck auf die Herausgeber des Magazins aus, so dass der Präsident der herausgebenden Institution die Anweisung erteilte, die gerade gedruckten 30.000 Exemplare der Ausgabe zu vernichten. Der Chefredakteur erteilte aber eine Gegenanweisung, so dass die Exemplare publiziert wurden. Dies war die größte verkaufte Ausgabe, die das Magazin je herausbrachte.

Lesetipp: Mac Chapin // *A Challenge to Conservationists* // **Zeitschrift World Watch** // **Ausgabe Nov/Dez 2004**, erschienen auch in den Lateinamerika Nachrichten Ausgabe: Nummer 419 - Mai 2009.

Die Autoren

Agenda 21-Koordination Eine Welt (ZBB e.V.) angesiedelt am c/o Referat für Gesundheit und Umwelt, Bayerstr. 28a, 80335 München, Telefon: 089-233-47561, e-mail: agendaeinewelt.rgu@münchen.de (im Rahmen der Münchner Klima-Bündnisses).

Alberto Acosta, Professor-Forscher der FLACSO-Ecuador, Ex-Präsident Der Verfassungsgebenden Versammlung, Ex-Minister für Energie und Bergbau.

Liliana Maria Castaño, Biologin, arbeitet mit der Indigenen Organisation Antioquiens (OIA), Mitglied des Umwelt-und-Entwicklungsprogramm-Teams der OIA.

Mac Chapin, Anthropologe, Direktor des Center for Indigenous Lands, sapin@comcast.net

ECA: Ejecutor de Contrato de Administración, Leiter der Verwaltung des Kommunalen Reservats Amaraakaeri, vertreten durch ihren Präsidenten Adán Corisepa Neri, die Indigene Föderation des Madre de Dios Flusses und seiner Nebenflüsse (FENAMAD) vertreten durch ihren Präsidenten Antonio Iviche Quique und der Sekretär Jaime Corisepa Neri, sowie der Rat der Harakmbut Yine Matsiguenka (COHARYIMA) vertreten durch seinen Vizepräsidenten Clemente Irek Kamenó

Heidi Feldt, Geologin, MA Umweltpolitik, und promovierte über die Konfliktregelung in der Erdölindustrie, Mitarbeiterin im Klima-Bündnis im Rahmen der Projektzusammenarbeit und Öffentlichkeitsarbeit, arbeitet seit über 20 Jahren zu entwicklungs- und umweltpolitischen Fragestellungen, Consultant, H.Feldt@t-online.de

FENAMAD, Fededación Nativa del Río Madre de Dios y Afluentes, die Indigene Föderation des Madre de Dios Flusses und seiner Nebenflüsse

Martin Göckle, Pro Regenwald, martin@wald.org

José Luis Gonzalez, Instituto Autónomo Indígena del Estado de Bolívar/ Venezuela

Abadio Green, Professor der Universidad de Antioquia, Programa de Educación Indígena, Escuela de Gobierno, Facultad de Educación und in den

90er Jahren zunächst Führer der Indianerorganisation von Antioquien (OIA) und dann indigener Führer der Nationalen Indianerorganisation Kolumbiens (ONIC),

Georg Grünberg, Anthropologe, IIZ/ Universität Wien/ Österreich, heute Professor an der Wiener Universität, georg.grunberg@univie.ac.at

Eduardo Gudynas, investigador principal en el Centro Latino Americano de Ecología Social (CLAES); Uruguay.

Marcus Hawel, Soziologe und promovierter Politologe, arbeitete an der Universität Hannover und ist jetzt Mitarbeiter im Studienwerk der Rosa Luxemburg Stiftung, hawel@sopos.org

Silvia Hesse, Leiterin der Agenda 21 der Stadt Hannover, Silvia.Hesse@Hannover-Stadt.de

Esperanza Martínez, Koordinatorin von Oilwatch und Mitglied von Acción Ecológica

Joan Martínez Alier, war Professor für Wirtschaft und Wirtschaftsgeschichte an der Autonomen Universität von Barcelona, außerdem ist er Vorsitzender der International Society for Ecological Economics.

Dietmar Mirkes, arbeitet in der Action Solidarité Tiers Monde Luxembourg (ASTM), dietmar@astm.lu (im Rahmen des Klima-Bündnisses der luxemburgischen Städte)

Clarita Müller-Plantenberg, Soziologin, Universität Kassel und Verein zur Förderung der Solidarischen Ökonomie e.V., muellerp@uni-kassel.de

Nord Süd Forum München e.V. www.nordsuedforum.de (im Rahmen des Münchner Klima-Bündnisses)

Theodor Rathgeber, promovierter Politologe, Vertreter der bundesrepublikanischen NROs vor der UN-Menschenrechtskommission

Guadalupe Rodríguez, Rettet den Regenwald/Salva la Selva, www.salvalaselva.org, guadalupe@regenwald.org

Klaus Rummenhoeller, promovierter Anthropologe, spezialisiert auf Amazonien, von 1987-1992 Arbeit am Peruanischen Indigenen Institut (IIP). Forstete in Brasilien, Bolivien und Kolumbien und war Gastprofessor an der Universität Kassel.

Milton Santa Cruz, Führer des Tule Volkes, war Präsident der OIA, war indigener Vertreter des Regionalen Konsultativen Komitees des Kolumbianischen Landreform Instituts (INCORA) in Antioquien, arbeitet an der Universidad de Antioquia im Programm der Indigenen Bildung, minigot@yahoo.es, Tel. 219 87 10 (57 22) - 263 18 12

Thomas Siepelmeyer, Geologe, Fair Trade im Gems and Jewelry, Westfalenstr. 180, D - 48165 Münster / Germany, Tel.: 0049 2501 964803, mobil: 0049 170 8987914, epupa@web.de

Leah Temper, Journalistin und Doktorandin an der Autonomen Universität von Barcelona.

Maria del Pilar Valencia, Juristin, Spezialistin in Verwaltungsrecht, koordinierte den Planungssektor der OIA, Professorin an der Juristischen Fakultät der Universidad de Antioquia, arbeitet zu Indigenen Rechten in Bolivien, Kolumbien und anderen Ländern Lateinamerikas.

Joseph Vogel, Professor im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften an der Universidad de San Juan in Puerto Rico-Río Piedras, Professor der FLACSO-Ecuador.

LADOK – Entwicklungsperspektiven

Verzeichnis der lieferbaren Schriften

- 50 J. Dandler, J.R. Hernández, P.L. Swepston: Rechte indigener Völker. Zum Abkommen 169 der OIT. 1994, 114 S., 8,20 €
- 51/52 Alberto Chirif T., Pedro García, Richard Chase Smith (Hrsg.): Der Indianer und sein Territorium. 1994, 230 S., 13,30 €
- 53 Projektgruppe: Tropenholz in Kassel. Deutschland und die Ökologie der Welt. 1994, 94 S., 6,10 €
- 54 Martin Hartmann: Der moderne Kannibalismus, Futtermittelimporte und regionale Agrarstruktur. 1994, 65 S., 5,10 €
- 55 Ute Wilke: Indianische Völker Boliviens und "Entwicklung" – Kritische Betrachtung des Weltbankprogrammes "Tierras Bajas del Este" und Auswirkungen auf die Ayoréo-Indianer. 1994, 144 S., 8,20 €
- 56 Ute Wilke: Ein indianisches Lesebuch. Zweisprachig, 1995, 64 S., 6,10 €
- 57 Guilherme Costa Delgado: Süd-Süd Dialog, Anmerkungen zu den Perspektiven portugiesischsprachiger Länder. 1995, 21 S., 4,10 €
- 58 Clarita Müller-Plantenberg (Hrsg.): Indigene Perspektiven – Eine Debatte der Organisationen indigener Völker des Amazonasbeckens. 1996, 51 S., 5,10 €
- 59/60 GhK + Elni (Hrsg.): Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte indigener Völker. 1996, 274 S., 14,30 €
- 61 A. Achito, G. Alonso Velez, A. Alvarez Aristizabal u.a.: Kollektive geistige Eigentumsrechte und Biodiversität. 1997, 111 S., 7,20 €
- 62 Alfredo Wagner Berno de Almeida: Soziale Bewegungen und Staat im brasilianischen Amazonasgebiet. 1998, 33 S., 4,10 €
- 63 Isabel Guillen Pinto: Die Aluminiumproduktion in Venezuela. Externalisierte Kosten zu Lasten von Gesellschaft und Natur. 1998, 116 S., 7,20 €
- 64 Sabine Meißner: Produktlinienanalyse als ökonomisches Instrument – exemplifiziert am Waschmitteltensid Plantaren. 1998, 145 S., 9,20 €
- 65 Jörg Handrack: Genossenschaftlicher Zinnbergbau in Bolivien. Internationale Sonderstellung und Perspektiven im Vergleich zum brasilianischen Zinnbergbau. 1998, 68 S., 5,10 €
- 66/67 Eva Becker: Umwelt und Konsum. Einstellung und Verhalten der Deutschen zur Umwelt. 1999, 160 S., 9,20 €

- 68 Kashyapa A.S. Yapa: Prähispanische Ingenieurtechnik in Lateinamerika und ihre Bedeutung für die Gegenwart. 2000, 73 S., 6,10 €
- 69/70 Wolfram Heise: Die Rechtssituation indigener Völker in Chile. Eine rechtsethnologische Analyse der chilenischen Indianergesetzgebung (No 19.253) von 1993 vor dem Hintergrund der Schutzbestimmungen im Völkerrecht. 2000, 365 S., 16,40 €
- 71/72 Dieter Gawora: Urucu. Soziale, ökologische und ökonomische Auswirkungen des Erdöl- und Erdgasprojektes Urucu im Bundesstaat Amazonas (Brasilien). 2001, 314 S., 14,30 €
- 73/74 Klima-Bündnis e.V., ONIC, CECOIN: Erdöl-, Erdgas-, Bauxit-, Kohle- und Goldförderung auf indigenen Territorien. Kolumbien, Peru und Venezuela. 2004, 142 S., 15,00 €
- 75 Marcelo Sampaio Carneiro: Bäuerliche Landwirtschaft und Großprojekte. Die 90er Jahre im Bundesstaat Maranhão (Brasilien). 2002, 32 S., 5,00. €
- 76 Anja Umbach-Daniel: Biogassgemeinschaftsanlagen in der deutschen Landwirtschaft. Sozio-ökonomische und kulturelle Hemmnisse und Fördermöglichkeiten einer erneuerbaren Energietechnik. 2002, 194 S., 12,00 €
- 77/78 Clarita Müller-Plantenberg: Zukunft für Alle ist möglich. Soziale Gerechtigkeit und nachhaltiger Naturbezug als grenzübergreifende Herausforderungen. an interdisciplinary challenge. Kassel 2003, 178 S. plus CD-ROM, 15,00 €
- 79 DAAD: Universities and Rio + 10 – Paths of sustainability in the regions Eva Becker: Umwelt und Konsum. Einstellung und Verhalten der Deutschen zur Umwelt. 1998, 143 S., 9,20 €
- 80 H. Feldt, D. Gawora, A. Nufer u.a.: Ein anderes Amazonien ist möglich. Träume, Visionen und Perspektiven aus Amazonien, Zusammengetragen zum 60. Geburtstag von Clarita Müller-Plantenberg. Kassel 2003, 176 S., 11,00 €
- 81/82 Franziska Zimmermann: Baumplantagen zur Zellstoffproduktion. Sozio-ökologische und wirtschaftliche Auswirkungen in Venezuela. Kassel 2005, 217 S., 13,00 €
- 83/84 Clarita Müller-Plantenberg, Wolfgang Nitsch, Irmtraud Schlosser, Loccumer Initiative Kritischer WissenschaftlerInnen: Solidarische Ökonomie in Brasilien und Europa – Wege zur konkreten Utopie. Internationale Sommerschule Imshausen. Kassel 2005, 229 S., 13,00€
- 85/86 Clarita Müller-Plantenberg: Solidarische Ökonomie in Europa – Betriebe und regionale Entwicklung. Internationale Sommerschule Imshausen. Kassel 2007, 296 S., 15,00 €

- 87 Viviana Uriona: Solidarische Ökonomie in Argentinien nach der Krise von 2001. Strategische Debatten und praktische Erfahrungen. Kassel 2007, 104 S., 10,00 €
- 88 Frank Muster: Rotschlamm. Reststoff aus der Aluminiumoxidproduktion – Ökologischer Rucksack oder Input für Produktionsprozesse? Kassel 2008, 136 S., 10,00 €
- 89/90 Alexandra Urán Carmona: Colombia – un Estado Militarizado de Competencia. Las Fallas Estructurales para Alcanzar la Explotación Sustentable de los Recursos Naturales. Kassel 2008, 353 S., 15,00 €
- 91/92 Clarita Müller-Plantenberg, Joachim Perels: Kritik eines technokratischen Europa - Der Politische Widerstand und die Konzeption einer europäischen Verfassung. Kassel 2008, 262 S., 13,00 €
- 93 Jacqueline Bernardi: Solidarische Ökonomie. Selbstverwaltung und Demokratie in Brasilien und Deutschland. Kassel 2009, 151 S., €12,00.
- 94 Clarita Müller-Plantenberg, Alexandra Stenzel: Atlas der Solidarischen Ökonomie in Nordhessen. Strategie für eine nachhaltige Zukunft. Kassel 2008. 127 S., €19,00.
- 95 Clarita Müller-Plantenberg: Der Bildungsprozess beim Aufbau der Solidarischen Ökonomie. KIGG-Kolloquium an der Universität Kassel im Januar 2008. 172 S.
- 96 Heidi Feldt. Konfliktregelung in der Erdölindustrie im ecuadorianischen Amazonasgebiet und venezolanischen Orinokobecken. Kassel 2008. €12,00, 174 S.
- 97 Claudia Sánchez Bajo. Solidarische Ökonomie als Motor regionaler Ökonomie. Ardelaire in der Ardèche, Frankreich. Kassel 2009. 9,00 €
- 98 Clarita Müller-Plantenberg, Dieter Gawora, Nukleus für Solidarische Ökonomie der Universität Kassel: Solidarische Netze und solidarische Ketten - Komplexe solidarische Wirtschaftsunternehmen. Kassel, 2010, 12,00 € 155 S.

SONDERDRUCKE:

- Clarita MÜLLER-PLANTENBERG (Hrsg.): Indianergebiete und Großprojekte in Brasilien. Kassel 1988, 527 S., für Institute € 30,70, für Einzelpersonen €25,60
- Projektgruppe "Ökologie und Entwicklung" der GhK (Hrsg.): Amazonien – eine indianische Kulturlandschaft, 1988, €5,10

Bezugsadresse:
Universität Kassel
FB 5, Lateinamerika-Dokumentationsstelle
34109 Kassel
Tel.: 0561/804-3152
Fax: 0561/804-3464
Email: eperspektiven@uni-kassel.de



ladok Lateinamerika Dokumentation

kassel
university 
press

ISBN 978-3-89958-788-3



9 783899 587883